

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE	8317	Wolfram Günther, GRÜNE	8329
Lars Rohwer, CDU	8318	Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern	8329
Dr. Gerd Lippold, GRÜNE	8318		
Jörg Urban, AfD	8318		
Dr. Jana Pinka, DIE LINKE	8318	3	Hartz IV abschaffen – sanktionsfreie Grundsicherung einführen! Drucksache 6/15521, Prioritäten- antrag der Fraktion DIE LINKE
Jörg Urban, AfD	8319		8330
Dr. Jana Pinka, DIE LINKE	8319		
Jörg Urban, AfD	8320		
Dr. Jana Pinka, DIE LINKE	8320		
Jörg Vieweg, SPD	8320	Susanne Schaper, DIE LINKE	8330
Dr. Jana Pinka, DIE LINKE	8320	André Barth AfD	8331
Lars Rohwer, CDU	8321	Alexander Dierks, CDU	8331
Dr. Jana Pinka, DIE LINKE	8321	Henning Homann, SPD	8333
Marco Böhme, DIE LINKE	8321	André Wendt, AfD	8334
		Henning Homann, SPD	8334
2	Befragung der Staatsminister	Jörg Urban, AfD	8335
	8322	Henning Homann, SPD	8336
Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern	8322	Susanne Schaper, DIE LINKE	8336
Oliver Fritzsche, CDU	8323	Henning Homann, SPD	8337
Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern	8323	Mario Beger, AfD	8337
Enrico Stange, DIE LINKE	8323	Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE	8338
Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern	8323	Mario Beger, AfD	8338
Albrecht Pallas, SPD	8324	Volkmar Zschocke, GRÜNE	8338
Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern	8324	Andrea Kersten, fraktionslos	8339
Carsten Hütter, AfD	8324	Barbara Klepsch, Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz	8340
Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern	8324	Susanne Schaper, DIE LINKE	8340
Wolfram Günther, GRÜNE	8324	Andrea Kersten, fraktionslos	8341
Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern	8325	Namentliche Abstimmung – Ergebnis siehe Anlage	8341
Rico Anton, CDU	8325	Simone Lang, SPD	8341
Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern	8325	Ablehnung	8342
Enrico Stange, DIE LINKE	8325	Andrea Kersten, fraktionslos	8342
Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern	8325	Dr. Stephan Meyer, CDU	8342
Albrecht Pallas, SPD	8325	Hanka Kliese, SPD	8342
Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern	8326	Jörg Urban, AfD	8343
Valentin Lippmann, GRÜNE	8326	Enrico Stange, DIE LINKE	8343
Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern	8326		
Ronald Pohle, CDU	8327	4	Erste Beratung des Entwurfs Sächsisches Gesetz über das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine (Sächsisches Tierschutzverbandsklagegesetz – SächsTVG) Drucksache 6/15391, Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern	8327		8344
Enrico Stange, DIE LINKE	8327	Volkmar Zschocke, GRÜNE	8344
Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern	8327	Überweisung an den Ausschuss	8345
Albrecht Pallas, SPD	8328		
Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern	8328		
Sebastian Wippel, AfD	8328		
Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern	8328		

10	Fragestunde	
	Drucksache 6/15558	8372
	– Greenpeace-Dossier „Schwarzbuch Vattenfall-Leaks“	
	Dr. Jana Pinka, DIE LINKE	8372
	Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	8372
	Nächste Landtagssitzung	8372

Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 10:01 Uhr)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 85. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags. Folgende Abgeordnete haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt: Frau Köpping, Herr Kupfer, Herr Lehmann, Herr Wurlitzer, Herr Nowak und Herr Dulig. Ich sehe, dass unsere Reihen doch merklich gelichtet sind. Ich wünsche uns allen eine gute Gesundheit, auch für heute und die folgenden Tage.

Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Folgende Redezeiten hat das Präsidium für die Tagesordnungspunkte 3 und 6 bis 9 festgelegt: CDU 75 Minuten, DIE LINKE 50 Minu-

ten, SPD 40 Minuten, AfD 25 Minuten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 25 Minuten, Fraktionslose je MdL 3,5 Minuten und Staatsregierung 50 Minuten. Die Redezeiten der Fraktionen und der Staatsregierung können auf die Tagesordnungspunkte je nach Bedarf verteilt werden.

Meine Damen und Herren! Der Tagesordnungspunkt 11, Kleine Anfragen, ist zu streichen. Ich sehe keine weiteren Änderungsvorschläge oder Widerspruch gegen die Tagesordnung. Die Tagesordnung der 85. Sitzung ist damit bestätigt.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 1

Aktuelle Stunde

Erste Aktuelle Debatte: Unterstützung für die Wald- und Forstwirtschaft – Umgang mit den Folgen des Dürre- und Sturmjahres 2018 im sächsischen Wald

Antrag der Fraktionen CDU und SPD

Zweite Aktuelle Debatte: Blockade gegen Klimaschutz und Strukturwandel – Arbeit der Kohlekommission nicht länger sabotieren!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hierzu liegen mir die rechtzeitig eingegangenen Anträge auf Aktuelle Debatten vor.

Die Verteilung der Gesamtrededzeit der Fraktionen hat das Präsidium wie folgt vorgenommen: CDU 33 Minuten, DIE LINKE 20 Minuten, SPD 18 Minuten, AfD 12 Minu-

ten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 17 Minuten, Fraktionslose je MdL 1,5 Minuten; die Staatsregierung zweimal je 10 Minuten, wenn gewünscht.

Wir kommen zu

Erste Aktuelle Debatte

Unterstützung für die Wald- und Forstwirtschaft – Umgang mit den Folgen des Dürre- und Sturmjahres 2018 im sächsischen Wald

Antrag der Fraktionen CDU und SPD

Als Antragsteller haben zunächst die Fraktionen CDU und SPD das Wort. Die weitere Reihenfolge DIE LINKE, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Staatsregierung, wenn gewünscht. Für die einbringende CDU-Fraktion ergreift jetzt Kollege von Breitenbuch das Wort.

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Wälder haben ein langes Gedächtnis. Sie geben lange Zeugnis von früheren Ereignissen, was ihnen wiederfahren ist, und so wird auch das Jahr 2018 mit Sturm, Dürre und kleinen Borkenkäfern als Jahrhundertereignis in die Geschichte eingehen. Es wird parallel neben den Folgen der Kalamität

schiebe nach dem Zweiten Weltkrieg oder dem Waldsterben im Erzgebirge zu Zeiten der DDR stehen.

Was ist passiert? Es ist besonders der Brotbaum Fichte betroffen, von dem die meisten Forstbetriebe leben den Forstleute vor 60, 80 und 100 Jahren gepflanzt haben, weil die Gesellschaft damals diesen Baum brauchte und wollte und er letztendlich damit langfristige Einkommen aus dem Wald versprach. Wir hatten bereits in der Planung, diese Fichte in den nächsten zehn bis 20 Jahren auf den Standorten auslaufen zu lassen, wo sie gefährdet ist, und durch Neues zu ersetzen, aber die Einnahmen dieser Fichtenbestände noch zu nutzen. Wenn das jetzt vorzeitig

alles durcheinanderkommt, ist das nicht gut. Das Ziel ist und bleibt, artenreiche und vielfältige Wälder aufzubauen. Das ist jetzt durcheinandergelassen.

Nach den Stürmen im Winter lagen insbesondere nach „Herwart“ im Erzgebirge 600 000 Festmeter Sturmholz, nach „Friederike“ im Tiefland um Leipzig herum 1,2 Millionen Festmeter Sturmholz und im Januar noch sehr lokal nach „Fabienne“ bei Stollberg 100 000 Festmeter auf einem Bautz. Wer damals auf die Unwetterkarte geschaut hat, der hat gesehen, dass der Leipziger Raum bei „Friederike“ völlig lila war – vom Harz bis nach Dresden. Eine solche Unwetterwarnung habe ich noch nicht erlebt. Es war tatsächlich außerordentlich. Bäume brachen ab oder fielen mit Wurzelstücken um: Lärchen, Fichten, Kiefern, Laubbäume, insbesondere Birken. Der Schaden war groß. Es standen einem die Tränen in den Augen, wenn man vor seinen eigenen Waldbeständen stand. Die Aufräumarbeiten begannen sofort. Die Kapazitäten reichten aber nicht aus. Vor allem dauerte es, bis die Maschinen in die Wälder kamen. Das heißt, bei uns – ich bin selbst betroffen – waren sie erst im Sommer.

Die Trockenheit hat dann dem Boden und den Restwurzeln der umgeworfenen Bäume, von denen man hoffte, dass sie bei genug Regen eigentlich noch lebendig bleiben würden, auch noch die Restfeuchte entzogen. Die Restwurzeln reichten nicht aus. Die Bäume, die lagen, vertrockneten auch noch und gingen in Schaden. Der Harzfluss versiegte und dann kam der kleine Borkenkäfer, und das in großer Zahl. Bis zu vier Mal schlüpfte im letzten Jahr die Population. Es gab genug Nahrung und weiteres Absterben von Bäumen. Neueste Statistiken aus dem Sachsenforst gehen noch einmal von 600 000 Festmetern Borkenkäferholz aus.

Der Holzmarkt brach dann zusammen. Insofern war es auch sinnlos, grünes Holz zu schlagen; denn für das grüne, frische Holz hätte es nur schlechte Preise gegeben. Zudem braucht man dieses Holz auch in Zukunft noch bei wieder besseren Preisen. Das heißt, es war richtig, bei allen Forstbetrieben den Grünholzeinschlag einzustellen und sich der Aufräumarbeit zu widmen. Das haben alle Privaten gemacht und auch der Staatsbetrieb Sachsenforst. Das geschah zu höheren Kosten, weil diese Aufräumarbeiten überall verteilt auf der Fläche enorm teuer und nicht mehr kostendeckend wie bisher sind. Höhere Kosten, niedrigere Erlöse: Die Erträge, von denen wir dachten, dass sie in Zukunft kommen, sind damit verschwunden und wir haben teilweise leere Waldflächen, die jetzt geräumt sind.

Wie geht es mit ihnen weiter? Die Beräumung ist gerade in den professionellen Wäldern bei Forstbetriebsgemeinschaften, im Großprivatwald und auch beim Sachsenforst schnell angelaufen. Gerade der Kleinprivatwald hängt hinterher.

Die Menschen schauen teilweise jetzt erst in ihre Wälder und wissen, wie viel Brennholz sie machen müssen, um die Bäume aus dem Wald zu bekommen, damit nächstes Jahr nicht die abgestorbenen Bäume Käferholz werden.

Das heißt, wir richten mit dieser Debatte den Appell an das Land, gerade in die Kleinprivatwälder zu schauen, das Holz herauszuräumen und die Nester für die nächsten Käferpopulationen zu verhindern. Es geht auch um Nachbarschaften, –

Präsident Dr. Matthias Röbner: Die Redezeit.

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: – dass dort kein Schaden entsteht.

Hierauf wollen wir aufmerksam machen, insofern freue ich mich auf die zweite Rederunde.

Danke.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD –
Beifall bei der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Die erste Aktuelle Debatte wurde eröffnet durch Herrn Kollegen von Breitenbuch für die CDU-Fraktion. Die einbringende SPD-Fraktion wird jetzt vertreten durch unseren Kollegen Winkler. Bitte, Sie haben das Wort.

Volkmar Winkler, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es gerade von meinem Kollegen von Breitenbuch gehört: Kräftige Stürme, extreme Temperaturen, Trockenheit und letztendlich der Borkenkäfer haben in der Folge unserem Wald zugesetzt wie noch nie. Der Vorsitzende des Waldbesitzerverbandes Andreas Bitter spricht sogar von einer Jahrhundertkatastrophe.

Er vertritt einen Verband mit 85 000 Waldbesitzern – private, kirchliche, kommunale. Den geschätzten Schaden allein durch die Stürme beziffert man zurzeit auf rund 80 Millionen Euro. Dazu kommen noch Schäden durch den Borkenkäfer, die man auf mindestens 20 Millionen Euro schätzt und die in der Höhe noch nicht abzusehen sind, weil auch der Befall mit dem Borkenkäfer noch nicht zu Ende ist. 8,5 Millionen Euro beträgt der Schaden durch den Verlust von Jungpflanzen.

Durch die heißen Sommertage und die extreme Witterung vermehrte sich der Borkenkäfer massiv, er fand genug Nahrung und Brutraum in den geschädigten Bäumen. Die Trockenheit führt in aller Regel dazu, dass das natürliche Abwehrvermögen vor allem der Fichte reduziert wird. Die Fichte produziert Harz, um die Besiedlung durch den Borkenkäfer zu verhindern. Dieser Prozess war in diesem Jahr erheblich gestört. Man muss wissen, dass ein Borkenkäferpärchen bis zu 100 000 Nachkommen im Laufe eines Sommers produziert. Das kann man auch anders ausdrücken: Aus einem befallenen Baum werden 400 befallene Bäume. Das entspricht in etwa einem Hektar.

Betroffen sind laut Sachsenforst vor allem Gebiete, in denen die Fichte von Natur aus gar nicht vorkommt. Wir haben es gerade gehört: Vor vielen Jahren hat man die Fichte angepflanzt, um Bauholz zu gewinnen. In diesen Gebieten schlägt natürlich der Borkenkäfer besonders zu. Nun muss wegen des Borkenkäfers sehr viel Holz aus

unseren Wäldern geräumt werden, und das mit sehr viel mehr Aufwand als sonst. Das ist mit höheren Kosten verbunden. Von den insgesamt 2,7 Millionen Kubikmetern geschädigtem Holz hat der Staatsbetrieb Sachsenforst schon 90 % beräumt. Aus dem privaten und Körperschaftswald sind mittlerweile zwei Drittel beräumt. Herzlichen Dank an all die, die mit dafür gesorgt haben, dass dort schon ein solcher Fortschritt erzielt wurde.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU –
Beifall bei der Staatsregierung)

Das Holz muss nun gelagert werden, wenn möglich in Nasslagern. Das heißt, wir müssen das Holz nass halten, um die Qualität zu sichern. Wir müssen wissen, dass diese Schadensereignisse nicht nur in Sachsen aufgetreten sind, sondern auch in unseren Nachbarländern und Tschechien. Diese Flut an Holz verändert das Preisgefüge. Auch davon hat mein Kollege schon gesprochen. Es gibt ein Überangebot an Holz. Damit müssen wir nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft leben. Ein Ende der Käferplage ist nicht in Sicht. Wie und ob sie sich weiterentwickelt, ist von vielen Faktoren abhängig, besonders von der Witterung. Der Käfer zieht sich im Winter in den Boden zurück und kommt im Frühjahr bei entsprechender Witterung wieder heraus. Wir hoffen, dass es dann feucht und kühl ist, dann breitet sich der Käfer nicht ganz so stark wie bei Trockenheit und Wärme aus. Es ist zu befürchten, dass sich die Menge der befallenen Bäume weiter erhöht und die Fichte im schlimmsten Fall sogar aus unseren Wäldern verschwindet. Auch das kann passieren, wenn wir den Borkenkäfer nicht in den Griff bekommen.

Was können wir tun, um unsere Wälder gegen solche extremen Ereignisse zu schützen? Da gibt es nur einen Weg: Wir müssen in absehbarer Zeit, also in den nächsten Jahren, zu robustem Mischwald kommen. Wir brauchen Bäume, die, anders als die Fichte, Stürme, Trockenheit und Insektenbefall ertragen. Das sind im Wesentlichen die Baumarten, die schon immer bei uns heimisch waren und zur ursprünglichen Vegetation gehören.

Sachsen hat mit dem Waldumbau begonnen. Wir wissen das schon längst. Wir haben allein in diesem Jahr circa 3 Millionen Euro in den Waldumbau investiert. Das ist das Doppelte wie in den vorangegangenen Jahren. Wir haben eine Waldstrategie 2050, an die wir uns halten. Wer sich in der Materie auskennt, wird wissen, dass dieser Prozess ein langwieriger und nicht von heute auf morgen abzuwickeln ist. Geld allein hilft dabei nicht. Was können wir kurzfristig tun, um unsere Waldbesitzer zu unterstützen? Wir müssen sie zwingend in die Lage versetzen, den Wald von diesem Holz zu räumen.

Präsident Dr. Matthias Rößler: Die Redezeit, Herr Kollege.

Volkmar Winkler, SPD: Wir werden einen Fonds auflegen, der nicht nur den Sachsenforst dazu in die Lage versetzt, sondern auch die privaten und kommunalen Waldbesitzer.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU
und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Kollege Winkler sprach für die SPD-Fraktion. Nun kommt Frau Dr. Pinka für die Fraktion DIE LINKE zu Wort.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass es dieser Aktuellen Debatte eigentlich nicht bedurft hätte, weil wir uns mit den Haushaltsberatungen der letzten beiden Tage schon diesem Thema gewidmet haben.

(André Barth, AFD: Ganz genau!)

Herr von Breitenbuch, ich ahne, was Sie in der nächsten Rederunde sagen wollen; denn es geht nicht nur um die Aktualität der Stürme und Dürre – das liegt schon ein bisschen zurück –, sondern es geht Ihnen wahrscheinlich darum, dass Sie als Koalition handeln wollen und Geld in die Hand nehmen werden.

(Volkmar Winkler, SPD: Natürlich!)

Ich darf deshalb wiederholen, was in der Begründung zum Änderungsantrag der CDU- und der SPD-Fraktion im Haushaltsbegleitgesetz, das wir gestern verabschiedet haben, steht: „Die Stürme ‚Herwart‘ und ‚Friederike‘ sowie der Borkenkäferbefall bewirken einen deutlichen Preisrückgang am Markt. Die unterstellten Holzabsatzpreise im Regierungsentwurf sind damit nicht realistisch und müssen per Änderungsantrag angepasst werden.“ Das wurde jetzt vorgenommen. Auch die Zusatzaufwendungen privater Waldbesitzer müssen finanziert werden. DIE LINKE hat sich diesem Teil des Haushaltsentwurfs nicht entzogen. Wir haben in den Haushaltsverhandlungen diesem Artikel zugestimmt, und damit ist für mich der Neuigkeitswert bereits erschöpft.

Es gäbe aber darüber hinaus noch Dinge, die wir diskutieren könnten, was Ihre Aktuelle Debatte betrifft. Es geht mir um die Freiflächen, die infolge des Baumbrechens jetzt da sind, und um die Chance für anderes, zum Beispiel für das Birkhuhn im Westerzgebirge und im Vogtland. Es wird manchmal zu rasch aufgeforstet. Der 31. Dezember steht vor der Tür – das ist der Tag, an dem das Umweltministerium und die nachgeordneten Behörden, wie das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie und der Sachsenforst, einen Antrag unserer Fraktion heilen wollen, indem sie ein verbindliches Artenhilfsprogramm zum Birkhuhnschutz vorlegen wollen. Da bin ich mal gespannt. Ein paar Tage bleiben Ihnen ja noch.

Zurück zum Thema Dürrefolgen. In einer Pressemitteilung vom 10. Dezember gibt Herr Staatsminister Schmidt bekannt, dass er 1 Million Euro für aufgeforstete Flächen ausgezahlt hat. Nur beim Kleingedruckten stockte mir ganz kurz der Atem. Da steht nämlich: „Das wichtigste Motiv für die Neubegründung von Wald ist die Rekultivierung von Kippenflächen des Braunkohletagebaus.“ Und weiter: „Eine Ursache für die Waldflächenverluste in

Sachsen sind die Braunkohletagebaue in der Lausitz.“ Ich darf daran erinnern, dass 2015 ein circa 100 Hektar großes Naturschutzgebiet mit der Registriernummer D80, der sogenannte Urwald Weißwasser, wegen eines Tagebaus Nochten zerstört worden ist. Wie wäre es denn, Herr Umweltminister, wenn Sie sich einmal dafür starkmachen würden, dass wegen des Braunkohlebergbaus solche wertvollen Waldstandorte nicht mehr zerstört werden müssten?

(Beifall bei den LINKEN)

Da treten eben beim vom Menschen verursachten Klimawandel häufigere und stärkere Extremwetterereignisse, Dürreperioden und Starkniederschläge zutage. Das war meines Erachtens nur ein Vorgeschmack auf das, was uns mal ereilen wird. Das können wir nur durch aktiven Klimaschutz begleiten und nicht durch passive Klimaanpassung verhindern wollen. Was jetzt also wie eine einmalige Rettungsaktion aussieht, kann schnell zu einer Dauerbaustelle werden. In den Landeshaushalten werden die Anteile der Gelder, die für die Reparatur nach Extremwetterereignissen ausgewiesen werden müssen, dann zunehmen. Über kurz oder lang werden wir vielleicht, anstatt zu gestalten, beim Reparieren bleiben müssen.

Ehrlich: Müssen wir diese Reden laufend halten? Dank an die Forstarbeiter, Schilderung des Schadensmaßes, das Gedächtnis des Waldes. Im Übrigen: Zum Gedächtnis des Waldes darf ich Sie vielleicht korrigieren, sehr geehrte Herren. Wir hatten einmal eine Diskussion über 300 Jahre Nachhaltigkeitsstrategie. Daher wissen wir, dass der Forstumbau, der Anbau von Fichten bereits vor 300 Jahren begonnen hat. Da gab es das Spottwort: Willst du einen Wald vernichten, pflanze Fichten, Fichten, Fichten! Das ist nicht erst 40 Jahre her. Die Fichten in unseren Wäldern sind etwas älter – und damit auch das Gedächtnis des Waldes in Sachsen.

(Zuruf von der CDU: Schäden zu DDR-Zeiten!)

Das brauchen wir wahrscheinlich in Zukunft nicht mehr. Ich erkenne da gewisse Parallelen zu den Hochwasserereignissen. Auch da haben wir immer versucht, zu heilen, zu heilen, zu heilen – weil wir Fehler im Klimaschutz machen. Ich kann es nicht oft genug wiederholen: Wenn wir nicht handeln – auch das sage ich Ihnen immer wieder –, werden Ihre Enkel Sie fragen: Was haben Sie hier als Politiker dafür getan, dass es solche Ereignisse nicht mehr gibt? Durch dieses Nichtstun – –

Präsident Dr. Matthias Röbler: Die Redezeit, Frau Kollegin.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: – Genau. Ich komme zum Ende.

Es ist gut, dass wir heute diese Öffentlichkeit herstellen. Sie ist nach meiner Auffassung nicht nötig gewesen. Von daher verzichte ich auf eine zweite Rederunde.

(Beifall bei den LINKEN)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Jetzt spricht für die AfD-Fraktion Herr Kollege Barth.

(Ines Springer, CDU: Jetzt kommt noch jemand, der immer alles besser weiß!)

André Barth, AfD: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Problemlöserkoalition, der Reparaturbetrieb ist wieder am Werk. Erst gestern haben wir alle gemeinsam im Landtag beschlossen,

(Ines Springer, CDU: Sie haben aber oft dagegen gestimmt!)

ein Sondervermögen „Beseitigung Schadensfolgen Extremwetterereignisse Forst“ einzurichten, ein Sondervermögen mit einem Volumen von 39 432 000 Euro. Was war der Grund dafür? Ich fasse es kurz: „Paul“, ein Sturm im Mittelgebirge im Jahr 2017, „Herwart“, vornehmlich im Erzgebirge, „Friederike“ im Jahr 2018 mit Windgeschwindigkeiten in Colditz von bis zu 200 Kilometern pro Stunde.

All das, lieber Herr von Breitenbuch, was Sie hier erzählt haben, ist richtig, ohne Frage, und sachlich zutreffend. Wir haben – das kann man niemandem vorwerfen, weil das Bauholz in der Vergangenheit gebraucht worden ist –

(Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Wird heute auch gebraucht!)

in unserem Wald vornehmlich eine Monokultur: Fichten. Ich weiß, dass es den politischen Ansatz gibt, unseren Waldbestand langfristig umzubauen. Das alles ist richtig, das alles ist gut, das alles ist seriöse Politik, das alles muss so gemacht werden. Gut ist auch, dass mit diesem Sondervermögen nicht nur unser Sachsenforst entschädigt werden soll, sondern dass dieser Fonds auch für Schäden bei privaten Waldbesitzern zur Verfügung steht.

Meine Damen und Herren! Es hätte dieser Debatte, da muss ich Frau Dr. Pinka recht geben, aber eigentlich tatsächlich überhaupt nicht bedurft,

(Volkmar Winkler, SPD: Da gibt es heute genug Debatten!)

denn im Jahr 2008 hatte der Sachsenforst eine Rücklage aus vergangenen Gewinnen

(Volkmar Winkler, SPD: Wo denn?)

in Höhe von 39 Millionen Euro. Wäre der Sachsenforst eine normale Aktiengesellschaft und hätte seine Gewinnrücklagen thesauriert, dann müssten wir ehrlicherweise feststellen: Wir hätten dieses Sondervermögen im Hinblick auf den Sachsenforst nicht gebraucht.

Das, was Sie also reparieren, meine Damen und Herren, haben Sie mit eigenen politischen Entscheidungen in der Vergangenheit in finanzieller Hinsicht selbst mit bewirkt. Deshalb ist das, was Sie hier heute tun, zwar richtig. Sich dafür aber als „Macher“ zu feiern ist doppelzünftig, meine Damen und Herren. Deshalb noch einmal: Unser deutscher Wald

(Vereinzelt Lachen bei der CDU – Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

ist durch Sturm, ist durch Trockenheit – – Der sächsische Wald gehört auch zum deutschen Wald, lieber Herr Gebhardt. Aber nicht nur in Sachsen herrschten Trockenheit und Sturm. Deshalb: Unser deutscher Wald ist durch Großwetterereignisse gefährdet. Wir müssen Hilfe leisten.

(Unruhe bei der CDU und den LINKEN – Zuruf des Abg. Volkmar Winkler, SPD)

Wir müssen langfristig zu einer vernünftigen Nachhaltigkeitsstrategie kommen. Das heißt: keine Monokultur mehr in unserem Wald.

Recht herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Als Nächster spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Günther. Dann sind wir schon am Ende der ersten Runde angelangt.

Wolfram Günther, GRÜNE: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute hier eine Aktuelle Debatte zu den Auswirkungen der diesjährigen Dürre auf den Wald führen, zum Borkenkäferbefall, dann ist es sicher nicht falsch, darüber zu sprechen, welche Probleme das für die Waldbesitzer mit sich bringt. Wenn wir hier aber als Parlament darüber debattieren, dann müssen wir aus einer Aktuellen Debatte ja auch einen Mehrwert ziehen. Das heißt, man muss doch eigentlich einmal den Blick darauf lenken, dass wir nicht einfach nur sagen sollten: Ja, wir haben verschiedene Katastrophen, mit denen wir irgendwie umgehen müssen, die wir irgendwie lösen müssen. Vielmehr müssen wir uns Gedanken machen, wie wir an die Ursachen herangehen können.

Die Ursache dieser sich künftig wahrscheinlich noch viel häufiger wiederholenden Katastrophen ist doch der Klimawandel. Wir merken das eben auch im Wald, im Forst. Wir stecken mittendrin im Klimawandel. Wir wissen: Was wir jetzt aktuell erleben, ist weitestgehend menschengemacht. Deswegen müssen wir, wenn wir hier debattieren, schauen, wie wir als Freistaat Sachsen dort ansetzen, und fragen: Was tun wir denn gegen diesen Klimawandel?

Wir werden heute auch noch über Braunkohle sprechen, deshalb muss ich das nicht an dieser Stelle tun. Aber das wäre ein wesentlicher Pfad, über den wir nachdenken müssen – und auch über andere Bereiche. Denn die Produktion von CO₂ und Lachgas, synthetische Dünger, die wir ausbringen – dabei ist die Landwirtschaft ebenfalls ein wesentlicher Pfad –, oder wie wir Mobilität organisieren, sind Gründe dafür, weshalb dieser Klimawandel hier stattfindet. Deshalb erleben wir diese Ereignisse im Wald künftig immer häufiger.

Wir GRÜNEN sagen immer: Wir müssen an die Ursachen herangehen. Wie reduzieren wir? Wie verhindern wir, dass sich die Klimaspirale immer weiterdreht? Natürlich

auch: Wie gehen wir langfristig mit den Klimafolgen um? Diese sehen wir auch am Wald.

Wenn es jetzt die Fichten trifft, dann ist das eine ganz natürliche Reaktion. Denn wenn wir hier in unseren – wie wurde gerade gesagt? – schönen deutschen, sächsischen Landen hektarweise Bäume an Standorten haben, wo sie natürlicherweise nicht vorkommen, ist klar: Wenn es kleinste Krisen gibt, reagiert die Natur und versucht, sich selbst zu bereinigen. Wenn wir diese Fichten, die eigentlich Hochgebirgsbäume sind, hier nicht überall flächendeckend stehen hätten – – Ich weiß: forstwirtschaftlich gesehen ein Brotbaum, kurzfristig immer alles richtig gedacht. Aber wenn sie dort nicht wären, gäbe es die Probleme nicht in diesem Umfang.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daraus können wir doch nur die eine Schlussfolgerung ziehen: Wir müssen beim Waldumbau, über den wir ebenfalls oft sprechen, noch viel mehr Energie entwickeln, denn es ist doch eine Binsenweisheit: Wenn wir gesunde Mischwälder haben, dann sind sie eben viel widerstandsfähiger auch gegenüber solchen Klimafolgen oder Extremwetterereignissen.

Alles werden wir nicht verhindern können. Wir kennen ja den Pfad: Dürre, zu wenig Wasser, die Fichten können kein Harz bilden, das einen natürlichen Widerstand gegen den Borkenkäfer darstellen würde. Da kommt eines zum anderen. Dann noch ein Sturm, und sie fallen um, wenn sie schon geschädigt sind. Deshalb geht es um Vielfalt – was ohnehin in den meisten Fällen die Lösung ist. Das bringt Widerstandsfähigkeit. Die Anstrengungen müssen deutlich verstärkt werden.

(Beifall des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Wir GRÜNEN haben das schon mehrmals thematisiert. Ich danke auch der Kollegin Pinka für den Hinweis. Ja, an manchen Stellen müssen wir manchmal vielleicht gar nicht wieder ansetzen, sondern es als Chance sehen. Wir haben als GRÜNE auch einen eigenen Antrag – Sturmwurf-Biotop erhalten – eingebracht. Wir wissen, dass der Wald drei Funktionen hat, nämlich die Nutz-, die Schutz- und die Erholungsfunktion. Man kann diese Schutzfunktion für den Naturschutz an bestimmten Stellen wieder größer schreiben und dort größere Gebiete als bisher sich selbst überlassen. Das kann dem Birkhuhn zwischenzeitlich, aber auch ganz vielen anderen Arten nützen, die wir durch diese Monokulturen im Forst verdrängen.

Der einzige Mehrwert aus solch einer Aktuellen Debatte kann für mich nur heißen: mehr Anstrengungen im Waldumbau und mehr Vielfalt und mehr Natur einfach zulassen. Das reduziert auch in der Zukunft die Folgen. Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass wir, was den Klimawandel angeht, unsere Hausaufgaben hier machen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Kollege Günther sprach für die GRÜNEN und beendete die erste Runde. Wir eröffnen jetzt die nächste Rederunde. Für die einbringende CDU-Fraktion spricht erneut Herr Kollege von Breitenbuch.

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden über eine Katastrophe für die Waldbesitzer, aber insbesondere über eine Katastrophe für unsere Wälder. Weder der Wald noch die Waldbesitzer können etwas für diesen Klimawandel, Kollege Günther.

(Lutz Richter, DIE LINKE: Aber Sie!)

Insofern sitzen wir in einem Boot. Die Gesellschaft ist so entstanden, wie sie entstanden ist. Wir leben alle täglich mit dem Stromverbrauch, laden unsere Handys auf.

(Marco Böhme, DIE LINKE:
Was tun Sie dagegen?)

Insofern lautet die Frage: Wie helfen wir? Der Spannungsbogen ist richtig gesetzt worden, Frau Dr. Pinka. Insofern komme ich jetzt zu dem, wie ein Landtag helfen kann, nämlich mit Geld und mit klugen Gedanken.

(Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ist das alles? –
Marco Böhme, DIE LINKE:
Das wurde gestern beschlossen!)

– Ja, das wurde gestern beschlossen. Aber dieses Schlaglicht, auf diese besondere Situation hinzuweisen, und dass wir rechtfertigen, das Geld auch einzusetzen, das war uns als CDU- und SPD-Koalition wichtig, es heute in einer Aktuellen Debatte anzusetzen.

(Zuruf des Abg. Marco Böhme, DIE LINKE)

Wenn Ihnen das alles egal ist, was in diesen Wäldern stattfindet, dann ist es traurig.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Wenn wir uns mit dem Bund vergleichen, dann ist klar: Der Bund hat 25 Millionen Euro über fünf Jahre zur Verfügung gestellt, davon erhält Sachsen vielleicht eine Million Euro. Was machen wir? Wir sind stolz darauf, dass wir es ermöglichen können, in diesen Haushalt 40 Millionen Euro einzustellen und dabei einzuplanen, dass 8 Millionen Euro in den Privat- und Körperschaftswald investiert werden, um dort zu unterstützen. Ich danke insbesondere allen in der Koalition, auch denen, die mit Wald sonst nichts zu tun haben, dass sie diese Sondersituation in den Wäldern erkannt haben und letztendlich bereit waren, das viele Geld vor die Klammer zu ziehen, um diese Probleme zu lösen.

Jetzt geht es weiter. Was kann mit dem Geld passieren? Was können wir tun? Es gab – Kollege Winkler hat das schon angesprochen – sehr gute Vorschläge vom Waldbesitzerverband und allen anderen betroffenen Verbänden. Auch das Kompetenzzentrum Sachsenforst, die Uni, das gesamte Netzwerk sind mit ihrem Wissen beteiligt. Uns

steht das Netzwerk zur Verfügung, und wir können uns Gedanken machen und diese auch nennen.

Was muss passieren? Wir müssen die Polterbehandlung in den Wäldern durchführen. Das Holz, das jetzt an den Rändern liegt, muss selbstverständlich auch mit Insektizid bespritzt werden, damit dort die Käfer im nächsten Jahr nicht auftreten. Man kann Polterschutznetze einsetzen. Es gibt die Aufarbeitung von Restholz auf Schadflächen – das muss zu Ende geführt werden. Es gibt Entrindungsprogramme für Holz, Transport und Lagerung auf Trockenlagerplätzen, damit das Holz aus dem Wald transportiert werden kann. Auch hier kann man unterstützen und vielleicht sogar die Forstbetriebsgemeinschaften dabei unterstützen, dass sie mit diesen Dingen auf die kleinen Waldbesitzer zugehen, um diese insgesamt zu stärken.

Es geht auch um den Wegebau. Wege, die trotz der Trockenheit durch das viele Holz arg in Mitleidenschaft gezogen wurden, müssen kurzfristig wiederhergestellt werden; vielleicht können Wege neu angelegt werden. Das sind alles Dinge, über die diskutiert werden kann.

Wir haben Krisenstäbe in den Landkreisen wie auch im Land gebildet, um zu helfen, sprich: um die Maßnahmen zu koordinieren und besser zu wissen, was in den Wäldern los ist. Wir haben nicht viel Zeit. Es muss in den nächsten vier Monaten das Holz aus dem Wald, damit nicht zusätzlicher Schaden entsteht.

Wir haben Beratungs- und Informationsbedarf, was die Wiederaufforstung betrifft, weil sich, Herr Günther, auch die Waldbesitzer Gedanken machen, was sie heute für ihre Kinder und Kindeskindern pflanzen. Entsprechend ist die Diskussion bei den Waldbesitzern nicht fernab, sondern am Küchentisch. Hier werden die Dinge diskutiert, die wichtig sind. Wir reden von der schnellen Wiederaufforstung. Insofern kann man über freiliegende Flächen diskutieren. Aber wir reden auch über Kohlenstoffbindung. Je schneller wir neue Waldstrukturen auf den Flächen schaffen, desto mehr ziehen wir Kohlenstoff aus der Luft, der dort gebunden wird. Wir tun damit etwas für den Klimawandel, wenn wir schnell entscheiden können, wohin das führt.

Noch ein Punkt ist mir wichtig: das Thema Jagd. Wenn wir Wildbestände haben, die den ganzen Neuaufwuchs schädigen, muss die Jagd darauf achten, dass die Wildbestände in den nächsten zehn Jahren, in denen sich die neuen Wälder begründen, nicht zu groß werden.

(Zuruf der Abg. Janina Pfau, DIE LINKE)

Das heißt: Das Thema Jagd bleibt aktuell, auch vor dem Hintergrund dieser Katastrophe.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Das war Kollege von Breitenbuch, CDU-Fraktion. Nun spricht erneut Kollege Winkler, SPD-Fraktion, zu uns.

Volkmar Winkler, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte mir die zweite Runde ersparen, aber ich möchte auf die Vorwürfe reagieren. Wenn wir eine Klimadebatte führen wollen, dann machen wir das auch kenntlich und loben es mit der Aktuellen Debatte aus. Wir wollten auf die besondere Situation, die wir haben, reagieren und ein Zeichen an die vielen Waldbesitzer setzen.

(Marco Böhme, DIE LINKE:
Das ist doch die Ursache!)

Ich habe vorhin darüber gesprochen, dass der Waldbesitzerverband allein 85 000 Mitglieder vertritt. Ihnen gegenüber wollten wir ein Zeichen setzen. Das sei uns doch bitte erlaubt.

(Marco Böhme, DIE LINKE: Inkonsequent!)

Wenn wir eine Debatte führen, dann führen wir sie.

Danke.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Vielen Dank. Jetzt könnte die Fraktion DIE LINKE das Wort ergreifen, aber Frau Dr. Pinka hat gesagt, dass das nicht mehr erfolgt. Hat die AfD-Fraktion Redebedarf? – Auch nicht. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN? Kollege Günther, möchten Sie noch einmal das Wort ergreifen? – Nein.

Wollen wir eine dritte Runde eröffnen? – Ja.

(Oh-Rufe)

Bitte, die einbringende CDU-Fraktion macht das gern. Es ist noch genügend Redezeit vorhanden. Bitte, Herr von Breitenbuch.

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr erstaunt: Wir erleben eine Katastrophe im sächsischen Wald und haben darauf auch finanziell reagiert.

(André Barth, AfD: Genau!
Darüber haben wir alle abgestimmt!)

Wie gering aber die Aufmerksamkeit der Oppositionsparteien auf dieses Thema gerichtet ist – Volkmar Winkler und ich sind mehr als erstaunt; wir sind entsetzt, wie das in diesem Parlament auf offener Bühne verarbeitet wird. Das wird all denen nicht gerecht, die mit ihrem Wald – egal ob groß oder klein – in diesem Land durch die Zeit kommen, die ihr Eigentum schützen, die dieser Katastrophe ausgeliefert und mit der Politik im Gespräch sind. Wenn eine Aktuelle Debatte von der Opposition so niederziehend behandelt wird, dann ist das nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU und der SPD –
André Barth, AfD, steht am Mikrofon.)

Egal, ob man es ins Kleine zieht, wie Herr Barth das getan hat, oder nur mit dem Klimawandel begründet – Herr Günther, wie Sie das getan haben –: So kann man

das nicht machen. Es geht um konkrete Handlungen, es geht um konkretes Agieren – und Sie drücken sich vor einer Debatte, deren Gegenstand im Land sichtbar ist.

(Zuruf der Abg. Dr. Jana Pinka, DIE LINKE)

Das können wir so nicht stehen lassen, deshalb bin ich noch einmal ans Mikrofon gekommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Ja.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Bitte, Herr Barth.

André Barth, AfD: Sehr geehrter Herr Breitenbruch!

(Zuruf der CDU: Breitenbuch!)

An welcher Stelle hat die AfD-Fraktion dieses Problem breitgeredet? Bitte benennen Sie mir die Stelle. Wir als AfD-Fraktion haben ohne Spektakel –

Präsident Dr. Matthias Röbner: Wie ist die Frage?

André Barth, AfD: Die Frage habe ich gestellt. – Wir als AfD-Fraktion haben ohne Spektakel all dies unterstützt.

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Sie haben vorhin dargestellt, dass wir die Rücklage bei Sachsenforst entnommen hätten, um den Personalpool durch die Zeit zu steuern. Das fanden Sie kritikwürdig. Das macht jeder Betrieb, dass er, wenn er Personal braucht, auch Personal zieht. Jetzt haben wir ein Problem, das wir aussteuern müssen. Das ist richtig. Das war aber Ihr Schwerpunkt. Das war eine Kritik, und das reicht nicht.

Die Debatte, was mit einem kleinen Privatwald passiert, wie letztendlich damit umgegangen wird, wie wir unser Fachwissen, das wir im Land in Tharandt im Kompetenzzentrum haben, in die Breite ziehen können – auf all diese Punkte sind Sie nicht ausreichend eingegangen. Das hat mich geärgert. Das war genau der Punkt.

(André Barth, AfD: Das habe ich gelobt,
dass Sie Privateigentum mit einbeziehen!
Da müssen Sie einmal zuhören!)

Herzlichen Dank. Ich wäre so weit.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Kollege von Breitenbuch hat die dritte Runde eröffnet. Die Fraktionen haben alle noch Redezeit. Gibt es in dieser 1. Aktuellen Debatte weiteren Redebedarf aus den Fraktionen heraus? – Das ist nicht der Fall. Damit spricht jetzt die Staatsregierung. Das Wort ergreift Herr Staatsminister Thomas Schmidt.

Thomas Schmidt, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Vielen Dank. Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann dem Kollegen Georg-Ludwig von Breitenbuch nur recht geben: Es ist natürlich wichtig und richtig, eine solche Debatte zu führen; denn es ist eine Katastrophe mit einem Ausmaß, wie wir es in den sächsischen Wäldern bisher nicht hatten. Zu dem Argument, wir haben gestern etwas beschlossen, muss ich Ihnen ehrlich sagen: Ich werde mir genau anschauen, was wir in den letzten beiden Tagen beschlossen haben, ob über all das in Zukunft im Landtag nicht mehr debattiert wird. Wenn das das Argument ist – wir dürfen nicht mehr darüber reden, wir haben das gestern beschlossen –, dann ist das sehr dünn.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Außerdem haben wir schon über Dinge gesprochen, die eigentlich in die Stadträte gehören. Wie oft haben wir über interne Themen von Dresden und Leipzig diskutiert. Wenn man über so ein sachsenweit akutes Problem, mit dem wir uns noch lange befassen werden, diskutiert, dann ist das richtig und gehört in dieses Hohe Haus.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Die Schäden wurden von den Vorrednern schon beziffert – ausgehend von den Stürmen im letzten Jahr, in diesem Frühjahr und noch einmal im Herbst. Es war eher umgedreht, Herr Günther: Nicht etwa der Borkenkäfer hat die Bäume befallen und dann sind sie durch Stürme umgefallen.

(Dr. Jana Pinka, DIE LINKE, steht am Mikrophon.)

Es war umgedreht: Die Sturmschäden sind erst eingetreten, dann waren die Borkenkäfer auf dem Schadholz, und von dort sind sie auf die grünen Bäume ausgeflogen und haben sie geschädigt.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Staatsminister Thomas Schmidt
schaut sich suchend um.)

Ganz dort hinten von Frau Dr. Pinka am Mikrophon 2. – Ja, bitte Frau Dr. Pinka.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Staatsminister! Geben Sie mir recht, dass das Hohe Haus mit dem Königsrecht der Verabschiedung des Doppelhaushalts in seiner Aktualität gestern nicht höher sein konnte als diese Aktuelle Debatte zu den Stürmen und Folgeschäden und dass die Befassung in den Ausschüssen

(Zuruf des Abg. Steve Ittershagen, CDU)

und in den öffentlichen Sitzungen gestern und vorgestern eigentlich der Höhepunkt der Befassung mit den Folgen der Dürre, der Stürme und der Borkenkäfer ist?

Thomas Schmidt, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Ich gebe Ihnen recht – wenn es um das Königsrecht des Parlaments geht –, dass wir das in den letzten beiden Tagen genutzt haben. Aber heute sind wir in der Aktuellen Debatte über aktuelle Themen und, wie gesagt, ich werde sehr genau darauf achten, welche aktuellen Themen aufgerufen werden, bei denen das Königsrecht des Parlaments bereits gebraucht worden ist.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Das eine schließt das andere nicht aus.

(Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Genau!)

Wie gesagt, die Schäden sind groß: 2,6 Millionen Kubikmeter Sturmholz in ganz Sachsen – davon 1,8 Millionen Kubikmeter ungefähr im Sachsenforst. Eine Zahl ist noch nicht genannt worden: Wir hatten in diesem Jahr geplant, 1,25 Millionen Kubikmeter im Sachsenforst einzuschlagen. 1,8 Millionen Kubikmeter waren allein Sturmholz, dazu kommen noch einmal bis zu 600 000 Kubikmeter Käferholz.

Ich muss den ganzen Vorgang nicht noch einmal schildern. Es wurde schon erläutert, wie er durch die extreme Trockenheit beschleunigt wurde. Nun müssen wir darauf reagieren. Es ist einfach so, dass wir als Land Sachsen keine Insel sind, sondern deutschlandweit und in unseren Nachbarländern Schäden aufgetreten sind. Diese Zahl möchte ich noch nennen: Zum Beispiel in Tschechien wird mit bis zu 20 Millionen Kubikmeter Borkenkäferholz gerechnet. Das hätte man sich vor Jahren nicht vorstellen können. Welche Dimensionen und Auswirkungen das auf dem Holzmarkt und auf die Vermarktung hat, kann sich jeder vorstellen.

Wir haben als Ministerium bereits darauf reagiert. Es gab eine Rücklage im Staatsbetrieb Sachsenforst. Sie ist zum größten Teil aufgelöst worden. Über einen überplanmäßigen Antrag sind insgesamt 11 Millionen Euro für die Schadensbeseitigung zur Verfügung gestellt worden.

Ja, Sie haben recht. Die Rücklage – jetzt ist Herr Barth wohl gegangen – war schon einmal deutlich höher: 39 Millionen Euro. Wenn wir diese Rücklage ausgeleert hätten, würden wir die Diskussion heute genauso führen, um sie wieder zu füllen. Der Finanzbedarf ändert sich damit überhaupt nicht. Es wäre eine andere Haushaltstechnik, die wir anwenden müssten. Die Zahlen sind dadurch keine anderen.

Wir haben Enormes geleistet, nicht nur der Staatsbetrieb, sondern auch die privaten und die körperschaftlichen Waldbesitzer. Ich finde, es ist richtig, ihnen einmal Dank zu sagen. Es ist eine unglaublich gefährliche Arbeit, die im Wald stattfindet. Es gab schwere Unfälle. Es gab sogar einen Arbeitsunfall mit Todesfolge. Es ist kaum vorstellbar, was hier stattfindet. Deshalb ist es wichtig, dass wir gut ausgebildete Forstleute in unseren Wäldern haben. Deshalb ist es wichtig – einen herzlichen Dank an das Parlament dafür –, dass die Ausbildungsstellen wieder

aufgestockt worden sind. Das ist uns sehr wichtig, nicht nur im Staatswald, sondern im gesamten Landeswald.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Wir werden nicht damit beginnen, einen Waldumbau durchzuführen, denn damit sind wir in den letzten Jahren mit 1 300 Hektar pro Jahr deutschlandweit Spitze. Es gibt kein Bundesland, das anteilmäßig so viel Wald umbaut, wie es der Freistaat Sachsen bisher getan hat. Deshalb werden wir das kontinuierlich fortsetzen. Wir werden dieses Jahr die ausgefallenen aufgeforsteten Flächen, die gefördert worden sind, für private oder körperschaftliche Waldbesitzer erneut fördern. Dafür wurde Geld zur Verfügung gestellt. Wir haben die Bewilligungsstelle personell verstärkt, damit es schnell geht. Darauf haben wir reagiert.

Wir werden die privaten und körperschaftlichen Waldbesitzer nicht im Stich lassen. Für den Waldschadensfonds sind bisher 3 Millionen Euro für den privaten Wald vorgesehen. Weitere 5 Millionen Euro werden wir über die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes zur Verfügung stellen – insgesamt 8 Millionen Euro. Die Förderung ist für die Überwachung von Lockstofffallen, Entrindung und Reisigverbrennung, Borkenkäferbekämpfung, forstsanitäre Holzabfuhr aus dem Wald und Anlage von Holz in Lagerstätten gedacht.

Die Tonnage für den Holztransport ist pro Lkw auf 44 Tonnen erhöht worden. Herzlichen Dank an dieser Stelle an das Verkehrsministerium!

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Auch das ist wichtig: Wir können damit 10 % der Lkws einsparen, wenn wir die Lademenge um 10 % erhöhen.

Im Gegensatz zu dem, was ich in den letzten Tagen gehört habe – die Landkreise würden sich dem Thema nicht stellen –: Nein, das ist nicht so. Wir sind in einem guten Austausch mit den Landkreisen, um dort Krisenstäbe zu bilden. Schritt für Schritt werden diese Krisenstäbe in den Landkreisen gebildet, in denen noch keine gebildet worden sind.

Wir werden die Borkenkäferkalamität durch Waldschutzmaßnahmen weiter eindämmen. Es ist wichtig, dass es

uns gelingt, das Schadholz im Winter weitestgehend aus dem Wald herauszubringen. Nur so kann man am Ende eine weitere Ausbreitung verhindern, obwohl wir heute schon wissen, dass sich die Zahl, die wir heute bei 600 000 Kubikmetern einschätzen, bis zum nächsten Mai bis auf 1 Million Kubikmeter erhöhen wird.

Die Wilddichte ist angesprochen worden. Natürlich ist es beim Waldumbau wichtig, eine ausgewogene Wilddichte herzustellen. Die Diskussionen darüber führen wir intensiv, auch mit den Leuten vor Ort.

Herzlichen Dank auch an den Sächsischen Jagdverband, mit dem sich der Austausch wieder etwas verbessert hat. Ich finde es gut, dass sich der Jagdverband sachsenweit nun hoffentlich wieder stabilisiert. Wir brauchen einen stabilen und zuverlässigen Ansprechpartner, um solche manchmal schwierigen Themen zu diskutieren.

Ich danke noch einmal allen, die sich hier einsetzen, und zwar nicht nur in den Haushaltsverhandlungen, sondern auch in den fachpolitischen Diskussionen, wie wir uns diesen Herausforderungen stellen; denn es ist, wie gesagt, nicht nur ein Geldproblem, sondern es ist auch eine Frage des strategischen Herangehens, um den sächsischen Wald stabil zu gestalten. Wir tun seit Jahren schon sehr viel. Es ist immer wieder richtig und wichtig, das ins Bewusstsein der Menschen hineinzuholen, um die richtigen Entscheidungen treffen zu können und Unterstützung bei der Umsetzung zu erfahren.

Also herzlichen Dank für das Debattenthema, und ich hoffe, dass wir im nächsten Jahr nicht wieder solche Diskussionen führen müssen, sondern dass wir ein gutes Jahr für den sächsischen Wald erleben werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Röbber: Herr Staatsminister Thomas Schmidt nahm für die Staatsregierung Stellung. Gibt es in dieser ersten Aktualen Debatte weiteren Redebedarf? – Den kann ich nicht erkennen. Wir schließen sie also ab.

Ich rufe auf

Zweite Aktuelle Debatte

Blockade gegen Klimaschutz und Strukturwandel – Arbeit der Kohlekommission nicht länger sabotieren!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Als Antragstellerin hat zunächst die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Die Reihenfolge in der weiteren Runde: CDU, DIE LINKE, SPD, AfD; Staatsregierung, wenn gewünscht. Herr Dr. Lippold, Sie ergreifen

jetzt das Wort für die einbringende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ministerpräsident

Kretschmer hat nach seinen eigenen Worten die Notbremse in der Arbeit der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, gemeinhin „Kohlekommission“ genannt, gezogen. Im Ergebnis wurde deren Arbeit unterbrochen. Es wurde eine kleine Arbeitsgruppe eingesetzt, die zunächst im Bereich Unterstützung des regionalen Strukturwandels weitere Konkretisierungen vornehmen soll, woraus im späteren parlamentarischen Prozess gesetzliche und vertragliche Regelungen entstehen können. Anfang nächsten Jahres soll die Kommission, ihrem Einsetzungsbeschluss folgend, ihre Arbeit zu Ende bringen und wahrscheinlich Anfang Februar – etwa zwei Monate später als vorgesehen – im Konsens ihre Handlungsempfehlungen verabschieden. Das klingt alles ganz unaufgeregt.

Warum dann eine Aktuelle Debatte? Weil der Einsetzungsbeschluss damit bereits in Teilen Makulatur geworden ist. Damit steht mehr auf wackeligem Grund, als es den meisten von uns hier recht sein kann, vor allem nämlich bei den Chancen für die Regionen, weil diese Intervention über das Kanzleramt gegen die Arbeit der Kommission am Ende fürchterlich nach hinten losgehen kann, weil ein rascher Kohleausstieg sowohl mit als auch ohne diese Kommission kommt und weil er dann entweder unabgefedert und unplanbar oder aber auf einem sicheren Pfad und mit Milliardenförderung erfolgt, weil in der Lausitz und in Mitteldeutschland inzwischen viele engagierte Menschen intensiv an Ideen, Plänen und ganz konkreten Projekten für die Zukunft der Regionen arbeiten und die es kaum erwarten können, dass sie endlich mit seit den 1990er-Jahren nicht mehr gekannter Kraft loslegen können –

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des
Abg. Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU)

mit großen Erwartungen –, und weil wir der Meinung sind, dass der Ministerpräsident genau das riskiert: Er riskiert durch seine Sabotage an der Kommissionsarbeit,

(Frank Heidan, CDU: Na, na, na! –
Zurufe von den GRÜNEN und den LINKEN)

am Ende mit leeren Händen vor diese Menschen zu treten; und ein „April, April!“ nach all den ermutigenden Zukunftsplanungen, eine verzockte Riesenchance für die Aussicht, einige Monate länger nicht über Gigawattzahlen reden zu müssen, wäre unverzeihlich.

(Beifall bei den GRÜNEN –
Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU,
steht am Mikrofon.)

Ich möchte erläutern, warum wir diese Gefahr sehen. Wie der Ministerpräsident zusammen mit seinen Kollegen aus Sachsen-Anhalt und Brandenburg interveniert hat, ist in der Kommission durchaus auf breite Verärgerung gestoßen.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Ja, bitte.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Bitte, Herr Kollege von Breitenbuch.

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Kollege Dr. Lippold, geben Sie mir recht, dass es völlig kontraproduktiv ist, dass jetzt die Wärme aus Leipzig nicht mehr genutzt werden soll und mit großem Jubel der GRÜNEN dies jetzt als tolles Signal stattfindet? Dass es völlig kontraproduktiv gegenüber dem ist, was unser Ministerpräsident mit seiner Staatsregierung gerade für unser Land in Berlin bei diesen Verhandlungen zu erreichen versucht?

(Beifall bei der CDU)

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Danke für die Frage, Herr Kollege von Breitenbuch. Ich gebe Ihnen selbstverständlich nicht recht, dass das kontraproduktiv ist.

(Svend-Gunnar Kirmes, CDU: Was?! –
Zurufe von der CDU; Oh!)

Ganz im Gegenteil. Diese Entscheidung ist von großem Realismus geprägt.

(Lachen bei der CDU)

Diese Entscheidung, meine Damen und Herren, ist von großem Realismus geprägt,

(Zurufe von der CDU)

weil die Stadt Leipzig davon ausgehen muss, dass ihre Fernwärmeversorgung aufgrund der unsicheren Zukunft des Kraftwerks Lippendorf ansonsten irgendwann plötzlich im Raum steht und keiner mehr weiß, wie man das realisieren soll.

(Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU:
Das wird doch von Ihnen herbeigeredet! –
Zurufe von der CDU)

Es gibt aber im Moment ein Zeitfenster,

(Beifall bei den GRÜNEN)

wo in der Arbeit einer Kohlekommission Mittel und Wege gefunden werden, um die Systemrelevanz solcher Kraftwerke für die Wärmeversorgung daran hängender Verbraucher zu lösen, wo Fördermittel gefunden werden sollen, um diese Probleme zu lösen. Da ist es außerordentlich vernünftig für die Stadt, dieses Zeitfenster zu nutzen,

(Zurufe von der CDU)

diese Fördermittel zu nehmen und sich auf sichere Beine zu stellen.

(Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU:
Und für die Region? –
Frank Heidan, CDU, steht am Mikrofon.)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage von Kollegen Heidan?

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Ich gestatte gern eine weitere Zwischenfrage.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Bitte.

Frank Heidan, CDU: Herr Kollege Dr. Lippold, Sie wissen aber schon, dass Lippendorf für die Grundversorgung mit Strom verantwortlich ist und dass wir auf das Kraftwerk sicherlich nicht verzichten können.

(Marco Böhme, DIE LINKE: Natürlich!)

Ist Ihnen bewusst, dass sie dann das Doppelte an CO₂ ausstoßen, weil Erdgas auch ein fossiler Brennstoff ist, wenn 2023, wie es der OB Jung verkündet hat – ich glaube nicht, dass das bis dahin möglich ist –, für 300 Millionen Euro ein Gaskraftwerk errichtet wird, um auf die Fernwärme, die normalerweise ein Abprodukt von Lippendorf ist, zu verzichten? Ist Ihnen bewusst, dass dann mindestens das Doppelte an CO₂ ausgestoßen wird?

(Beifall bei der CDU und der SPD –
Zuruf des Abg. Marco Böhme, DIE LINKE)

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Ich antworte gern auf Ihre Frage, Herr Kollege Heidan.

(Zurufe von der CDU und den LINKEN)

Es ist mir natürlich bewusst, dass Lippendorf ein Kraftwerk ist, das Strom produziert – mit einem Wirkungsgrad von 42 %. Das heißt, fast 60 % der Energie, die man vorn hineinsteckt, gehen als Wärme verloren.

(Zurufe von der CDU und den LINKEN)

Das ist mir natürlich bewusst. Mir ist auch bewusst, dass wir in der Netzzone, in der Lippendorf liegt, an vielen Tagen im Jahr eine hundertprozentige Versorgung mit Sonne und Wind haben und das Kraftwerk genau deshalb nicht herunterfährt und deshalb im Strommarkt große Probleme macht, weil dieses Kraftwerk durch etwa 10 % seiner thermischen Leistung, die für Leipzig ausgekoppelt wird, systemrelevant ist.

(Frank Heidan, CDU, steht am Mikrofon.)

Das heißt, hier läuft ein Kraftwerk, das zu diesem Zeitpunkt nicht laufen müsste. Es produziert zusätzliches CO₂. Hier wird zusätzliche Kohle verbrannt, weil dieses Kraftwerk durch diese Fernwärmeauskopplung mitten in der Energiewende immer noch systemrelevant ist.

(Zuruf des Abg. Marco Böhme, DIE LINKE)

Diese Systemrelevanz wird Leipzig jetzt auch mit lösen, und damit steht einem geordneten Abschaltplan für Lippendorf nichts mehr im Wege.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage von Kollegen Heidan?

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Bitte.

Frank Heidan, CDU: Aber Sie wissen schon, dass das Kraftwerk Lippendorf für DOW Strom produziert und dass dort ein Cracker 365 Tage laufen muss – ob die Sonne scheint oder ob Wind geht, spielt keine Rolle – und dass eine gesicherte Stromversorgung –

Präsident Dr. Matthias Röbner: Frage!

Frank Heidan, CDU: – für Leuna in dieser Weise deutlich wird?

Präsident Dr. Matthias Röbner: Die Frage bitte, Herr Kollege!

Frank Heidan, CDU: Ich frage Sie deshalb: Wollen Sie diesen Industriestandort Halle/Leipzig mit Ihrem politischen Blindflug, mit Ihrer politischen Ausrichtung zur Abschaltung des Kraftwerks Lippendorf riskieren?

(Beifall bei der CDU und der SPD –
Zuruf des Abg. Marco Böhme, DIE LINKE)

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Herr Kollege Heidan, zunächst einmal sitze nicht ich in der Kohlekommission

(Ines Springer, CDU: Zum Glück!)

und rede über Kohleausstiegspläne, und nicht ich habe einen Klimaschutzplan gemacht,

(Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Ihre Leute sitzen da doch auch mit drin!)

sondern Ihre Bundesregierung. Aber lassen wir das erst einmal beiseite.

(Beifall bei den GRÜNEN und den LINKEN)

Ich habe mit der Geschäftsführung der Firma DOW selbstverständlich zusammengesessen und mit ihr diese Frage diskutiert. Die Firma DOW hängt über keinen Link – weder bei der Wärme noch bei sonst etwas – am Kraftwerk Lippendorf. Das ist eine Legende. Das Kraftwerk Lippendorf speist in den freien Strommarkt ein.

(Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU:
Die Prozesswärme wird doch genutzt!)

Die Firma DAU versorgt sich auf dem freien Strommarkt. Für die Versorgungssicherheit an diesem Strommarkt ist die Bundesnetzagentur zuständig.

(Zurufe von der CDU und den LINKEN)

Die Bundesnetzagentur wird nicht der Abschaltung auch nur eines einzigen Kraftwerksblocks zustimmen, wenn dadurch die Versorgungssicherheit auch nur ansatzweise gefährdet wäre, Herr Kollege. Damit ist das eine absolute Scheindebatte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, was Sie mit Leuna möchten. Leuna steht neben dem Kraftwerk Zschopau. Das ist eine völlig andere Kiste. Sie haben mich zum Thema Kraftwerk Lippendorf gefragt. Sie müssen auch fachlich sauber bleiben.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Aber sehr gerne.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Bitte, Herr Hirche.

Frank Hirche, CDU: Wie Sie wissen, komme ich aus Hoyerswerda. Die Stadt Hoyerswerda bedient sich für die Versorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger der Versorgungsbetriebe in Hoyerswerda. Ich bin dort Aufsichtsratsvorsitzender und vertrete diese Firma im Prinzip nach außen hin. Ich möchte Ihnen etwas mitteilen.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Bitte stellen Sie Ihre Frage.

Frank Hirche, CDU: Das gehört zur Frage. Denn wir haben vor etwa drei Wochen den Vertrag mit Schwarze Pumpe um fünf Jahre verlängert, um die Versorgungssicherheit der Stadt Hoyerswerda sicherzustellen. Meinen Sie wirklich, dass es ein Fehler war, somit die Versorgungssicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger abzusichern? Meinen Sie wirklich, dass es notwendig ist, hier eine solche Diskussion zu führen, wenn wenige Kilometer weiter – 60 Kilometer entfernt von Hoyerswerda – Kraftwerke auf der polnischen Seite so viel CO₂ in die Luft pusten, die wir in Deutschland überhaupt nicht kompensieren können? Meinen Sie wirklich, dass es notwendig ist, einen Teil Deutschlands für diese Politik zu opfern?

Präsident Dr. Matthias Röbler: So.

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Dazu muss ich Folgendes sagen: Lieber Herr Kollege, ich sitze nicht in dieser Kohlekommission. Ich entscheide nicht über Ausstiegspläne. Es ist Ihre Regierung, die diese Pläne gemacht hat, die mit mathematischer Notwendigkeit einen Abschaltplan bedingen.

(Beifall des Abg. Jörg Urban, AfD)

Wenn Sie mir sagen, dass Sie um fünf Jahre verlängert haben, dann kann ich Sie beruhigen. Niemand kann innerhalb von fünf Jahren ad hoc einen Standort abschalten. Das hat natürlich auch niemand vor. Hierbei wird verantwortungsbewusst vorgegangen. Das bedeutet selbstverständlich, an dieser Stelle auch Vorsorge für die Wärmeversorgung und alle anderen Systemrelevanzen zu treffen.

Das betrifft beispielsweise auch Themen wie Mitverbrennung von Abfall oder von Klärschlamm. Es sind ganz viele Verbindungen erst einmal noch zu lösen. Das hat man mit Blick auf die Diskussion auch in Berlin mit Sicherheit auf dem Radar. Ich kann Ihnen nur noch Folgendes einmal sagen: Hierbei wird verantwortungsbewusst vorgegangen.

Deshalb hat man sich so viel Mühe gegeben, diese Kommission ausgewogen einzusetzen. Deshalb entscheidet eine Zweidrittelmehrheit. Deshalb stehen am Ende auch das Parlament und der Bundesrat, die zu entscheiden haben, was sie mit den Empfehlungen dieser Kommission machen.

Es geht hier überhaupt nicht um irgendeine Panikmache, dass morgen irgendwo die Lichter ausgehen oder es irgendwo morgen kalt wird. Es geht um einen ganz klaren und strukturierten Prozess. Es geht uns in dieser Aktuellen Debatte darum, dass man diesen Prozess nicht stört und nicht riskiert, dass er geordnet ablaufen kann.

Ich würde gern fortfahren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Bitte, Herr Kollege.

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Die Kommission war eigentlich gut unterwegs. Entgegen allen Unkenrufen, der ambitionierte Zeitplan sei unmöglich umzusetzen, war man bis Ende November gut unterwegs, um angesichts einer harten Deadline im Konsens genau das zu liefern, was der Einsetzungsbeschluss vorsieht. Ich zitiere: „Ihre Empfehlungen für Maßnahmen zum Beitrag der Energiewirtschaft, die Lücke zur Erreichung des 40-Prozent-Reduktionsziels bis 2020 so weit wie möglich zu verringern, legt die Kommission WSP rechtzeitig vor der 24. UN-Klimakonferenz (COP24), die vom 3. bis 14. Dezember 2018 stattfindet, schriftlich vor. Der Abschlussbericht wird Ende 2018 der Bundesregierung übergeben.“

Wider Erwarten kam die Kommission dabei voran. Wider Erwarten schien der Zug in der Lage, pünktlich die Zwischenstationen zu erreichen. Was macht man, wenn man in diese Stationen aber partout nicht einfahren möchte? Das höre ich von Ihnen: Man zieht die Notbremse. Doch wie zieht man in einem Zug die Notbremse, in dem man selbst gar nicht sitzt? Man schiebt einfach ein Hindernis auf die Schienen.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Herr Lippold, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Ja, sehr gern.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Bitte.

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Die Aktuelle Debatte macht mir Spaß.

Dr. Stephan Meyer, CDU: Vielen Dank, Herr Präsident. Herr Dr. Lippold, geben Sie mir recht, dass es angesichts der Dimensionen, die der Strukturwandel für das mitteldeutsche Revier und die Lausitz hat, notwendig ist, Gründlichkeit vor Schnelligkeit walten zu lassen? Woher nehmen Sie Ihre Erkenntnis, dass dieser Zug angeblich so gut in Fahrt ist, dass er komischerweise in Katowice anhalten kann? Sollten wir nicht eher etwas gründlicher arbeiten, damit wir die zeitliche Dimension dieses Struk-

turwandels vernünftig abbilden und nicht politisch nur wegen einer Klimakonferenz ein Datum festlegen?

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Zunächst einmal ist das nicht meine Entscheidung. Das besagt der Einsetzungsbeschluss der Bundesregierung. Die Kommission hat diesen ernst genommen. Sie haben ihren ehemaligen Ministerpräsidenten mit in das Führerhäuschen des Zuges gesetzt. Sie haben das alle sehr ernst genommen und fleißig gearbeitet. Sie haben erst einmal intensiv über das Thema Strukturwandel geredet. Es sind viele Vorschläge, Ideen, Pläne und Finanzierungsansätze entstanden. Dem einen reicht das und dem anderen eben nicht.

Im zweiten Teil ist man losgegangen und hat gefragt, was man tun müsse, um einen Pfad für das Schließen der Lücke bis zum Jahr 2020 und bis zum Jahr 2030 zu beschreiten. Somit könnte dann auch eine Bundesumweltministerin mit klaren Plänen dorthin fahren.

Wir sind schließlich nicht mehr und nicht weniger als die größte europäische Volkswirtschaft. Es kommt schon darauf an, ob diese in dem Zug mitfährt oder vorn dran hängt. Das war ein sehr wichtiges Ziel. Das war der Bundesregierung ein sehr wichtiges und sehr wertvolles Ziel. Das war – nebenbei gesagt – mit Blick auf die Arbeit der Kommission die einzige wirklich harte Deadline, die die Kommission und die Bundesregierung in ihrer Arbeit befeuert hat.

Diese einzige harte Deadline wurde gerissen. Das ändert sehr viel an der Arbeit der Kommission. Es folgt das eine oder andere Déjà-vu zum Klimaschutzziel 2020, wenn es keine harten, sondern nur noch weiche Ziele gibt. Was bringt diese Kommission dann eigentlich noch voran? Das ist die große Frage. Die nächsten harten Termine sind die Landtagswahlen. Was das für die Arbeit der Kommission bedeutet, werden wir sehen.

Ich würde gern noch ein paar Sätze anfügen. Was im Bahnverkehr ein gefährlicher Eingriff ist, weil es einen Zug zum Entgleisen bringen kann, das ist auch hier geeignet, diese Kommission und ihre Arbeitsfähigkeit schwer zu beschädigen. Damit haben Sie diese Kommission, deren Einsetzung ein langwieriger und mühsamer Prozess war, weil er größtmögliche Ausgewogenheit und damit breitestmögliche Akzeptanz ihrer mit Zweidrittelmehrheit zu beschließenden Berichte garantieren sollte, – deren politische Steuerung von der Seitenlinie nicht ausdrücklich vorgesehen war, um genau diese breite Akzeptanz zu ermöglichen –, wie Figuren in einem Marionettentheater aussehen lassen.

Ich fahre in einer zweiten Runde fort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Herr Kollege Lippold hat die Zweite Aktuelle Debatte für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eröffnet. Nun spricht für die CDU-Fraktion Kollege Rohwer. – Entschuldigung, der Ministerpräsident möchte das Wort ergreifen. Nach unserer Geschäftsordnung kann die Staatsregierung

immer und zu jeder Zeit zu Wort kommen. Bitte, Herr Ministerpräsident Kretschmer.

Michael Kretschmer, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielen Dank. Ich möchte es noch einmal deutlich sagen: Im Jahr 2050 endet in der Bundesrepublik Deutschland die Braunkohleverstromung. Das hat unser Land im Pariser Abkommen beschlossen und zugesagt. Das gilt selbstverständlich! Meine Damen und Herren, um dieses Ziel zu erreichen, braucht es eine verantwortliche Politik, die mehreren Kriterien gerecht werden muss.

Erstens braucht dieses Industrieland Bundesrepublik Deutschland eine sichere Energieversorgung. Es reicht eben nicht, wenn an vielen Tagen im Jahr der Strom durch erneuerbare Energien gedeckt wird. Wir brauchen an 365 Tagen 24 Stunden lang eine sichere Energieversorgung.

(Beifall bei der CDU, der SPD und vereinzelt bei der AfD – Beifall bei der Staatsregierung)

Zweitens – das ist genauso wichtig – hat die Bundesrepublik Deutschland heute schon die höchsten Strompreise in der Europäischen Union. Wir dürfen darüber nicht hinausgehen. Dieses Land wird nur dann wettbewerbsfähig sein, wenn die Energiepreise vernünftig und wettbewerbsfähig sind. Das ist der zweite Punkt.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Der dritte Punkt ist folgender: Wir leben in einem Land, in dem die Braunkohleverstromung einen großen Teil zur Wertschöpfung und zur Arbeitsplatzversorgung beiträgt, im Übrigen auch zu unserem Steueraufkommen. Deshalb haben gerade wir ein großes Interesse daran, dass die Aussagen, die von vielen Umweltverbänden, Unternehmern, aber eben auch der Bundesregierung getroffen wurden, eingehalten werden. Zuerst geht es um den Aufbau neuer Beschäftigungsverhältnisse, dann folgt der Ausstieg aus der Braunkohle. Das muss unser gemeinsames Ziel sein. Das muss uns auch in diesem Parlament einlenken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Das muss man auch noch einmal ins Verhältnis setzen. Wir reden über, von heute angenommen, 30, 31 Jahre. Wir reden über einen Zeitraum, den wir mit der deutschen Einheit vergleichen können. Wir wissen, was in dieser Zeit alles gelungen ist, und wir wissen auch, dass wir es noch nicht geschafft haben, an den deutschen Durchschnitt anzuschließen. Deshalb ist das ein Zeitraum, der nicht zu lang, sondern notwendig ist für eine Strukturentwicklung. Ich will im Detail auch gleich noch einmal darauf eingehen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Michael Kretschmer, Ministerpräsident: Nein. Ich möchte gern meine Erklärung vortragen.

Jetzt muss man, um die gesamte Sache noch einmal ins Verhältnis zu setzen, über 30 Jahre Zeit betrachten. Wir reden über 0,3 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes, der durch die deutsche Braunkohleverstromung zustande kommt – 0,3 %. Das ist nicht wenig, das ist ein Betrag, auf den wir in Zukunft auch verzichten wollen, aber man muss ihn ins Verhältnis setzen zu dem, was weltweit passiert, was jedes Jahr auch an Zubau an CO₂-Produktion in anderen Ländern passiert. Deshalb ist es, glaube ich, richtig, dass man die ganze Sache mit Vernunft und mit der Ruhe angeht, wie man sie braucht.

Wir stehen als Staatsregierung an der Seite der Beschäftigten, der Bergarbeiter, der Kraftwerker, der Menschen in der Region, derer, die dort leben und die im Übrigen hier oben gerade auf der Tribüne sitzen und genau zuhören, was hier wie gesprochen wird, weil sie persönlich davon betroffen sind.

(Beifall bei der CDU)

Es ist für mich vollkommen klar, dass diejenigen, die heute ein Tagebaugroßgerät führen, in aller Regel nicht die Personen sein werden, die am Ende IT-Experten oder die Experten der künstlichen Intelligenz oder anderer Dinge werden. Darum geht es auch gar nicht. Es geht darum, dass diese Frauen und Männer ihren Kindern und Enkeln mit gutem Gewissen sagen können: Ihr werdet eine neue Beschäftigung hier in unserer wunderschönen Heimat haben, weil die Staatsregierung und die Bundesregierung daran arbeiten, dass sie alles dafür tun werden, dass jetzt die Braunkohle endet, aber ihr werdet neue Beschäftigung haben. Das sind wir diesen Leuten schuldig, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das auch gelingt. Wir haben mit Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und mit Nordrhein-Westfalen die Kommissionsarbeit angehalten, weil wir gemerkt haben, dass das, was wir an Verbindlichkeit brauchen, damit dieser Prozess gelingen kann, nicht vorhanden ist. Ich widerspreche Ihnen sehr, Herr Lippold.

Die Mitglieder der Kommission, die ich jetzt getroffen habe, sind darüber nicht verärgert, sondern sie haben die Problematik genauso gesehen wie wir. Es gab diese Verbindlichkeit nicht, es gab eine ganze Reihe von Ideen, und wir haben auch ordentlich zugeliefert. Ich kann mich nicht darüber beklagen, dass diese Kommission nicht schon in ihrem Zwischenbericht genügend Einzelmaßnahmen – richtige, wichtige, notwendige Infrastrukturmaßnahmen – vorgesehen hat.

Aber die Frage ist: Kann ich mich als Ministerpräsident darauf verlassen, dass die Dinge am Ende auch umgesetzt werden? Wir sind zu viert zu dem Ergebnis gekommen: Nein, wir können uns nicht darauf verlassen. Deshalb bin ich der Bundeskanzlerin überaus dankbar, dass sie hier

auch eingegriffen und mit uns dafür gesorgt hat, dass wir jetzt in einem anderen Miteinander zu einem Verfahren kommen. Sie haben recht, diese Unterarbeitsgruppe tagt. Sie ist in einem sehr kollegialen Miteinander. Wir arbeiten jeden Tag zu. Wir haben wirklich jeden Tag Kontakt mit den Kollegen, und ich bin dankbar dafür, dass wir ein gemeinsames Verständnis haben, auch mit den Umweltverbänden, mit den Arbeitgebervertretern und mit denen aus den anderen Revieren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Es geht darum, durch Infrastrukturmaßnahmen Standortvorteile zu schaffen. Wir alle miteinander wissen, wie lange es dauert, eine ICE-Strecke, eine Autobahn oder eine Schnellstraße zu bauen. Wir wissen, dass sich erst danach, wenn diese Voraussetzungen geschaffen sind, wirtschaftliche Aktivität entwickelt. Deshalb war das in dieser Woche am Montag ein großes Thema, und mit den Umweltverbänden zu besprechen, dass wir zunächst erst einmal ein Planungsbeschleunigungsrecht brauchen, um diese Dinge zu realisieren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD – Beifall bei der Staatsregierung)

Ich bin sehr beeindruckt, dass es ein solches Miteinander gab, dass diejenigen, die normalerweise ganz klar in ihrer Grundhaltung sagen, sie wollen Umweltschutz, Naturschutz machen, trotzdem mit uns darüber gesprochen haben, über unsere Vorschläge für die Planungsbeschleunigung. Ich bin guter Hoffnung, dass am Ende auch hier ein gutes Ergebnis herauskommen wird.

Das Planungsbeschleunigungsrecht ist das Erste. Das Zweite ist es ein Maßnahmengesetz, in dem von der Bundesregierung mit dem Bundesrat gemeinsam festgelegt wird, welche Projekte wir miteinander realisieren. Ich möchte Ihnen deutlich sagen: Die darin enthaltenen Projekte sind keine, die sich die Sächsische Staatsregierung – Martin Dulig und ich – ausgedacht hat, sondern wir machen das gemeinsam mit den Regionen. Wir sprechen mit den Menschen, mit den Landräten und mit den Bürgermeistern vor Ort.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung)

Deshalb will ich Ihnen, Kollege Jalaß, auch gleich heute auf Ihre mir gestellte Anfrage antworten, wie das mit der privaten Hochschule im mitteldeutschen Revier ist. Das ist ein Vorschlag aus der Region, der Metropolregion, auf Platz 1. Deshalb haben wir es vorgeschlagen. Ich halte es auch für komplett richtig; denn, meine Damen und Herren, ich habe eine Vision für Leipzig und Umgebung, die sich nicht mit dem Status quo abfindet, sondern vorsieht, dass die Region zu einer der führenden Regionen in Europa wird. Da ist genügend Platz, da ist genügend Power auch für weitere wissenschaftliche Einrichtungen. Deshalb haben wir es vorgeschlagen und kämpfen auch dafür, dass diese Sache am Ende auch realisiert wird.

Nach dem Maßnahmegesetz und dem Planungsbeschleunigungsrecht wollen wir mit einem Vorschlag aus Brandenburg erreichen, dass für die europäischen Braunkohleregionen – es gibt ja über 40 – ein gemeinsames Beihilferecht geschaffen wird, damit man Standort- und Wettbewerbsvorteile hat. Ich bin Dietmar Woidke unglaublich dankbar für sein Engagement. Er war viel in Brüssel, er hat viele Vorschläge gemacht. Wir wollen das gemeinsam realisieren. Auch diesen Vorschlag haben wir am Montag in der Kommission diskutiert. Wir müssen der Bundesregierung klarmachen, dass es nicht einmalig 1,5 Milliarden Euro sind, die für diese Strukturentwicklung notwendig sind, sondern dass wir vermutlich für die nächsten 30 Jahre jährlich 1,5 Milliarden Euro brauchen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Wir haben miteinander Verkehrsprojekte Deutsche Einheit erlebt, das wichtigste VDE 8, die ICE-Strecke von Berlin nach München, die jetzt eingeweiht worden ist mit einer unglaublich positiven Wirkung und einem positiven Nutzungsverhalten. Dieses Projekt ist aber damals unter der Regierung von Gerhard Schröder zunächst eingestellt worden, weil kein Geld da war. Das darf uns nicht passieren. Wir haben die Zeit nicht. Wir haben 30 Jahre, dann ist Schluss mit der Braunkohleverstromung.

In der Zeit müssen die Dinge alle geklärt, müssen neue Arbeitsplätze geschaffen sein. Deshalb müssen wir, was die Finanzen angeht, eine Sicherheit haben, dass auch, wenn Bundesregierungen sich ändern, wenn sich Prioritäten verschieben, wenn die Wirtschaft möglicherweise nicht so funktioniert, trotzdem die Dinge getan werden können, die für den Strukturwandel notwendig sind. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich dabei unterstützen und nicht quertreiben würden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Ich möchte mich bedanken für die Unterstützung von Bürgermeistern, Landräten, der Zivilgesellschaft, bei meinen Kolleginnen und Kollegen in anderen Bundesländern, aber auch jenen von der IG BCE. Es war ein beeindruckendes Erlebnis, wie wir gemeinsam gearbeitet haben. Deshalb habe ich auch die Hoffnung, dass wir am Ende erfolgreich sein können.

Herzlichen Dank. Glück auf!

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Herr Kollege Lippold, Sie wollen eine Kurzintervention vortragen.

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Ja, Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sie haben die Menschen in den Revieren angesprochen. Ich glaube, jetzt ist vor allem eines wichtig, nämlich, dass man ganz klar die Wahrheit sagt und sehr deutlich erklärt, womit die Menschen rechnen können. Sie brauchen Planbarkeit für ihre

persönlichen Lebensentwürfe. Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit. Da ist das, was Sie hier gesagt haben, dass Deutschland in Paris unterschrieben habe, bis 2050 aus der Kohle auszusteigen, schon wieder nicht wahr.

(Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU:
Hat er doch gesagt! – Zurufe von den LINKEN)

Deutschland hat in Paris unterschrieben, ein Ziel zu erreichen: deutlich unter 2 °C, möglichst 1,5 °C. Alles, was wir dazu wissen – das drückt auch der Klimaschutzplan der Bundesregierung aus, der übrigens dieses Paris-Ziel noch nicht einmal abbildet –, heißt: Wir müssen bis dahin weitestgehend überhaupt aus der Emission von CO₂ heraus. Weil das in vielen anderen Bereichen der Industrie, der Wirtschaft, der Landwirtschaft so schwierig ist, muss in den Bereichen, in denen es einfach geht, nämlich in der Energiewirtschaft, dieser Abschied sehr viel schneller passieren.

(Lars Rohwer, CDU, steht am Mikrofon.)

Es besteht ein absoluter Konsens in der Wissenschaft und in der Energiewirtschaft. Es ist dringend an der Zeit, den Menschen reinen Wein einzuschenken und ihnen nicht vorzugaukeln, sie könnten noch bis 2050 so weitermachen.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Eine Kurzintervention. Darauf könnte eine Reaktion erfolgen.

Michael Kretschmer, Ministerpräsident: Meine Damen und Herren, dann haben wir vielleicht eine unterschiedliche Haltung zu diesem Thema. Ich war bisher immer der Meinung, dass es Konsens ist, dass wir die Menschen in diesen Regionen nicht in große Arbeitslosigkeit stürzen. Ich war der Meinung, dass es nicht darum geht, die Sache über Beschäftigungsgesellschaften abzufedern, sondern dass wir ehrlich daran arbeiten, neue Arbeitsplätze aufzubauen.

Sie alle wissen, wie lange so etwas dauert. Wenn wir es schaffen, in zehn Jahren Straßen und ICE-Verbindungen gebaut zu haben – was ein Rekord wäre in Anbetracht dessen, was sonst möglich ist –, wird es weitere fünf bis zehn Jahre dauern. Dann sind wir bei 20 Jahren, im Jahr 2040. Wenn Sie sich anschauen, welche Stufentagebau und Kraftwerksblöcke enden, dann wissen Sie, dass die letzten im Jahr 2045 oder 2046 enden. Von daher ist das, was ich beschrieben habe, das normale Szenario. Daran ist überhaupt nichts Besonderes.

Die Frage ist: Engagieren wir uns alle miteinander dafür, dass das gelingen kann? Meine Staatsregierung tut dies, und ich wäre dankbar, wenn sie vom Landtag unterstützt werden würde. Darum, und nur darum geht es: Zukunftsperspektiven zu schaffen, und nicht Regionen oder Menschen in Not zu stürzen. Deshalb brauchen wir die Sache auch nicht zu verkomplizieren. Es ist klar, dass die Braunkohleverstromung enden wird. Das ist eine riesige Chance für die Region, die wir auch ergreifen wollen. Deswegen arbeiten wir so intensiv mit dieser Kommission zusammen.

(Beifall bei der CDU, SPD
und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Das waren Kurzintervention und die Reaktion darauf. Nun gehen wir weiter in der Rederunde. Das Wort ergreift für die CDU-Fraktion Kollege Lars Rohwer.

Lars Rohwer, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er bereits an dieser Stelle in die Debatte eingegriffen hat. Dies wird zur Versachlichung und zur Zukunftsgewandtheit dieser Debatte führen, davon bin ich fest überzeugt.

Schauen wir aber einmal in das heutige Interview, das die GRÜNEN gegeben und in dem sie sich zu diesem Thema geäußert haben. Ich finde, Frau Kollegin Meier, da haben Sie die Katze aus dem Sack gelassen.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Na so was!)

Ich zitiere Sie: „Wir GRÜNE definieren uns ganz anders. Bei uns geht es um Konzepte und um Themen.“ – Also nicht um Menschen, das haben wir verstanden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der SPD –
Rico Gebhardt, DIE LINKE: Ihnen geht es
ja auch immer um Sachsen, Herr Rohwer!)

Dann äußert sich der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Herr Günther – ich darf ihn ebenfalls zitieren –: „Angesichts der unklaren Perspektiven des Kraftwerks trifft Leipzig die einzig verantwortungsvolle Entscheidung. Der Geschäftsplan zeigt, dass eine nachhaltige und klimaschutzgerechte Wärmeversorgung auch wirtschaftlich sinnvoll ist.“

(Beifall der Abg. Dr. Claudia Maicher, GRÜNE)

Herr Günther, ein neues Gaskraftwerk an einer anderen Stelle im urbanen Verdichtungsraum zu bauen ist für Sie also grüne Politik? Das kann ich Ihnen nicht wirklich abnehmen;

(Beifall bei der CDU)

denn es gibt dann zwei Kraftwerke, die CO₂ ausstoßen. Haben Sie nicht aufgepasst, als Sie dieses Zitat freigegeben haben?

(Zuruf des Abg. Marco Böhme, DIE LINKE)

Also, ich bin schon ziemlich entsetzt, was Sie den Menschen in der Zeitung beibringen wollen, und sie werden es lesen und sich merken. Das wird aber den GRÜNEN, denke ich, keinen Schwung geben.

Was wollen wir als Union? Ich denke, darin sind wir uns mit unserem Koalitionspartner einig: Wir wollen erst Jobs und dann den Ausstieg.

(Beifall bei der CDU – Jörg Vieweg, SPD: Genau!
– Zuruf der Abg. Sarah Buddeberg, DIE LINKE)

Wir wollen kein „Husch husch!“, sondern verlässliches Agieren. Uns geht es um die Menschen in unserem Land.

Sie schreiben in Ihrer Überschrift, dass wir eine Blockade gegen Klimaschutz und Strukturwandel aufbauen würden. Dies tun wir eben gerade nicht. Das, was wir tun, ist, diesen Prozess mit Verlässlichkeit und Planbarkeit voranzutreiben, und Sie stören dabei ständig die Umsetzung.

Was wir noch lernen können, ist, dass die Kommission eben nicht „Kohleausstieg“ heißt, sondern „Wachstum“.

(Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Das
haben Sie gesagt, Herr Rohwer!)

– Ja, aber was heißt denn Wachstum? Wenn ich Arbeitsplätze einfach beerdige und Betriebsvermögen vernichte und überhaupt nicht weiß, in welchen Unternehmen ich den Menschen in der Region dann Arbeit geben soll, dann ist das kein Wachstum, das ist Niedergang. Deshalb hat die Kommission zuallererst die Überschrift „Wachstum“.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Der nächste Punkt ist der Strukturwandel. Der Ministerpräsident hat uns gerade sehr intensiv und eindrucksvoll Hinweise gegeben, wohin es gehen kann, und ich denke, dass Sie das unterstützen können. Aber Sie müssen mit Ihren Störfeuern aufhören, sondern sich auf die Sache konzentrieren. Der Strukturwandel ist also der nächste große Punkt, und zwar nicht nur in der Lausitz, sondern – das sage ich ganz ausdrücklich – auch im mitteldeutschen Braunkohlerevier.

Zum Schluss geht es um Beschäftigung. Die Menschen wollen eine Zukunft. Sie wollen sich selbst mit ihrer Arbeit ernähren sowie Familien gründen und finanzieren können. Deshalb brauchen wir diese Beschäftigungsinitiativen, und das ist bekanntlich nicht von heute auf morgen durchzusetzen.

Wir als CDU-Fraktion unterstützen das Vorgehen der Staatsregierung hin zu einer festen, verlässlichen Finanzierungsform. Uns schwebt ein Finanzierungsfonds oder, besser noch, eine Stiftung vor. Wir wollen sehen, was zum Schluss herauskommt. Dann muss dieses Maßnahmenpaket, das erarbeitet wird, die klare Zustimmung des Deutschen Bundestags bekommen, und wir werden sehen, wie die GRÜNEN agieren werden: ob sie dann einfach nur bei der Jahreszahl herummosern oder ob sie unterstützen, dass Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung stattfinden können. Wenn dieses Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen ist, werden wir in die Umsetzung gehen, damit sich die Menschen darauf verlassen können.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, SPD
und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Kollege Rohwer sprach für die CDU-Fraktion. Für die Fraktion DIE LINKE spricht nun Frau Kollegin Dr. Pinka.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte macht mich schon sehr, sehr nachdenklich; denn wenn ich

sehe, dass gerade nebenan, in Polen, eine Konferenz stattfindet, die auf Agieren der Ministerpräsidenten von Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen für Deutschland eben keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann, dann macht mich das sehr, sehr nachdenklich, wie Sie hier gerade sprechen.

(Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Wir bringen doch Beiträge für den Klimaschutz!)

Es ist gut, wenn sich Bürgermeister oder Ministerpräsidenten für ihre Gemeinde bzw. ihr Land einsetzen, unbestritten; aber in den Zusammenhängen, die wir jetzt gerade betrachten – Klimaschutz und die Endlichkeit der Art Mensch –, muss man anders diskutieren, Herr Ministerpräsident, und kann den Blick nicht nur auf die Gemeinde oder den Freistaat richten. Im Übrigen nennt sich dieses Phänomen – –

(Beifall bei den LINKEN)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Bitte schön.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Kollege Dr. Meyer, bitte.

Dr. Stephan Meyer, CDU: Vielen Dank, Herr Präsident. Frau Dr. Pinka, ich habe Ihnen gerade den Nachhaltigkeitsbericht auf den Tisch gelegt. Sie sagten, Sie hätten darin gelesen.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ja.

Dr. Stephan Meyer, CDU: Geben Sie mir recht, dass Nachhaltigkeit drei Dimensionen hat, nämlich eine wirtschaftliche, eine umweltpolitische und eine soziale, und man das auch bei den Themen Strukturwandel und Braunkohle berücksichtigen muss?

(Beifall bei der CDU)

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Meyer, in meinem weiteren Redebeitrag wäre ich auf die Nachhaltigkeitsstrategie und das, was zum Bereich Klima und Energie darin steht, eingegangen. Ich habe leider den Zettel, was die Faktenlage betrifft, auf meinem Platz liegen. Ich würde es Ihnen dann bringen. Darin steht nämlich nicht viel, zum Beispiel zu den nachweisbaren Indikatoren und wohin wir bei den CO₂-Emissionen wollen. Es steht so etwas drin, wie: Wir wollen die Menschen informieren, wo der Klimawandel hingeht. Wir wollen irgendetwas im Nicht-Energiebereich entwickeln, zum Beispiel beim Tourismus. – Vielleicht wollen wir ja Palmen im Waldumbau anpflanzen, weil wir dann kein Wasser mehr haben –

(Alexander Dierks, CDU: Superidee! –
Zuruf der Abg. Ines Springer, CDU)

Dürrefolgen usw.; vielleicht ist das ja das Ziel. Aber messbare CO₂-Emissionsziele oder dass die Staatsregie-

rung vielleicht ein Klimaschutzziel vorlegen will, das steht nicht darin.

(Ines Springer, CDU: Das ist unter Niveau, Frau Dr. Pinka!)

Das steht da nicht drin!

Präsident Dr. Matthias Röbner: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Dr. Meyer?

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ja.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Bitte, Herr Kollege.

Dr. Stephan Meyer, CDU: Noch einmal, Frau Dr. Pinka – vielleicht habe ich mich auch unklar ausgedrückt –: Ich habe gesagt, es gibt neben den umweltpolitischen Aspekten, die Sie gerade geschildert haben, auch soziale und wirtschaftliche Aspekte. Dazu würde ich gern von Ihnen etwas hören, welche Rolle das beim Thema –

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE –
André Barth, AfD: Das ist doch keine Frage!)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Die Frage, bitte!

Dr. Stephan Meyer, CDU: – Strukturwandel und Braunkohleausstieg spielt.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ich würde die Frage gern wie folgt beantworten: Es gibt eine Definition für die Nachhaltigkeit. Diese besagt nicht nur, dass man das Dreieck zwischen Wirtschaftlichkeit, Ökologie und Sozialem bedenken muss,

(Marko Schiemann, CDU: Aber auch! – Unruhe)

– auch, aber man muss im Besonderen – das bedeutet ja der Begriff Nachhaltigkeit – an andere Generationen denken: Können Menschen, Kinder, Kindeskindernach uns noch leben? Wenn wir in Klimaschutz nichts tun, dann können sie nicht mehr nach uns leben.

(Beifall bei den LINKEN)

Ich erinnere an ein Beispiel von vor 66 Jahren. Heute vor 66 Jahren sind in London 12 000 Menschen gestorben. Und wissen Sie, warum? – Weil es damals eine neblig-kalte Wetterlage gab und in dieser Zeit Kohleöfen angefeuert wurden. Die Menschen sind dann aufgrund dessen daran erstickt. Es waren 12 000 Menschen – und das an einem Tag.

(Zuruf von der CDU)

– Ja, das können Sie nachlesen.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch Show!)

– Nein, das ist keine Show. Lesen Sie es einfach nach. Es gab einen besonderen Tag, und an diesem Tag sind diese Menschen gestorben.

(André Barth, AfD: Fake News!)

Das ist einfach ein Problem. Wir haben bei der Klimaerwärmung und bei einem CO₂-Gehalt keine Möglichkeit, die Art Mensch zu retten. Das wissen Sie auch.

(Zuruf von der CDU)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, Frau Dr. Pinka?

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ja.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Bitte, Herr Kollege Vieweg.

Jörg Vieweg, SPD: Frau Dr. Pinka, bevor Sie platzen, möchte ich Ihnen gern noch eine Frage stellen.

(Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ich platze nicht!)

Würden Sie mir recht geben, Frau Dr. Pinka – weil Sie gerade den Eindruck erweckt haben, wir hätten keine Ziele –, dass wir im Energie- und Klimaprogramm des Freistaates Sachsen ganz klare CO₂-Einsparziele formuliert und ganz klare Ausbauziele bei sich erneuernden Energien festgeschrieben haben? Würden Sie mir hierzu Recht geben?

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Dann würde ich einmal zurückfragen: Sie reden doch nicht etwa von den ambitionierten Zielen des Klima- und Energieprogramms von 2012?

(Heiterkeit bei den LINKEN – Zuruf des Abg. Marco Böhme, DIE LINKE)

Reden Sie davon? – Schauen Sie sich einmal an, was Sie davon eingehalten haben. Auch das steht übrigens in der Nachhaltigkeitsstrategie. Dort steht, dass wir bis zum Jahr 2020 25 % der CO₂-Emissionen von 2009 einsparen wollen. Im Status sind wir bei 4,4 %. Ist es das, was Sie beim Energie- und Klimaprogramm als Fortschritt verkaufen wollen?

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Und: Ich platze nicht, ich bin immer so, das wissen Sie.

(Heiterkeit und Beifall bei den LINKEN – Zurufe von der CDU)

Ich würde jetzt gern weitermachen wollen.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Ja, bitte, Frau Kollegin.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ich war bei dem Innenblick von Bürgermeistern und Ministerpräsidenten stehen geblieben. Im Umweltbereich nennt man das „Nimbys“ – Not In My Back Yard; denn man hat dann zum Beispiel bei bestimmten Problemen in der Nähe nur seinen Eigenblick. Das ist beim Straßenbau oft so. Wenn das Problem dann gelöst ist, interessiert das Parallelproblem, nämlich im anderen Ort, nicht mehr. Das bedeutet dieses „Nimbys“. So ähnlich ist es bei Ihnen. Sie wollen erst einen abgeschlossenen und fürstlich bezahlten Strukturwandel und dann den Braunkohleverstromungsausstieg.

(Marko Schiemann, CDU: Was? –

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Das ist eine Frechheit! – Ines Springer, CDU: Das ist unter Ihrem Niveau, was Sie hier erzählen!)

Sie wollen 60 Milliarden Euro für die 30 Jahre – Sie haben es gerade wiederholt –, 1,5 Milliarden Euro pro Jahr ansparen, damit Sie dann 20 000 Arbeitsplätze substituieren können. Das Geld soll auch laufen, wenn offensichtlich der aktive Kohlebergbau noch existiert.

(Thomas Baum, SPD: Was denn sonst?)

Damit haben Sie quasi die Probleme, die in der Lausitz existieren, überhaupt nicht erkannt. Sie können sie auch nicht bewältigen. Das ist das Problem. Wie schafft man es zum Beispiel, in ländlichen Räumen – das sind keine Ballungsgebiete – bestimmte Industriearbeitsplätze zu entwickeln? Wir haben ja die Probleme schon – wenn ich einmal daran erinnern darf – in der Metropolregion Mitteldeutschland. Hier haben wir auch schon Probleme und können keine richtige Entwicklung sehen. Jetzt sind wir in der Lausitz, im ländlichen Raum. Wollen wir denn eine Monostruktur durch eine andere Monostruktur ersetzen?

(Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU:

Es geht doch gar nicht um Monostrukturen!
Es geht um Vielfalt!)

Oder gibt es nicht negative Rückkopplungen, wenn Sie Straßen oder Schienenwege haben?

(Thomas Baum, SPD: Das ist doch Quatsch!)

Fahren die Menschen dann einfach nicht schnell hin und schnell wieder zurück? Das sind doch alles Dinge, zu denen ich bei Ihnen überhaupt nichts lese.

(Zuruf von der CDU: Also!)

Herr Kretschmer, Sie haben schon x-mal gesagt, dass Sie dieses Nullkommairgendetwas an Klimaemission, die wir einsparen, eigentlich nicht juckt. Das ist aber genau diese „Nimby“-Argumentation; genau dieser Blick, um in diesem Bild zu bleiben.

(Ines Springer, CDU: Triff das vielleicht auf Sie zu?)

Wer soll denn, außer Deutschland, den Ausstieg aus der Kohleverstromung vorbildhaft leisten, wenn nicht wir in Sachsen, dem Land der Denker?

(Frank Heidan, CDU: Sie müssen auch an China denken! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wer muss denn hier handeln? Doch nicht Sie auf dieser Ebene. Sie haben uns vorgestern gesagt, dass wir nicht angstgetrieben sein sollen und Mut zu Veränderungen haben müssen. Aber das machen Sie gerade nicht. Sie machen keinen Mut zur Veränderung.

(Beifall bei den LINKEN – Zuruf von der CDU: Natürlich!)

– Nein, das machen Sie nicht!

(Heiterkeit und Beifall bei den LINKEN –
Frank Heidan, CDU: Sie
verbreiten doch die Angst!)

– Nein!

Präsident Dr. Matthias Röbner: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Meyer?

Dr. Stephan Meyer, CDU: Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Dr. Pinka, ist Ihnen bekannt, dass im Dreiländereck, im polnischen Turów, gegenwärtig der größte und modernste Braunkohlekraftwerksblock Europas errichtet wird? Können Sie mir sagen, wie sich diese Thematik in die Klimareduktion weltweit einordnen wird? In Polen findet derzeit ja auch die Klimakonferenz statt.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Meyer, Sie haben mich gerade nicht verstanden. Genau das ist dieses „Nimby“. Sie zeigen auf andere, ohne selbst etwas zu tun.

(Zurufe der Abg. Georg-Ludwig von Breitenbuch und Martin Modschiedler, CDU)

Sie könnten mir auch sagen: Boxberg, Block R, sei ganz modern, den müssen wir halten usw. Ich gebe Ihnen ja in der Weise recht, dass man eine Abschreibung eines bestimmten Blockes haben muss. Man investiert, und wir geben den Kraftwerksbetreibern eine gewisse Zeit, die Kohle zu verstromen.

(Zuruf des Abg. Martin Modschiedler, CDU)

– Ja. Aber dann zeigen Sie doch wieder auf andere. Das will ich nicht.

(Dr. Stephan Meyer, CDU: Das muss man doch mit bedenken! – Weitere Zurufe von der CDU)

Die Europäische Union hat sich dem Pariser Klimaschutzabkommen mit Deutschland angeschlossen.

(Marco Böhme, DIE LINKE: Wohlwollend!)

– Wohlwollend angeschlossen! Wir haben dort Klimaziele formuliert. Da gehört Ihre Regierung im Bund dazu. Wir als Sachsen und als Betroffene in Sachsen-Anhalt und in Brandenburg müssen das natürlich umsetzen. Das sehe ich genauso. Wir können diese Emissionsziele, die Einsparungen, bringen.

(Zuruf der Abg. Ines Springer, CDU)

Deshalb brauchen wir einen ordentlichen Plan, ich habe es gerade gesagt. Sie haben nur gefordert: Geld! Es geht um Geld, Geld, Geld.

(Dr. Stephan Meyer, CDU: Das stimmt doch überhaupt nicht! –

Weitere Zurufe von der CDU und der SPD)

– Nein! – Sie können doch gar keinen Plan vorlegen. Wenn Sie sagen, Sie verstromen bis zum Jahr 2040, wie wollen Sie denn die Substitution hinbekommen? Wie

wollen Sie denn sagen – Sie brauchen doch ein Kohleausstiegsszenario.

(Dr. Stephan Meyer, CDU: Haben Sie denn dem Ministerpräsidenten nicht zugehört?)

Zug um Zug brauchen Sie ein Szenario: Ausstieg, Substitution, Ausstieg, Substitution. Deshalb müssen Sie Strukturwandel und Kohleausstieg zusammen sehen. Anders geht es doch gar nicht.

(Zuruf von der CDU: Der Ministerpräsident hat es doch gesagt!)

– Nein, das hat er nicht gesagt! Das können Sie im Protokoll nachlesen.

(Zurufe der Abg. Steve Ittershagen und Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU – Widerspruch bei der CDU und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Er sprach nicht vom Ausstiegsszenario, er sprach von 2050.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch Unsinn! – Widerspruch von der CDU)

Niemals werden im Jahr 2050 die Kraftwerke noch laufen. Das ist Unsinn.

(Beifall bei den LINKEN)

Das wissen Sie auch. Sie wissen es.

(Widerspruch bei der CDU)

Die großen Städte – wir haben es vorhin gerade diskutiert – haben es begriffen: Chemnitz, Leipzig. Sie haben begriffen, dass sie etwas tun müssen, weil sie sich nicht auf Unsicherheiten bei ihrer Strom- und Wärmeversorgung verlassen wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Stephan Meyer, CDU)

Nur Sie sind irgendwie –

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Sie laufen an die Wand. Das ist das Problem.

(Beifall bei den LINKEN)

Sie laufen an die Wand, und die Lausitzerinnen und Lausitzer haben es auszubaden. Das ist das eigentlich schlimme Problem, denn Sie haben keinen Plan.

(Zuruf von der CDU: Was? –

Ines Springer, CDU: Holen Sie erst mal Luft!)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Rohwer?

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ja, wenn's hilft!

Präsident Dr. Matthias Röbner: Bitte, Kollege Rohwer.

Lars Rohwer, CDU: Frau Dr. Pinka, es reizt mich zwar, darüber zu debattieren, aber ich werde mich daran halten, dass ich jetzt eine Frage zu stellen habe.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Bitte die Frage, ja.

Lars Rohwer, CDU: Sie selbst haben gerade den 0,3 %-CO₂-Anteil von Deutschland an der Weltproduktion angesprochen. Können Sie sich nicht vorstellen, dass der größte Energieverbraucher dieser Welt, die Volksrepublik China, mit gutem Beispiel vorangehen kann? Können Sie sich das nicht vorstellen?

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ich war in China. Sie sind tatsächlich große Freunde des erneuerbaren Energieausbaus. Aber, Herr Rohwer, das ist dieselbe Frage, wie sie Herr Dr. Meyer gestellt hat.

(Lars Rohwer, CDU: Sie können trotzdem darauf antworten!)

Wir können weitere Länder dieser Welt – die USA, Russland – irgendwie brüskieren. Wir können sie jetzt alle aufzählen. Das ist einfach ein Wegdelegieren des eigenen Handelns und Tuns.

(Zuruf von der CDU: Das ist es überhaupt nicht!)

Sie verweisen auf andere Länder und meinen damit sozusagen: Wenn die anderen nichts tun, dann müssen wir auch nichts tun.

(Zuruf von der CDU: Sie wiederholen sich!)

Nimby – ich kann es nur wiederholen –, das ist genau dieser Blick.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage von Herrn Dr. Meyer?

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ja.

Präsident Dr. Matthias Röbner: Bitte, Herr Dr. Meyer.

Dr. Stephan Meyer, CDU: Herr Präsident, vielen Dank. Ich versuche es ein drittes Mal.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ne! Bitte nicht dieselbe Frage!

Dr. Stephan Meyer, CDU: Geben Sie mir recht, Frau Dr. Pinka, dass die Möglichkeiten, im Bereich der Umweltpolitik beim Klimaschutz etwas zu tun, ganz eng damit verbunden sind, wie wettbewerbsfähig man ist und demnach auch Steuermittel generieren kann, um beispielsweise neue Technologien zu erforschen, und dass die Dimension der Umweltverträglichkeit, des sozialen und auch der Wirtschaftlichkeit so eng miteinander verbunden sind, dass man das nicht – wie Sie es hier tun – losgelöst voneinander behandeln kann?

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ich verstehe Sie wahrscheinlich wirklich nicht. Das kann schon sein.

(Steve Ittershagen, CDU: Das merkt man! – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich habe es Ihnen gerade gesagt: Ich verstehe dieses Nachhaltigkeitsdreieck, und ich respektiere das auch. Ich

habe das ja sozusagen mit der Muttermilch in Freiberg aufgesogen. Ich sage nur: Hans Carl von Carlowitz.

(Zuruf des Abg. Dr. Stephan Meyer, CDU)

Aber er hat auch den Aspekt der Generationengerechtigkeit genannt. Dieses Dreieck kann man nicht nur auf das Hier und Jetzt anwenden, sondern muss es auf die nächsten Jahre anwenden.

(Zurufe von der CDU und der SPD)

Ich habe Ihnen gerade gesagt, dass man, wenn man das Ökologische oder den Klimaschutz betrachtet, ein Braunkohleausstiegsszenario braucht, um einen Wirtschaftsprozess in Gang zu setzen; einen Strukturwandel, der Arbeitsplätze schafft. Wenn Sie aber am Anfang kein Ausstiegsszenario haben, dann haben Sie auch keinen Blick für Strukturwandelprozesse.

(Zuruf des Abg. Dr. Stephan Meyer, CDU)

Das sind ganz logische Zusammenhänge, und diese kann ich gerade nicht erkennen.

Der Ministerpräsident, dem ich immer mal eine Pressemitteilung – Ich habe im Übrigen jetzt eine Kleine Anfrage an Sie gestellt, was Sie denn mit den 60 Milliarden Euro machen wollen. Ich habe es nicht verstanden.

(Zuruf von der CDU: Das scheint mir bei Ihnen auch so! – Widerspruch bei der CDU – Zuruf des Abg. Marco Böhme, DIE LINKE)

Sie kriegen es nicht klar, was Sie damit machen wollen. Sie sagen: Wir brauchen Infrastruktur. Wir stecken das Geld in Straßen usw. Ich sagte das alles bereits.

(Zuruf des Abg. Martin Modschiedler, CDU)

Sie wollen vielleicht irgendwelche Institute für Digitalisierung ansiedeln. Dazu habe ich Ihnen gesagt: Na ja, die armen Bergleute werden wir jetzt nicht gleich zu Administratoren machen können. Wir haben Ihnen letztes einen Vorschlag gemacht, was wir vielleicht mit den Bergleuten machen können. Den haben Sie nicht aufgegriffen. Sie haben an noch keiner Stelle gesagt, wo Sie soundso viel Geld dafür und so viel Geld dafür brauchen.

(Zuruf von der CDU: Hat er!)

Nein, das haben Sie nicht!

(Lothar Bienst, CDU: So! –

Dr. Stephan Meyer, CDU: Hä? Hallo!? – Unruhe)

Das haben Sie der Öffentlichkeit nicht gesagt. Nein. Ist damit jetzt Ihre Frage beantwortet?

(Steve Ittershagen, CDU: Nein!)

Dann tut es mir leid, wenn wir nicht auf Augenhöhe fachlich diskutieren können.

(Zuruf des Abg. Thomas Baum, SPD – Oh-Rufe von der CDU)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Frau Kollegin! Setzen Sie bitte einfach fort.

(Beifall bei der CDU)

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ich möchte die letzten Sekunden noch dafür verwenden, zu sagen, dass ich glaube, dass wir immer erpressbarer werden. Ich habe mal in die Presse geschaut, was Herr Rendez am 11. Dezember 2018 gesagt hat. Er hat nämlich gesagt, dass die Politik, wenn sie die Rahmenbedingungen dann irgendwann wieder verändere, auf den nicht bezahlten Kosten für die Nutzbarmachung sitzen bleiben werde. Wir als Freistaat bleiben dann sitzen, weil wir die falschen Rahmenbedingungen gesteckt haben. Wenn wir das jetzt nicht richtig erledigen, dann wird Herr Rendez die Hand aufhalten. Dann entschädigen wir ihn auch noch großzügig. Prima, Herr Ministerpräsident!

Präsident Dr. Matthias Röbner: Die Redezeit, Frau Dr. Pinka.

(Beifall bei den LINKEN – Unruhe)

Das war Frau Kollegin Dr. Pinka. Sie sprach für die Fraktion DIE LINKE. Jetzt spricht für die SPD-Fraktion Kollege Baum.

(Ministerpräsident Michael Kretschmer: Endlich!
– Frank Heidan, CDU: Thomas, bring mal wieder Fachlichkeit hinein! – Heiterkeit)

Thomas Baum, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Also ich muss schon sagen, Frau Dr. Pinka, ich sage hier noch einmal für das Protokoll, dass das, was Sie gerade von sich gegeben haben, wirklich eine bodenlose Frechheit ist. Es ist an Arroganz nicht zu überbieten.

(Beifall bei der SPD und der CDU –
Mario Pecher, SPD: Jawohl!)

Es tut mir wirklich leid, das sagen zu müssen. Das ist diesem Hohen Haus nicht angemessen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem es auf Antrag der Koalition bereits in der 80. Sitzung Ende September eine Aktuelle Debatte zur Zukunft der sächsischen Braunkohlereviere in diesem Hohen Haus gab, reden wir jetzt auf Antrag der GRÜNEN über eine vermeintliche Sabotage der Arbeit der Kommission. Was also könnte blockiert werden und vor allem: Wer soll denn dieser Saboteur sein? Diese Frage stellte sich mir beim erstmaligen Lesen des Debattentitels. Die Antwort darauf hat gerade Frau Dr. Pinka gegeben bzw. wurde sie auch gestern von den GRÜNEN bereits gegeben, wie in der „LVZ“ zu lesen war. Es sind natürlich die bösen Kohleländer und vor allem die Sächsische Staatsregierung,

(Ministerpräsident Michael Kretschmer: Ja!)

denen Klimaschutz und die Festlegung auf ein frühes Datum zum Kohleausstieg unwichtig seien. Die Kommission heißt, das ist heute bereits mehrfach gesagt worden,

„Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, und nicht „Kohleausstieg“. Der Name der Kommission ist für uns Programm. Für die GRÜNEN und einige selbsternannte Klimaschutzexperten – dazu zähle ich Sie, Frau Dr. Pinka – zählt leider nur und ausschließlich der schnellstmögliche Ausstieg. Dabei vergessen und ignorieren Sie, worum es insbesondere auch meiner Partei bei der Einsetzung der Kohlekommission ging und immer noch geht:

(Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU:
Hört gut zu!)

um die Sicherstellung einer langfristigen und nachhaltigen Strukturentwicklung in den Kohleregionen, eben primär um die Themen Wachstum und Beschäftigung, um den Erhalt von guter Arbeit, um die Schaffung von neuer und vor allem guter Arbeit.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von den LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! MIBRAG und LEAG sind Unternehmen eines tschechischen Investors, aber sie sind in ihren Revieren die Garanten für gute Arbeit, jetzt und hoffentlich auch in der Zukunft.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Der renommierte Potsdamer Soziologe und Klimafolgenforscher Prof. Dr. Fritz Reusswig wurde letzte Woche in der „Lausitzer Rundschau“ zitiert, dass die LEAG ein Vorbild sei. Von ihr lernen hieße siegen lernen, weil sie sich die Energiewende ins Zukunftskonzept schreibe und eben nicht den Kampf dagegen. Ich teile diese Auffassung voll und uneingeschränkt.

Gemeinsam mit diesem Unternehmen, mit den Gewerkschaften, mit verantwortungsvollen Politikern und den jeweiligen Landesregierungen – übrigens quer über alle Koalitionsparteien – stehen die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg sehr geschlossen als Garanten für Vernunft und für einen Kohleausstieg mit Augenmaß beieinander

(Vereinzelt Beifall bei der CDU –
Ministerpräsident Michael Kretschmer: Richtig!)

und für eine wirtschaftliche Zukunft der Reviere hin zu klimaneutralen Industrien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Kommission hatte ambitionierte Ziele und ein straffes Programm. Aber es geht eben bei der Arbeit der Kommission nicht um Schnelligkeit, sondern um Inhalte. Es ging auch nie darum, übereilt ein zu frühes Ausstiegsdatum festzulegen. Es geht darum, konkrete Maßnahmen zu benennen, Vorschläge zu unterbreiten, unter welchem langfristigen Finanzierungsrahmen in den Revieren, zum Beispiel als europäische Modellregion, unter anderem Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung, Sicherung und Schaffung guter Arbeit usw., verbessert und unterstützt werden können, und selbstverständlich auch um die Ansiedlung von Landes- und Bundeseinrichtungen. Um all dies voranzubringen, müssen die Regionen auch ein realistisches

Zeitfenster haben. Selbstverständlich bestehen in den Revieren unterschiedliche Voraussetzungen. Deshalb ist es auch sinnvoll, wenn der Ausstieg nicht zeitgleich, sondern nacheinander abläuft. An dieser Stelle sind die genehmigten Betriebspläne eine gute Grundlage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte kürzlich ein Telefonat mit der Bürgermeisterin von Spremberg, Frau Christine Herntier, parteilos, die mir noch einmal bestätigt hat, dass die Kommission gut zusammenarbeitet, und die im Übrigen auch die Zusammenarbeit der Bundesländer – unseres Ministerpräsidenten mit Dietmar Woidke – als hervorragend empfindet.

Präsident Dr. Matthias Rößler: Die Redezeit.

Thomas Baum, SPD: Auf dieser Basis werden wir fortsetzen. Eine Sabotage der Kommissionsarbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht zu erkennen.

Herzlichen Dank. Glück auf!

(Beifall bei der SPD, der CDU
und des Ministerpräsidenten)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Für die SPD-Fraktion hörten wir gerade Herrn Kollegen Baum. Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Urban.

Jörg Urban, AfD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Auf Antrag der GRÜNEN führen wir heute eine Debatte über eine angebliche Sabotage der Arbeit der Kohlekommission und damit über eine Blockade gegen Klimaschutz und Strukturwandel. Aber worüber diskutieren wir hier eigentlich? Wir diskutieren eine ungenießbare Mischung aus grüner Ideologie und verlogenen CDU-Populismus.

(Oh-Rufe von der CDU)

Die GRÜNEN gehen wie immer mit Angstmache auf Stimmenfang.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Früher war es das Waldsterben und das Ozonloch. Kann sich noch jemand erinnern? Heute ist es die Klimakatastrophe, mit der man Wähler generieren will.

(Wolfram Günther, GRÜNE: Und Wählerinnen!)

Die CDU hat ihren realpolitischen Kompass verloren. Die Bundesspitze hängt ihr Fähnchen in den Wind grüner Mainstreammedien und ist inzwischen zur Kohleausstiegspartei geworden. Landespolitiker, die es eigentlich besser wissen, ducken sich ab und folgen den unwissenschaftlichen und wirtschaftsfeindlichen Vorgaben aus Berlin. Heraus kommt dann eine Kohlekommission, die das heilen soll, was nicht zu heilen ist. Die Realität lässt sich eben nicht der grünen Ideologie anpassen.

Warum brauchen wir überhaupt die Kohlekommission? Ursache sind die planwirtschaftlichen CO₂-Einsparziele der CDU-geführten Bundesregierung – nicht der GRÜNEN, sondern der CDU-geführten Bundesregierung:

40 % weniger CO₂-Emissionen bis 2020 und 90 % weniger CO₂-Emissionen bis 2050. Diese Ziele sind nicht erreichbar. Beim Einsparziel für 2020 ist das inzwischen endgültig klar. Auch die Bundesregierung gibt es zu.

(Zuruf des Abg. Marco Böhme, DIE LINKE)

Trotz Hunderter Millionen Euro Subventionen in Windräder und PV-Anlagen

(Marco Böhme, DIE LINKE:
Es gibt keine Subventionen!)

wurde der CO₂-Ausstoß in Deutschland seit 2009 nicht mehr reduziert. Viel Geld – nicht Ihr Geld – wurde verschleudert, mit dem einzigen Ergebnis, dass heute die Strompreise in Deutschland doppelt so hoch sind wie in unseren Nachbarländern. Nun will man mit der großen Brechstange heran: Abschalten der Kohlekraftwerke, ohne dass es wirtschaftliche oder marktreife Alternativen gibt.

(Marco Böhme, DIE LINKE:
Natürlich gibt es die!)

Weil dieser ideologische Kohleausstieg ein wirtschaftliches Desaster für die betroffenen Bergwerksregionen ist – natürlich eine Überraschung, denn das wusste ja niemand –, soll nun eine schnelle Eingreiftruppe, die Kohlekommission, Dutzende Milliarden Steuergelder zusammentragen, um irgendwie den Strukturwandel in diesen Regionen durchzuführen. Es sind Dutzende Milliarden Euro, die den arbeitenden Menschen als Steuern weggenommen wurden. Die Kohlekommission ist ein Feigenblatt einer völlig verfehlten irrationalen Energiepolitik, ein milliardenschweres Feigenblatt. Wir als AfD freuen uns über jeden Monat und jedes Jahr, in dem die Arbeit dieser Steuergeldverschwendungskommission zum Kohleausstieg blockiert wird.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen endlich wieder eine verantwortungsvolle Energiepolitik, und solange die CDU ihre planwirtschaftlichen Klimapläne nicht revidiert, sind alle schlaunen Worte unglaubwürdig, Herr Kretschmer.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Das war Herr Urban von der AfD-Fraktion. Auf ihn folgt Herr Kollege Wild, bitte.

Gunter Wild, fraktionslos: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Schon der Titel dieser Debatte „Blockade gegen Klimaschutz und Strukturwandel – Arbeit der Kohlekommission nicht länger sabotieren!“ ist eine Zumutung.

(Marco Böhme, DIE LINKE:
Sie sind eine Zumutung!)

Strukturwandel braucht Zeit. Mit dem, was Sie vorhaben, wollen Sie dem genau diese Zeit nicht geben. Sie sind

diejenigen, die diesen Strukturwandel blockieren, niemand anderes!

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten)

Hinzu kommt Ihr Antrag heute Abend zum Erhalt der Biodiversität im Staatswald: Das macht deutlich, wie zwiespältig Ihre grüne Ideologie ist. Erst in diesem Jahr hat die Sächsische Energieagentur vorgerechnet, dass wir die Windkraft nur dann substanziell weiter ausbauen können, wenn wir Wälder und Naturschutzgebiete zum Bau freigeben. Wenn Sie aus der Kohle herauswollen, dann müssen Sie das dort auch wollen. Wollen Sie Wälder abholzen, um Ihre Klimaziele zu erreichen?

(Interne Wortwechsel zwischen Abgeordneten der LINKEN und der AfD)

Der Wald ist der einzige natürliche große CO₂-Speicher.

(André Barth, AfD: Wollt Ihr Windräder in den Wald stellen?)

Was Sie tun, das ist absurd. Diese Debatte jetzt kurz vor Weihnachten ist ein Schlag ins Gesicht der ganzen Kohlekumpel! Sie wollen eine gesamte Region um ihren Wohlstand bringen, nur um Ihre grüne Ideologie durchzusetzen.

Präsident Dr. Matthias Rößler: Die Zeit ist abgelaufen.

Gunter Wild, fraktionslos: Herzlichen Dank. Das ist ja furchtbar, was Sie hier tun!

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Wir eröffnen jetzt die zweite Rederunde. Ich erteile erneut das Wort der einbringenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es spricht wiederum Herr Dr. Lippold.

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich versuche jetzt einmal, aus der vorweihnachtlichen Märchenstunde wieder in den realen Faktenraum zu kommen, damit wir hier irgendwie vorwärtskommen.

Es wird keinen Beschluss dieser Kommission geben, meine Damen und Herren, wenn nicht der gesamte Arbeitsauftrag erfüllt ist. Es ist erst etwas geeint, wenn alles geeint ist, und nur ein solch starker Beschluss hat eine Chance, anschließend im parlamentarischen Verfahren ausreichende Autorität zu entwickeln. Wenn die Ministerpräsidenten heute meinen, es soll nicht um irgendwelche Gigawattzahlen gehen, sondern zunächst um harte Milliardenzusagen, so verkennen sie die Realität. Der Einsetzungsbeschluss fordert hinsichtlich der Klimaschutzziele von der Kommission „die Erarbeitung von Maßnahmen, die das 2030er Ziel für den Energiesektor zuverlässig erreichen“.

Es ist ein Emissionsreduzierungsziel. Es geht um CO₂-Emissionen. Ein Gigawatt Braunkohlekraftwerkskapazität bedeutet etwas fünf bis sieben Millionen Tonnen CO₂-Emissionen im Jahr. Deshalb muss man, wenn man über

Emissionen im Energiebereich reden will, über diese Kapazitäten sprechen, die nun mal in Gigawatt bemessen werden. Das ist der Auftrag der Kommission zusammen mit der Erarbeitung von Vorschlägen zur Perspektive für neue, zukunftssichere Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen, zur Entwicklung eines Instrumentenmixes, der wirtschaftliche Entwicklung, Strukturwandel, Sozialverträglichkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Klimaschutz zusammenbringt.

Diese Kohlekommission, meine Damen und Herren, ist mit ihrem Arbeitsauftrag das Beste, was den betreffenden sächsischen Regionen passieren konnte. Das ist ihre größte Entwicklungschance seit den 1990er-Jahren. Es wird keinen konsensfähigen Beschluss dieser Kommission geben, der diese Komplexe nicht miteinander verbindet. Der Auftrag zur Reduzierung der Zielverfehlung 2020 und zur Sicherung der Erreichung der 2030-Ziele bedeutet zwingend einen raschen Kohleausstieg. Das geht einfach mathematisch nicht anders. Auch wenn in der Phase der intensiven Diskussion über viele Ideen, Pläne und Projekte für Regionen, in denen jede Menge neun- und zehnstellige Fördermittelsummen und -wünsche hin- und herflogen, vielleicht bei manchem ein anderer Eindruck entstanden ist, so betone ich, dass die Kommission nicht die Wichtelwerkstatt des Weihnachtsmannes ist, um einmal im vorweihnachtlichen Bild zu bleiben.

Unsere Aufgabe in Sachsen beschränkt sich nicht darauf, dort Wunschzettel abzuliefern und die vollständige Wunsch Erfüllung einzufordern. Haben Sie früher mal versucht, mit der Drohung durchzukommen, das eigene Zimmer nicht mehr aufzuräumen, wenn die vollständige Abarbeitung des Wunschzettels nicht vorab garantiert werden konnte? Wer das versucht hat, dem zeigt ganz sicher die Erfahrung: Das Zimmer wurde trotzdem aufgeräumt, und die Bescherung fiel genau deshalb aus, weil man diese Nummer versucht hatte.

Weil wir gerade bei Wunschzetteln sind: 60 Milliarden Euro, meinten die Ost-Ministerpräsidenten, müsse der Bund mal eben für den Kohleausstieg überweisen – mindestens. Wenn ein Unternehmen mit jemandem nicht ins Geschäft kommen will, das allerdings gesichtswahrend nicht so sagen will, meine Damen und Herren, dann ist ein üblicher Weg der des Präventivangebots. Man fordert dann einen so prohibitiv hohen Preis für eine Leistung, dass das Gegenüber abwinkt und abzieht.

Eine solche Strategie möchte ich der Staatsregierung nicht einfach unterstellen, deshalb habe ich nachgefragt: Welche Analysen, Studien, Gutachten etc. stützen denn diese öffentlich geäußerte, doch sehr, sehr bedeutende Zahl? Wie kommt sie zustande? Es geht um unglaublich viel Geld. Wer jemals öffentliche Fördermittel in millionenfach geringerem Umfang haben wollte, der weiß, wie genau das begründet, wie sparsam das kalkuliert werden muss und wie gut Bedarf und Nutzen nachgewiesen werden müssen. Also müsste es doch wenigstens eine Skizze geben, wie 60 Milliarden Euro zustande kommen. Da ist es schon mehr als erstaunlich, dass die Staatsregie-

rung mir nach reichlich vier Wochen auf meine Anfrage geantwortet hat: Man schätze grob, dass man zwei Milliarden Euro pro Jahr brauche, und man meine, dass man das 30 Jahre lang brauche. 30 mal zwei ist eben 60.

Wenn sich der Ministerpräsident mit solchen Aussagen so weit öffentlich festlegt, dass jede realistische Summe später wie eine schwere politische Niederlage wirkt, wirken muss, dann ist das eine provozierte Niederlage. Ich habe wirklich keine Ahnung, warum sich jemand solche Niederlagen organisiert, Herr Ministerpräsident.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Herr Kollege Dr. Lippold hat die zweite Runde eröffnet. Jetzt spricht erneut Herr Kollege Rohwer für die CDU-Fraktion.

Lars Rohwer, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Herr Dr. Lippold, Sie haben gerade davon gesprochen, dass die Forderungen der Ministerpräsidenten ein Wunschzettel an den Weihnachtsmann wären. Wissen Sie, das ist eine Frechheit, was Sie gerade losgelassen haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir reden über Tausende von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum, und Sie erzählen etwas vom Wunschzettel an den Weihnachtsmann.

(Widerspruch des Abg.
Dr. Gerd Lippold, GRÜNE)

Wissen Sie, was mein zehnjähriger Junge zu mir sagt? Papa, den Weihnachtsmann gibt's nicht. Und Sie wollen den Leuten erzählen, wir hätten hier einen Wunschzettel an den Weihnachtsmann abgegeben? Wo leben Sie?! Sie sind eine Großstadtpartei, aber im ländlichen Raum kein bisschen verankert.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Urban, die CDU steht dazu, und das habe ich von diesem Pult aus schon mehrfach gesagt, dass wir bis 2050 aus der Braunkohleverstromung in Deutschland aussteigen werden. Das wissen Sie auch. Aber ein einfaches „Weiter so!“, wie Sie es erzählt haben, kann es auch nicht geben, denn dann würden wir das, was in Paris beschlossen worden ist, völlig ignorieren. Bleiben Sie bei Ihrer Politik in der Vergangenheit; wir werden die Zukunft gestalten.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei den LINKEN)

Weil ich noch ein wenig Zeit habe, möchte ich hier im Hohen Haus ein paar Leserbriefe aus der „Leipziger Volkszeitung“ zur Entscheidung von Lippendorf vortragen – nicht vorlesen, sondern ich würde sie gern sinngemäß zitieren.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Rohwer?

Lars Rohwer, CDU: Wenn Herr Kollege Urban das möchte, gerne.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte, Herr Urban.

Jörg Urban, AfD: Herr Rohwer, haben Sie mitbekommen, dass es Länder gibt, die sich – mit Gründen – aus dem Pariser Klimaschutzabkommen zurückgezogen haben?

Haben Sie mitbekommen, dass Ihre Kollegen uns vorrechnen, wie gering der Einfluss Deutschlands auf das Weltklima ist? Könnte man denn nicht aus dem Pariser Klimaschutzabkommen austreten?

Lars Rohwer, CDU: Kollege Urban, alles theoretische Diskussionen. Ich kann in Deutschland keine Mehrheit dafür erkennen.

(Jörg Urban, AfD: Die USA machen das ganz praktisch! Die machen das nicht theoretisch!)

Es gibt eine Mehrheit

(Jörg Urban, AfD: Politisch!)

in der Bevölkerung, auch in den politischen Parteien, die die Umsetzung wollen. Worüber wir hier mit Ihnen streiten – und wo wir Sie stellen werden –, ist der Weg dorthin. Sie wollen einfach nur: „Weiter so!“ Das geht nicht. Wir haben andere Möglichkeiten. Diesen neuen Möglichkeiten werden wir uns zuwenden.

(Jörg Urban, AfD: Die Ausstiegspartei!)

Aber zurück zu den Leserbriefen. Ich fand es schon sehr bemerkenswert, dass es nicht einen einzigen Leserbrief gab, der für den Vorschlag von Oberbürgermeister Jung gewesen wäre.

(Zurufe der Abg. Rico Gebhardt
und Kerstin Köditz, DIE LINKE)

Erster Leserbrief, überschrieben mit „Unfähig, die Zukunft zu gestalten“: „300 Millionen Euro Investitionskosten, die besser in Schulen und Kitas in Leipzig investiert werden als in ein neues Kraftwerk.“

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Unsinn und volkswirtschaftlicher Quatsch, denn ein Nebenprodukt der Kohle, die Wärme, wird einfach nicht genutzt.“ Nächster Leserbrief, überschrieben mit „Die Rechnung zahlen die Verbraucher“:

(Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Richtig!)

„Sichere Kraft-Wärme-Kopplung, ein wirklich sinnvoller Ansatz in der Zukunft, wird weggeschmissen und Entscheidungen werden nicht auf Basis von Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz getroffen.“ Der Leserbriefschreiber formuliert: „Ideologie und Glaube sind die treibenden Kräfte.“

(Zuruf des Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Dazu sage ich: Da arbeiten wir doch lieber mit Verlässlichkeit und Planbarkeit. Wettbewerbsverzerrungen durch Förderung sind nicht unsere Strategie.

Nächster Leserbrief: „Ein fatales Signal. Kraftwerk Lippendorf ist energieeffizient und Nebenprodukt wird sinnvoll genutzt. Es wird sogar dann mehr CO₂ verursacht. Die Gasverstromung produziert ja auch CO₂.“

Warum lese ich Ihnen das vor? Warum trage ich es hier in einer Aktuellen Debatte vor? Die Menschen wissen sehr genau, dass sie die Energiewende, die Energietransformation nur mitgehen werden, wenn es sie auch persönlich überzeugt. Darauf werden wir mit den Leserbriefen hingewiesen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die Menschen sagen: Es ist eben keine Entlastung für die Umwelt, wenn wir eine neue Fläche versiegeln, liebe GRÜNE. Das ist ja ein Antrag, der im Leipziger Stadtrat, glaube ich, auch vor Ihrem Hintergrund gestellt worden ist. Wenn wir ein neues Kraftwerk bauen, dann bedeutet das neue Flächenversiegelung.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Ja!)

An der Stelle, an der das Kraftwerk jetzt steht, wird bestimmt – diese Wette gewinne ich sicherlich – wieder ein Kraftwerk stehen, denn es ist ein idealer Standort für ein Kraftwerk. Dann soll man doch jetzt dieses Kohlekraftwerk bis zum Ende nutzen, bis die Betriebserlaubnis abläuft, und dann ein neues, erneuerbares Kraftwerk hinsetzen,

(Zuruf des Abg. Dr. Gerd Lippold, GRÜNE)

das auch wirklich eine CO₂-Einsparung erbringt.

In diesem Sinne komme ich zum Schluss. Wir haben in der Debatte gemerkt, dass die Sachverhalte zusammenpassen müssen, dass Nachhaltigkeit von vorn bis hinten zu Ende gedacht werden muss und dass man eben nicht von einer Übergangstechnologie auf eine Zwischenübergangstechnologie umsteigen soll. Wenn, dann gleich richtig: zu endgültigen, erneuerbaren Energien.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die Fraktion DIE LINKE Herr Böhme, bitte.

Marco Böhme, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde die Debatte hier schon etwas schizopren.

Auf der einen Seite erkennen Sie die Notwendigkeit des Klimaschutzes an – sagen das zumindest, wie auch Herr Rohwer gerade noch einmal – und weisen darauf hin, dass auch die Mehrheit der Bevölkerung das anerkennt und einfordert. Früher war das übrigens noch anders, da haben Sie sich noch dagegen gewehrt. Außerdem teilen Sie sogar das bundespolitische Ziel, dass wir einen massiven

Ausbau der erneuerbaren Energien brauchen – auch wenn Sie dafür in Sachsen nichts tun.

Auf der anderen Seite aber halten Sie an der Kohleverstromung fest und wollen die Laufzeiten sogar verlängern – länger als vom Betreiber oder in der Betriebsgenehmigung eigentlich vorgesehen. Ich frage mich, was das soll. 2050 ist von der LEAG nicht vorgesehen. Das ist einfach absurd.

(Zuruf des Abg. Lars Rohwer, CDU)

Gerade haben wir hier eine Debatte über diesen Wahnsinns-Sommer geführt, als es Millionenschäden am Wald gab und die Dürre einfach katastrophal war. Sie sehen hier anscheinend keinerlei Zusammenhang zwischen Energiepolitik und den spürbaren Auswirkungen des Klimawandels. Deswegen haben wir Ihre Debatte vorhin kritisiert, weil Sie kein Wort zur Ursache gesagt haben – warum es diese Dürre gab, warum der Wald gerade solche enormen Schäden hat.

(Zuruf des Abg. Jörg Urban, AfD)

Ich frage mich: Wenn Sie an der Kohleverstromung festhalten wollen, was soll dann überhaupt mit dem ganzen Strom passieren? Sie können doch nicht ernsthaft davon ausgehen, dass wir im Jahr 2040 immer noch Kohle verstromen, wenn gleichzeitig die erneuerbaren Energien bis dahin massiv ausgebaut sein werden.

Die Behauptung, wir müssten erst im Jahr 2050 aussteigen, Herr Ministerpräsident, ist einfach falsch. In Paris wurde beschlossen, dass wir bis dahin, 2050, nahezu CO₂-frei sein müssen. Es gibt doch nicht nur die Energiepolitik, in deren Rahmen CO₂ eingespart werden muss. Es gibt den Verkehr, Wohnungen, Landwirtschaft, Wärme, und überall dort müssen wir dringend handeln. Je länger wir beim Thema Energie brauchen, je länger wir Kohle verstromen, umso radikaler müssen wir in den anderen Bereichen einsparen. Das ist das eigentliche Problem. Deshalb muss hier gehandelt werden.

(Beifall der Abg.

Kathrin Kagelmann, DIE LINKE)

Das rechnet sich auch nicht. Großkraftwerke, die Kohle verfeuern, sind einfach schwerfällig. Sie werden im Wettbewerb mit erneuerbaren Energien immer schwerfälliger. Sie haben im Vergleich dazu einen miserablen Wirkungsgrad. Sie verursachen in der Landschaft Schäden ungeheuren Ausmaßes,

(Zuruf der Abg. Ines Springer, CDU)

die wir mit immensen Kosten verbunden sehen. Diese Kosten muss dann entweder der Steuerzahler oder der Stromkunde bezahlen. Dabei spreche ich noch nicht einmal von den notwendigen Abschaltungen aus Klimaschutzgründen. Kohleverstromung lohnt sich nicht mehr. Es gibt dort einen natürlichen Ausstieg. Egal, wer regiert, ob es die CDU ist, die LINKEN, die GRÜNEN oder die Rassisten: Es wird einen Kohleausstieg geben. Das müssen Sie endlich anerkennen.

(Beifall bei den LINKEN –
Jörg Urban, AfD: Das gibt wieder eine
Beschwerde! Mir ist das zu blöd hier!)

Dass es einen Kohleausstieg auch von jetzt auf gleich geben kann, haben wir beim Verkauf von Vattenfall vor einigen Jahren gesehen. Dort gab es den Ausstieg eines Unternehmens. Mit einem Ausstiegsplan, wie wir ihn in Sachsen forcieren könnten, würde man auch die Region an die Hand nehmen. Das wäre vergleichbar mit dem Atomausstieg, den die Bundesregierung damals beschlossen hat – dem ursprünglichen Atomausstieg, der per Gesetz kam. Da hatte man ein klares Szenario für die Arbeitsplätze, für die Stromproduktion und natürlich auch für die Konzerne.

Nur durch diesen Hickhack – aussteigen oder nicht aussteigen und dann doch wieder aussteigen – müssen wir heute die Konzerne in Millionenhöhe entschädigen. Das darf beim Kohlestrom eben nicht passieren. Dafür hätte man schon vor zehn Jahren einen Ausstiegsplan entwickeln müssen.

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)

Doch all das, was Sie jetzt tun, zum Beispiel die Kohlekommission sabotieren – –

(Lachen der Abg. Springer, CDU)

– Das tun Sie. Sonst hätte man nämlich vor einer Woche mit einem Bundesbeschluss zu den UN-Klimaverhandlungen nach Kattowitz fahren können. Das können wir nicht – wegen Herrn Kretschmer und seinen Kollegen aus den anderen Bundesländern.

(Widerspruch von der CDU)

Wenn wir die Entscheidung vertagen – wahrscheinlich lautet Ihr Ziel, es bis nach der Landtagswahl zu vertagen –, dann wird Ihnen das erstens nichts nützen und zweitens wird man Deutschland damit weiter isolieren, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall bei den LINKEN)

Wir sehen ja gerade bei den Klimaverhandlungen in Kattowitz, dass dort nicht nur andere Regierungen auf uns schauen, sondern natürlich schauen vor allem auch Investoren genau auf dieses Land, Herr Dr. Meyer. Das haben Sie ja vorhin angesprochen. Hier geht es nämlich auch um künftige Steuereinnahmen, die wir verschenken, weil wir in einer Industriepolitik steckengeblieben sind, die aus dem letzten Jahrhundert kommt.

(Zuruf des Abg. Dr. Stephan Meyer, CDU)

Da müssen wir einfach ran.

(Beifall der Abg.
Kathrin Kagelmann, DIE LINKE)

Es sind vertane Chancen und fatale Entscheidungen, die hier getroffen worden sind. Ich wiederhole es noch einmal: Der Kohleausstieg kommt, egal ob Sie das wollen oder nicht.

Die offene Frage, die wir hier eigentlich nur diskutieren können, ist, wie er kommt und wie wir als Region davon profitieren können, wie es einen Aufbruch in der Region geben kann, wie wir die Schwerfälligkeiten der Lausitz und vielleicht auch die Depression überstehen können,

(Dr. Stephan Meyer, CDU: Es gibt keine
Depression, da kann ich Sie beruhigen!)

wie wir also wieder Impulse geben können.

Kontraproduktiv dagegen sind leere und falsche Versprechungen: Alles werde so bleiben, wie es ist – dass wir auch noch 2050 Kohle verstromen. Das ist einfach eine Lüge. Wir brauchen also tatsächlich Impulse vor Ort, und dazu gab es ja auch schon einige Vorschläge, angefangen bei der Infrastruktur oder bei Technologieförderung, einer entsprechenden Ansiedlung von Forschungseinrichtungen oder Universitäten.

Wir als Fraktion haben Ihnen dazu schon 2014 ein Strukturwandelgesetz vorgelegt und es auch gestern bei den Haushaltsberatungen angesprochen. All das haben Sie abgelehnt. Sie haben nichts Eigenes beigetragen aus Sachsen – das war mein letzter Satz, Frau Präsidentin –, und dafür sollten Sie sich schämen.

(Beifall bei den LINKEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Vieweg für die SPD-Fraktion, bitte.

Jörg Vieweg, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es gut, dass wir heute über die Arbeit der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung sprechen. Wir haben damit die Gelegenheit, noch einmal ganz klar zu sagen, was wir als Koalition tun.

Lieber Herr Kollege Böhme, lieber Herr Kollege Lippold, wir in der Koalition – auch wir Abgeordneten – arbeiten in den begleitenden Gremien dieser Kommission mit. Wir reden über CO₂-Budgets, wir reden über Kapazitäten, wir reden über Reduzierung von Schadstoffen, und auch Substitutionstechnologien spielen eine Rolle. Uns hier vorzuhalten, sehr geehrter Kollege Dr. Lippold und sehr geehrter Kollege Böhme, wir würden in dieser Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ nicht arbeiten, ist der eigentliche Skandal Ihrer Aussagen in dieser Aktuellen Debatte.

(Marco Böhme, DIE LINKE:
Was haben Sie denn gemacht? –
Beifall des Abg. Marko Schiemann, CDU)

Trotzdem, sehr geehrter Herr Kollege Lippold, liebe Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, möchte ich mich bei Ihnen für die Aktuelle Debatte bedanken. Einige Dinge beurteile ich anders als Sie. Schon in Ihrem Antrag können Sie sehen, welche Haltung Sie haben. Es geht Ihnen nur um die Fragen: Wann kommt der Kohleausstieg? Wann ist die Kohleverstromung in der Lausitz beendet? Dabei ignorieren Sie – das hat auch Ihr zweiter Redebeitrag wieder gezeigt –, dass es um die Kommission

„Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ und sehr komplexe Herausforderungen geht. Ich würde mir sehr wünschen, dass Sie sich, Herr Kollege Lippold, auf diese Komplexität einlassen. Versuchen Sie das bitte.

Wir wissen: Wenn wir sofort die Braunkohleverstromung in der Lausitz beenden, haben wir einen riesengroßen Scherbenhaufen. Es reicht nicht aus, nur zu wissen, was man nicht will. Man muss auch ganz klar die Fragen beantworten: Wie viel kostet das? Was wollen wir stattdessen tun? Wer übernimmt welche Verantwortung? Das sind wir – das haben wir heute schon oft gehört, und das ist eine ganz klare Botschaft der Koalition – den Menschen in der Lausitz schuldig.

Das ist auch keine Wischiwaschi-Vereinbarung, Herr Kollege Urban, sondern das ist Völkerrecht. Das haben wir ratifiziert. Das ist unsere Verantwortung als eine der größten Industrienationen auf diesem Planeten. Wenn wir es nicht mit dem Klimaschutz und der Energiewende hinbekommen, werden es andere auch nicht tun.

(Jörg Urban, AfD: Größenwahn!)

Sehr geehrter Herr Kollege Lippold, sich hier hinzustellen und zu sagen, die Staatsregierung und die Koalition würden nichts tun, ist falsch. Ich sage Ihnen noch einmal: Die Diskrepanz zwischen 1,5 Milliarden Euro für den Strukturwandel in der Lausitz, den uns die Bundesregierung angeboten hat – übrigens für alle Bundesländer in Deutschland – und unseren angemeldeten Finanzbedarfen in Höhe von 60 Milliarden Euro ist riesig. Diesen Unterschied von Anspruch und Wirklichkeit können Sie doch nicht leugnen, Herr Kollege Dr. Lippold. Ihre Klimadebatte ist – so, wie sie immer ist – von einem negativen Anstrich geprägt.

(Zuruf des Abg. Marco Böhme, DIE LINKE)

Lassen Sie mich darum Folgendes sagen: Die Kommission macht eine gute Arbeit. Die Kommission wird wesentliche Beiträge zum Strukturwandel in der Lausitz leisten. Meine Lebenserfahrung ist grundsätzlich eine andere. Ich glaube, wenn man Menschen bei Veränderungsprozessen auf die Reise mitnehmen möchte, dann muss man sie motivieren und für eine Idee auch begeistern und darf ihnen nicht Angst machen.

Meine Begeisterung gilt jeden Tag dem Klimaschutz. Darum ist für mich die Debatte nicht von Bevormundung und Angstmachen geprägt; so etwas werden Sie von mir nicht hören. Mein tägliches Engagement gilt dem Klimaschutz. Es ist eine Einladung an die Zukunft: In welcher Welt möchten wir leben? In einer Welt, die das Klima schützt, die einen Planeten wie ein rohes Ei behandelt. Dabei spreche ich über eine Welt, –

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte zum Ende kommen.

Jörg Vieweg, SPD: – die sauberer, gesünder, leiser, ein Stück weit auch liebevoller ist und – für uns, und für mich

ganz wichtig – auch gerechter. Und wenn die Kommission –

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Vieweg, bitte zum Ende kommen.

Jörg Vieweg, SPD: – „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ Impulse liefern kann, dann sollten wir auch noch sechs Wochen auf diese Ergebnisse warten.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Vieweg, bitte!

Jörg Vieweg, SPD: Diese Zeit braucht es.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der CDU

und der Staatsregierung –

Jörg Urban, AfD, steht am Mikrophon.)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die AfD-Fraktion, Herr Urban, noch einmal, bitte.

Jörg Urban, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herr Böhme, es gibt in diesem Haus Extremisten und es gibt Deutschlandhasser, und dazu gehören die LINKEN.

(Oh-Rufe bei den LINKEN – Beifall bei der AfD)

Rassisten sehe ich hier nicht. Herr Vieweg, wenn es Deutschland nicht schafft, dann schafft es niemand, haben Sie gesagt. Geht es eigentlich noch überheblicher?

(Susanne Schaper, DIE LINKE:

Hä? Das hat er nicht gesagt!)

Das ist doch der blanke Größenwahn. Warum erheben Sie sich über andere Nationen, wenn es um Umweltschutz geht?

(Zurufe von den LINKEN und der SPD)

„Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ – das hatten wir schon einmal.

(Unruhe im Saal – Carsten Hütter, AfD:

Wieder runterkommen da drüben! –

Jörg Vieweg, SPD, steht am Mikrophon.)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Urban, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Jörg Urban, AfD: Ja, bitte.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Vieweg, bitte.

Jörg Vieweg, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Urban! Wie bewerten Sie die Tatsache, dass sich über 90 % der deutschen Bevölkerung mehr Klimaschutz und mehr Ausbau erneuerbarer Energien wünschen? Was sagen Sie dazu?

Jörg Urban, AfD: Die Frage ist doch eine andere. Sie sagen: Wenn wir es nicht schaffen, schafft es niemand.

Wo nehmen Sie das her? Warum glauben Sie, dass am deutschen Wesen die Welt genesen soll?

(Zuruf von der SPD: Frage beantworten!)

Die Wissenschaft in China und Südkorea entwickelt sich zurzeit besser als in Deutschland. Die Nobelpreise gehen heute weniger nach Deutschland, sondern mehr nach Indien, China und Amerika. Warum glauben Sie, dass am deutschen Wesen die Welt genesen soll? Lenken Sie doch nicht ab von Ihrem Unsinn, den Sie erzählen.

(Beifall bei der AfD)

Der Koalitionsvertrag der sächsischen CDU und SPD enthält ein Bekenntnis zur Braunkohle, solange erneuerbare Energien nicht wirtschaftlich sind und solange die Versorgungssicherheit nicht gegeben ist. Aus unserer Sicht ist das in absehbarer Zeit nicht gegeben. Trotzdem steht die CDU zu ihren Kohleausstiegsplänen.

Ein aktuelles Beispiel – das ist schon heute angesprochen worden – für ideologiegetriebene und unwirtschaftliche Energiepolitik erleben wir zurzeit in Leipzig. Leipzig möchte ein neues Gaskraftwerk bauen, um nicht mehr die Fernwärme aus dem „bösen“ Braunkohlekraftwerk Lippendorf beziehen zu müssen. Ich zitiere dazu Norman Friske, den Bezirksleiter der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie: „Aktuell haben wir mit dem Kraftwerk Lippendorf einen zuverlässigen Partner, der neben der Grundlast der Stromversorgung auch für 75 % der Fernwärme für Leipzig zuständig ist. Diese Wärme fällt sowieso an.

Jetzt umzusteigen bedeutet klimatechnisch keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Fernwärme durch Gas ist unbestritten teurer als aus Lippendorf. Diese Mehrkosten können allerdings durch Fördermittel ausgeglichen werden. Hier zahlt der Steuerzahler doppelt drauf.“ Das Leipziger Beispiel illustriert, was uns bei einer Fortsetzung der Klimapläne der CDU in ganz Deutschland erwartet. Experten schätzen die Kosten dieser ideologischen Energiewende auf 30 bis 60 Milliarden Euro pro Jahr bei steigenden Energiepreisen und bei CO₂-Emissionen, die in unsere Nachbarländer verlagert werden. Wir haben es gehört: Polen baut neue Kohlekraftwerke – für unseren Grundlaststrom in Zukunft.

(Carsten Hütter, AfD: Der von Deutschland ist sauberer!)

Ich möchte Ihnen noch einmal den Irrsinn der deutschen Klimarettung vor Augen führen: Deutschland produziert nur 2,5 % der anthropogenen CO₂-Emissionen weltweit.

(Zuruf des Abg. Marco Böhme, DIE LINKE)

97 % aller CO₂-Emissionen sind aber nicht anthropogen, sondern natürlichen Ursprungs. Fast alle CO₂-Emissionen sind natürlichen Ursprungs. Der Einfluss Deutschlands auf die weltweiten CO₂-Emissionen beträgt bei einem Komplettverzicht auf Verbrennung von fossilen Energieträgern, also im Kraftwerk, im Verkehr,

bei der Hausheizung 0,075 %. Das ist weniger als die natürliche Schwankungsbreite von CO₂-Emissionen.

(Marco Böhme, DIE LINKE:
Es geht nicht nur um Deutschland!)

Gerechnet mit den aktuellen Klimamodellen der sogenannten Klimaforscher, könnte Deutschland den Anstieg der Erdmitteltemperatur um sage und schreibe – hören Sie zu – 0,00065 °C bremsen. Das ist mikroskopisch gering – wohlgemerkt bei einem Komplettverzicht auf alle fossilen Brennstoffe ohne einen adäquaten Ersatz. 0,00065°C – das ist Ihre Energiepolitik.

(Dr. Stephan Meyer, CDU, steht am Mikrofon.)

Ich glaube, hier ist eine Zwischenfrage gewünscht. – Ja, unsere ländlichen Regionen in Sachsen brauchen dringend Strukturförderung.

Das stimmt. Gerade in der Lausitz arbeiten heute 50 % aller Beschäftigten im Niedriglohnssektor – trotz der noch vorhandenen Industriearbeitsplätze in der Braunkohleindustrie.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Urban, darf ich Sie noch einmal fragen: Wollen Sie die Zwischenfrage zulassen oder nicht?

Jörg Urban, AfD: Bitte schön.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Sonst ist Ihre Zeit abgelaufen. Bitte.

Dr. Stephan Meyer, CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Urban, können Sie mir erklären, warum bei allem Leugnen eines Klimawandels die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag unbedingt in der Baukommission eine Klimaprognose von 0,5 bzw. 1 Kelvin Erwärmung eingerechnet haben wollte?

Jörg Urban, AfD: Die eigentlichen Klimaleugner sind diejenigen, die uns heute weismachen wollen, dass sich das Klima nur durch den Menschen ändert. Das Klima leugnen GRÜNE und heute auch die CDU. Das Klima ändert sich schon seit Millionen Jahren und in Schwankungsbereichen, die höher sind als das, was wir heute gerade erleben.

(André Barth, AfD: Genau!)

Die eigentlichen Klimaleugner sitzen bei den GRÜNEN, der CDU und bei den LINKEN.

(Beifall bei der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten)

Sie wollen uns erzählen, dass nur der Mensch daran schuld ist, dass sich das Klima ändert.

(Zurufe bei den LINKEN)

Es ändert sich und, daran müssen wir uns anpassen; ganz selbstverständlich.

(Zuruf der Abg. Susanne Schaper, DIE LINKE)

Noch einmal zum Strukturwandel: Solange aus Ihren wolkigen Ankündigungen von Milliarden Euro Steuergeldern nicht ein wirklicher Strukturwandel geworden ist, solange wir keine realen neuen Industriearbeitsplätze haben, ist es völlig unverantwortlich, weiter an dem ideologischen Kohleausstieg festzuhalten, –

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte zum Ende kommen.

Jörg Urban, AfD: – der klimapolitisch völlig wirkungslos ist.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD –
Marco Böhme, DIE LINKE:
Es geht um die Geschwindigkeit!)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Eine Kurzintervention, Herr Vieweg?

Jörg Vieweg, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, ja, eine Kurzintervention. Ich stelle noch einmal fest: Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag leugnet den menschengemachten Klimawandel. Sie leugnet wissenschaftliche Evidenz nach dem Motto: Wenn ich Angst habe, weil mir ein Problem zu groß und zu komplex ist, ignoriere ich es einfach, stecke den Kopf in den Sand und tue am besten gar nichts.

(Carsten Hütter, AfD: Wir
sind doch keine Genossen!)

Bei dieser Haltung, sehr geehrter Herr Kollege Urban, davon bin ich überzeugt, wird nicht erst die nächste Generation über Sie richten.

(Zurufe von der AfD: Richten!)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Urban, bitte.

Jörg Urban, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Herr Vieweg, das waren wieder einmal viele leere Worte. Kein Mensch leugnet, dass es vielleicht einen menschengemachten Anteil am Klimawandel gibt. Ich habe Ihnen vorgerechnet, wie gering unsere Möglichkeiten sind, als Menschen überhaupt Einfluss auf die CO₂-Emission zu nehmen.

(Zuruf des Abg. Marco Böhme, DIE LINKE)

Ich habe Ihnen vorgerechnet, dass die Möglichkeiten, von Deutschland aus Einfluss zu nehmen, gegen null gehen. Was ich Ihnen vorwerfe, ist, dass – obwohl Sie das wissen – Sie Hunderte Milliarden Euro ausgeben, die wir an anderen Stellen viel wirkungsvoller einsetzen könnten. Das, was Sie machen, ist unwirtschaftlich, und es ist unwissenschaftlich.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wird noch eine weitere Runde von den Fraktionen, die noch Redezeit haben, bestritten? – 02:14 Minuten, Herr Dr. Lippold.

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zurück zum Thema Kohlekommission und der Tätigkeit der Staatsregierung. 60 Milliarden Euro in Sachsen berechnen sich aus der hochkomplexen Formel 30 x 2. Die Kohlekommission hat übrigens eine andere Antwort bekommen – berechnet von den Experten des Ministerpräsidenten Haseloff. Diese meinen, 60 Milliarden Euro würden für die Schaffung von 20 000 Arbeitsplätzen und etwas Infrastruktur gebraucht. Wer das einmal nachrechnen mag – 60 Milliarden Euro: 2 Milliarden Euro pro Jahr 30 Jahre lang – damit kann man nicht 20 000, sondern 50 000 Menschen je 40 000 Euro pro Jahr als staatliches Grundeinkommen sozusagen 30 Jahre lang bezahlen.

Die Funktion und Wirkung von Wirtschaftsförderung stelle ich mir anders vor. Deshalb habe ich nachgefragt, welche zusätzliche Wertschöpfung sich erfahrungsgemäß mit einer zusätzlichen Milliarde Wirtschaftsförderung entwickeln lässt. Insgesamt wurden im Lausitzer und im mitteldeutschen Raum in 28 Jahren seit 1990 für wirtschaftsnahe Infrastruktur und gewerbliche Wirtschaft Förderungen in der Höhe von 3,9 Milliarden Euro gewährt. Das hat geholfen, private Investitionen – in der Wirtschaft für etwa 12,3 Milliarden Euro – anzuschieben. In den geförderten Unternehmen wurden damit etwa 63 600 Arbeitsplätze neu geschaffen und über 56 000 Arbeitsplätze gesichert.

Wenn die Ministerpräsidenten eine 15 Mal so hohe Summe für einen vergleichbaren Zeitraum fordern, so macht das nur unter einer einzigen Annahme Sinn: Sie rechnen offenbar damit, dass die Region 30 Jahre lang lediglich für wegfallende Wertschöpfung alimentiert werden soll. Sie gehen offenbar davon aus, dass die Förderung dieses Mal nichts anschiebt und keine neue Wertschöpfung schafft. Keine Ideen für zielgerichtete Wirtschaftsentwicklung zu haben und auch keine entwickeln zu wollen – das ist nichts, was als Anschlag, als Hilfe zur Selbsthilfe wirkt. Das ist die einzig mögliche Annahme, wie man auf 60 Milliarden Euro kommt.

Genau deshalb weise ich auch diese etwas böswillige Zuschreibung mit diesem Wunschzettel von Kollegen Rohwer zurück. Was von Ihnen kommt, sind keine Pläne, das sind Wunschzettel, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wird höchste Zeit, liebe Koalition, dass Sie hier vom Modus der Kommunikation von Gründen, –

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: – warum etwas nicht geht, wegkommen; denn es ist höchste Zeit, endlich in die Entwicklung von Lösungen einzutreten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die CDU-Fraktion. Ist das ein Kurzintervention oder im Rahmen der Redezeit?

Lars Rohwer, CDU: Ich würde gern auf den Kollegen reagieren.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gut, eine Kurzintervention.

Lars Rohwer, CDU: Herr Kollege Dr. Lippold, ich will es kurz machen. Wie Sie jetzt gerade reagiert haben, ist an Bösartigkeit nicht mehr zu übertreiben. Das als Alimentierung darzustellen, was die Ministerpräsidenten berechtigterweise fordern – dafür finde ich fast keine Worte, das haut für mich dem Fass den Boden aus. Es geht darum, Herr Dr. Lippold, die fehlende Wertschöpfung, die jetzt in der Region stattfindet, für diesen Zeitraum zu ersetzen und den Strukturwandel damit zu finanzieren.

Unser Ziel ist ganz sicher nicht, dass man den Menschen einfach Almosen gibt. Wenn das Ihre Denke ist, dann haben Sie sich gerade verraten. Wir wollen, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden, dass neue Wertschöpfung stattfindet und dass wir mit neuen Technologien in die Zukunft gehen. Das ist der Plan, und alles andere haben Sie heute in der Erklärung des Ministerpräsidenten nicht verstanden.

(Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Dr. Lippold, ist das Mikrofon an? Es reagiert nicht. – Jetzt.

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Danke, Frau Präsidentin. Ich möchte darauf kurz reagieren. Das ist schon wieder eine böswillige Verdrehung, Herr Kollege Rohwer.

(Zuruf des Abg. Lars Rohwer, CDU)

Ich habe an dieser Stelle nicht von einer Alimentierung gesprochen, die wir uns vorstellen, sondern davon, dass die 60 Milliarden Euro, die von Ihrer Seite gefordert werden, nur unter dieser Annahme überhaupt einen Sinn ergeben. Es scheint bei Ihnen im Hinterkopf zu sein, dass es nicht möglich ist, diese Wertschöpfung tatsächlich dadurch zu ersetzen, dass man neue Wertschöpfung schafft, sondern Sie gehen davon aus, dass 30 Jahre lang alimentiert werden muss, weil es 2 Milliarden Euro pro Jahr – das sind etwa 1,4 Milliarden Euro in der Lausitz und etwa 400 Millionen Euro im mitteldeutschen Revier – sind, die an Wertschöpfung in der Kommission diskutiert werden. Dann kommt man auf diese Summe. Aber man kommt nur dann auf diese Summe, wenn man davon ausgeht, dass man nichts Neues entwickeln kann.

(Ines Springer, CDU: Strukturförderung ist keine Alimentierung!)

Strukturförderung ist Ihre Aufgabe, denn Sie regieren hier.

(Beifall bei den GRÜNEN –
Zurufe aus den Fraktionen)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Urban, bitte.

Jörg Urban, AfD: Von mir noch eine Kurzintervention: Ich würde gern diese hochgerechneten 60 Milliarden Euro, von denen hier gesprochen wird, noch einmal aufgreifen. Die sind tatsächlich bis jetzt programmatisch-maßnahmenteknisch durch nichts untersetzt. Das macht auf alle Fälle den Eindruck, dass hier mit großen Milliardenbeträgen gewunken wird, weil man keinen Plan hat. Ich sage es noch einmal: Wenn man keinen Plan für die Lausitz hat, dann muss man Geld in die Hand nehmen, um diese Region zu fördern.

Die Region ist strukturschwach. Wir haben riesige Probleme in der Region. Wir haben den Abzug junger Bevölkerung, weil es keine beruflichen Perspektiven gibt. Wir haben einen Niedriglohnsektor. Wir haben mehr Armut als in anderen Regionen Sachsens. Wir brauchen Strukturförderung in der Lausitz. Was wir aber nicht brauchen, ist, dass wir gleichzeitig aus der Kohle aussteigen. Das ist zurzeit das einzige industrielle Rückgrat der Lausitz. Was Sie wollen – das werfe ich Ihnen auch vor –, ist: Sie wollen dieses letzte industrielle Rückgrat der Lausitz kaputt machen, obwohl – das sagen Sie selbst – es keine konkreten Pläne gibt, was dort Neues entstehen soll.

(Beifall bei der AfD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Dr. Lippold, wollen Sie darauf noch einmal reagieren?

(Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Nein!)

– Nicht? – Gut. Gibt es weiteren Redebedarf? – Frau Dr. Pinka, bitte; 4,15 Minuten.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin traurig, entsetzt. Ich meine, der Ministerpräsident hat sich vorhin an zweiter Stelle hier in die Debatte eingebracht. Ich habe den Eindruck, es bedeutet ihm etwas, hier zu sprechen und unmittelbar nach dem Einbringer der Aktuellen Debatte an das Pult zu treten – staatsmännisch. Er verfolgt diese Debatte noch nicht einmal bis zum Schluss und hört sich die Argumente an, entfleucht zum Interview,

(Zuruf der Abg. Ines Springer, CDU)

– ich habe es gesehen – zum Fernsehen, um dann diesen Saal zu verlassen. Das ist nicht staatsmännisch! Entweder man beginnt von Anfang an, sich in die Debatte einzubringen, und dann hält man es auch bis zum Schluss durch, oder man lässt es. Ich bin entsetzt!

(Beifall bei den LINKEN und der AfD)

Wenn der Wirtschaftsminister nicht hier ist

(Zuruf: Der ist krank!)

– ja, ich weiß, dass er krank ist – und er dafür die Vertretung übernimmt, dann halte ich es für normal, dass er bis zum Schluss hier sitzt. Ich hätte es auch für normal gehalten, wenn der Umweltminister – Klimaschutz ist schließlich ein Umweltproblem – hier gesessen hätte.

(Beifall bei den LINKEN und der AfD)

Aber schauen Sie sich einmal die verwaiste Regierung an!

(Zurufe von der CDU)

Der Innenminister sitzt gerade noch solidarisch hier.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Frau Dr. Pinka, bitte jetzt zum Antrag sprechen!

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ja, ich spreche zum Antrag. Ich wollte das nur noch einmal sagen.

Ich will auf den Nachhaltigkeitsteil eingehen. Ich habe vor Kurzem einen schlechten Klimawitz gehört: Es treffen sich zwei Planeten, und der eine sagt zum anderen: Du siehst aber schlecht aus. Sagt der andere: Ja, ich habe Mensch. Sagt der erste: Das hatte ich auch mal, aber das geht vorbei. – So viel zum Thema Nachhaltigkeit.

(André Barth, AfD: Hahaha!)

Sie können gern die Nachhaltigkeitsstrategie, die uns zugleitet wurde, noch einmal hochhalten, Herr Dr. Meyer.

(André Barth, AfD: Wenn sich zwei Planeten treffen und zusammenschlagen, geht es den Planeten auch nicht mehr gut, Frau Dr. Pinka! Keine Ahnung von Astronomie, kann ich da nur sagen!)

Ich habe in den Bereich „Klima und Energie“ hineingeschaut. Ich weiß nicht, wie ich hier mit hoffähigen Worten sagen soll, was das für ein Unsinn ist, der darin steht. Eines habe ich vorhin schon zu Ihnen gesagt: Es steht nichts von Absenkungszielen drin. Es wird auf ein Energie- und Klimaprogramm verwiesen, das noch kommen soll, das der Landtag nicht kennt und wo Sie dann mit den Treibhausmissionen hinwollen. Das ist alles vom eigenen Handeln.

Herr Vieweg, Sie selbst wollen ein Klimaschutzgesetz. Davon steht nichts in der Nachhaltigkeitsstrategie. Es steht etwas vom Senken drin, den Kohlenstoff senken. Von Kohlenstoffquellen steht nichts drin. Im Gegenteil, es steht sogar drin, der Umweltminister meint, die Kohle ist ein effizienter und umweltverträglicher Energieträger. Ich sage Ihnen: Da muss man schon ganz schön verrückt im Kopf sein!

(Lachen bei der CDU)

Im Nachbarland streitet gerade die Welt. Die Ärmsten dieser Welt kämpfen ums Überleben. Die haben nichts mehr zu essen, nichts mehr zu trinken, keinen Lebensraum. Dann verlassen sie ihre Heimat. Sie flüchten. Wohin flüchten sie denn aufgrund der Situation? Vielleicht auch zu uns. Daher muss er die politische Dimension seines Handels einmal hinterfragen.

(André Barth, AfD: Die können wir nicht alle aufnehmen, Frau Dr. Pinka! Das geht nicht!)

Das macht er nicht.

(Zurufe von der CDU)

Ich habe beobachtet, was in letzter Zeit in dieser Staatsregierung gemacht wurde. Es ist nicht nur die Brüskierung der Kohlekommission, indem man sagt, wir machen jetzt einmal eine Nebenkommision, sondern er hat auch – –

Mit dem Sächsischen Oberbergamt gibt es jetzt eine Vereinbarung mit LEAG und MIBRAG zu Sicherheitsleistungen.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Dr. Pinka?

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ja.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte, Herr Urban.

Jörg Urban, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Frau Dr. Pinka, ich möchte eine Frage stellen, die unterstreicht, wie irrwitzig eigentlich das mit dem Klimaabkommen ist. Das Klimaabkommen spricht davon, dass man die Temperaturerhöhung begrenzen will, möglichst auf zwei Grad, besser noch auf 1,5. Das Pariser Klimaabkommen –

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte nur die Frage stellen, Herr Urban.

Jörg Urban, AfD: – spricht nicht von einem Ausgangswert. Von welchem Ausgangswert aus sollen diese zwei Grad eingehalten werden? Von welcher Temperatur aus sollen diese zwei Grad eingehalten werden? Es steht nicht im Klimaabkommen.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Wissen Sie, Herr Urban, ich war gerade dabei, festzustellen, dass Menschen wegen der Lebensbedingungen, die sie haben, weil sie kein Essen haben, weil das Trinkwasser versiegt ist, weil sie keinen Lebensraum mehr haben, weil es dort auch zu heiß ist, flüchten müssen. Sie kennen wahrscheinlich auch die Klimamodelle. Sie kennen den Jetstream, der abgerissen ist. Sie wissen um die Trogwetterlagen usw. Wir müssen doch alles dafür tun, dass sich diese Situation im Weltklima und in diesen Wetterlagen nicht verstetigt und dass Menschen nicht auf der Flucht sind. Damit ist es eigentlich schon beantwortet.

(Jörg Urban, AfD: Nein. Es ist nicht bekannt!)

– Doch, es ist beantwortet!

(Zuruf des Abg. André Barth, AfD)

Ehrlich gesagt, ich zweifle die Klimaexperten nicht an. Vorhin hat uns Herr Baum geadelt, Herrn Dr. Lippold und mich, wir wären hier die selbsternannten Klimaschutzexperten. Ich bin es nicht. Ich bin Mineralogin und Chemikerin. Aber ich habe zur Kenntnis zu nehmen, dass es einen Weltklimarat gibt. Ich habe zur Kenntnis zu neh-

men, dass sich mehrere Länder zu einem Pariser Klimaschutzabkommen – –

(Jörg Urban, AfD: Es gibt keinen Ausgangswert!)

Sie sind doch nicht schlauer als die Experten dieser Welt! Sie brauchen sich doch nicht hinzustellen und zu sagen, die haben alle unrecht. Das ist doch Blödsinn, Herr Urban!

(Beifall bei den LINKEN und bei der SPD)

Es tut mir leid.

(Zuruf des Abg. Jörg Urban, AfD)

– Dann fragen Sie die Experten!

Ich komme noch einmal zu den Sicherheitsleistungen zurück, die mit MIBRAG und LEAG vereinbart wurden. Da muss ich schon zur Kenntnis nehmen, dass man auf Laufzeiten von weit über 2041 kommt, wenn man ohne Erpressung durch die Braunkohlebetreiber aus dieser Vertragsverhandlung herauskommen will. Für folgende Regierungen, für folgende Generationen ist das ein Desaster. Im Übrigen ist dann Pödelwitz weg. – So viel zum Thema Strukturwandel. Pödelwitz brauchen Sie bei diesen Dingen, die Sie beim Strukturwandel unterschrieben haben, nicht mehr im Blick zu haben. Das ist traurig.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie mich irgendwo in diesem Hause hören: Ich schäme mich für Sie! Ich schäme mich für Sie, weil Sie dieser Welt nicht zeigen, dass wir als Sachsen es schaffen, mit dem Kohleausstieg einen Strukturwandel hinzubekommen!

(Zurufe von der CDU und der SPD)

Das wäre unsere Aufgabe gewesen und nicht diese Angsthaltung gegenüber dem Klimaschutz, der vor uns steht.

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Eine Kurzintervention? – Herr Urban, Sie standen zuerst.

Jörg Urban, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Dr. Pinka, Sie haben jetzt zum zweiten Mal ausführlich beschrieben, welche Umweltprobleme es in der ganzen Welt gibt. Es gibt Dürren, es gibt Stürme, es gibt zum Teil Überschwemmungen. Das Hauptproblem, das ich damit habe, ist: Wenn mir jemand sagt, wir müssen die Temperatur um zwei Grad begrenzen, wärmer darf es nicht werden, und mir nicht einmal sagen kann, von welcher Temperatur er überhaupt ausgeht – sind wir dann bei 21 Grad oder bei 25 Grad? Wir wissen es nicht, weil kein Ausgangswert vorgelegt wird. Dann sage ich, das ist unwissenschaftlich. So kann man nicht arbeiten. Die Probleme, die Sie ansprechen, können alle möglichen Ursachen haben. Das muss gar nicht die Erdmitteltemperatur sein.

(Zurufe von den LINKEN)

Wir sehen auch, dass die Prognosen regelmäßig fehlgehen. Die Malediven sollten schon unter Wasser sein – das

sind sie nicht. Es tritt nicht ein, was prognostiziert wird. Afrika hat große Probleme. Es hat vor allem große Probleme, weil es eine extrem wachsende Bevölkerung hat und weil es Regierungen hat, die nicht in der Lage sind, eine ordentliche Wirtschaftsstruktur aufzubauen.

(Beifall bei der AfD)

Dass Sie das mit dem Klimawandel begründen, ist an den Haaren herbeigezogen. Sie können mir nicht einmal sagen, von welchem Ausgangswert temperaturmäßig diese zwei Grad eingehalten werden sollen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Frau Dr. Pinka, bitte.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ich möchte nur ganz kurz reagieren. Ich würde Ihnen raten, Herr Urban, gehen Sie bitte einmal zum Umweltminister und in sein Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie. Sie haben ein Modell entwickelt, das sie schon seit 20 Jahren füllen. Sie evaluieren immer wieder das, was man an CO₂ misst und wie die Temperaturentwicklung in Sachsen ist. Es ist vollständig eingetreten. Das, was wir beobachten – ich hätte es gern vorhin in dem Bereich Dürre und Sturm gesagt, ist: Wir wissen seit Jahren – und das sagen die Vorhersagen dieses Modells –, dass es in Sachsen weniger regnen und heißer werden wird. Das wissen wir. Die Ursachen und die Zusammenhänge hat dieses Modell abgebildet. Deshalb: Bitte wenden Sie sich an den Umweltminister.

(Beifall bei den LINKEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Vieweg, bitte.

Jörg Vieweg, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Kurzintervention bezieht sich auf den Redebeitrag von Kollegin Pinka, die hier den Eindruck erweckt hat, das Wirtschaftsministerium würde sozusagen bei Sicherheitsleistungen mauscheln und möglicherweise hinter dem Rücken Vereinbarungen schließen. Ich möchte mich an dieser Stelle beim Wirtschaftsministerium ausdrücklich bedanken. Wir haben mittlerweile eine feste Vereinbarung mit MIBRAG und der LEAG, die Rücklagen sichert, die Rücklagen verpfändet, uns also jederzeit die Möglichkeit gibt, zuzugreifen und alle Folgeschäden aus dem Bergbau über Renaturierungsmaßnahmen abzusichern. Es ist mir wichtig, dass es im Protokoll noch einmal genau so vermerkt ist.

(Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Schön, dass es jetzt im Protokoll steht, Herr Kollege!)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Frau Dr. Pinka, bitte.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ja, vielen Dank. Das Wort „mauscheln“ würde ich niemals in den Mund nehmen, sehr geehrter Herr Vieweg. Aber ich habe schon zur Kenntnis genommen, dass es Sicherheitsleistungsverein-

barungen gibt, die weit über die Hauptbetriebspläne hinausgehen, die alle 2037 zu Ende sind, und die Sicherheitsleistungen bis 2041 abgebildet werden.

Das heißt, dem Unternehmen wurde eine Sicherheit weit über seine Planungslaufzeit gegeben. Das nehme ich zur Kenntnis. Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie damit nachfolgende Generationen unter Druck setzen, weil Sie aus diesem Konstrukt nämlich nicht wieder herauskommen, ohne dass das Unternehmen eine Entschädigung fordern wird. Ich nehme ebenso zur Kenntnis, dass Sie damit die Kohlekommission unter Druck setzen, weil sie vielleicht über das Jahr 2040 eigentlich nicht hinausgehen wollte.

Ich nehme weiterhin Folgendes zur Kenntnis: Sie sind wahrscheinlich doch näher an den Wirtschaftsunternehmen als am Freistaat dran. Das hab ich nun schwarz auf weiß. Ich freue mich, dass Sie das gesagt haben und es nun schwarz auf weiß im Protokoll steht.

(Beifall bei den LINKEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Rohwer, bitte.

Lars Rohwer, CDU: Frau Kollegin Dr. Pinka, ich möchte gern noch einmal reagieren. Sie hatten davon gesprochen, dass der Ministerpräsident, nachdem er zwei komplette Runden dieser Debatte verfolgt hat, an der dritten Runde dieser Debatte nun nicht mehr teilnimmt. Ich finde, dass Ihre Zuspitzung unzulässig ist.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Wieso?)

Der Ministerpräsident – ich bin mir ziemlich sicher – arbeitet bereits jetzt nach dem Interview wieder daran, dass die Kohlekommission konkrete Vorschläge und Konzepte erhält.

(Zurufe von den LINKEN)

– Sie können gern widersprechen. Sie können das auch anders sehen. Das, was Frau Kollegin Pinka gemacht hat, geht so nicht.

(Zurufe von den LINKEN)

Seien Sie doch bitte einmal ruhig. Hören Sie mir bitte zu.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren! Lassen Sie Herrn Rohwer bitte ausreden.

Lars Rohwer, CDU: Sie können reagieren, Herr Gebhardt, wenn Sie möchten.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Ich möchte an dem Gebaren hier nicht teilnehmen!)

Sie können gern ans Rednerpult gehen und sprechen. Ich möchte nur meinen Redebeitrag zu Ende bringen. Danach höre ich Ihnen zu.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Mein Gott! Ich möchte Mittagessen gehen!)

Frau Dr. Pinka, ich komme noch einmal zu Ihrem Redebeitrag. Der Redebeitrag, den Sie in der dritten Runde

gehalten haben, ist an Populismus nicht zu überbieten. Ich habe nicht einen einzigen konkreten Vorschlag in dieser dritten Runde von Ihnen gehört, der es wert gewesen wäre, dass der Ministerpräsident ihn hört. Sie haben ihm nur Vorwürfe gemacht. Sie haben ihm auch nicht zugehört. Ich weise in aller Form zurück, dass Sie ihn hier an den Pranger stellen. Er hat sich in diese Debatte eingebracht. Er hat Ihnen die meiste Zeit zugehört. Das ist wichtig. Das sollten wir auch mitnehmen.

(Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Frau Dr. Pinka, bitte.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! So viel Unterwürfigkeit bin ich nur von Untertanen gewöhnt. Es tut mir leid. So etwas kann ich überhaupt nicht akzeptieren.

(Beifall bei allen Fraktionen –
Zurufe aus der CDU: Oh!)

Ich habe es vorhin in meinem Redebeitrag gesagt: Wenn man so tut, als ob man interessiert sei, sich in die Debatte einbringt und auch das Instrument nutzt, dass die Regierung jederzeit an das Pult treten kann, und das tun möchte – quasi wie eine Regierungserklärung –, dann erwarte ich, dass er bis zum Schluss zuhört.

(Zuruf der Abg. Christine Clauß, CDU)

Er kann mich gar nicht gehört haben. Ich kann hier sagen, was ich möchte. Ich könnte auf- und niederspringen. Er hat es nicht gehört. Er nimmt es nicht wahr. Er wird es im Protokoll nicht nachlesen.

(Beifall bei den LINKEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Böhme, Sie möchten eine Kurzintervention auf Frau Dr. Pinka vornehmen?

Marco Böhme, DIE LINKE: Ja, ich möchte zu dem Redebeitrag, den sie vorn am Mikrofon gehalten hat, reagieren. Ich möchte noch einmal das unterstreichen, was Frau Dr. Pinka gesagt hat. Sie hat noch einmal dargestellt, dass wir dringend handeln müssen. Sie sagte, dass die Staatsregierung oder auch der Landtag in der Mehrheit keine Vorschläge gemacht habe, wie man dem Strukturwandel begegnen kann und wie wir mit Blick auf die Klimaschutzmaßnahmen endlich vorankommen können.

Herr Vieweg, es heißt, dass die Regierungskoalition sehr viel handelt. Es gibt aber keine konkreten Maßnahmen. Wir verlieren im Wettbewerb mit den erneuerbaren Energien den Vorsprung an andere Länder. Das ist zu kritisieren. Das hat Frau Pinka getan.

Außerdem geht es auch darum, konkrete Vorschläge zu liefern. Das hat unsere Fraktion bereits im Jahr 2014 mit dem eigenen Gesetzentwurf getan. Gleiches haben wir gestern mit einem Haushaltstitel versucht. Das alles

lehnen Sie ständig in jeder Legislatur ab. Das ist das Problem. Es gibt einfach keine eigene Initiative, um die Klimaziele zu erreichen.

Diese werden übrigens an den Werten aus dem Jahr 1990 gemessen. Es geht darum, dass wir 2 Grad nicht überschreiten dürfen. Es geht eigentlich um 1,5 Grad. Ab 1,5 Grad treten Rückkopplungseffekte auf der Erde auf.

(Jörg Urban, AfD: Vorindustrielle
Zeit steht da drin!)

Diese kann man dann nicht mehr aufhalten. Das ist der sibirische Permafrostboden, der auftaut. Es geht um den Ozean, der wärmer ist und nicht mehr so viel CO₂ auf-

nehmen kann. Es geht ebenfalls um Wetterextreme wie Waldbrände, bei der CO₂-Speicherungen versiegen. Das muss aufgehalten werden. Frau Pinka hat das so dargestellt. Es ist für mich nicht verständlich, warum es hier so viel Unmut gibt.

(Beifall bei den LINKEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass dazu alles ausgetauscht ist. Ich schaue zur Staatsregierung, ob das Wort noch einmal gewünscht wird. – Das sieht nicht so aus. Damit haben wir auch die Zweite Aktuelle Debatte abgeschlossen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 2

Befragung der Staatsminister

Sie kennen die Regularien. Herr Minister Prof. Dr. Wöllner wird in folgendes Thema einführen: Aktuelles aus der Städtebau- und Wohnraumförderung. Dafür stehen 10 Minuten zur Verfügung. Im Anschluss können die Fragen an den Minister gestellt werden. Nach der ersten Fragerunde kommt folgendes Thema noch hinzu: Freistaat Sachsen – für eine starke Prävention, damit die Menschen zufrieden und sicher im Freistaat leben können. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Roland Wöllner, Staatsminister des Innern: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Staatsregierung verfolgt das Ziel, gleichwertige Verhältnisse im Freistaat Sachsen zu schaffen.

(Zuruf von den LINKEN: Hui!)

Sachsen atmet mit zwei Lungenflügeln: Stadt und ländlicher Raum. Nicht nur gleichwertige, sondern gleichwertig gute und lebenswerte Verhältnisse zu schaffen, ist auch das Ziel unserer Städtebau- und Wohnungsbaupolitik. Städtebauförderung ist das Kerninstrument der Stadtentwicklung. Es wird seit den Siebzigerjahren zunächst im Altbundesgebiet und nach der deutschen Wiedervereinigung 1991 auch in den neuen Bundesländern erfolgreich eingesetzt. Bis heute haben 215 Städte und Gemeinden, also fast die Hälfte aller sächsischen Kommunen, Finanzhilfen aus diesem Bereich erhalten. Seit dieser Zeit wurden über 5,3 Milliarden Euro Fördermittel an sächsische Gemeinden ausgereicht. Ein Euro Förderung löst zusätzliche Investitionen für weitere 7 Euro aus.

Am 14. August dieses Jahres haben wir mit der neuen Richtlinie zur Städtebauförderung die bisherige aus dem Jahr 2009 abgelöst. Darin haben wir Verfahren vereinfacht und Möglichkeiten geschaffen, zum Beispiel durch Verfügungsfonds, um die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Meine Damen und Herren! Diese neue Richtlinie macht wahr mit der Entbürokrati-

sierung. Sie ist das Flaggschiff der Entbürokratisierung – zumindest in meinem Haus.

Ohne die Mitwirkung der Bürgerschaft ist eine vernünftige Stadtentwicklung nicht möglich. Wir brauchen die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger. Das stärkt auch deren Identifikation mit ihrer Heimat.

Subsidiarität und Entbürokratisierung sind die beiden Grundsätze, nach denen wir handeln. Sachsen ist mit der von Bund, Ländern und Gemeinden finanzierten Städtebauförderung sehr zufrieden. Seit der Wiedervereinigung haben wir jährlich einen überproportional hohen Anteil der Finanzhilfen des Bundes erhalten. Allein im Jahr 2017 lagen wir an dritter Stelle, nach Nordrhein-Westfalen und Bayern. Im kommenden Jahr werden wir den sächsischen Gemeinden über 170 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Ein wichtiges Thema bei der Stadtentwicklung ist folgendes: die sichere Stadt. Die Sicherheit auf Plätzen, auf denen beispielsweise Weihnachtsmärkte stattfinden, soll künftig stärker berücksichtigt und auch mit den Mitteln der Städtebauförderung unterstützt werden. Wir möchten keine kurzfristigen Lösungen wie Fahrzeugsperrungen, sondern dauerhaft verankerte Bauelemente im öffentlichen Raum, die ihn schützen und sich unauffällig in das Stadtbild einordnen. Auf Initiative Sachsens auf der Bauministerkonferenz im Oktober dieses Jahres haben wir bereits Maßnahmen beschlossen, die Terroristen hindern sollen, Passanten mit Lkws zu überfahren.

Meine Damen und Herren! Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere ist der Wohnungsbau. Der Wohnungsmarkt in Sachsen entwickelt sich unterschiedlich. Junge Menschen gehen in die Metropolen und suchen nach Singlewohnungen oder großen WG-geeigneten Wohnungen, während Ältere im ländlichen Raum bleiben und nach altersgerechten und barrierefreien Wohnungen fragen. Entsprechend ist auch die Wohnungssituation in den Metropolen, die sich verknappt, wohingegen der

Wohnraum im ländlichen Raum eher durch Leerstand geprägt ist.

Im letzten Zensus 2011 hatten wir mit 9,9 % den höchsten Leerstand aller Bundesländer. Daran hat sich bis heute wenig geändert. Es gibt sogar Landkreise, in denen jede fünfte Wohnung leer steht. Seit 2017 fördern wir in Dresden und Leipzig den Bau und die Sanierung von Sozialwohnungen für Geringverdiener. Das machen wir mit Augenmaß und in enger Zusammenarbeit mit den beiden betroffenen Städten Dresden und Leipzig.

Aber wir dürfen die soziale Wohnraumförderung nicht auf den Bau von Sozialwohnungen verengen. Das wäre ein grobes Missverständnis. Soziale Wohnungspolitik heißt beileibe nicht nur Sozialwohnungen bauen. Soziale Wohnungspolitik heißt vielmehr, jene Menschen zu unterstützen, die sich auf dem Wohnungsmarkt nur schwer mit bedarfsgerechtem Wohnraum versorgen können. Neben Geringverdienern können das zum Beispiel auch größere Familien oder ältere oder behinderte Menschen sein.

Soziale Wohnungspolitik heißt aber auch, selbstgenutztes Wohnungseigentum zu fördern. Das Kabinett hat am 4. Dezember 2018 daher die Richtlinie zur Förderung des Wohneigentums im ländlichen Raum beschlossen. So sollen sowohl junge Menschen unterstützt werden, die im ländlichen Raum Wohneigentum erwerben oder errichten wollen, als auch ältere Menschen, die ihr Wohneigentum im ländlichen Raum sanieren oder altersgerecht umbauen wollen. Wer sich mit Wohneigentum so einer kleinen Gemeinde bindet, trägt zur Zukunft des ländlichen Raumes bei, zumal Wohneigentum die beste Altersvorsorge ist und auch dazu beiträgt, dass mehrere Generationen unter einem Dach auf einem Grundstück leben können. Das hilft auch jungen Menschen, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren.

Für dieses Projekt stehen im nächsten Jahr 40 Millionen Euro bereit: zinsgünstige Darlehen, aktuell mit 0,75 %, also sehr attraktiv, bis zu 80 000 Euro für Bauerwerb oder Errichtung von Eigenwohnraum und bis zu 40 000 Euro für die Sanierung – beides mit 25jähriger Zinsbindung und nachhaltiger Besicherung. Das gibt Sicherheit und erleichtert die Gesamtfinanzierung. Die Förderung tritt am 21. Dezember 2018 in Kraft und kann dann bei der Sächsischen Aufbaubank beantragt werden.

Meine Damen und Herren! Die Neuvertragsmiete in Dresden und Leipzig ist stark angestiegen, aber beide Städte gehören immer noch zu den Top Ten der 77 deutschen Großstädte mit der niedrigsten Mietbelastung. Chemnitz führt sogar die Top Ten an. Außerhalb dieser Hotspots stagnieren die Neuvertragsmieten oder sind rückläufig. Insgesamt liegt die Neuvertragsmiete in Sachsen durchschnittlich bei 5,58 Euro pro Quadratmeter. Das ist weit unter dem Bundesdurchschnitt von 7,20 Euro. Das ist eine gute Nachricht. Das heißt, in Sachsen lässt es sich gut wohnen.

Meine Damen und Herren! Mit unserer Städtebau- und Wohnungsbaupolitik wollen wir den ländlichen Raum

attraktiv machen und gleichwertig gute Lebensverhältnisse überall in Sachsen schaffen. Dafür haben wir die richtigen Weichen gestellt und sind auf einem guten Weg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Wir beginnen jetzt mit der Fragerunde. Es beginnt die CDU-Fraktion. Bitte.

Oliver Fritzsche, CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Staatsminister, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Sie sind auch auf das Thema gleichwertige Lebensverhältnisse eingegangen. Dennoch gibt es immer Unsicherheiten über die Frage, ob denn Fördermittel aus der Städtebauförderung überhaupt in den ländlichen Raum fließen. Daher wollte ich Sie noch einmal konkret fragen, wie viele Gemeinden im ländlichen Raum Fördermittel aus der Städtebauförderung erhalten. – Vielen Dank.

Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern: Vielen Dank, Herr Abgeordneter! Von 132 Gemeinden, die aktuell gefördert werden, liegen 92 im ländlichen Raum. Bezogen auf die letzten fünf Jahre, also ab 2013, wurden über 50 % dieser Finanzierungsmittel – oder 314 Millionen Euro – an diese Gemeinden ausgereicht.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Linksfraktion, Herr Abg. Stange, bitte. – Ich bitte heute etwas um Geduld; ich glaube, man ist schon im Adventsmodus.

Enrico Stange, DIE LINKE: Es fehlen aber die Kerzen, Frau Präsidentin. – Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Staatsminister, Sie haben anlässlich des 150-jährigen Jubiläums des Dresdner Mietervereins in einem Grußwort unter anderem darauf hingewiesen, dass für die nächsten zwei Jahre jeweils 50 Millionen Euro für die Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundenem Mietwohnraum zur Verfügung stehen. Meine Frage bezieht sich darauf, ob diese Mittel und entsprechend auch die Richtlinie nur noch weiterhin für Dresden und Leipzig bestehen sollen oder ob das auch für andere Kommunen oder diejenigen geöffnet wird, die daran teilhaben wollen.

Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern: Vielen Dank, Herr Abg. Stange! Zunächst einmal zu den Mitteln beim sozialgebundenen Wohnraum. Es ist so, dass im Jahr 2019 definitiv 40 Millionen Euro vorgesehen sind. Aber Sie wissen ja, dass wir derzeit noch mit dem Bund verhandeln, wie viele Mittel tatsächlich aus dem Bundeshaushalt fließen werden. Wir haben entsprechend Vorsorge getroffen, aber wie hoch der Mittelabfluss bzw. die veranschlagten Mittel zunächst einmal sein werden, ist von den Gesprächen abhängig, die mit dem Bund noch geführt werden, sowie von der Entscheidung der Bundesregierung bzw. des Haushaltsgesetzgebers auf Bundesebene.

Das Zweite: Ja, diese Richtlinie ist für den sozialgebundenen Wohnungsbau und für alle Gemeinden im Freistaat Sachsen geöffnet. Aber Sie wissen, dem Antrag geben wir nur bei denjenigen statt, bei denen auch tatsächlich eine angespannte Wohnraumsituation besteht, also meistens gemessen an Leerständen von momentan unter 5 %. Es betrifft für den Freistaat Sachsen nur die Städte Dresden und Leipzig. Dem Antrag von Leipzig haben wir im Laufe des Jahres relativ rasch entsprochen, weil dort die Wohnungssituation angespannt ist.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die SPD-Fraktion, Herr Pallas, bitte.

Albrecht Pallas, SPD: Herr Staatsminister, ich bleibe bei dem Thema gebundener Mietwohnraum. Welche Pläne oder vorsichtigen Ideen hat Ihr Haus angesichts der Tatsache, dass wir wirklich neu gebauten Wohnraum im unteren bzw. mittleren Preissegment – wie erfasst – nur durch diese Zuschussförderung erreichen können, um das Zuschussprogramm über 2020 hinaus weiterzuentwickeln?

Prof. Dr. Roland Wöllner, Staatsminister des Innern: Wenn ich noch einmal nachfragen darf: Sie meinen damit das Zuschussprogramm „Besonderer sozialgebundener Wohnraum“?

(Albrecht Pallas, SPD: Ja!)

Vielen Dank, Kollege Pallas. Sie wissen, der Wohnungsmarkt ist ein Bestandsmarkt. Das heißt, Angebote zu schaffen hat einen gewissen Vorlauf, der nicht unwesentlich dadurch geprägt ist, dass zunächst einmal Bauland erschlossen bzw. zur Verfügung gestellt werden muss. Dort spielen gewisse bürokratische Vorgänge eine Rolle. Dann müssen Sie Investoren haben, die bereit sind zu investieren – es ist ja nicht nur kommunales Geld, das dort hineinfließt –, und bei einer angespannten Bauindustrie natürlich die Kapazitäten haben, die das auch vollziehen. Was wir nicht nur in Sachsen in den Ballungszentren, sondern auch in Deutschland beobachten, ist, dass es sehr lange dauert, das entsprechende Angebot an die Nachfrage anzupassen, sodass wir einen Nachlauf bei der Schaffung von Wohnraum haben. Das betrifft sowohl Leipzig als auch Dresden. Erfreulicherweise sind der Zuzug und das Wachstum der Bevölkerung schneller, als der Wohnraum entsprechend nachzieht, sodass man davon ausgehen kann, dass diese Aufgabe nicht innerhalb einer Laufzeit eines Doppelhaushalts beendet wird.

Das Parlament beschließt die Mittel sowohl der Landes- als auch der Bundesgesetzgeber. Wir gehen davon aus, dass das weit über das Jahr 2020 hinausreicht. Das heißt, die Politik der Staatsregierung ist darauf ausgerichtet, dieses Programm der sozialen Wohnraumförderung für Sachsen auf hohem Niveau zu verstetigen. Wie es dann genutzt wird, hängt sicherlich von den antragsberechtigten Städten und Kommunen ab.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Hütter, bitte.

Carsten Hütter, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Staatsminister, es geht uns auch um die Knappheit bezahlbaren Wohnraums. Was unternimmt die Staatsregierung, damit die drei großen Städte ihr jeweiliges Umland als gemeinsamen Wohnungsmarkt begreifen und die wachsenden Schwierigkeiten im Grunde gemeinsam angehen?

Prof. Dr. Roland Wöllner, Staatsminister des Innern: Vielen Dank, Herr Abgeordneter, für die Frage. Sie wissen ja – wir hatten es gerade ausgeführt –: Stadt und Land sind die beiden Säulen, die beiden Lungenflügel, auf die sich das Land stützt. Insofern muss man es gemeinsam denken.

Gerade im Umlandbereich ist noch Potenzial vorhanden, in der interkommunalen Zusammenarbeit, die wir auch im Haushalt mit dem Programm der interkommunalen Zusammenarbeit fördern. Was die Wohnungsbaupolitik anbelangt, verweise ich Sie gern auf unsere Förderrichtlinie „Ländlicher Raum“. Wir wollen damit die Eigentumsbildung im ländlichen Raum fördern und haben bewusst eine Gebietskulisse aufgesetzt, die den Freistaat Sachsen – ohne die drei großen Städte Chemnitz, Leipzig und Dresden – betrifft. Der Umlandbereich ist bewusst mit dabei.

Wir erhoffen uns dadurch eine Entlastungsfunktion. Wer Eigentum im Umlandbereich bildet, wer ausbaut, saniert und zusätzlichen Wohnraum schafft, der entlastet in dem Maße auch den Ballungsraum. Wir haben es gehört und mein Kollege Verkehrsminister, stellvertretender Ministerpräsident, hatte Akzente gesetzt, was die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs betrifft. Wir subventionieren nicht unerheblich mit den Regionalisierungsmitteln auch den Stadt-Umland-Verkehr im Nahverkehrsbereich.

Nehmen wir als Beispiel die Landeshauptstadt Dresden: Man ist jetzt von Freital, meiner Heimatstadt, innerhalb von ungefähr 10 Minuten am Dresdner Hauptbahnhof, auf dem Wiener Platz und auf der Prager Straße. Das Gleiche gilt im Elbtal. Von Meißen und von Heidenau besteht eine enge Verzahnung. Wir setzten auch darauf, dass Entlastungsfunktionen durch die anderen Programme der Staatsregierung erfolgen.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Günther, bitte.

Wolfram Günther, GRÜNE: Eines unserer großen Probleme in der Raumentwicklung ist der Flächenverbrauch. Die Zahlen liegen zwischen 4 und 9 Hektar täglich, was dort verbraucht wird. Sie haben ja selbst schon neue Richtlinien angesprochen, zum Beispiel für Wohneigentum im ländlichen Raum. Es gibt für Sanierung oder für Neubau auch Darlehen. Aber die für Sanierung sind in der Obergrenze nur die Hälfte gegenüber denen, wenn ich etwas neu baue. Bei der Richtlinie „Familienwohnen“ wäre es möglich gewesen, eine Eingrenzung auf innerörtliche Lagen zu machen. Das hat man bei Ober-, Mittel- und Grundzentren genau nicht getan.

Meine Frage lautet: Welche Strategie haben Sie, diesen Flächenverbrauch einzugrenzen? Gibt es darauf Antwort bei diesen Förderinstrumenten? Nehmen Sie sich diesbezüglich etwas vor? Haben wir dabei etwas übersehen? Wie gehen Sie mit diesem Thema um? Wird vielleicht bei diesen Richtlinien noch irgendetwas angepasst?

Prof. Dr. Roland Wöllner, Staatsminister des Innern: Herzlichen Dank für die Frage, Herr Abgeordneter. Zunächst einmal müssen Sie feststellen, dass die Schaffung von Wohnraum und das gleichzeitige Ziel der Reduzierung des Flächenverbrauches in einem Spannungsverhältnis stehen, um es vorsichtig auszudrücken.

Hier geht es zunächst um eine soziale Frage erstrangiger Güte, wie wir alle festgestellt haben. Die Schaffung von Wohnraum, gerade für diejenigen, die sich das nicht leisten können, steht im Vordergrund. Aber in der Tat ist es richtig, es in einer solchen Weise zu tun, dass man nicht unbedingt an die Ausweisung neuer Baugebiete denkt.

Deshalb ist die Strategie der Staatsregierung, dass wir gerade im ländlichen Bereich durch die maßvolle Arrondierung im Außenbereich, die wir in den Kommunen ja verbessert haben, die Möglichkeit verschaffen, dass bereits vorhandene Gebäude – beispielsweise nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Scheunen oder zu ehemals landwirtschaftlichen Nutzungszwecken gehörende Gebäude –, für Wohnungszwecke genutzt werden. Die Initiativen der Staatsregierung zielen darauf ab, gemeinsam mit anderen Bundesländern im § 13 Baugesetzbuch dafür Sorge zu tragen, zum Beispiel mit den Nachnutzungsfristen. Wenn ich mich richtig erinnere, haben wir die sieben Jahre aufgehoben oder nutzen die Spielräume, die uns der Bund gibt, um gerade in bestehende Gebäude die Nutzung für Wohnraum hineinzubringen. Das ist sozusagen Bestandteil der Strategie der Staatsregierung.

Ich verweise aber darauf: Der Ansatzpunkt muss bei den Kommunen liegen. Sie weisen ja Bauland aus und müssen eigene Strategien entwickeln, wie sie möglichst platzsparend Wohnraumförderung in ihren Gebieten gewährleisten können. Dazu gehört auch die Nutzung von Nachverdichtungsgebieten in bestehenden Wohngebieten. Das heißt, man muss nicht unbedingt in Außenbereichen neue Baugebiete ausweisen, mit Versiegelung und allem, was dazugehört. Das muss auch Bestandteil der Gesamtstrategie sein. Unsere Richtlinien im sozialen Wohnungsbau stellen gerade darauf ab, was den Umbau, die Modernisierung und Sanierung betrifft, und nicht unbedingt nur in allererster Linie auf den Neubau.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: In der nächsten Runde kann auch zum Thema „Freistaat Sachsen für eine starke Prävention, damit die Menschen zufrieden und sicher im Freistaat leben können“ gefragt werden. Es beginnt wieder die CDU-Fraktion; Herr Abg. Anton.

Rico Anton, CDU: Herr Staatsminister! Ich würde gern noch einmal auf die Rahmenbedingungen für die Fördermittelausreichung im Städtebau zu sprechen kommen.

Warum müssen sich die Gemeinden Einnahmemöglichkeiten für die Straßenbaumaßnahmen im Städtebau auch ohne das Vorliegen einer Straßenausbaubeitragsatzung anrechnen lassen, bei der Förderung nach der Richtlinie KStB aber nicht?

Prof. Dr. Roland Wöllner, Staatsminister des Innern: Vielen Dank für die Frage, Herr Abgeordneter. Da die Städtebauförderung infolge der Bund-Länder-Finanzierung nachrangig ist, müssen sich die Gemeinden alle Einnahmemöglichkeiten anrechnen lassen, auch wenn sie im Einzelfall darauf verzichten. In förmlich festgesetzten Sanierungsgebieten treten die Ausgleichsbeträge an die Stelle der Straßenausbaubeiträge, sodass auch die Gleichbehandlung der Städte die Anrechnung gebietet. Bei der Landesförderrichtlinie des kommunalen Straßen- und Brückenbaus beispielsweise hat der Freistaat ein nicht durch den Bund begrenztes Förderermessen.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Stange, bitte.

Enrico Stange, DIE LINKE: Vielen Dank. Ich will noch einmal auf die Richtlinie Wohnraumförderung, mietgebundener Wohnraum – Sie wissen, was ich meine – zu sprechen kommen. Mich würde interessieren, ob wir für die folgenden Programmjahre der Förderung in Zukunft das Verfahren der rollierenden Vier-Jahres-Systematik übernehmen, das heißt, wenn für 2019 die entsprechende Abrechnung 2023 umgesetzt werden kann.

Prof. Dr. Roland Wöllner, Staatsminister des Innern: Vielen Dank für die Frage. Bislang waren es in der Tat vier Jahre, wie Sie ausgeführt haben. Für 2019, also für das kommende Haushaltsjahr, haben die Städte für fünf Jahre beantragt und werden entsprechende Verpflichtungsermächtigungen vonseiten der Staatsregierung erhalten.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Pallas, bitte.

Albrecht Pallas, SPD: Ich bleibe auch noch einmal bei der Wohnraumförderung. Sie hatten zu Recht darauf hingewiesen, dass die regionalen Wohnungsmärkte sehr unterschiedlich sind und dass wir Wohnungsmärkte mit einem hohen Leerstand, bedingt durch die Landflucht, haben. Ich möchte gern von Ihnen wissen, wie Sie und Ihr Haus andere Ansätze bewerten, zum Beispiel Unterstützungen für kommunale oder genossenschaftliche Wohnungsbauunternehmen, um Modernisierung –, bei gleichzeitiger Verhinderung eines zu starken Anstieges der Mietkosten – oder Teilabriss von Gebäuden zu ermöglichen, damit man nicht nur Komplettabriss und Neubau realisieren muss und dies etwas ressourcenschonender erfolgen kann.

Prof. Dr. Roland Wöllner, Staatsminister des Innern: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. In der Tat besteht zwischen dem Angebot und der Miethöhe ein Zusammenhang, der immer auch von der Nachfrage bestimmt ist. Das ist keine Frage. Das bedeutet, dass hohe Leerstände gerade im ländlichen Raum ein niedriges Mietniveau

bewirken. Gerade im Vogtland haben wir mit einem durchschnittlichen Mietniveau von 4,60 bis 4,70 Euro im Vergleich zur Landeshauptstadt München mit 17,60 bis 17,70 Euro eine der größten Spannweiten zwischen ländlichem Raum und Stadt, aber auch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Miethöhen und Leerstände sind natürlich strukturell bedingt. Sie sind demografisch bedingt. Das hat auch damit zu tun, dass der Reduzierung der Wohnungsanzahl respektive durch Gebäudeabriss örtlich entgegengewirkt werden muss und soll. Teilabbrüche sind faktisch die Umgestaltung von Gebäuden. Sowohl der Abriss als auch die Umgestaltung sind in der Städtebauförderung bereits jetzt reguläre Fördertatbestände, wobei immer nur die unrentablen Kosten gefördert werden können.

Es wird die Diskussion mit den Kommunen, den kommunalen Wohnungsgesellschaften im ländlichen Raum geführt: Was tut ihr denn, um den Abriss noch weiter zu fördern? Dazu bitte ich um Verständnis; denn wir haben uns mit dem Bund auf dem Wohnungsgipfel im Kanzleramt im September darauf verständigt, mit 5 Milliarden Euro, die auf dem Tisch liegen, 1,5 Millionen neue Wohnungen zu bauen. Wenn ich natürlich sage – weil wir ein berechtigtes Interesse daran haben –, wir hätten gern einen Teil des Geldes, um den Abriss zu fördern, dann liegt dies im diametralen Interesse derjenigen, die neuen Wohnraum fördern wollen. Insofern ist es ein Spannungsverhältnis, das nicht einfach aufzulösen ist. Es ist aber eine Debatte wert in diesem Hohen Hause, wie wir diesem Umstand, gebunden an die örtlichen Gegebenheiten, noch zielgenauer und besser Rechnung tragen können.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Hütter, bitte.

Carsten Hütter, AfD: Herr Staatsminister! Uns geht es noch einmal um selbstgenutztes Wohneigentum, das leider nicht die Regel ist, und damit einhergehend um Vermögensaufbau, der teilweise nicht möglich ist. Welche Miteigentumsformen hält die Staatsregierung für erstrebenswert, und wie setzt die Staatsregierung das Ziel um, dass in den drei großen Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz ein größerer Anteil der Menschen in selbst genutzten Eigentumswohnungen statt in Mietwohnungen leben kann?

Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern: Um es klipp und klar zu formulieren, Herr Abgeordneter: Die Staatsregierung hält die Bildung von Wohneigentum für sehr wichtig und für sehr erstrebenswert und fördert daher die Eigentumsbildung seit 2007, seitdem die Länder für die Wohnraumförderung zuständig sind. Dies tun wir kontinuierlich. Wir fördern dabei ebenso Einfamilienhäuser wie Eigentumswohnungen.

Sie haben es ja bei unserer Richtlinie „Familienwohnen“ gesehen. Sie betrifft auch die Großstädte, in denen wir bei der Eigentumsbildung hinterher sind. Dieses Förderprogramm wird sehr gut abgerufen und es läuft gut. Soweit Ihre Frage darauf abzielt, dass bei der Förderung des

selbst genutzten Wohneigentums auch andere gemeinschaftliche Wohneigentumsformen, zum Beispiel Miet-syndikate, Vereine, GbRs, nicht gefördert werden, dann liegt es unseres Erachtens maßgeblich, wenn nicht sogar allein, am Problem der Besicherung des Darlehens, was bei gemeinschaftlichen Wohnformen schwierig bzw. oftmals unmöglich ist. Wir sind dabei zu prüfen, ob alternative Möglichkeiten bestehen. Ich sage ausdrücklich: Die Diskussion führen wir auch in der Koalition, da für uns wichtig ist, dass auch andere Formen, Mischformen bzw. neue Formen gleichermaßen im Fokus der Wohnungspolitik des Freistaates Sachsen stehen.

(Carsten Hütter, AfD, steht am Mikrophon.)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Hütter, eine Nachfrage geht nicht. Sie können nachher wieder an die Reihe kommen. Jetzt kann Herr Lippmann seine Frage stellen.

Valentin Lippmann, GRÜNE: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Herr Staatsminister! Sie haben in der Vergangenheit immer wieder betont, wie wichtig Ihnen Prävention ist, auch im Bereich des Kommunalen. Warum haben Ihr Haus und Sie als Innenminister im ursprünglichen Entwurf des Einzelplans 03 deutlich weniger Geld als in den vergangenen Jahren durch die Koalition im Bereich der kommunalen Prävention vorge-sehen?

Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern: Vielen Dank für die Frage, Herr Abgeordneter. Wie Sie wissen, ist Prävention wichtig. Mir persönlich ist es von Anfang an ein großes Anliegen gewesen, die Prävention voranzutreiben. Wir hatten ja den Präventionstag in der Landeshauptstadt Dresden mit 3 000 Teilnehmern. Es war der größte Präventionstag weltweit. Über 20 Staaten waren daran beteiligt. Ich bin einen ganzen Tag unterwegs gewesen, um mich auch zu informieren.

Wir wissen eines: Prävention wirkt. Demzufolge ist der Eindruck, den Sie gerade geschildert haben, eben nicht richtig, dass wir weniger für Prävention tun, sondern wir tun mehr für Prävention. Wir haben relativ schnell die Richtlinie verabschiedet, die auch den Kommunen mit dem nicht unerheblichen Betrag von 2,6 Millionen Euro unter die Arme greifen soll, womit wir Analyse, Lage, Bildung, Gremien, Strukturaufbau, Präventionsprogramme, Projekte und deren Bewertung fördern. Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen haben wir gerade bei der kommunalen Prävention noch etwas obendrauf gelegt.

Es ist aber in der Tat ein Prozess. Dieser Prozess geht nicht über zwei Jahre, sondern er geht darüber hinaus. Ich hatte angekündigt – das haben wir bereits umgesetzt –, dass wir bei den Maßnahmen offen sind, die Städte und Kommunen weiter zu fördern. Dabei geht es um Videografie im öffentlichen Raum. Die große Stadt Chemnitz hat es ja umgesetzt mit 400 000 Euro. Mit 95 000 Euro haben wir gefördert. Das betrifft die Arbeit im Landespräventionsrat.

Die Förderung mit Finanzen ist das eine, aber ich sage Ihnen auch klar: Präventionsarbeit muss schwerpunktmäßig in der Kommune erfolgen. Mich befriedigt genauso wenig wie Sie die Tatsache, dass wir von 421 Kommunen lediglich zehn haben, die nur einen kriminalen Präventionsrat haben. Das möchte und werde ich ändern. Ich bin bereits im Gespräch mit Städten, die dabei vorangehen wollen. Dort läuft es außerordentlich gut. Anfang des nächsten Jahres – das kann ich bereits jetzt ankündigen – wollen wir im Februar mit allen kommunalen Vertretern, mit dem Sächsische Städte- und Gemeindetag einen Kongress durchführen. Dabei geht es um die Frage: Was können wir tun, um gemeinsam bei der Prävention voranzugehen?

Ich bin offen und dafür dankbar, dass Sie die Diskussion mit befeuern. Genau das brauchen wir: ein Bewusstsein, das nicht allein auf den Schultern der sächsischen Polizei ruht. Sie ist die wichtigste Säule. Sicherheit ist ein Produkt, das im wechselseitigen Zusammenspiel zwischen unterschiedlichen Akteuren – nicht nur den kommunalen, sondern auch mit der aufsuchenden Sozialarbeit in den Kitas, in der Schule und bei der Verkehrsarbeit – erzeugt wird. Dieses Netzwerk müssen wir stärken.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die CDU-Fraktion, Herr Abg. Pohle, bitte.

Ronald Pohle, CDU: Wir hatten noch kurzen Beratungsbedarf, da ein Teil dieser Beantwortung meine Frage bereits beinhaltet.

Sehr geehrte Herr Staatsminister! Sachsen hat seit Jahren hohe Zahlen bei politisch motivierter Kriminalität und eine hohe Anzahl von Extremisten. Was, schätzen Sie ein, kann man beim Thema Extremismusprävention und Demokratiestärkung in Sachsen des Weiteren tun?

Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. Bezüglich der Extremismusprävention gibt es verschiedene Bundesprogramme. Seit 2007 werden kommunale Strukturen zum Umgang mit Extremismus und zur Demokratiestärkung gefördert, beispielsweise durch das Programm „Demokratie leben“. In den Landkreisen und kreisfreien Städten gibt es nahezu flächendeckend das Programm „Partnerschaft für Demokratie“. Der Freistaat übernimmt in seiner Verantwortung für diesen Prozess die Kofinanzierung, und er wird dies auch weiterhin tun, da es eine wichtige Aufgabe ist.

Der Weg ist genau richtig, Engagement vor Ort mit der Unterstützung des Freistaates zu verbinden. Die Verknüpfung dieser Fachstrukturen mit den relevanten Verwaltungsbereichen und den kommunalpolitischen Verantwortungsträgern sollte intensiviert werden. Das ist richtig, um die demokratische Haltung vor Ort zu zeigen.

Wir haben eine Strategie ASSKOM, die Allianz sicherer sächsischer Kommunen. Sie wird genau dort ansetzen, um diese Strukturen in die kommunalen Präventionsbemü-

hungen gut einzubetten. Des Weiteren möchte ich darauf verweisen, dass wir auch ein Aussteigerprogramm in Sachsen haben, als wichtiger Teil dieser Koordinierungs- und Beratungsstelle der Radikalisierungsprävention, kurz KORA. Wir haben eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Geschäftsbereich SMGI und dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz. Der Freistaat Sachsen fördert im Geschäftsbereich SMGI das Programm „Welt-offenes Sachsen“ mit circa 100 Demokratieprojekten, die auch Präventionswirkung gegen Extremismus entfalten.

Gestern in den Haushaltsberatungen haben wir gesagt, dass wir den größten Sportetat aller Zeiten haben. Darüber freue ich mich besonders. Wir dürfen nicht vergessen, dass auch der Sport und der Landessportbund ihren Beitrag leisten und wie das Deutsche Rote Kreuz sich ebenso der Landesfeuerwehrverband beteiligt. Es ist ein enges Netzwerk von Extremismusprävention, das in den nächsten Jahren weiterentwickelt wird. Ich danke auch dem Bund für seine Bereitschaft und für die Ankündigung, in diesem Bereich verstärkt kofinanzieren zu wollen.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Stange, bitte.

Enrico Stange, DIE LINKE: Vielen Dank, Herr Staatsminister! Kurze Frage: Wie wurde bisher die Förderrichtlinie „Kommunale Prävention“ durch die Kommunen in Anspruch genommen in Bezug auf Summen und Projekte?

Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern: Vielen Dank für die Frage. Das würde ich Ihnen nachliefern. Wir stellen das noch zusammen.

Es gibt Ankündigungen, dies tun zu wollen. Ich bin im Gespräch mit acht Städten. Wenn ich mich richtig erinnere, sind es Plauen, Zwickau, Chemnitz, Wurzen, Görlitz, Freital und andere. Es gibt einige, die nicht nur wollen, sondern die sehr viel wollen. Eine Stadt möchte ich herausgreifen, mit der wir bereits Maßnahmen verabredet haben: die Stadt Wurzen. Sie können sich erinnern, dass Wurzen auch Gegenstand der Diskussion im Innenausschuss war. Es ging um Ausschreitungen, um Extremismus und darum, dass wir etwas tun müssen.

Was haben wir getan? Vonseiten der Staatsregierung haben wir dort die Polizeiposten verstärkt. Wir haben eine personelle Verstärkung im Bereich der Kriminalarbeit vorgenommen. Wir haben mit dem Oberbürgermeister, mit der Stadt und mit dem Landkreis verabredet, dass dort zwei Stellen geschaffen werden: aufsuchende Jugendsozialarbeit, die zu drei Vierteln vom Landkreis und zu einem Viertel von der Stadt finanziert werden. Es ist allerdings schwierig – ich habe mich vom Oberbürgermeister darüber informieren lassen, es sind befristete Stellen –, dafür qualifiziertes Personal zu finden. Ich denke, das ist ein Mosaikstein in einem nicht unwichtigen Prozess, den wir gerade angerissen haben, um gerade im Bereich der Kriminalprävention und bei der Umsetzung der Arbeit vor Ort Akzente zu setzen. – Die anderen Dinge liefern wir nach.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die SPD, Herr Pallas.

Albrecht Pallas, SPD: Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass kriminalpräventive Räte ein sehr gutes Mittel sein können, um die unterschiedlichen Akteure in der Präventionsarbeit zusammenzubringen. Jetzt ist es ein wenig wie bei der Bildung: Wir wollen das Niveau insgesamt heben, aber es muss auch möglich sein, dass wir weiterhin eine Spitzenförderung betreiben. Es gibt diese Städte und Gemeinden, die bereits solche Räte haben. Deshalb von mir die Frage: Wird es möglich sein, mit der Richtlinie und den Mitteln, die das Land bereitstellt – zum Beispiel in der Stadt Dresden, die ein solches Gremium hat –, das Ganze beispielsweise bis auf die Stadtbezirksebene herunterzubrechen, um auch dort solche Möglichkeiten der Vernetzung zu schaffen und durch das Land zu unterstützen?

Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern: Ja, vielen Dank für die Frage. Das muss im Prozess gemeinsam mit den Kommunen ausgelotet werden. Ich bin ausgesprochen dankbar, dass gerade auch die großen Städte vorangegangen sind. Das betrifft die Landeshauptstadt, Chemnitz und Leipzig. Alle haben unter nicht ganz einfachen Haushaltsbedingungen beschlossen und auch schon eingestellt, dass der Gemeindeordnungsdienst verstärkt wird. Das ist ein sehr wesentlicher und wichtiger Baustein.

Leider ist es aber so, dass nach meiner Erfahrung die kriminalpräventiven Räte nur alle drei Monate zusammenkommen, wenn nicht sogar in größeren Abständen. Das ist deutlich zu wenig, sodass wir in einem mehrstufigen Prozess zunächst einmal die kriminalpräventiven Räte in Städten einrichten, wo sie noch nicht vorhanden sind. Dafür gibt es bereits Bestrebungen, und dafür bin ich dankbar. Wir – also das Referat 33 in meinem Hause, das dafür sehr viel unterwegs ist – flankieren, beraten und begleiten das.

Zunächst muss eine Sicherheitsanalyse auf der Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik, aber auch anderer verfügbarer Daten erstellt werden. Dazu gehört auch die Frage der subjektiven Sicherheitseinschätzung der Bürger. Wir helfen dort mit. Die Polizei ist also ein fester Bestandteil der kommunalen Präventionsarbeit, damit man die Datengrundlage hat.

Es ist ganz wichtig, dass man diese Datengrundlage zum Anlass nimmt, um gemeinsam mit den Ortsteilen, Stadtmissionen und anderen Akteuren in der Stadt darüber zu diskutieren, wie, wo und in welchem Umfang wir einzelne kriminalpräventive Maßnahmen ableiten wollen. Das muss beschlossen werden. Dabei ist viel mehr möglich, als man denkt. Es sind lauter kleine Bausteine, die man dort ansetzen muss.

Bei der Umsetzung dieser Maßnahmen bin ich dafür offen – das sage ich auch als Innenminister –, wo und wie der Freistaat mehr als bisher helfen kann. Ich hatte das Ange-

bot der Unterstützung der Videografie im öffentlichen Raum gemacht. Es soll allerdings nicht der Eindruck entstehen, dass ich das als Allheilmittel begreife. Es wird kommunal vor Ort entschieden und diskutiert. Wenn es gewünscht wird und passt, dann machen wir es. Wenn es nicht gewünscht wird, dann sind andere Maßnahmen am Zuge, und wir werden diese gleichermaßen und ebenso unterstützen. Wichtig ist mir zweierlei:

Erstens. Es ist das Bewusstsein zu schaffen, dass die kommunalen Akteure nicht nur Einfluss, sondern wesentlichen Einfluss auf ihre eigene Sicherheitslage haben. Sie sind – mit der Unterstützung des Freistaates – Bestandteil der „Produktion von Sicherheit“. Nach diesem Doppelhaushalt kann keiner mehr den Vorwurf erheben, der Freistaat zöge sich zurück. Im Gegenteil: Wir haben mit dem Personalaufwuchs mehr Möglichkeiten und wollen sie mit den Akteuren vor Ort heben.

Zweitens müssen wir im Diskussionsprozess mit den Kommunen im nächsten Jahr sehen, wie wir das organisieren. Dann werden Lücken oder Vorschläge entstehen, die wir aufgreifen und parlamentarisch beraten müssen. Daraus können wir Schlussfolgerungen ziehen, was wir vonseiten des Freistaates mehr tun können. Ich will ein sicheres Sachsen sowie sichere Städte und Kommunen haben. Diese Gemeinsamkeit muss in der Diskussion auch zum Ausdruck kommen.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Wippel, bitte.

Sebastian Wippel, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Staatsminister! Wie hat sich der Personalansatz der Polizei im Präventionsbereich in den vergangenen zehn Jahren – prozentual oder gern auch in absoluten Zahlen – verändert? Wie wollen Sie mit gegebenenfalls weniger Personal gleichzeitig die Prävention stärken?

Prof. Dr. Roland Wöller, Staatsminister des Innern: Vielen Dank für die Frage, Herr Abgeordneter! Für die Präventionsbereiche in den Polizeidienststellen gab es im Jahr 2008 einen Personalansatz von 269 und im Jahr 2018 von 100 Stellen. Im Jahr 2008 wurde in den Präventionsbereichen zusätzlich noch Verkehrsprävention betrieben.

Man kann es nicht nur auf Stellen beziehen, sondern man muss differenzieren, dass Personal sowohl für Kriminal- und Präventionsarbeit als auch für Verkehrsprävention zuständig ist und gleichzeitig noch andere Aufgaben erledigen muss. Eine wirklich trennscharfe Abgrenzung im Rahmen von Vollzeitäquivalenten ist nicht möglich, aber die von mir genannte Größenordnung zeigt, dass wir hierbei deutlich Nachholbedarf haben und das entsprechend regeln wollen.

Was wollen wir tun? Zunächst wurde die Organisationsentscheidung getroffen, dass zum 1. Januar 2019 in den Polizeidirektionen wieder der Fachdienst Prävention eingerichtet wird. Zudem wurde im Rahmen der Evaluierung und Empfehlung der Fachkommission aufgrund der steigenden Bedarfe an Maßnahmen der polizeilichen

Prävention – zum Beispiel im Bereich der polizeilichen Beratung für die Bevölkerung, für die Wirtschaft, also Unternehmen und Betriebe, sowie im Bereich der schulischen Prävention zu den Themen Drogen und neue Medien – ein Personalmehrbedarf von 55 Bediensteten in den Polizeidirektionen anerkannt. Mithin werden, beginnend mit dem Doppelhaushalt 2019/2020, die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass künftig insgesamt 100 Bedienstete für den Bereich der polizeilichen Prävention zur Verfügung stehen, also 85 in den Polizeidirektionen und 15 im Landeskriminalamt.

Darüber hinaus ist Prävention Aufgabe eines jeden einzelnen Polizeibeamten. Zur weiteren Verbesserung wurden mit Unterstützung des Landeskriminalamtes die Aus- und die Fortbildungsinhalte in der sächsischen Polizei modifiziert. Auch bei der Vermittlung von Präventionsbotschaftern werden neue Wege gegangen. So werden künftig in den klassischen Presseinformationen, in Internetpräsentationen oder auch bei der Teilnahme an Veranstaltungen und Messen die sozialen Netzwerke stärker genutzt. Gerade diese sozialen Netzwerke werden wir deutlich – deutlicher als in der Vergangenheit – aus- und aufbauen.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Günther, bitte.

Wolfram Günther, GRÜNE: Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Staatsminister! Noch einmal zurück zum Wohnungsbau. Eines Ihrer Handlungsfelder ist, mehr Eigentum zu schaffen, also die Eigentumsquote in Sachsen zu erhöhen. Jetzt gibt es bereits verschiedene Förderinstrumente. Dabei geht es regelmäßig um Kredite, mit denen Sie auch Erleichterungen bringen wollen.

Das bedeutet, dass damit vor allem auch Menschen angesprochen werden, die ohnehin in der Lage sind, ein Darlehen zu erhalten. Das Problem ist, dass wir die soziale Durchmischung erhalten wollen. Sie kennen sicher das Thema Baugemeinschaften. Menschen sind durchaus bereit – vielleicht auch gemeinschaftlich mit anderen –, Eigentum zu bilden. Auch alternative Projekte, sprich: Raumpioniere, die das in die Hand nehmen, tun den Städten gut, aber dafür greifen diese Instrumente noch nicht so richtig.

Welche Strategie gibt es, um solchen Leuten mit einem Kredit zu helfen, damit sie als Familie Eigentum jenseits vom Eigenheim bilden können?

Prof. Dr. Roland Wöllner, Staatsminister des Innern: Vielen Dank für die zwei Fragen. Zur Durchmischung muss man Folgendes sagen: Es ist besonders in den Ballungsräumen wichtig: Wir haben derzeit auch in der Landeshauptstadt keine eigenständige große städtische Wohnungsbaugesellschaft. Das ist eine freie Entscheidung der Landeshauptstadt Dresden. Aber so, wie ich vom Oberbürgermeister und von Vertretern des Stadtrats gehört habe, wird diese Diskussion gerade geführt. Dies ist in Bezug auf die Vermischung wichtig; denn nur das Einsetzen von kommunalem Eigenkapital führt wirklich dazu,

dass nicht nur zu 100 % sozial gebundener Wohnraum entsteht, sondern damit auch Angebote für andere, die nicht an den sozialen Wohnraum gebunden sind, gemacht werden können. Das ist die notwendige Voraussetzung, um dieser Vermischung entsprechend Nachdruck zu verleihen.

Eigenkapitalbildung haben wir in den Richtlinien abgebildet. Ich nenne noch einmal den ländlichen Raum. Dort haben wir bewusst darauf abgestellt, dass auch Personenkreise in den Fokus gerückt werden, für die das extrem schwierig ist. Das spiegelt Ihre Frage wider.

Erstens. In Bezug auf die Besicherung haben wir ein staatliches Förderdarlehen außerhalb des Bankbereiches. Dort greift nicht die Kreditfinanzierungsrichtlinie; denn gerade junge Leute haben keine Sicherheiten, und ältere Leute haben beim Beleihungsauslauf dann höchstens nur noch 20, 25 Jahre, und das verlangten sozusagen die Banken. Ab 80 Jahren ist dann in der Regel Schluss. Dann kann man nicht mehr tilgen und seinen Kapitaldienst leisten. Diese beiden Gruppen würden herausfallen. In unserer Richtlinie fallen sie eben nicht heraus.

Das Zweite ist der niedrige Zinssatz, derzeit von 0,75 %. Dieser gilt im Übrigen für die gesamte Laufzeit von 25 Jahren. Sie haben also eine hohe Zinsbindung und dadurch keine Zinsaufschläge. Normalerweise zahlen Sie nach zehn, 15, 20 Jahren entsprechend mehr Zinsen. 0,75 % sind also sehr, sehr ideal.

Wir haben die nachrangige Besicherung an rangbereiter Stelle. Der Freistaat schreibt nicht den zweiten oder dritten Rang vor, sondern es wird die Rangstelle eingetragen, für die es erforderlich ist. Im Übrigen ist es das nur für den Neubau und nicht für die Sanierung.

Das Dritte ist: Wir haben mit der SAB, über die die Förderrichtlinie ausgereicht wird, im Wohnungsgipfel vereinbart, dass wir dankenswerterweise mit dem Bund wieder das Baukindergeld bezahlen. Es sind 1 200 Euro pro Kind und pro Jahr über zehn Jahre. Wenn Sie das zusammennehmen – zwei Kinder –, dann ist das jede Menge Geld. Die SAB hat sich sofort bereit erklärt, dieses Geld in einer Summe auszubezahlen. Eine Familie mit zwei Kindern bekommt 24 000 Euro sofort auf die Hand, ohne Besicherung. Das ist Eigenkapital, welches sie sofort einsetzen kann zum Bau, zum Erwerb einer Eigentumswohnung oder eines Hauses.

Das ist ein ganz wesentlicher Baustein, dass wir hier vorankommen. Die Abflusszahlen liefern wir gern noch nach. Es ist nach meiner Kenntnis so, dass gerade der Freistaat Sachsen an erster oder zweiter Stelle ist, was das Baukindergeld in der Bundesrepublik Deutschland betrifft. Ich denke, dass wir dabei auf einem guten Weg sind.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren, die Zeit für die Fragestunde ist leider abgelaufen. Ich bedanke mich bei Herrn Staatsminister Wöllner für die Beantwortung der Fragen und schließe den Tagesordnungspunkt.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 3

Hartz IV abschaffen – sanktionsfreie Grundsicherung einführen!

Drucksache 6/15521, Prioritätenantrag der Fraktion DIE LINKE

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Es beginnt die einreichende Fraktion DIE LINKE mit Frau Abg. Schaper. Danach folgen die CDU, SPD, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Kersten und die Staatsregierung, wenn sie es wünscht. Frau Abg. Schaper, Sie haben das Wort.

Susanne Schaper, DIE LINKE: Meine sehr verehrte Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In zehn Tagen klopft der Weihnachtsmann an die Türen. Die Wünsche von mindestens 90 000 sächsischen Kindern wird er kaum erfüllen können, seien diese auch noch so bescheiden.

Denn so viele Kinder sind es hierzulande, die von Hartz IV betroffen sind. Auch zum Fest der Liebe wird ihr Leben von der Armut ihrer Eltern geprägt sein. Wir alle hier im Raum können uns wahrscheinlich nicht wirklich vorstellen, was das tatsächlich bedeutet.

Selbst schuld, lautet die landläufige Ansicht zum Thema Arbeitslosigkeit. Man müsse sich eben mehr bemühen. Die meisten Langzeitarbeitslosen machten sich auf Kosten der anderen ein schönes Leben.

Laut dem Sachsenmonitor stimmt die Hälfte der Bevölkerung dieser Aussage zu. Hartz IV stellt Hilfsbedürftige unter Generalverdacht, unterstellt ihnen, dass sie zu Hause nur faul in der Hängematte liegen. Aber das stimmt nicht. Es ist schlimm, dass dieser Staat mit den Betroffenen trotzdem so umgeht, als seien solche Klischees wahr, denn pauschale Urteile sind niemals korrekt.

Eine Frau hat mir ein Schreiben ihres Jobcenters zugeschickt. Es zeigt, welches Bild dieser Staat von erwerbslosen Menschen hat. Um Energie zu sparen, empfiehlt man ihr und ihrem Kind, sich die Hände mit kaltem Wasser zu waschen. Sie wird darauf hingewiesen, dass Vollbäder eine Ausnahme sein sollten und dass sie ihre Toilette bitte sehr sparsam spülen sollte. Auch heißt es wörtlich: „Beim Wäschewaschen ist auf Effizienz zu achten.“

So schlägt den Hilfsbedürftigen Misstrauen entgegen. So wird ihnen die Würde genommen. Hartz IV führt zu dauerhafter Armut, zu Existenzangst in breiten Bevölkerungsschichten. Dieser Staat rechnet, was er den Betroffenen als Existenzminimum zugesteht, künstlich klein. Denn was diese Menschen angeblich zum Leben brauchen, wird anhand dessen berechnet, was sie bereits ausgeben können. Es ist klar, welches Ergebnis herauskommt, und das ist politisch so gewollt. Diese zynische

Praxis haben die Regierungsparteien auf die Spitze getrieben.

Zur Einführung von Hartz IV zog man noch die Einkommen der unteren 20 % heran, um die Regelsätze zu berechnen. Seit 2011 orientiert man sich nur noch am Einkommen der unteren 15 %.

(Kerstin Köditz, DIE LINKE: Aha!)

Schon ohne diese Änderung läge der Hartz-IV-Regelsatz heute bei 571 Euro, statt – wie bald – bei 424 Euro. Dieser Staat betrügt die Ärmsten der Armen, während die Reichsten weiter große Vermögen anhäufen. Es sind nicht die Hartz-IV-Betroffenen, die diese Gesellschaft um Milliarden betrügen. Das zeigt zum Beispiel der Skandal um Cum-Ex und ähnliche Geschäfte von Steuerflüchtigen.

(Kerstin Köditz, DIE LINKE: So ist es!)

Und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Die deutsche Gesellschaft ist heute so ungleich wie vor dem Ersten Weltkrieg. Das Vermögen der Reichen wächst auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, während die Mächtigsten die Armen schröpfen.

Vor Hartz IV ist übrigens keiner gefeit. Das kann den Facharbeiter, der nach 30 Jahren Arbeit seinen Job verliert, ebenso treffen wie die alleinerziehende Mutter zweier Kleinkinder, die ihre Arbeitsstelle nicht mit den Betreuungszeiten ihrer Kinder vereinbaren kann. Schon kurz nach einer Lebenskrise ereilt einen das Schicksal Hartz IV, ungeachtet des vorhergehenden Lebenswegs. Es ist längst an der Zeit, das unsoziale Hartz-IV-System zu Grabe zu tragen.

(Beifall bei den LINKEN)

Ich will Ihnen drei weitere Gründe dafür nennen, dass wir uns heute mit dem Thema beschäftigen müssen.

Erstens. Trotz der guten Wirtschaftslage stecken in Sachsen rund 330 000 Menschen in Hartz IV. Was oft vergessen wird: Davon arbeiten über 71 000, mehr als 37 000 sogar sozialversicherungspflichtig. Bei ihnen kommt die gute Konjunktur eben nicht an. Sie werden nicht viel mehr Geld zur Verfügung haben, solange sie auf solche mickrigen Leistungen angewiesen sind.

Der zweite Punkt sind die Sanktionen. In Sachsen waren 2017 fast 9 000 Haushalte davon betroffen, darunter über 2 300 Haushalte mit Kindern. Ihnen wurde von dem sowieso schon viel zu niedrigen Budget auch noch das

Geld abgezogen. Menschen müssen sich auf eine Grund-
sicherung verlassen können,

(Hannelore Dietzschold, CDU:
Mit Hartz IV können sie das!)

die diesen Namen auch verdient. Leistungskürzungen
gehören abgeschafft, denn sie drücken die Betroffenen
unter das Niveau des Lebensnotwendigen.

Mit der Rechtmäßigkeit dieses Sanktionssystems wird
sich im Übrigen am 15. Januar das Bundesverfassungsge-
richt beschäftigen. Es ist durchaus möglich und sehr
wünschenswert, dass es in Karlsruhe nicht bestehen wird.
Was sagt es eigentlich über diese Regierung aus, wenn
das Verfassungsgericht die letzte Hoffnung vieler Men-
schen ist, ihren Lebensunterhalt zu sichern?

Das führt mich zum dritten Grund. In der SPD gibt es
inzwischen Stimmen, die sagen: Mit Anreizen lassen sich
Menschen besser motivieren als mit Strafen. Vielleicht
entwickeln sich daraus Debatten, die dem Armutsmotor
Hartz IV den Kraftstoff entziehen. Es ist höchste Zeit,
dass SPD und GRÜNE, die Hartz IV eingeführt haben
und von CDU/CSU wie FDP unterstützt wurden, ins
Zweifeln kommen.

Sie wissen: Wir als LINKE waren von Beginn an klar
gegen Hartz IV, und wir fordern seit vielen Jahren konse-
quent seine Abschaffung.

(Beifall bei den LINKEN)

So auch hier und heute. Wir wollen nicht, dass ein Jobver-
lust den Fall ins Bodenlose bedeutet.

Wir wollen nicht, dass Menschen, die Sozialleistungen
bekommen, pauschal unterstellt wird, sie würden tricksen
und betrügen. Wir wollen nicht, dass mit dem Gang zur
Arbeitsagentur eine Bürokratie- und Forderungsflut über
jemanden hereinbricht – immer mit Misstrauen im Unter-
ton.

Wir wollen stattdessen, dass Menschen wieder darauf
vertrauen können, dass sie ein soziales Netz auffängt. Wir
wollen, dass Menschen bei der Jobsuche unterstützt und
motiviert und nicht bestraft und kleingehalten werden.
Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland, die in
eine soziale Notlage geraten, vor Armut geschützt sind
und weiter am normalen Leben teilhaben können. Dazu
gehört nicht nur, satt zu sein und ein Dach über dem Kopf
zu haben. Dazu gehört auch, mal ins Kino oder ins Erleb-
nisbad zu gehen oder dass die Kinder Klassenfahrten
unternehmen oder Freunde zum Geburtstag besuchen
können, ohne sich schämen zu müssen. Auch wenn
Hartz IV eine Angelegenheit des Bundes ist, sind der
Sächsischen Staatsregierung nicht die Hände gebunden.
Sie kann und muss in Berlin dafür streiten, dass dieses
System endlich überwunden wird, denn es ist eines
Sozialstaats unwürdig.

(Beifall bei den LINKEN)

Ich bitte Sie daher um breite Zustimmung zu unserem
Antrag. Das wäre zumindest eine kleine Weihnachtsgeste

für die vielen Kinder, die in unserem Land in Armut
aufwachsen müssen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den LINKEN –
Zuruf des Abg. Steve Ittershagen, CDU)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Eine Kurzinter-
vention? – Herr Barth, bitte.

André Barth AfD: Jawohl, eine Kurzintervention auf den
Redebeitrag von Frau Schaper. Hartz IV, Agenda 2010,
hat dazu geführt, dass die hohe Arbeitslosigkeit in
Deutschland – neben dem Rückgang der Bevölkerungszahl –
gesunken ist. Wir haben in Teilbereichen Probleme
mit gesetzlichen Mindestlöhnen.

(Zuruf der Abg. Kerstin Köditz, DIE LINKE –
Rico Gebhardt, DIE LINKE: 37 % der
Sachsen leben unter dem Mindestlohn!)

Darüber kann man debattieren sowie über die Aussage,
dass man mit einem 40-Stunden-Job ordentlich auskom-
men kann. Das ist alles richtig. Das, was Sie hier aber tun,
ist einfach: Wir zerstören Hartz IV. Wir führen de facto
ein bedingungsloses Grundeinkommen ein – für wen auch
immer.

(Zuruf von den LINKEN: Das
will Frau Schaper nicht einführen!)

Was wir brauchen, ist eine ehrliche Debatte darüber:
Welche Sanktionen sind heute im Hartz-IV-System noch
zeitgemäß? Wir sind eine reiche Gesellschaft. Wir können
dafür sorgen, dass Löhne steigen, dass das Lohnabstands-
gebot besteht und Hartz-IV-Sätze angehoben werden
können.

Meine Damen und Herren von den LINKEN, wir wan-
dern aber in eine Zeit hinein, in der uns Arbeitskräfte in
Deutschland eher fehlen werden. Die Problematik von
Hartz IV wird also zurückgehen, wenn es uns gelingt, alle
Menschen zu aktivieren, wieder in den Arbeitsprozess
eintreten zu können.

(Antje Feiks, DIE LINKE: Alle mit
Hartz IV wollen ja jetzt nicht arbeiten?)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Frau Schaper,
wollen Sie darauf reagieren? – Nein. Jetzt die CDU-
Fraktion, Herr Abg. Dierks.

Alexander Dierks, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte
ja ehrlicherweise damit gerechnet, dass die Debatte nicht
nur mit der Nähe zu dem anstehenden Urteil des Bundes-
verfassungsgerichts zu tun hat, sondern auch eine emotio-
nale Nähe zur Weihnachtszeit hergestellt werden sollte.
Ich finde das aber, offen gestanden, etwas schäbig.

(Empörung bei den LINKEN)

Deutschland ist ein weltweit fast beispielhafter Sozial-
staat, und DIE LINKE hatte seit ihrem Bestehen nichts

Besseres zu tun, als tagtäglich den Eindruck zu vermitteln, wir seien ein Land, in dem die soziale Kälte ganz besonders stark durch die Straßen weht. Das ist schlicht und ergreifend falsch und in dieser Absolutheit alles andere als angemessen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der Staatsregierung – Zurufe von den LINKEN)

– Wir lassen Sie auch immer ausbrüllen, also lassen Sie mich bitte aussprechen. Vielen Dank.

Wenn Sie hier einen Antrag zu Hartz IV stellen und Ihren Beitrag damit beginnen, eine typische Arm-Reich-Diskussion zu führen, und so tun, als wären wir ein Land, in dem wie im Manchester-Kapitalismus die Armen die Lasten der Reichen tragen und die Reichen auf Kosten der Armen leben würden, dann läuft das aus meiner Sicht der Lebensrealität in Deutschland nicht nur zuwider, sondern ist ein Parallelbild, das nicht ansatzweise der Realität entspricht.

(Beifall bei der CDU, SPD und des Abg. Carsten Hütter, AfD – Susanne Schaper, DIE LINKE, steht am Mikrofon.)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Dierks?

Alexander Dierks, CDU: Ich würde lieber erst einmal aussprechen. Sie kann ja dann kurzintervenieren, wenn sie möchte.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Das habe ich jetzt überhaupt nicht verstanden.

(Heiterkeit)

Alexander Dierks, CDU: Ich würde lieber gern aussprechen wollen.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ja, gern.

Alexander Dierks, CDU: Wenn Sie sagen, dass das Bundesverfassungsgericht nicht der richtige Ort sei, an dem Menschen ihre Rechte einklagen können und darüber entschieden wird, ob das Einklagen des Anspruchs berechtigt ist oder nicht,

(Sarah Buddeberg, DIE LINKE:
Das hat sie nicht gesagt! –
Susanne Schaper, DIE LINKE:
Schlimm, wenn man da hingehen muss!)

dann würde ich sagen, dass dies doch ein etwas zweifelhaftes Bild des Rechtsstaats zeichnet.

(Beifall bei der CDU)

Unser Sozialstaat folgt der Überzeugung, dass niemand in der Not ins Bodenlose fallen soll, aber er folgt eben auch der Überzeugung, dass jene, die ihn tragen, darauf vertrauen können, dass jeder, der von ihm getragen wird, das Seine dazu tut, ihn in absehbarer Zeit wieder mitzutragen.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, dass man immer wieder – auch wenn es selbstverständlich zu sein scheint – auf dieses Wechselverhältnis hinweisen muss: dass ein Sozialstaat für uns inzwischen selbstverständlich geworden ist, jedoch gewissen Wirkmechanismen unterliegt, das heißt, dass er davon lebt, dass wir ihn gemeinsam finanzieren und jene, die von ihm profitieren und ihn schätzen, auch bereit sind, das ihre zu tun, um zu seiner Finanzierung beizutragen.

Wir müssen dabei auch über Sanktionen sprechen – ich komme noch einmal im Detail darauf zurück –; denn wir sind denjenigen, die den Sozialstaat finanzieren, auch Rechenschaft darüber schulden, wofür das Geld ausgegeben wird. Wenn man sich mit Menschen unterhält, die vergleichsweise wenig verdienen, dann sagen sie, es gebe immer mehr Menschen, die sagen: Für das bisschen mehr, das ich bekomme, will ich nicht arbeiten.

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Wir dürfen nicht so tun, als wäre Sozialhilfe bzw. Hartz IV so etwas wie ein Grundeinkommen, sondern es ist Hilfe zur Selbsthilfe. Das muss es jedenfalls im Normalfall sein. Dann kann man auch erwarten, dass man sich bemüht, in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu kommen.

Wenn Sie so tun, als würde die Abschaffung von Sanktionen zu Teilhabe führen, dann bin ich der festen Überzeugung, dass es letzten Endes nichts gibt, das zu mehr Teilhabe führt als eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Deshalb muss der Fokus unserer Anstrengungen ein anderer sein. Es geht nicht darum, dass wir zuerst darüber diskutieren, wie hoch Hartz IV sein muss, sondern darum: Was tun wir für jene, die trotz einer guten Konjunktur und in den letzten Jahren rapide gesunkener Arbeitslosenzahlen in Arbeit kommen?

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Dazu hat zum Beispiel der Deutsche Bundestag das Teilhabechancengesetz auf den Weg gebracht, das am 1. Januar 2019 in Kraft tritt und genau den Fokus hat, jene, die bislang nicht von der guten konjunkturellen Lage profitieren konnten, wieder in Arbeit zu bringen. Denn wir haben ein volkswirtschaftliches und individuelles Interesse daran, dass Menschen in Arbeit kommen. Volkswirtschaftlich deshalb, weil wir in manchen Bereichen schon massiv und in vielen anderen absehbar einen sehr hohen Fachkräftebedarf bekommen werden, und wir können doch nicht den Eindruck vermitteln, dass wir diese Leute nicht brauchen, und sagen, wir gewährleisten soziokulturelle Teilhabe über die Grundsicherung. Das muss im Normalfall funktionieren, keine Frage. Aber es muss doch in unserem Interesse liegen, dass diese Menschen Teilhabe über Arbeit bekommen, da es auch in ihrem individuellen Interesse liegt, weil Arbeitslosigkeit eben kein Lebensschicksal sein soll.

Wenn wir über Kinderarmut sprechen – das sagten Sie eingangs –, dann glaube ich, so drastisch das vielleicht klingt, dass Hartz IV nicht der richtige Ansatzpunkt ist. Ich bin überzeugt davon, dass wir diese Kreisläufe, die

Sie ansprechen, auf die Dauer nur dann durchbrechen können, wenn wir ausreichend in die Bildung dieser Kinder investieren und Hilfsangebote machen, bei denen beispielsweise die Kindertagesstätten ordentlich mit der Jugendhilfe sowie Angeboten der Erwachsenenbildung und der Elternberatung verzahnt werden. Wir haben in Chemnitz beispielsweise Familienzentren. Ich denke, das ist ein richtiger Ansatz, um solche Kreisläufe zu durchbrechen

(Beifall bei der CDU)

und Kindern eine gerechte Teilhabe und die Möglichkeit auf ein selbstbestimmtes Leben zu bieten. Ich bin mir sicher, dass wir nur so diese jammervollen Kreisläufe durchbrechen können.

Das geht weiter in der Schule. Ich glaube, dass die Schulsozialarbeit als niedrigschwelliges Angebot der Jugendhilfe dazu beitragen kann, dass – –

(Zurufe der Abg. Rico Gebhardt
und Sarah Buddeberg, DIE LINKE)

– Wir geben 30,5 Millionen Euro für Schulsozialarbeit aus, Herr Gebhardt!

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

– Was haben Sie die letzten 28 Jahre hier gemacht, Herr Gebhardt? – Hier gesessen und herumgepöbelt!

(Zurufe der Abg. Rico Gebhardt und
Sarah Buddeberg, DIE LINKE –
Zuruf von der AfD: Sehr wahr! Sehr wahr!)

Wer 28 Jahre regiert, macht hin und wieder etwas falsch. Wer 28 Jahre nicht regiert hat, hatte glücklicherweise gar nicht die Gelegenheit, etwas falsch zu machen.

(Beifall bei der CDU –
Susanne Schaper, DIE LINKE: So eine Arroganz!
– Zurufe der Abg. Rico Gebhardt
und Sarah Buddeberg, DIE LINKE)

Summa summarum: Ich glaube, wenn wir über Kinderarmut sprechen, dass es dabei nicht zuerst um Sanktionen im Hartz-IV-Bereich geht, sondern um eine angemessene Investition in Bildung und die Verknüpfung von Bildung und Jugendhilfe.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:
Sie tun so, als ob ich regiere! –
Zuruf von der AfD: Gott sei Dank nicht! –
Weitere Zurufe von den LINKEN)

– Nein!

(Interner Wortwechsel zwischen den Abg. Klaus
Bartl, DIE LINKE, und Patrick Schreiber, CDU –
Zurufe des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Frau Präsidentin, würden Sie ihm bitte sagen, dass er mich einmal ausreden lässt.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Zwischenrufe sind erlaubt!

Alexander Dierks, CDU: Wenn wir über die Sanktionen sprechen, dann muss man schon noch einmal auf den Grundsatz zurückkommen. Ich bin gern bereit, dass wir

(Widerspruch bei den LINKEN –
Glocke der Präsidentin)

darüber diskutieren, inwiefern Sanktionen auch heute noch zeitgemäß sind bzw. nach welchen Prinzipien diese Sanktionen erfolgen sollen.

Ich würde aber gern noch einmal darauf hinweisen, dass diese Sanktionen nicht, wie Sie den Eindruck vermitteln, eine Bestrafung darstellen, sondern dass sie letzten Endes Ausdruck dessen sind, dass derjenige, der die Solidarität des Sozialstaates in Anspruch nimmt, auch gewisse Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft und dem Sozialstaat hat.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Marco
Böhme und Susanne Schaper, DIE LINKE)

Ich möchte aber auch dem Eindruck entgegenwirken, dass es hier irgendein Bild davon gibt, dass Menschen, die Grundsicherung beziehen, irgendwie per se faul seien. Ich habe auch noch niemanden gesehen, der das behauptet, Frau Schaper.

(Zurufe der Abg. Susanne Schaper, Rico Gebhardt,
Luise Neuhaus-Wartenberg, Mirko Schultze,
Sarah Buddeberg und Antje Feiks, DIE LINKE)

Wir alle kennen natürlich Beispiele, in denen Menschen unverschuldet in solche Situationen kommen, aus unterschiedlichen familiären oder auch gesundheitlichen Gründen, die keine Möglichkeit haben, den Erwartungen nachzukommen, die an sie gestellt werden. Deshalb halte ich eine ergebnisoffene Diskussion darüber, wie man das System zeitgemäß gestalten kann, durchaus für sinnvoll.

Aber, ich glaube, dass die Absolutheit, mit der Sie das darstellen und – – Sie sagen nicht einmal, dass Sie dieses Bürgergeld haben wollen, das die Bundespartei fordert, sondern Sie kommen so ein bisschen durch die Hintertür mit den Sanktionen; fordern letzten Endes so eine Art Bürgergeld im Schafspelz.

(Zuruf der Abg. Susanne Schaper, DIE LINKE)

Ich glaube, dass das tatsächlich fehlgeht. Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass es letzten Endes darum geht, Menschen durch Arbeit in Teilhabe zu bringen und dort die Barrieren und Probleme aufzubrechen. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Abg. Homann für die SPD-Fraktion, bitte.

Henning Homann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über Sozialpolitik diskutieren, werbe

ich für Fairness und Differenzierung. Deutschland ist ohne Frage einer der stärksten und leistungsfähigsten Sozialstaaten dieser Welt. Das ist nicht selbstverständlich. Es gibt marktradikale Kräfte, die ihn infrage stellen und wie die AfD die Privatisierung der Arbeitslosenversicherung fordern. Das werden und müssen wir mit aller Macht verhindern.

Den Sozialstaat zu verteidigen bedeutet aber nicht, dass man nicht auch jene Dinge beim Namen nennt, die wirklich verbesserungswürdig sind. Diese gibt es. Wir diskutieren in Deutschland aktuell zu Recht über die Frage, wie es mit den deutschen Hartz-IV-Gesetzen weitergeht. Hartz IV hat besonders bei den Menschen im Osten tiefe Wunden hinterlassen. Ich erinnere an die Massenarbeitslosigkeit Ende der Neunzigerjahre, Anfang der Nullerjahre. Viele Menschen wurden zu Sozialstaatsempfängern, besonders im Osten, obwohl es schlichtweg keine Arbeit gab oder die Leute nur zu Niedriglöhnen arbeiten konnten.

Die Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, sind aber andere als damals. Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie noch nie. Das ist gut. Fachkräfte werden dringend gesucht – und im Übrigen nicht nur Fachkräfte, sondern generell Arbeitskräfte. Aufgrund der Digitalisierung stehen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor vielfältigen Herausforderungen und verlangen nach einer Perspektive mit Sicherheit.

Es ist also Zeit für eine Sozialstaatsreform, eine Reform weg vom reinen Blick auf die Höhe von Leistungen und Sanktionen. Ich finde, eine solche Debatte ist verkürzt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind bereit und laden ein zu diskutieren, ohne gleich auf alles eine Antwort zu haben.

Ich möchte einmal folgende Grundideen in dieser Debatte äußern, um einen Bogen zu schlagen. Erstens. Das erste und wichtigste Ziel muss immer sein zu verhindern, dass Menschen überhaupt von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Das muss immer das erste Ziel einer guten Politik sein.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Deshalb brauchen wir ein neues Fördern, gerade im Angesicht der Digitalisierung und Automatisierung vieler Berufe. Die Digitalisierung ist definitiv eine Chance. Wir brauchen davor keine Angst zu haben. Aber wir müssen auch dafür sorgen, dass die alten Berufe nicht entwertet werden. Deshalb brauchen wir einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung für Menschen, die arbeiten, aber auch für Menschen, die gerade ihre Arbeit verloren haben. Mit dem Arbeitslosengeld „Q“ – „Q“ für Qualifizierung – hat die SPD-Fraktion einen gut umsetzbaren Vorschlag gemacht.

Zweitens. Wenn jemand in Arbeitslosigkeit fällt, muss seine Lebensleistung stärker anerkannt werden. Menschen, die lange gearbeitet haben, sollten mehr Geld erhalten als die Menschen, die nur kurz oder nie gearbeitet haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU
und der Staatsregierung)

Wer zum Beispiel 30 Jahre lang in die Arbeitslosenversicherung und in die Sozialsysteme eingezahlt hat, weil er gearbeitet hat, sollte nicht mehr in Hartz IV bzw. in die Grundsicherung fallen. Für solche Menschen benötigen wir einen Anerkennungsfaktor, dass sie oder er 30 Jahre lang gearbeitet hat. Solche Menschen muss man besser behandeln.

Wer lange gearbeitet hat, der darf auch nicht gezwungen werden, seine Ersparnisse zu verbrauchen. Erspartes muss großzügiger geschützt werden, und die Menschen sollten grundsätzlich keine Angst haben, ihre angestammten Wohnungen und ihr Wohneigentum verlassen zu müssen.

Zur Lebensleistung gehört auch, dass derjenige, der jahrelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, keine Sanktionen – jetzt komme ich zu Ihrem Thema, denn an dieser Stelle stimme ich Ihnen zu – befürchten muss, wenn er einen deutlich schlechteren Job ablehnt. Die Alternative zur Arbeitslosigkeit darf nicht prekäre Beschäftigung sein, sondern gute Arbeit.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle muss man Lebensleistungen höher würdigen.

Mein dritter Grundgedanke ist: Wir wollen, dass alle Menschen aus der Grundsicherung herauskommen, in die sie schlichtweg nicht hineingehören. Als Allererstes: Kinder gehören nicht in Hartz IV! Punkt.

(Beifall bei der SPD und den LINKEN)

Genauso wenig gehören dort die Menschen hinein, die täglich zur Arbeit gehen, deren Lohn aber zu niedrig ist bzw. deren Mieten zu hoch sind und somit faktisch als Aufstocker in Hartz IV rutschen. Deshalb brauchen wir ein höheres Wohngeld, eine Kindergrundsicherung, einen höheren Mindestlohn und allgemeinverbindliche Tarifverträge. Das hilft an dieser Stelle zu sortieren.

(André Wendt, AfD, steht am Mikrofon.)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Henning Homann, SPD: Ja.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Wendt, bitte.

André Wendt, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Homann, Sie haben gesagt, die AfD möchte die Arbeitslosenversicherung privatisieren. Ich habe jetzt kurz in unsere Programme geschaut, aber diesbezüglich nichts gefunden. Können Sie mir sagen, wo Sie das gefunden haben, damit ich nach Beantwortung Ihrer Frage etwas schlauer bin?

Henning Homann, SPD: In Ihrem Programm!

(André Barth, AfD: Das ist falsch! –
Carsten Hütter, AfD: Sie müssen genau lesen! –
Unruhe im Saal)

Es gibt ein Programm von Ihnen – es ist entweder Ihr Grundsatzprogramm oder Ihr Bundestagswahlprogramm –, wo Sie hineingeschrieben haben – –

(Jörg Urban, AfD: In beiden nicht! –
Zuruf von der AfD)

– Ach, es steht im Grundsatzprogramm. Ich weiß es nicht.

(André Wendt, AfD: Aber
nicht so, wie Sie es auslegen!)

Sie wollen im Übrigen – –

(Carsten Hütter, AfD: Das ist Unsinn!)

– Nein, das ist eine Tatsache.

(Zurufe von der AfD: Nein!)

Ich weiß nicht, ob Sie beim Programmschreiben aus Versehen mit der Maus verrutscht sind. Aber das ist ja auch nicht die einzige soziale – –

(Carsten Hütter, AfD: Das war ja jetzt ein
echter Gag! – Weitere Zurufe von der AfD)

Ich würde gern auf die Frage antworten. Also: Das steht bei Ihnen im Programm,

(Zuruf von der AfD: Nein!)

und zwar im selben Programm, in dem im Übrigen auch drinsteht, dass Sie die Erbschaftssteuer abschaffen wollen.

(Carsten Hütter, AfD: Das macht Sinn! Das ist
hervorragend! – Weitere Zurufe von der AfD)

Das hilft im Übrigen nur den Reichen und nicht den Menschen, die in diesem Land hart arbeiten und keine Milliarden Euro erben können.

Deshalb sei mir an dieser Stelle der Hinweis erlaubt: Die AfD macht mitnichten eine Politik für die hart arbeitenden Menschen, sondern die AfD macht offensichtlich Politik für die Menschen, die sie mit großzügigen Millio-nenspenden unterstützt. Das ist die Wahrheit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(André Barth, AfD: Das ist eine Frechheit! –

Carsten Hütter, AfD: Sie
schwindeln es sich zusammen! –

Zurufe von der AfD: Das ist doch Unsinn, was Sie
hier erzählen! Werden Sie doch mal sachlich! –
Zurufe der Abg. Sarah Buddeberg
und Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Ich würde mit dem sachlichen Teil der Diskussion fortführen wollen,

(Carsten Hütter, AfD:
Werden Sie einmal sachlich!)

weil es mir an dieser Stelle wirklich wichtig ist. Ich hätte nämlich noch zwei weitere Vorschläge.

Der vierte Vorschlag, den ich einbringen möchte, ist, dass wir mehr Transparenz und Einfachheit brauchen. 40-seitige Hartz-IV-Bescheide helfen den Betroffenen nicht. Die Menschen müssen verstehen können, warum sie von diesem Staat wie unterstützt oder auch nicht unterstützt werden. Das hilft im Übrigen auch, Gerichtsprozesse über Behördenbescheide zu verhindern. Deshalb ist mehr Transparenz und Einfachheit

(Carsten Hütter, AfD: Transparenz!)

in verständlichen Strukturen auch ein Beitrag zur Entlastung und Stärkung unseres Rechtsstaats, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Letzter Punkt. Wir brauchen eine Politik, die Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, wieder einen Weg auf den ersten Arbeitsmarkt eröffnet. Wir sind dazu in Sachsen auf einem sehr guten Weg. Ich möchte jedem empfehlen, sich das Programm Tandem anzuschauen, mit dem wir Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind – das sind zu einem großen Teil zum Beispiel alleinerziehende Mütter –, den Weg eröffnen, indem wir nicht nur ihnen ein Angebot machen, sondern eine Unterstützungsleistung für ihre ganze Familie. Dieser ganzheitliche Ansatz verspricht Erfolg bei dem Ziel, auch solchen Menschen wieder den Weg auf den Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wichtig für uns als SPD ist bei allem, dass wir dabei den spezifischen Blick der Menschen in Ostdeutschland beachten müssen. Es bringt zum Beispiel die Erhöhung bei Schonvermögen in Ostdeutschland nur wenig, weil nur wenige Menschen Vermögen haben.

Sie merken, es gibt viele Möglichkeiten für einen neuen Sozialstaat. Was dabei auch nicht hilft, sind einfache populistische Antworten. Einfach nur die Antwort „Sanktionen weg“ ist aus meiner Sicht noch kein Konzept.

(Beifall bei der CDU)

Am Ende sind wir damit auch keinen Schritt weiter. Deshalb lade ich Sie zur Debatte ein. Es ist Zeit, unseren über Jahrzehnte gewachsenen Sozialstaat entlang der aktuellen Erfordernisse sozialer Sicherung neu auszurichten. Eine solche Sozialpolitik schafft Perspektiven und stärkt damit den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Das muss unser Ziel sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD –
Jörg Urban, AfD, steht am Mikrofon.)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Es gibt eine Wortmeldung. Sie wünschen bitte, Herr Urban?

Jörg Urban, AfD: Ich bitte um eine Kurzintervention, Herr Präsident.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Bitte.

Jörg Urban, AfD: Vielen Dank. Herr Homann, ich möchte etwas richtigstellen. Ich finde es ziemlich armselig, dass Sie es nötig haben, mit glatten Lügen in die Debatte einzusteigen. In keinem unserer Programme steht, dass die AfD die Arbeitslosenversicherung privatisieren will. Das ist Ihre Erfindung. Ich finde das armselig, so in die Debatte zu gehen.

Zweitens. Bei der Abschaffung der Erbschaftssteuer kann man eine billige Neiddebatte zwischen Arm und Reich eröffnen, so wie Sie das machen. So machen Sie das. Die Entlassung aus der Erbschaftssteuer betrifft vor allem Unternehmer. Das sind Menschen, die Arbeitsplätze schaffen und die dafür sorgen, dass wir möglichst wenige Menschen haben, die auf Sozialhilfe angewiesen sind.

(Zuruf der Abg. Dagmar Neukirch, SPD)

Dann möchte ich noch sagen, dass ich mich nach Ihrem Redebeitrag frage, wer Hartz IV eigentlich eingeführt hat. Das muss jemand ganz Böses gewesen sein, der dieses unsoziale Projekt auf die Beine gestellt hat. Mensch, wer war denn das?! Überlegen wir doch einmal alle zusammen! Ich kann mich nicht erinnern. Die SPD kann es nicht gewesen sein.

(Beifall bei der AfD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Homann, möchten Sie erwidern? – Bitte. Moment bitte, das Mikrofon funktioniert nicht. Hier ist etwas los. Na klasse!

(Zuruf von der SPD: Henning, geh doch vor!)

Die Gerätschaft hat die letzten Haushaltssitzungen nicht überstanden. Haben wir das im Plan berücksichtigt, meine Damen und Herren?

(Heiterkeit – Zuruf: Gekürzt haben wir es nicht! – Allgemeine große Heiterkeit)

Herr Homann, kommen Sie bitte ans Rednerpult. – Jetzt können Sie wieder an das Mikrofon 1 gehen.

(Allgemeine große Heiterkeit)

Kollegin Meiwald hat gestern den Sport gewollt und wir haben jetzt einmal kurz geübt. Jetzt sind Sie dran.

(Beifall bei den LINKEN)

Henning Homann, SPD: Ich habe kurz daran gedacht, ob ich den Spruch anbringen sollte: Kennen Sie den Redebeitrag? Der Weg war umsonst.

(Heiterkeit)

Ich bleibe dabei: Die AfD hat im Kern ihrer Programmatik eine neoliberale und sozialstaatsfeindliche Ausrichtung.

(Jörg Urban, AfD: Falsch!)

– Doch! Das ist der alte Gründungsmythos, den Sie noch von Bernd Lucke haben.

(Jörg Urban, AfD: Falsch! –
André Barth, AfD: Das hätten Sie gern so!)

Das ist eine zutiefst neoliberale Partei. Wenn Sie davon sprechen, dass Sie die kleinen Unternehmer schützen wollen: Mutters Häuschen und kleine Unternehmen sind bereits heute mit großzügigen Freibeträgen von der Erbschaftssteuer befreit. Wenn man wie Sie die Erbschaftssteuer abschafft, dann begünstigt man die Milliardenerbschaften, wie zum Beispiel die der Aldi-Brüder. Das ist das, was Sie machen würden und was Deutschland bevorzünde, wenn Sie etwas zu sagen hätten. Aber das wird nicht passieren. Dafür werden wir alle gemeinsam sorgen.

Vielen Dank.

(Susanne Schaper, DIE LINKE,
steht am Mikrofon.)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Ich sehe eine weitere Wortmeldung an Mikrofon 1. Frau Schaper, bitte.

Susanne Schaper, DIE LINKE: Ich bitte um eine Kurzintervention, Herr Präsident.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Bitte sehr, auf den Redebeitrag von Herrn Homann.

Susanne Schaper, DIE LINKE: Ja.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Bitte schön.

Susanne Schaper, DIE LINKE: Vielen Dank, Herr Präsident. Herr Homann, Sie haben gesagt, einfach die Abschaffung von Sanktionen zu fordern, wäre kein Konzept.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Das ist auch nicht unsere einzige Forderung zum Thema Abschaffung von Hartz IV. Aber es ist trotzdem festzustellen, dass das sehr helfen würde, weil dann die Menschen eben nicht unter das Existenzminimum fallen. Wir haben auch nicht gesagt, dass das Verfassungsgericht das nicht behandeln darf. Nein, es ist eine Schande, dass es für die Menschen in diesem Land der einzige Weg ist, um zu ihrem Recht zu kommen, zum Verfassungsgericht gehen zu müssen.

(Zuruf der Abg. Dagmar Neukirch, SPD)

Ich habe ganz genau zugehört, was die SPD eben zum Thema Hartz IV gesagt hat. Wir können in ganz vielen Punkten zustimmen und freuen uns, dass das bei den Sozialdemokraten so weit fortgeschritten ist. Da können wir nur noch hoffen, dass Sie bald regieren, dass sich daran etwas ändert.

(Beifall bei den LINKEN –
Sebastian Fischer, CDU: Das
werden wir zu verhindern wissen!)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Homann, Sie möchten darauf erwidern?

Henning Homann, SPD: Vielen Dank. Frau Schaper, ich bin Ihnen erst einmal für die Klarstellung dankbar, dass Ihr Antrag kein Konzept ist. Damit hat sich auch die Frage geklärt, warum wir dem nicht zustimmen werden. Denn ich finde, dass das an dieser Stelle ein Thema ist, das so wichtig ist, dass man mit Einzelmaßnahmen nicht versuchen sollte, eine Debatte zu bestreiten.

(Zuruf der Abg. Susanne Schaper, DIE LINKE)

Man sollte mehr im Blick haben. Ich möchte an dieser Stelle zweitens feststellen, dass die SPD selbst in einem Diskussionsprozess ist und dass mein Redebeitrag meine Privatmeinung war.

(Oh- und Ah-Rufe –
Zuruf von den LINKEN: Können Sie
das auch für die Fraktion gelten lassen?!)

– Sie können das gern auch für die Fraktion gelten lassen.

(Zurufe von den LINKEN)

Ich finde das nicht schlimm, denn wir sind mitten in einem Diskussionsprozess. Wenn das Ihre Fraktionsmeinung war, dass Sie mit einer einzelnen Maßnahme meinen, die großen sozialen Fragen klären zu wollen –

(Zuruf von den LINKEN)

Ich gebe das nur zurück. Ich will es nur klarstellen. Deshalb, Frau Schaper, glaube ich, ist es wichtig, Sozialstaatlichkeit in einem ganzheitlichen Konzept zu diskutieren. Sie haben als Oppositionspartei bis jetzt immer den Luxus genossen, alles fordern zu können und dabei nichts selbst durchsetzen zu müssen. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen eine ganzheitlichen Blick auf die Dinge haben. Denn wir stehen in der Verantwortung

(Oh-Rufe von den LINKEN)

und wir sind bereit, in dieser Gesellschaft Stück für Stück soziale Verbesserung durchzusetzen.

(Zuruf der Abg. Sarah Buddeberg, DIE LINKE –
Carsten Hütter, AfD: So ein Schwätzer!)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Es geht in der Aussprache weiter. Für die AfD-Fraktion Herr Abg. Beger. Herr Beger, Sie haben das Wort.

Mario Beger, AfD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Linksfraktion begehrt mit ihrem Antrag eine Grundsatzdebatte über die Grundsicherung für Arbeitssuchende, auch Hartz IV genannt. Sie möchten, dass sich der Freistaat Sachsen für die Abschaffung des bestehenden Systems einsetzt und dieses durch eine sanktionsfreie Grundsicherung ersetzt. Sie wollen also ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle, welches Armut und Kinderarmut verhindern sowie eine umfassende Teilhabe ermöglichen soll. Auch wir wollen, dass keiner in Armut leben muss und ein

Einkommen hat, das zu einem würdigen Auskommen reicht.

Auch wenn wir in diesem Ziel übereinstimmen, ist doch der Weg ein ganz anderer. Ziel muss es doch sein, die Menschen in Arbeit zu bringen und für einen angemessenen Lohn zu sorgen.

Es kann nicht sein, dass Arbeitslosigkeit, so wie Sie es wollen, immer noch attraktiver wird. Schon heute sind 11 % der Hartz-IV-Bezieher seit 2005 im System. Das sind 470 000 Personen. Seit Einführung des Hartz-IV-Systems 2005 ist die Zahl der auf diese Leistungen angewiesenen Personen von 7,2 Millionen auf 5,9 Millionen gesunken. Die Zahl der arbeitslosen Leistungsberechtigten ist über den Zeitraum sogar stärker als die Arbeitslosigkeit insgesamt gesunken. Hartz IV schafft es also zunächst, Menschen in Arbeit zu bringen.

Das Problem ist nur, dass diese Arbeit keine gut bezahlten Tätigkeiten sind. Vielmehr wurde zunehmend der Niedriglohnsektor ausgeweitet, was dazu führt, dass die Menschen trotz Arbeit weiter auf Hartz IV angewiesen sind, also aufstocken müssen. Die Aufstockung hat seit Einführung von Hartz IV bis 2014 zugenommen. Im Jahr 2007 bezogen 1,2 Millionen Erwerbstätige Hartz IV. Im Jahr 2014 waren es schon 1,3 Millionen Personen. Nur der guten Konjunktur ist es zu verdanken, dass es mittlerweile wieder 1,1 Millionen Personen sind.

Seit 2016 macht sich aber verstärkt die Auswirkung der Armuts- und Asylmigration bemerkbar. Seit 2016 steigt die Zahl der arbeitslosen Hartz-IV-Bezieher wieder stark. Etwa ein Drittel der Hartz-IV-Bezieher sind Ausländer. Von den ausländischen Kindern sind sogar 44 % auf Hartz IV angewiesen. Wir brauchen also eine aktivierende Grundsicherung, die es schafft, Menschen in gut bezahlte Beschäftigungen zu bringen und die dafür notwendigen Anreize zu setzen.

Dazu braucht es vor allem eines: Arbeit muss sich wieder lohnen. Derjenige, der arbeiten geht, muss mehr in der Tasche haben als derjenige, der es nicht tut. Ein einfaches Beispiel hierfür: Ein Verheirateter mit einem Kind muss im Bundesdurchschnitt etwa 1 900 brutto pro Monat verdienen, um aus Hartz IV herauszukommen. Das entspricht in Sachsen so ziemlich dem Durchschnittslohn im Gastgewerbe. Es braucht also einen höheren Selbstbehalt von Erwerbseinkommen als bisher, um den Anreiz zu Mehrarbeit zu erhöhen.

Zum Thema Sanktionen. Sicherlich kann man über deren Höhe diskutieren. Grundsätzlich jedoch muss fehlende Mitwirkung sanktioniert werden können. Sanktionen fallen nicht aus heiterem Himmel. Sie erfolgen immer erst nach einer Rechtsfolgenbelehrung. Dass Sanktionen notwendig sind, zeigen Daten des sozialökonomischen Panels. Dort wurde ermittelt, dass 12 % der Hartz-IV-Empfänger keine Arbeit mehr annehmen wollen. Bei Ausländern sind es sogar 20 %. Soll diese Einstellung noch gefördert werden? Ich sage Nein. Deshalb werden wir den Antrag ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Am Mikrofon 1 gibt es eine Wortmeldung. Frau Neuhaus-Wartenberg.

Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE: Vielen Dank, Herr Präsident. Ich würde gern die Gelegenheit zur Kurzintervention nutzen, um etwas klarzustellen. Ich beziehe mich auf den Redebeitrag der AfD jetzt gerade. Es gibt einen Grundsatzprogrammentwurf aus dem Jahr 2016. Da heißt es auf Seite 35 in Zeile 17 unter der Überschrift Arbeit, ALG I, maßgeschneidert: „Wir wollen das Arbeitslosengeld I privatisieren. Arbeitnehmern steht dann der Weg offen, mit eigenen und individuell maßgeschneiderten Lösungen für den Fall der Arbeitslosigkeit vorzusorgen. Dabei können private Versicherungsangebote ebenso eine Rolle spielen wie die Familie oder der Verzicht auf Absicherung zugunsten des schnelleren Abbaus von Ersparnissen.“

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den LINKEN –
Carsten Hütter, AfD, steht am Mikrofon.)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Hütter, war das Ihr Redebeitrag? Haben Sie hier vorn gesprochen? – Herr Beger, bitte.

Mario Beger, AfD: Frau Kollegin, das war ein Programmentwurf und noch nicht das beschlossene Programm.

(Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE:
Aber es ist in der Welt!)

– Es wurde nicht beschlossen, ganz einfach. Sie machen doch auch Programme. Also!

(Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE:
Es ist in der Welt!)

– Bleiben Sie doch mal sachlich, liebe Dame.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Das war die Erwiderung der AfD-Fraktion auf die Kurzintervention von Herrn Beger.

(Interne Wortwechsel zwischen den Abg.
Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE,
und André Barth, AfD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren!

(Unruhe bei den LINKEN und der AfD –
Glocke des Präsidenten)

Frau Neuhaus-Wartenberg, ich darf Sie erinnern. Ich bin hier vorn der Tagungsleiter und habe den nächsten Redner aufzurufen. Er steht schon am Rednerpult. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Abg. Zschocke. Bitte sehr, Herr Zschocke, Sie haben das Wort.

Volkmar Zschocke, GRÜNE: Vielen Dank, Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Hartz IV bedeutet für viele Menschen Demütigung, Demotivation und Degradierung. Hartz IV löst Ängste aus und vergiftet auch das Klima zwischen den Menschen. Ich will es vorwegschieken. Die oft geäußerte Unterstellung, wir GRÜNEN würden unsere Mitverantwortung aus der Agenda 2010 nicht kritisch aufarbeiten, ist schlichtweg falsch. Seit vielen Jahren bringen wir regelmäßig Anträge in den Bundestag ein, um dieses entwürdigende System zu reformieren, die Regelsätze anzuheben und die Sanktionen zu beenden.

Ich sage auch vorweg: Wir werden den Antrag der LINKEN unterstützen. Er bleibt allerdings die Antwort schuldig, wie eine sanktionsfreie Grundsicherung konkret aussehen und finanziert werden soll. Die Frage müssen wir aber beantworten, denn ein Beschluss des Sächsischen Landtags, das bestehende Hartz-IV-System unverzüglich abzuschaffen, bringt den Betroffenen rein gar nichts und auch den Mitarbeitern in den Jobcentern nichts; denn, meine Damen und Herren, auch für sie ist es demotivierend, Menschen zu sanktionieren und eine Flut von Widersprüchen bearbeiten zu müssen. Sie würden viel lieber ihre Zeit und Kraft dafür einsetzen, Menschen zu ermutigen und sie dabei zu unterstützen, neue Perspektiven zu entwickeln.

Hartz IV abzuschaffen und zu dem System davor zurückzukehren wäre auch grundfalsch. Ich habe damals als Sozialarbeiter in dem alten System der Sozialhilfe gearbeitet. Auch damals fielen Menschen durchs Netz, wurden hart sanktioniert und oft weit bis in das Existenzminimum hinein gekürzt. Es gibt keinen Weg zurück. Der Weg in die Zukunft führt, und das möchte ich ganz deutlich sagen, über ein neues Grundsicherungssystem, das dem rasanten Wandel der Arbeitswelt, der Armutsentwicklung und den Veränderungen von Familie und Lebensmodell gerecht wird.

Erstens. Wir brauchen eine Garantiesicherung, die Menschen davor bewahrt, in Würdelosigkeit zu fallen. Zentrale Elemente eines neuen Garantiesystems sind nach unseren Vorstellungen Anreize statt Bestrafung, und der Zwang, jeden schlechten Job annehmen zu müssen, soll entfallen. Zweitens. Die Grundsicherung wird auf der Grundlage eines geprüften Bedarfs gewährt. Drittens. Die Regelsätze werden angehoben. Viertens. Die Zuverdienstgrenzen und das Schonvermögen werden deutlich angehoben, damit Menschen von ihrer Arbeit profitieren. Fünftens. Alle existenzsichernden Leistungen werden in einem System gebündelt, nicht mehr einzeln beantragt und einzeln bewilligt. Viel Bürokratie kann dadurch entfallen.

Diese Weiterentwicklung ist doch längst überfällig, weil der Wandel der Arbeitswelt bereits jetzt viele Berufsgruppen betrifft. Viele Arbeitsfelder haben sich bereits jetzt durch die Digitalisierung grundlegend verändert. Prekäre Arbeitsbedingungen weiten sich immer mehr aus. Statt die Angst vor der Arbeitslosigkeit, vor sozialem Abstieg

und Ausgrenzung weiter zu verstärken und Menschen in irgendeine Arbeit oder Maßnahme zu zwingen, braucht es doch vielmehr Anreize für Weiterbildung und berufliche Neuorientierung. Es braucht garantierte und wirklich passgenaue Qualifizierungsangebote und auch das Recht, ein Angebot mal ablehnen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Garantiesicherung muss zudem eine echte Existenzsicherung sein. Dafür braucht es ein klares und ehrliches Verfahren für die Berechnung des soziokulturellen Existenzminimums. Das gilt eben auch für Kinder. Deshalb kämpfen wir seit Jahren für eine Kindergrundsicherung. Menschen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen, müssen spürbar bessergestellt werden. Wer heute so wenig verdient, dass er mit Hartz IV aufstocken muss, der bekommt 80 bis 100 % des gerade eben selbst verdienten Geldes auf Hartz IV angerechnet. Das ist doch das Gegenteil von einem Anreiz. Wenn der Zwang abgeschafft ist, jede Arbeit annehmen zu müssen, wird das zu Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt führen. Die ganzen heute schlecht bezahlten Jobs müssten dann zwangsläufig attraktiver bezahlt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Wir ignorieren die enormen Probleme des derzeitigen Hartz-IV-Systems nicht, wie es die CDU-Fraktion offensichtlich tut. Wir wollen auch nicht nur an den Problemen herumdoktern, sondern das ganze System grundsätzlich neu aufstellen. Wir rufen nicht einfach nur nach dem Ende von Hartz IV. Nein, wir haben auch konkrete und durchgerechnete Vorstellungen davon, was darauf folgen soll.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren, nun die fraktionslose Abg. Frau Kersten. Bitte, Frau Kersten, Sie haben das Wort.

Andrea Kersten, fraktionslos: Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr geehrte Abgeordnete! Die LINKEN wollen Hartz IV abschaffen und eine sanktionsfreie Grundsicherung einführen. Ein klassisches Bundesthema,

(Zuruf von den LINKEN: Ja, genau!)

aber das hatten Sie ja auch schon erkannt. Wir führen hier eine Debatte mit der falschen Zielsetzung. Zwar haben wir massive Probleme mit Hartz IV, nicht aber mit den ohnehin selten verhängten Sanktionen.

Sehr geehrte LINKE! Bitte nennen Sie mir eine Gesellschaft, in der Wohlstand dauerhaft durch Umverteilung erzeugt wurde. Das können Sie nicht – natürlich nicht, denn es gibt kein Land, in dem das jemals funktioniert hätte. In der praktischen Umsetzung sind solche Gesellschaften tendenziell immer totalitär, während freiheitliche Systeme dafür gesorgt haben, dass die Zahl derer, die unter extremer Armut leiden, so niedrig ist wie noch nie.

(Sarah Buddeberg, DIE LINKE: Weltweit?)

Hören Sie auf, den Bürgern mehr Umverteilung als Medizin zu verkaufen. In hoher Dosis ist das leider Gift und resultiert in Altersarmut, stagnierender Kaufkraft und hemmungsloser Verschuldung auf Kosten zukünftiger Generationen.

(Zuruf der Abg.

Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE)

Es ist recht einfach zu verstehen: Wird Bürgern der Anreiz, arbeiten zu gehen, genommen, arbeiten weniger Menschen. Wird stattdessen der Anreiz vergrößert, wächst die Zahl derer, die arbeiten.

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Ebenso gestaltet es sich beim Arbeitsmarkt: Höhere Markteintrittsschranken, überbordende Regulierung, Abgaben und Steuern, die ein sonst profitables Unternehmen rote Zahlen schreiben lassen, verringern die Zahl möglicher Arbeitsplätze.

Teilhabe bedeutet nicht nur, dass man von den Früchten der Arbeit anderer lebt, sondern dass man sich auch selbst bemühen kann und muss, um an unserer sozialen Marktwirtschaft teilzunehmen.

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Dazu gehört auch, wie es bei vielen Arbeitnehmern in Deutschland der Fall ist, dass man Arbeiten verrichtet, die nicht den eigenen Wunschvorstellungen entsprechen oder die, wenn notwendig, auch einen Umzug bedingen. Um das bestmöglich zu vermeiden – denn wer verlässt schon gern seine Heimat? –, müssen Arbeitsplätze durch niedrigere Steuern ermöglicht und muss der Anreiz geschaffen werden, sich einen Job zu suchen, statt Sozialhilfe zu beziehen.

Die Regelsätze zu erhöhen oder Sanktionsregelungen gänzlich abzuschaffen verfehlen das Thema absolut. Das würde den Bürgern nicht helfen, sondern die Lage mittel- bis langfristig verschlimmern. Das Geld muss irgendwoher kommen. Es wird jemandem weggenommen, und dadurch schwindet der Anreiz in Deutschland, Leistung zu erbringen.

Wenn leistungswillige Bürger aus der Zwangsobhut des Staates entkommen wollen, wird ihnen im derzeitigen System durch die fast vollständige Anrechnung ihres Arbeitseinkommens auf Hartz IV suggeriert: Lass es sein, es lohnt sich nicht. Wir von der blauen Partei plädieren deshalb für eine zielorientierte Sozialpolitik, die Hilfe zur Selbsthilfe gibt, verbunden mit einer vernünftigen Steuerpolitik.

Ein Grundeinkommen in Form einer negativen Einkommensteuer würde die richtigen Anreize schaffen, unsere Bürokratie entschlacken und Kosten reduzieren, die von unserer Gesellschaft kaum noch getragen werden können – und das, ohne die soziale Komponente zu vernachlässigen.

Es bedarf einer Lösung, die als Ergebnis präsentiert, dass jeder, der arbeitet – egal, wie viele Stunden pro Woche oder Monat –, mehr in der Tasche hat als derjenige, der nicht arbeitet. Wir werden den vorliegenden Antrag ablehnen.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Das war die erste Runde. Gibt es aus den Reihen der Fraktionen Redebedarf für eine weitere Runde? – Das kann ich nicht feststellen. Ich frage die Staatsregierung: Wird das Wort gewünscht? – Frau Staatsministerin Klepsch. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Barbara Klepsch, Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im vorliegenden Antrag wird die Staatsregierung aufgefordert, eine Gesetzesinitiative in den Bundesrat einzubringen, die begehrt, das unter anderem mit der Grundsicherung für Arbeitssuchende geregelte Hartz-IV-System durch eine sanktionsfreie Grundsicherung zu ersetzen. Der Inhalt dieses Antrags der Fraktion DIE LINKE entspricht im Wesentlichen dem eines Antrags, der bereits 2016 hier eingebracht wurde. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch zwei Jahre später kann mich dieser Antrag nicht überzeugen.

Nach Artikel 1 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 20 Abs. 1 des Grundgesetzes ist der Staat verpflichtet, hilfebedürftige Menschen zu unterstützen, die nicht durch eigene Anstrengungen und aus eigener Kraft in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Mit dem Arbeitslosengeld II als steuerfinanzierte staatliche bedarfsorientierte Fürsorgeleistung kommt der Staat dieser grundgesetzlichen Verpflichtung nach. Er schafft die Mindestvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein im Sinne der Gewährleistung eines Existenzminimums.

Zentrales Ziel des SGB II und der Leistungen nach diesem Sozialgesetzbuch ist es, die Leistungsberechtigten durch Fördermaßnahmen zu befähigen, ein Leben unabhängig von der Grundsicherung zu führen. Man bezeichnet dies als aktivierenden Sozialstaat, und auch Sanktionen sind Bestandteil des Grundsatzes des aktivierenden Sozialstaats. Wenn es für den Einzelnen – wie mit Ihrem Antrag im Grunde genommen intendiert – keine Pflicht mehr gibt, an der Überwindung von Arbeitslosigkeit im Rahmen eigener Möglichkeiten mitzuwirken, ist dieses Prinzip des aktivierenden Sozialstaats, das Prinzip der Solidarität, nicht mehr gegeben.

Ich bitte Sie, bei Ihren Gedankenspielen, wie hoch denn steuerfinanzierte Fürsorgeleistungen sein sollten, auch den Aspekt des sogenannten Lohnabstandsgebots mit einfließen zu lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Staatsregierung steht dazu, dass sich Arbeit lohnen muss. Wer arbeitet, soll mehr haben als jemand, der nicht arbeitet.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Auch der Petitionsausschuss des Bundestags, der sich mit einer Petition zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens befasst hat, stellte fest, dass dieser Forderung nicht entsprochen werden könne. Unter anderem führte der Petitionsausschuss aus, dass die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zu einer völligen Umstrukturierung des Steuer- und Transfersystems sowie der Sozialversicherungen führen würde.

Weiter wies er darauf hin, dass ein hohes soziales Niveau von Sozialleistungen auch erwirtschaftet werden müsse.

Er gab zu bedenken, dass bei einem bedingungslosen Grundeinkommen viele andere Sozialleistungen nicht mehr erforderlich wären.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Das ist richtig!)

Das würde sogar dazu führen, dass Menschen mit speziellen Bedürfnissen, beispielsweise Menschen mit Behinderungen, schlechtergestellt würden, als es aktuell der Fall ist.

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Ich bin der Überzeugung, dass wir hier in Deutschland aktuell ein hochentwickeltes Sozialsystem, einen hochentwickelten Sozialstaat haben. Es ist möglich, von der Geburt bis ins hohe Alter vielfältige Leistungen in Anspruch zu nehmen, wenn es entsprechenden Bedarf gibt. Das ist für jeden eine Sicherheit. Damit gibt es eine auf die meisten Lebenslagen abgestimmte, ganz konkrete Unterstützung.

Staatliche Fürsorgeleistungen sind nachrangig. Sie sind das letzte Mittel, wenn alle anderen, vorrangigen Leistungen – das schließt das Erwerbseinkommen ein – nicht ausreichen, um den notwendigen Lebensunterhalt sicherzustellen.

Natürlich kann und muss man diese Regelungen immer wieder auf ihre Tauglichkeit hin überprüfen. Aber der vorgelegte Vorschlag, der Antrag der Fraktion DIE LINKE, meine sehr geehrten Damen und Herren, geht aus meiner Sicht in die falsche Richtung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD – Beifall bei der Staatsregierung)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Schlusswort der Fraktion DIE LINKE. Es wird gehalten von Frau Abg. Schaper. Bitte, Frau Schaper.

Susanne Schaper, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von der sächsischen CDU war diese Haltung und auch die realitätsferne Argumentation zu erwarten.

(Vereinzelt Lachen bei der CDU)

Sie unterstellen hier, dass wir eine Sozialdebatte führen und dass es schäbig sei, über Hartz IV zu sprechen.

(Zurufe von der CDU)

Gestern erschien der aktuelle Armutsbericht der Parität. Es als „schäbig“ zu bezeichnen, wenn man sich heute ganz aktuell damit befasst – Sie weichen einfach aus. Wir sprechen hier ganz konkret über Hartz IV und nicht über den Sozialstaat im Allgemeinen. Hartz IV ist die Ausbuchtung, die Spitze des Eisbergs dieses Neoliberalismus. Darüber haben wir geredet. Anstatt sachlich darüber zu diskutieren, was soziale Verantwortung heißt, unterstellen Sie weiter.

(Unruhe im Saal – Zurufe)

Sie reden hier von Lohnabstand. Haben Sie überhaupt nicht mitbekommen, über wie viele Aufstocker wir reden? Diese Menschen gehen arbeiten und müssen trotzdem zum Amt. Das sind die Realitäten, über die wir hier reden.

(Beifall bei den LINKEN)

Wenn die AfD und Frau Kersten unterstellen, dass die Leute nicht arbeiten gehen wollen, abstrahieren Sie überhaupt nicht, dass es zum Beispiel auch gesundheitliche Auswirkungen oder familiäre Notfälle geben kann, warum man nicht arbeiten geht.

(Jörg Urban, AfD: Wer hat denn das gesagt? –
Unruhe im Saal – Zurufe)

Sie lassen das völlig außen vor. Wir reden hier auch darüber, dass sich Menschen mit kaltem Wasser die Hände waschen sollen,

(Unruhe im Saal – Glocke des Präsidenten)

oder es wird vorgezählt, wie viele Vollbäder sie nehmen dürfen. Sie haben eine Fraktionsvorsitzende, die zwei Diäten nach Hause fährt. Sie werden wahrscheinlich nie erfahren, wie das ist.

(Beifall bei den LINKEN)

Dass man über so etwas hier nicht sachlich debattieren kann und unterstellt bekommt, dass man irgendwelchen Wahlkampf oder sonst etwas macht, ist unterirdisch.

(Beifall bei den LINKEN –
Jörg Urban, AfD: Was
machen Sie denn gerade?)

Und zum Schluss, da Ihnen mein katholischer Background bekannt ist:

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren!

Susanne Schaper, DIE LINKE: „Gebt, so wird euch gegeben. Ein volles, gedrücktes, gerütteltes und überfließendes Maß wird man in euren Schoß geben; denn eben mit dem Maß, mit dem ihr messt, wird man euch zumessen.“

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Aus: Lukas Kapitel 6 Vers 38.

(Oh-Rufe)

Das sollte sich der eine oder andere in diesem Hause einmal zu Herzen nehmen.

Ich beantrage namentliche Abstimmung.

(Beifall bei den LINKEN – Zurufe –
Andrea Kersten, fraktionslos, steht am Mikrophon.)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Sie haben es vernommen, es ist namentliche Abstimmung beantragt. – Ich gebe Ihnen noch etwas Zeit.

Meine Damen und Herren! Es geht in der Aussprache weiter. Zunächst gibt es eine Wortmeldung von Frau Kersten. Ich nehme an, es handelt sich um eine Kurzintervention.

Andrea Kersten, fraktionslos: Vielen Dank. Ja, es eine Kurzintervention.

Frau Schaper, Sie haben mich entsetzt —

2. Vizepräsident Horst Wehner: Entschuldigung, Frau Kersten, die Geschäftsordnung sagt eindeutig: Kurzinterventionen nach Schlussworten sind nicht möglich. – Ich bedanke mich für den Hinweis.

Meine Damen und Herren, Sie haben es vernommen, es gibt den Wunsch nach einer namentlichen Abstimmung. Die Vorbereitungen sind getroffen. Sie kennen das Prozedere.

Jetzt müssen Sie bitte aufmerksam sein. Die Namen werden aufgerufen. Sie geben bitte Ja, Nein oder Stimmenthaltung bekannt. Das wird durch die jeweilige aufrufende Schriftführerin oder den Schriftführer wiederholt. Danach werden die Stimmen ausgezählt. Ist das erfolgt, geben wir das Ergebnis bekannt. Ich frage meine Kollegen Schriftführer: Wer übernimmt die namentliche Aufrufung? – Frau Lang? Bitte, Frau Lang, walten Sie Ihres Amtes.

Simone Lang, SPD: Ich verlese die Aufrufliste zur namentlichen Abstimmung über die Drucksache 6/15521 in der 85. Sitzung am 14. Dezember 2018. Wir beginnen mit dem Buchstaben H.

(Namentliche Abstimmung –
Ergebnis siehe Anlage)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Wurde eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter nicht aufgerufen?

(Zuruf von der CDU: Heinz Lehmann!)

– Das ist nicht der Fall.

(Heiterkeit)

Ich habe das nicht verstanden, ich kann nicht mitlachen.

(Zurufe: Wiederhole es doch noch
einmal! – Das ist ein Running Gag!)

– Es war ein Running Gag. – Ich bitte die Schriftführer, die Stimmen auszuzählen, damit ich das Ergebnis verkünden kann.

(Kurze Unterbrechung)

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung mitteilen. Nicht teilgenommen haben 14 Abgeordnete, mit Nein haben 78 Abgeordnete gestimmt, mit Ja 34 Abgeordnete, keine Enthaltungen.

(Andrea Kersten, fraktionslos, steht am Mikrofon.)

Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich abgelehnt.

(Kerstin Köditz, DIE LINKE: Aber ganz knapp!)

Meine Damen und Herren! Dieser Tagesordnungspunkt ist beendet.

Am Mikrofon steht Frau Kersten. Sie standen dort schon etwas länger. Was wünschen Sie bitte?

Andrea Kersten, fraktionslos: Ich möchte mein Abstimmungsverhalten erklären.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Das dürfen Sie. Bitte.

Andrea Kersten, fraktionslos: Ich habe diesem Antrag nicht zugestimmt, habe ihn abgelehnt. Das nicht, weil mir vorgeworfen wurde, ich habe gesagt, Hartz-IV-Empfänger seien zu faul zum Arbeiten. Das habe ich tatsächlich nicht gesagt. Ich habe gesagt, Teilhabe bedeutet nicht nur, dass man von den Früchten der Arbeit anderer lebt, sondern dass man sich auch selbst bemühen kann und muss. Das bedeutet für mich nicht, dass jeder zu faul zum Arbeiten ist, sondern dass es sanktioniert werden kann, wenn man das nicht tut. Das bedeutet das.

(Sarah Buddeberg, DIE LINKE:

Das ist genau dasselbe!)

– Nein. – Warum ich diesen Antrag aber vor allem abgelehnt habe, ist, weil eine Frage, die sich mir beim Lesen Ihres Antrages ergeben hat, nicht beantwortet bzw. besprochen wurde. In Ihrer Begründung steht: Das mit dem Gesetz verbundene Ziel, durch Hartz IV den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen, konnte nicht realisiert werden.

Für mich stellt sich dann die Frage: Glauben Sie, dass mit einer sanktionslosen Grundsicherung dieser Sprung in den ersten Arbeitsmarkt besser geschafft werden kann? Ich bin der Meinung, dass gerade Arbeit ein besonderes Teilhabeinstrument am gesellschaftlichen Leben ist – nicht nur aus finanzieller Sicht, sondern eben auch aus sozialer Sicht. Diese Frage haben Sie in Ihren Redebeiträgen nicht beantwortet. Deshalb habe ich den Antrag abgelehnt.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Vielen Dank, Frau Kersten. Herr Dr. Meyer.

Dr. Stephan Meyer, CDU: Vielen Dank, Herr Präsident. Auch ich möchte mein Abstimmungsverhalten erklären und denke, dass ich für einen Großteil meiner Fraktion und auch für Heinz Lehmann spreche.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich habe den Antrag abgelehnt, weil ich ein grundsätzlich anderes Verständnis habe. Ich denke, dass aktivierende Sozialhilfe mit dem Fokus, Menschen durch Arbeit in die Gesellschaft zu integrieren, ein wichtiger Aspekt ist. Darüber hinaus bin ich der Auffassung, dass – insbesondere durch das Bildungs- und Teilhabepaket – Kinder und Jugendliche integriert werden und an kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Maßnahmen teilhaben können. Ich bin ferner der Auffassung, dass es wichtig ist, Sanktionsmechanismen zu haben, wenn sich Menschen nicht aktiv an einer Mitwirkung beteiligen. Demzufolge ist dieser Antrag völlig dem entgegengelaufen, wie ich diese Sozialpolitik verstehe. Demzufolge konnte ich nicht zustimmen.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Vielen Dank, Herr Meyer. – Frau Kliese, bitte.

Hanka Kliese, SPD: Vielen Dank, Herr Präsident. Auch ich möchte mein Abstimmungsverhalten erklären, möglicherweise auch für Teile meiner Fraktion. So ganz genau kann ich das nicht sagen. Wie Sie vielleicht hier im Hause wissen, ist das Thema Hartz IV eines, das die Sozialdemokratie zutiefst gespalten hat und bis heute spaltet. Aber woran sich die wenigsten erinnern, ist: Als Hartz IV damals gemeinsam mit den GRÜNEN eingeführt wurde, war schon allein die Aussicht darauf ein Grund, weshalb Gerhard Schröder zum zweiten Mal Kanzler werden konnte, weil es damals als ein ganz großer Wurf galt. Heute ist es vielmehr ein Grund, weshalb ein Sozialdemokrat kein Kanzler mehr werden kann.

Es ist meiner Ansicht nach so, dass es ein guter Prozess ist, dass die Sozialdemokratie jetzt über Versäumnisse diskutiert, auch über das Thema Sanktionen. Ich stimme Henning Homann mit seinem Wortbeitrag sehr zu. Was mir allerdings gefehlt hat – –

(Zuruf des Abg. Enrico Stange, DIE LINKE)

Könnte ich bitte – – Herr Stange, ich würde mich gern erklären. Ich glaube, es wäre fair, wenn Sie jetzt zuhören.

(Zurufe von den LINKEN und der SPD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren, könnten Sie bitte so höflich sein – die Zeit halten wir jetzt an –, die Abgeordneten ihr Abstimmungsverhalten wirklich erklären zu lassen. Vielen Dank.

Hanka Kliese, SPD: Es ist einfach wahnsinnig schwer, sich dabei zu konzentrieren. – Was ich sagen wollte: Der ganze Prozess der Diskussion ist in der SPD jetzt erst in Gang gekommen. Deshalb ist es nicht möglich, dass hier ein Redner für die SPD eine einheitliche Meinung für alle abgibt.

Aber was Henning Homann getan hat, war: Er hat als einziger Redner tatsächlich das Thema Sanktionen aufgenommen, was das Thema Ihrer Debatte war. Das fand ich genau richtig. Das ist auch das, worüber wir meines Erachtens diskutieren müssen, welche Sanktionen sinnvoll sind und welche abgeschafft werden müssen. Das wäre mein Wunsch.

Ich hatte nicht das Gefühl, dass ich am heutigen Tage hier über Sanktionen abstimmen darf, sondern darüber, ob ich ein guter oder ein schlechter Mensch bin, und darüber, ob ich einem Hartz-IV-Kind ein gutes oder ein schlechtes Weihnachtsfest wünsche, oder ob ich ein guter oder ein schlechter Christ bin. Diese Art der Debattenführung finde ich ziemlich daneben. Es gefällt mir nicht, dass wir in diesem Hause so miteinander umgehen.

Was mir auch nicht gefällt, ist, dass wir alle, die jetzt dagegengestimmt haben, so dargestellt werden, als hätten wir kein Herz, als würden wir keine Menschen kennen, die von Hartz IV betroffen sind. Wir sind alle nicht als Abgeordnete auf die Welt gekommen. Wir haben alle einen Lebensgang hinter uns. Wir kennen Menschen in unserer Verwandtschaft, in unserem Freundeskreis, die auf Hartz IV angewiesen sind. Das hat uns alle zu einem unterschiedlichen Schluss geführt.

Ich bitte darum: In einer Debatte in der heutigen Zeit, in der es ständig um das schlechte Ansehen von Politik und Politikern geht – das betrifft uns alle hier im Raum – sollten wir aufhören, uns ständig gegenseitig Weltfremdheit vorzuwerfen; denn das beschädigt uns alle.

(Beifall bei der SPD, der CDU
und der Staatsregierung)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Urban, Sie wünschen?

Jörg Urban, AfD: Ich würde auch gern mein Abstimmungsverhalten erklären.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Bitte sehr.

Jörg Urban, AfD: Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Schaper hat den Lukas zitiert: „Gebet, so wird euch gegeben.“ Ich glaube, das ist, gerade wenn wir über Hartz IV reden, ein denkbar schlechter Vergleich. In der Gesellschaft, in der Lukas diese Worte gewählt hat, gab es überhaupt kein Sozialhilfesystem. Damals brauchte es für bedürftige Menschen tatsächlich noch der ehrlichen privaten Mitmenschlichkeit – im Unterschied zu heute, wo wir uns zeitweise doch ganz schön darauf verlassen, dass der Staat alles richtet.

Ich habe heute nicht mit Nein gestimmt weil ich nicht denke, dass Hartz IV abgeschafft gehört. Hartz IV war von Anfang an falsch, weil es von Anfang an eben nicht differenziert hat, aus welchem Grund Menschen ohne Arbeit, ohne Einkommen waren, wie lange sie zuvor

schon gearbeitet haben, in welchen Verhältnissen sie sich persönlich befinden und weil massiv mit Sanktionen gearbeitet wurde, vor allen Dingen zu einer Zeit, in der nicht einmal ausreichend Jobs angeboten werden konnten. Das war von Anfang an ein völlig falsches Instrument.

Ich finde es gut, dass die Debatte stattfindet. Auch die AfD wird sich sicherlich auf dem nächsten Sozialparteitag ganz klar gegen Hartz IV positionieren. Aber was heute gefehlt hat, ist: Was wollen Sie dagegensetzen? Ein Schlaraffenland mit einem bedingungslosen Grundeinkommen kann es definitiv nicht sein. Wir müssen differenzieren. Wir müssen schauen, wem wir helfen müssen, welche Vorleistungen erbracht sind und wen wir mit Reizen – sage ich einmal – zurück in den Arbeitsmarkt bringen müssen und bei welchen Menschen, die körperlich und geistig in der Lage sind zu arbeiten, aber nicht arbeiten wollen, wir tatsächlich weiter mit Sanktionen arbeiten müssen.

Das haben Sie nicht ausdifferenziert, und aus diesem Grund haben wir abgelehnt.

(Beifall bei der AfD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Haben Sie? – Herr Stange?

Enrico Stange, DIE LINKE: Ich möchte ebenso mein Abstimmungsverhalten erklären.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Bitte.

Enrico Stange, DIE LINKE: Vielen Dank, Herr Präsident! Ich habe dem Antrag meiner Fraktion zugestimmt, weil ich mich noch sehr gut an die Zeit erinnern kann, als die Hartz-IV-Gesetzgebung im Deutschen Bundestag beraten und beschlossen wurde – während der zweiten Kanzlerschaft Gerhard Schröders – und bereits in dieser Phase begonnen hat, die Gesellschaft zu spalten, die Gesellschaft sehr stark aufzuwühlen und die Spaltung in der Gesellschaft in der Folge mit verschiedenen Instrumenten noch viel tiefer vorangetrieben hat, vor allem aber dann auch mit den Sanktionen.

Deshalb ist es nach meiner Auffassung richtig, an die Stelle von Hartz IV eine sanktionsfreie Grundsicherung zu stellen, die vor allem die Würde des Menschen in den Mittelpunkt rückt und nicht ein Instrumentarium, um die von Hartz IV Betroffenen zu disziplinieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den LINKEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und kann damit den Tagesordnungspunkt für beendet erklären.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 4

Erste Beratung des Entwurfs Sächsisches Gesetz über das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine (Sächsisches Tierschutzverbandsklagegesetz – SächsTVG)

Drucksache 6/15391, Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Es liegt keine Empfehlung des Präsidiums vor, eine allgemeine Aussprache durchzuführen. Es spricht daher nur die Einreicherin, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und für die Fraktion Herr Abg. Zschocke. Bitte, Herr Zschocke, Sie haben das Wort.

Volkmar Zschocke, GRÜNE: Meine Damen und Herren! Tiere sind unsere Mitgeschöpfe. Dieser Gedanke hat mich als junger Mensch bei meinem Engagement in der kirchlichen Umweltbewegung in der DDR geprägt. Ich stelle das ganz bewusst vornweg, weil viele hier im Hause sich sehr gern bei ihrem politischen Handeln auf christliche Ethik berufen. Aber Tierschutz ist nicht nur eine ethische Frage. Tiere haben Rechte.

Seit 2002 ist der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Im deutschen Rechtssystem kann aber nur der klagende oder Widerspruch in einem Verwaltungsverfahren einlegen, der in seinen eigenen Interessen berührt ist. Das ist ausschließlich bei Tiernutzern der Fall. So kann zum Beispiel ein Wissenschaftler gegen die Ablehnung von Tierversuchen klagen, weil er sich in seinem Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit verletzt fühlt. Ein Tierschutzverband kann aber in Sachsen zum Beispiel nicht gegen unverhältnismäßige Tierversuche klagen. Eine Klage gegen ein vermeintliches Zuviel an Tierschutz ist also zulässig, nicht aber eine Klage gegen ein Zuwenig an Tierschutz.

Genau dieses Ungleichgewicht hat eine Durchsetzungsschwäche des Tierschutzes in der Praxis zur Folge. Deshalb ist ein Klage- und Mitwirkungsrecht für Tierschutzverbände eine notwendige Konsequenz, wenn wir einen wirksamen und wirkungsvollen Schutz für Tiere erreichen wollen.

Bei Verstößen gegen das Tierschutzgesetz, zum Beispiel wenn Behörden die Einhaltung des Tierschutzgesetzes nicht durchsetzen und Missstände in der Tierhaltung dulden, können die davon betroffenen Tiere nicht selbst klagen. Ohne ein Verbandsklagerecht haben Tierschutzverbände dann nur die Möglichkeit, Anzeige zu erstatten. Aber wir wissen ja, dass solche Verfahren häufig eingestellt werden. Deshalb sagen wir, dass anerkannte Tierschutzverbände das Recht erhalten müssen, das Verhalten der Behörden bei der Einhaltung und Umsetzung des Tierschutzgesetzes zu kontrollieren und im Zweifel den Tierschutz auch mittels einer Verbandsklage durchsetzen zu können.

Eine bundesweit einheitliche Regelung für die Verbandsklage im Tierschutz, wie wir sie als GRÜNE 2016 im Bundestag eingebracht haben, ist zwar nicht in Sicht, aber

viele Bundesländer haben dieses Recht längst geschaffen – Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und auch Schleswig-Holstein. Wir GRÜNEN unternehmen heute den erneuten Anlauf, ein Tierschutzverbandsklagegesetz auch in Sachsen einzuführen. Mit dem Gesetzentwurf, den wir hier einbringen, wollen wir nicht nur das Verbandsklagerecht, sondern auch die Mitwirkungsrechte von Tierschutzvereinen umfassend regeln und vor allem mehr Transparenz schaffen.

Anerkannten Tierschutzverbänden wollen wir bei der Planung von Verordnungen und Rechtsvorschriften oder bei allen tierschutzrelevanten Genehmigungsverfahren wesentlich mehr Informations- und Beteiligungsrechte einräumen. Die Mitwirkungsrechte sollen auch die Erteilung von Baugenehmigungen zur gewerblichen Nutztierhaltung betreffen, auch die Genehmigungs- und Erlaubnisverfahren, wenn es zum Beispiel um Tierversuche geht. Das macht viel Sinn, weil so auch der langjährige tierschutzbezogene Sachverstand in den Verbänden frühzeitig in das Verwaltungsverfahren eingebracht und so der Tierschutz von vornherein berücksichtigt werden kann.

Wir schaffen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf einen Rahmen für ein insgesamt faires und rechtsstaatliches Verfahren, damit künftig ein wirklich fundierter Abwägungsprozess zwischen Tierschutzinteressen und anderen Interessen überhaupt erst einmal möglich wird.

Das Gesetz könnte zudem eine präventive Wirkung entfalten. Es ist zu erwarten, dass Veterinärbehörden auch ohne Klage frühzeitiger – ich will einmal sagen: mutiger – bei Tierschutzmängeln und -verstößen eingreifen; denn sie müssten ja immer damit rechnen, dass bei Untätigkeit eine Klage von Tierschutzverbänden eingereicht würde. Eine Prozessflut wäre daher also nicht zu erwarten; denn nach den Vorstellungen unseres Gesetzentwurfes dürfen nur diejenigen Tierschutzvereine klagen, die sachsenweit bzw. bundesweit tätig sind und seit mindestens drei Jahren bestehen. Keiner dieser Tierschutzvereine, meine Damen und Herren, wird sich dem zeit- und kostenaufwendigen Verfahren einer Klage ohne Aussicht auf Erfolg aussetzen. Auch wird kein Verband Niederlagen vor Gericht, beispielsweise durch eine schlechte Vorbereitung und Durchführung einer solchen Klage, riskieren, weil das ja auch wiederum weitreichende Folgen zulasten der Tiere haben könnte.

Tierschutzvereine werden sich daher sehr genau überlegen und sich auf wenige ausgewählte und beispielgebende Fälle beschränken, so wie das auch Naturschutzverbände

tun. In den genannten Bundesländern, die Tierschutzverbänden auf Landesebene klare Befugnisse eingeräumt haben, blieb auf jeden Fall eine Klagewelle aus. Wir kennen es auch aus Sachsen, dass das Verbandsklagerecht für die anerkannten Naturschutzverbände keinesfalls zu einer Klagewelle geführt hat.

Weiterhin regeln wir die Voraussetzungen und die Verfahren für die Anerkennung eines Tierschutzvereins. Die Anerkennung soll durch das Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz erfolgen, wenn der Verein gemeinnützig ist, jedermann offensteht, laut Satzung die Förderung des Tierschutzes mindestens auf dem Gebiet eines Landes zum Ziel hat sowie Gewähr für die sachgerechte Erfüllung seiner Aufgaben bietet.

Eine Verbandsklage soll nach unseren Vorstellungen möglich werden im Falle von Verletzungen von Tierschutzvorschriften im Tierschutzgesetz und in EU-Verordnungen oder bei erteilten Genehmigungen, wenn tierschutzrelevante Vorschriften entgegenstehen. Zusätzlich zum Klagemodell, der Anfechtungsklage, haben wir auch die Feststellungs- und Verpflichtungsklage im Gesetzentwurf aufgenommen. Für die Beteiligung am Verfahren haben wir Fristen festgelegt, die ausreichend Zeit zur Verfügung stellen, um seitens der ehrenamtlich tätigen Vereine eine Stellungnahme erarbeiten zu können.

Meine Damen und Herren! Ein Verbandsklagerecht verändert zunächst erst einmal nichts an den niedrigen Standards im Tierschutzrecht. Es kann zunächst immer nur helfen, geltendes Recht durchzusetzen; denn grundsätzlich haben Klagen immer nur Auswirkungen auf den

konkreten Fall. Aber richterliche Entscheidungen haben auch eine große Signalwirkung. Insofern haben erfolgreiche Klagen weit über den Einzelfall hinaus Ausstrahlung und können im Ergebnis sogar dazu führen, dass Verordnungen im Sinne der Tiere überarbeitet werden. Ein Verbandsklagerecht wird nicht nur das rechtliche Ungleichgewicht zwischen Tiernutzern auf der einen Seite und Tierschützern auf der anderen Seite aufheben, sondern auch dabei helfen, die Erreichung des Staatsziels Tierschutz in der konkreten Praxis voranzutreiben und mehr Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und
vereinzelt bei den LINKEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Das Präsidium schlägt Ihnen vor, den Entwurf „Sächsisches Gesetz über das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine“ an den Ausschuss für Soziales und Verbraucherschutz, Gleichstellung und Integration zu überweisen. Wer dem Vorschlag der Überweisung an diesen Ausschuss zustimmen möchte, zeigt das bitte an. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Ich kann keine Gegenstimmen und Stimmenthaltungen feststellen. Damit ist die Überweisung beschlossen, meine Damen und Herren.

Dieser Tagesordnungspunkt ist beendet.

Ich komme zu

Tagesordnungspunkt 5

Erste Beratung des Entwurfs Gesetz zur Verbesserung der Beteiligung der Bevölkerung an der Planung und Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs im Freistaat Sachsen (Sächsisches ÖPNV-Beteiligungsgesetz)

Drucksache 6/15562, Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE

Meine Damen und Herren! Es liegt keine Empfehlung des Präsidiums vor, eine allgemeine Aussprache durchzuführen. Von daher spricht nur die Einreicherin, die Fraktion DIE LINKE, und sie ist ganz fix an der Reihe. Herr Abg. Böhme steht bereits hier vorn und wird den Gesetzentwurf einbringen. Sie haben das Wort.

Marco Böhme, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Gesetzentwurf möchten wir für die Bevölkerung die Beteiligung im ÖPNV verbessern. Er besteht im Wesentlichen aus drei inhaltlichen Zielen. Zum einen geht es um die Stärkung der Demokratie; denn ÖPNV geht uns alle an. Wir sind alle damit irgendwie in Berührung, und auch Autofahrerinnen und Autofahrer haben damit eine gewisse Berührung, wenn sie nicht mehr im Stau stehen müssen, weil

Leute im ÖPNV fahren. Daher ist es eine Stärkung der Demokratie. Es ist aber auch eine Stärkung des ÖPNV an sich, weil es dabei um Qualitätsverbesserung geht und am Ende auch eine Stärkung der Menschen mit sich bringt, die damit fahren, die mobiler sein können oder mehr Qualitäten als Ergebnis bekommen und damit eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben können.

Mit diesem Gesetz soll vor allem erstmalig ein gesellschaftlicher oder gesetzlicher Rahmen für die Einwohnerinnen und Einwohner, für die Fahrgäste und für Interessenvertretungen von Fahrgastverbänden geschaffen werden, damit sie sich überhaupt beteiligen können. Das geht nämlich heute noch nicht so einfach, zumindest nicht gesetzlich garantiert. Meine Damen und Herren, das wird eben höchste Zeit. Deshalb gibt es diesen Gesetzentwurf.

Die genannten Zielgruppen sollen mit diesem Gesetz in eine umfassende Beteiligung bedarfsgerechter Planung, also der Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV, eingebunden werden.

Es ist die Frage: Wie? Im Grunde ist es ganz einfach: Es geht natürlich um die frühzeitige Information der ÖPNV-Zweckverbände. Davon haben wir heute noch fünf Stück. Die Informationen liefern sie heute auch schon. Es geht uns aber – zweitens – auch um eine rechtzeitige Beteiligung. Die Menschen sollen wirklich eingebunden werden, jene, die von möglichen neuen Linien, Veränderungen von Linien oder von Infrastrukturmaßnahmen betroffen sind, also die Einwohner, außerdem jene, die damit fahren oder zukünftig fahren werden, sowie die Interessenvertreter der Fahrgastverbände. Dabei sollen die Aufgabenträger des ÖPNV verpflichtet werden, diese Zielgruppen einzubinden.

Wie soll das konkret ablaufen? Zunächst soll es zu allen Punkten, die die Erschließung betreffen, eine öffentliche Beteiligungspflicht geben, wo und wie häufig ein Bus fährt, welcher Service angeboten wird, ob er barrierefrei ist, wie er ausgestaltet ist und welche Umwelteigenschaften dabei zu berücksichtigen sind. Auch bei kommunalen Nahverkehrsplänen soll diese Beteiligung auftauchen sowie bei der Tarifgestaltung und der Organisation von Schülerverkehr. Dies alles sind Punkte, die berücksichtigt werden sollen.

Der ÖPNV-Aufgabenträger soll dann mögliche Varianten aufzeigen und die Auswirkungen, die Variante A oder B dadurch hat. Vorher müssen die Aufgabenträger aber den Beteiligten Konzepte und Informationen übermitteln. Dazu kommt, dass wir kommunale Fahrgastbeiräte fördern wollen. Es gibt bereits einige, und wir haben in der gestrigen Haushaltsdebatte als Gegenargument zu unserem Haushaltsantrag gehört, dass es bereits kommunale Fahrgastbeiräte gibt. Ja, diese gibt es, allerdings nur sehr, sehr wenige: etwa nur fünf oder sechs in ganz Sachsen, die wirklich aktiv sind. Sie sind bei den kommunalen Verkehrsunternehmen angesiedelt, sind also Teil des Unternehmens, und bekommen dort einen Raum, in dem sie sich einmal in der Woche treffen können und dann mehr oder weniger im Sinne des Unternehmens die Rechte der Fahrgäste vertreten. Dies halten wir für einen Schritt in die richtige Richtung, und wir sind froh, dass es sie gibt. Wir haben uns auch mehrmals mit ihnen in der Fraktion getroffen. Doch eigentlich muss es darum gehen, dass sich diese Fahrgastverbände unabhängig von den jeweiligen Verkehrsunternehmen treffen und agieren können. Deshalb fordern wir bestimmte Rechte für sie ein:

Sie sollen frei und nach eigenem Ermessen tätig werden können. Sie sind ehrenamtlich tätig, sollen aber eine Aufwandspauschale von der Kommune bekommen; und sie können sich jederzeit an die Öffentlichkeit wenden, wenn es zum Beispiel darum geht, dass sie sich bei dem Unternehmen in der Region, für die das Verkehrsunternehmen tätig ist, beschweren wollen. Dafür soll eine

Geschäftsstelle eingerichtet werden, die von der Kommune übernommen wird.

Auf Landkreisebene fordern wir eine kommunale Beteiligungsmanagerin bzw. einen Beteiligungsmanager, der bzw. die in Vollzeit angestellt ist, diese Aufgaben übernimmt und die kommunalen Fahrgastbeiräte, die ja ehrenamtlich tätig sind, unterstützt.

Hinzukommen soll, dass es einen sächsischen Landesnahverkehrsrat gibt, der beim sächsischen Wirtschaftsministerium angesiedelt ist. Auch dieser ist natürlich unabhängig und frei von Weisungen zu betrachten. Er ist bei Gesetzesvorschlägen vom Parlament oder von der Staatsregierung anzuhören. Er soll zu Verordnungen und Verwaltungsvorschriften angehört werden und zu Planungsvorhaben der Aufgabenträger sowie zu Förderungsprogrammen Stellungnahmen abgeben können. Er kann auch eigene Vorschläge einbringen und soll dem Landtag alle zwei Jahre einen Bericht zum Zustand des ÖPNV in Sachsen geben.

Zusammengesetzt sein soll der Landesnahverkehrsrat aus ÖPNV-Beauftragten und kommunalen Fahrgastbeiräten, den Beteiligungsmanagerinnen und -managern auf der Landkreisebene und Vertreter(innen) von Behinderten- bzw. Mobilitätsverbänden sowie weiteren Mitgliedern, die nicht stimmberechtigt sind: Planungsverbände, das Landesamt für Straßenbau und Verkehr oder auch die Verkehrsverbände selbst.

Wir finden, Mobilität ist ein Grundrecht, und die Teilhabe gehört zum gesellschaftlichen Leben. Wir haben leider in den letzten 28 Jahren erlebt, dass der ÖPNV in Sachsen nicht gerade massiv aufgebaut, sondern eher massiv abgebaut wurde. Wir haben in den letzten 20 Jahren vor allem einen massiven Abbau im Schienenverkehr erleben müssen; Bahnhöfe und Linien wurden geschlossen. Es gab aber gleichzeitig auch drastische Fahrpreissteigerungen in den Großstädten. Wir haben zwar mehr Komfort, aber wir haben nicht mehr überall Bus- oder Straßenbahnverbindungen. In vielen Regionen Sachsens gibt es keinen ÖPNV mehr, den man so nennen kann.

Genau diese Herausforderungen und Probleme können wir nicht nur hier im Landtag regeln, indem wir mehr Geld geben und neue Strukturen schaffen, sondern wir müssen auch die Menschen vor Ort, die es betrifft, besser einbeziehen, damit es dem ÖPNV nicht weiter an den Kragen geht. Dabei sind auch die Herausforderungen des Klimawandels zu berücksichtigen, wobei der Verkehrsbereich ein bedeutender Sektor ist, in dem es CO₂ einzusparen gilt. Da wir dies nicht zentral steuern können, sondern vor Ort steuern müssen, brauchen wir auch die Beteiligung der Menschen.

Zusammengefasst: Wir fordern kommunale Fahrgastbeiräte dort, wo ÖPNV stattfindet. Wir fordern Beteiligungsmanagerinnen und -manager auf Landkreisebene. Wir fordern einen Landesfahrgastbeirat, wie es ihn bereits in vielen Bundesländern gibt, und wir fordern einen ÖPNV-Beauftragten im Landtag, der alle zwei Jahre einen Bericht liefert und uns bei der inhaltlichen Gestaltung von

Anträgen und Gesetzen unterstützt. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag, wenn wir ihn dann endbehandeln; aber zunächst bitte ich um die Ausschussüberweisung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den LINKEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Vielen Dank, Herr Böhme. Meine Damen und Herren, das Präsidium schlägt Ihnen vor, den Entwurf Gesetz zur Verbesserung der

Beteiligung der Bevölkerung an der Planung und Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs im Freistaat Sachsen an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr – federführend – und an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt dem Vorschlag zu? – Wer ist dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei keinen Enthaltungen und keinen Gegenstimmen ist dem Vorschlag so entsprochen. Dieser Tagesordnungspunkt ist beendet.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 6

Weiterentwicklung der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen

Drucksache 6/15387, Antrag der Fraktionen CDU und SPD

Die Fraktionen nehmen wie folgt Stellung: Zuerst die CDU-Fraktion, danach die SPD, DIE LINKE, die AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Staatsregierung, wenn das Wort gewünscht wird. Wir beginnen mit der Aussprache. Für die CDU-Fraktion spricht mein Namensvetter Kollege Wehner. Bitte sehr, Herr Wehner, Sie haben das Wort.

Oliver Wehner, CDU: Vielen Dank, Herr Präsident! Wir werden jetzt mit diesem Antrag und dem Vorschlag für die Fraktionen etwas für Kinder und Jugendliche tun. Das ist auch die Einladung an die Fraktion DIE LINKE, tatsächlich etwas für Kinder zu tun; denn das hat ja mit dem vorangegangenen Antrag noch nicht geklappt.

(Zuruf des Abg. Marco Böhme, DIE LINKE –
Susanne Schaper, DIE LINKE: Diese
Arroganz wird Ihnen noch auf die Füße fallen!)

Wir haben laut Situationsbeschreibung von 20 % der Kinder und Jugendlichen im Laufe ihrer Jugend psychische Auffälligkeiten zu betrachten. Es geht zum Beispiel um Bulimie, Depressionen, Zwänge oder ADHS. Die meisten dieser Kinder und Jugendlichen werden im Laufe ihrer Jugend wieder gesund, aber einige sind auf Dauer krank.

Diese Krankheiten haben verschiedene Ursachen. Das kann die Schule sein, Stress im Allgemeinen, Lebensbedingungen, Internetkonsum oder auch das bekannte Mobbing. Die Eltern sind dann oft ratlos. Sie gehen erst zum Kinderarzt, dann zum Psychiater oder zum Psychotherapeuten, und dort haben wir es zum Teil mit langen Wartezeiten zu tun. Das können, wenn man sich das einmal in Dresden anschaut, sechs bis acht Wochen sein. Weitere Termine können dann bis zu sechs Monate Wartezeit mit sich bringen, und ein stationärer Aufenthalt ist meist erst nach über neun Monaten zu erreichen.

Der Gesundheitszustand der Kinder und Jugendlichen verschlechtert sich in dieser Zeit natürlich, und die Kosten für die Jugendhilfe werden entsprechend steigen. Dies

alles ist schlecht für die Entwicklung des Kindes, und Sie können sich denken, dass so schnell wie möglich Abhilfe geschaffen werden sollte. Deshalb liegt Ihnen ein Antrag vor: Im ersten Teil ist er ein Berichtsantrag und im zweiten Teil geht es um die konkrete Verbesserung der Zusammenarbeit der Akteure. Die Kinder- und Jugendhilfe zu stärken und sie mit dem kinder- und jugendpsychiatrischen Dienst zu verbinden, das soll das Ziel sein. Die Auffälligkeiten bei den Kindern, also die Krankheitsdiagnose, muss schnell festgestellt werden.

Hierzu können Sie im Antrag lesen, dass die Verwendung und die Etablierung von digitalen Lösungen ein wichtiger und interessanter Baustein in diesem Bereich ist. Das bedeutet, dass das Erstgespräch mit dem Patienten sofort über den Bildschirm oder über das Telefon an den entsprechenden Experten übermittelt wird. Das sorgt dafür, dass die Diagnose sehr schnell gestellt und dem Kind bzw. dem Jugendlichen sehr schnell geholfen werden kann. Diejenigen, die hier besonders im Thema stecken, kennen dieses Netzwerk schon von den Schlaganfallnetzwerken, bei denen das auch funktioniert.

Also: Der Patient rückt näher an den Spezialisten. Der Spezialist ist sofort da. Die Behandlung kann schneller stattfinden. Das wollen wir mit diesem Antrag erreichen. Wir bitten um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CDU und der
Staatsministerin Barbara Klepsch)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion Frau Abg. Lang. Bitte, Frau Lang, Sie haben das Wort.

Simone Lang, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Abgeordnete! Manchmal hört man: „Na ja, das legt sich schon wieder.“ Oft ist das nicht falsch, aber manchmal auch nicht hilfreich. Kinder probieren anderes Verhalten aus, sie testen Grenzen und treiben damit ihren Eltern Sorgenfalten auf die Stirn. Ob das eigene Kind in einem solchen Fall nur eine kurze Phase seiner Entwicklung

durchmacht oder ein Problem hat, das ärztliche Unterstützung braucht, ist zunächst schwer abschätzbar.

In der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gibt es Höhen und Tiefen. Gerade bei diesen Tiefen brauchen sie Unterstützung. Das kann ich als Mutter eines Kindes mit Asperger-Syndrom bestätigen. An einem bestimmten Punkt wünschen sich Eltern einfach einen Ansprechpartner, der nicht nur aus persönlicher Erfahrung, sondern fachlich fundiert die eigenen Fragen beantwortet und bei Bedarf auch hilft.

Es sollte also ein Ansprechpartner da sein, beispielsweise in Beratungsstellen, in Institutionen der Jugendhilfe, in Arztpraxen oder bei niedergelassenen Therapeuten. Dort sollte dann auch eine Behandlung möglich sein. Gerade im Bereich der sozialemotionalen Störungen, wie zum Beispiel beim Autismus-Spektrum, ist dies besonders dringend notwendig.

In Sachsen haben wir die Verordnung psychisch erkrankter Minderjähriger über den Zweiten Landespsychiatrieplan mit Zielen untersetzt. Dabei können wir betroffenen Kindern, Jugendlichen und Eltern einen möglichst schnellen und unkomplizierten Zugang zur Betreuung bieten. Eine der großen Fragen lautet: Wie wird und wie kann der Landespsychiatrieplan umgesetzt werden? Dazu habe ich eine gute und eine schlechte Nachricht für Sie. Die gute zuerst: Laut einer Studie der Bundespsychotherapeutenkammer haben wir in Sachsen besonders im Vergleich zu den ostdeutschen Bundesländern eine gute Versorgung. Nun die schlechte Nachricht: Die Versorgung scheint trotzdem nicht ausreichend, wenn man die Berichte über Wartezeiten hört und liest.

Demnach müssen Kinder und Jugendliche auf das Erstgespräch oder die nötige Behandlung oft warten. Ein paar Wochen mögen dabei noch gehen. Aber wenn es in diesen Bereichen über Monate oder gar über Jahre geht, können wir wohl kaum mit ruhigem Gewissen zuschauen. Leider fehlen uns in diesem Zusammenhang noch konkrete Zahlen für Sachsen. Deshalb möchten wir diese in unserem ersten Antragspunkt erfragen.

Zu beachten ist unbedingt: Auch bei der Ärzteversorgung haben wir in manchen Regionen Probleme. Die momentane Unterteilung nach Versorgungsgebieten ist nur zum Teil aussagekräftig. So attestiert die Kassenärztliche Vereinigung eine Überversorgung, das heißt mehr als 100 %. Trotzdem warten viele Patienten viel zu lange auf einen Arzttermin.

Das hängt zum Beispiel damit zusammen, dass im ländlichen Raum vermeintlich weniger psychische Erkrankungen auftreten. Aber ist dem wirklich so? Hierbei liegen diese prinzipiell im System. Deshalb sollten wir für Sachsen nach Lösungen suchen. Beachtung finden muss auch, dass man ohne entsprechende Diagnose keine Angebote, zum Beispiel für frühkindliche Förderung, in Anspruch nehmen kann. Auf jeden Fall muss die Zusammenarbeit aller Akteure verbessert werden. Genau das wollen wir mit Punkt 2 unseres Antrags anschieben.

Wie so oft im Sozialbereich, haben wir es mit diversen Finanzquellen zu tun: die Therapie aus dem SGB V, die Unterstützung aus dem SGB VIII. Das macht Übergänge und eine gute Betreuung und Begleitung der jungen Patienten deutlich schwieriger. Die Zusammenarbeit ist dringend verbesserungsbedürftig. Zurzeit, so scheint es, scheitert das Miteinander entweder an Befindlichkeiten wegen Besitzstandswahrungen oder wegen Personalmangel. Eine Verbesserung der Zusammenarbeit muss aber Priorität Nummer eins sein, um auch einer Übertherapie vorzubeugen und bedarfsgerecht versorgen zu können. Deshalb brauchen wir diese Initiative.

Gestern haben wir hierzu den ersten Schritt getan, denn wir haben das Thema in den Einzelplan des Sozialhaushaltes aufgenommen und im Parlament verabschiedet.

(Beifall bei der SPD und des
Abg. Oliver Wehner, CDU)

Aus diesem Grund bitte ich jetzt um Ihre Zustimmung für die inhaltliche Ausgestaltung in Form dieses Antrages.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abg. Frau Schaper. Frau Schaper, Sie haben das Wort.

Susanne Schaper, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die fachliche Einbringung, Frau Lang. Ich möchte gleich dort anfangen, wo Sie aufgehört haben.

Wenn Sie heutzutage in Chemnitz bei einem Kinder- und Jugendpsychologen anrufen, um einen Termin zu vereinbaren, haben Sie vielleicht Glück, kommen auf eine Warteliste und haben vielleicht in sechs Monaten einen Termin. So sieht die aktuelle Versorgungssituation mit Kinder- und Jugendpsychologen wohl in ganz Sachsen aus.

Deshalb ist es unerlässlich, die psychiatrische und die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen weiterzuentwickeln. Deshalb werden wir Ihrem Antrag heute zustimmen. Denn der Inhalt einer Drucksache ist für uns viel wichtiger, als die Frage, wer diese eingereicht hat. Obwohl es sich leider nur – oder fast nur – um einen Berichtsantrag handelt, erkennen wir an, dass Sie das Thema auf dem Schirm haben, ihm diese Gewichtung geben, es heute im Plenum zu behandeln. Ich denke aber – gestatten Sie mir die Randbemerkung –, dass sich dieser Antrag auch sehr gut für eine öffentliche Anhörung geeignet hätte.

Mit dem Zweiten Sächsischen Landespsychiatrieplan liegt ein umfassender Bericht vor, auf dem Sie in der Tat sehr gut aufbauen können. Deswegen ist das auch die richtige Zeit. Dabei gilt es aber zu beachten, dass dieses Papier aus dem Jahr 2011 stammt und sich seither viele neue Versorgungslücken aufgetan haben. Wie Sie es in der Begründung richtig schreiben, liegt das auch daran, dass

es inzwischen viel mehr Kinder mit psychischen und Verhaltensproblemen gibt.

Laut dem Kinder- und Jugendreport 2018 der DAK lag im Jahr 2016 die psychische Prävalenz psychischer Erkrankungen und Verhaltensstörungen bei 259 Fällen je 1 000 Kinder und somit bei über 25 %. Von Entwicklungsstörungen sind 206 von 1 000 Jungen und 132 von 1 000 Mädchen im Alter von null bis vier Jahren betroffen. ADHS – es wurde schon benannt – ist die häufigste und durchaus relevanteste kinderpsychiatrische Störung, welche aktuell diagnostiziert wird.

Laut der sogenannten KiGGs-Studie lag die Prävalenz bei den Drei- bis 17-Jährigen bei 5 %, wobei Jungen dreimal häufiger ADHS aufweisen als Mädchen. Ebenfalls häufig traten im Jahr 2016 neurotische Belastungs- und somatoforme Störungen auf. Hier gab es 53 Fälle je 1 000 Kinder. Kinder mit solchen psychischen Erkrankungen zeigen häufig Verhaltensauffälligkeiten, die es ihnen sehr schwer machen, sich zurechtzufinden und sich zum Beispiel in Klassenverbände zu integrieren. Sie stehlen unter Umständen, sie halten sich nicht an Regeln, sie lügen und finden kaum oder die falschen Freunde. Sie haben es schwerer als ihre Mitschüler. Gleiches gilt für die Erbringung von schulischen Leistungen. Wer in der Schule auf der Strecke bleibt, dem droht dauerhaft ein Leben mit existenziellen Problemen und dank Hartz IV mit einem niedrigen Sozialstatus.

Doch auch die Digitalisierung birgt Gefahren. Sie nutzt nicht nur. So nutzen 34 % von 1 000 befragten Kindern und Jugendlichen soziale Medien, um nicht an unangenehme Dinge denken zu müssen. 14 % nutzten diese sogar heimlich und sogar 13 % sind unfähig, von der Nutzung Abstand zu nehmen, geschweige denn, sie zu stoppen. Das heißt, sie sind abhängig.

Angesichts dieser Entwicklung ist es unerlässlich, dass wir die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen verbessern, damit Diagnosen schnell gestellt und Behandlungen auf den Weg gebracht werden können. Die Kinder und Jugendlichen müssen eine Chance auf einen vernünftigen Schulabschluss und somit auf ein Leben mit guter Perspektive haben. Da darf tatsächlich keine Zeit mehr vergeudet werden. Wir danken daher der Koalition für diesen Antrag und hoffen, dass er schnellstmöglich umgesetzt wird. Erste Ergebnisse und Maßnahmen sollten schon vor dem 30. Juni 2019 vorliegen.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung auch in Richtung Staatsregierung. Wir wünschen uns oder erwarten, dass die Staatsregierung und auch die Koalitionsfraktionen hier im Landtag die absurden Pläne von Jens Spahn, der psychisch Erkrankten weitere Hürden in den Weg der Therapie stellen will, nicht unterstützt. Solche Äußerungen und Vorschläge gehen an der Lebenswirklichkeit völlig vorbei und lösen keine Probleme.

Ich sagte es bereits, dass wir dem Antrag zustimmen werden, weil er ein Schritt in die richtige Richtung ist, und hoffen, dass er schnell und gründlich umgesetzt wird.

Sie glauben mir sicher, dass ich im Juni nachfragen werde.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und Einzelbeifall bei der CDU)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Für die AfD-Fraktion Herr Abg. Dr. Weigand. Sie haben das Wort, bitte.

Dr. Rolf Weigand, AfD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich meinen Vorrednern nur anschließen. Wenn meine Kinder irgendein Krankheitsbild hätten, dann wäre es auch mein großer Wunsch, dass man dem schnell nachgeht und eine Behandlung sicherstellt.

Nun liegt der Zweite Sächsische Landespsychiatrieplan seit sieben Jahren vor. Ich denke, das ist ein guter Ansatz, einiges aufzugreifen. Wenn man sich die sächsische Versorgungslandschaft anschaut, dann ist es so, dass wir in den Städten eine bessere Versorgung haben als im ländlichen Raum. Das wurde bereits an Sie vor zwei Jahren mit dem offenen Brief zur stationären Behandlungssituation herangetragen, Frau Staatsministerin Klepsch. Darin wurde auch Mittweida aus meinem Landkreis genannt. Ich denke, dass dort ein großer Handlungsbedarf besteht, auch wenn ein großer Anteil dieses Antrags einen Prüfteil darstellt. Wir sind der Meinung, dass bereits genügend Informationen vorliegen. Wir sehen den Handlungsbedarf gegeben, das schnell umzusetzen. Deswegen werden wir Ihrem Antrag zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Abg. Zschocke. Bitte sehr, Herr Zschocke, Sie haben das Wort.

Volkmar Zschocke, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ärztemangel in Sachsen ist auch in diesem Bereich spürbar, der sonst relativ wenig Aufmerksamkeit bekommt, also im Bereich der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Es ist von einem Brief berichtet worden, den die Bundesarbeitsgemeinschaft der leitenden Klinikärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie 2016 an das Gesundheitsministerium geschrieben hat. Darin wird noch einmal deutlich, dass es nicht unbedingt an stationären Plätzen fehlt, sondern an Personal, weil es unattraktive Arbeitsbedingungen in Sachsen gibt, die es erschweren, vor allem im ländlichen Raum neue Fachärzte zu finden.

Wir haben in den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Kliniken in Arnsdorf bei Dresden, bei Rodewisch und in Mittweida – das ist in den Vorreden bereits deutlich geworden – unzumutbar lange Wartezeiten für Behand-

lungsplätze. Da ist es sicher ein notwendiger erster Schritt, heute diesen Berichtsantrag auf den Weg zu bringen. Der Landtag muss sich aber tatsächlich intensiver mit dem Thema befassen. Ein Überblick zur Versorgung und Vernetzung der Angebote in Sachsen ist erst einmal eine Voraussetzung, um weitere politische Schritte beschließen zu können. Die zwei Prüfaufträge, die Sie in Ihrem Antrag beschreiben, zeigen, in welche Richtung es gehen soll. Da sollen verschiedene Akteure an einen Tisch geholt werden, um die Zusammenarbeit zu stärken. Digitale Lösungen sollen auch erprobt werden. Ich denke, dieser Auftrag an das Ministerium ist noch ein ganzes Stück vage. Er droht auch an der einen oder anderen Problemlage vorbeizugehen.

Ich möchte noch drei Anmerkungen zum Antrag aus unserer Sicht machen. Es fehlen wichtige Partner am Tisch, so, wie Sie es beschrieben haben. Wir meinen, Schulen sowie Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit müssen dringend einbezogen werden. Denn diese Bereiche können und sollen präventiv wirken. Sie sind neben den Eltern besonders nah an den jungen Menschen dran und können wichtige Ansprechpartner sein, wenn psychische Probleme auftreten. Wenn man auf Länder wie Kanada oder Australien schaut, sind diese bei der universellen Prävention im Kontext Schule bereits viel weiter als Deutschland. In Sachsen bestehen zumindest Angebote, beispielsweise Prävention im Team. Aber auch Gremien wie der Landespräventionsrat und die Partner bei der Umsetzung des Bundespräventionsgesetzes sollten bei so einem Fachaustausch nicht fehlen. Sie haben das in Ihrem Antrag offen formuliert, dass noch weitere Personen dazugeholt werden können.

(Dagmar Neukirch, SPD: Dann dauert das alles noch länger!)

Zweitens. Sie beziehen sich im Antrag auf den Zweiten Sächsischen Landespsychiatrieplan als Beratungsgrundlage. Er ist sieben Jahre alt, das wurde bereits erwähnt. Welche Ziele die Staatsregierung aber im Bereich der psychiatrischen Versorgung verfolgt, das bleibt zunächst Ihr Geheimnis. Vielleicht hören wir nachher noch etwas von der Ministerin. Von der Arbeit des Landesbeirates Psychiatrie ist seit 2016 nicht mehr öffentlich berichtet worden. Auch damals bestand die Meldung lediglich daraus, dass weitere Mitglieder in den Beirat aufgenommen wurden. Da muss es mehr Transparenz geben und es muss klar formulierte Ziele geben, die den Aufgaben der Gegenwart tatsächlich entsprechen.

Da gibt es den bundesweiten Verein „Irrsinnig Menschlich“. Dieser unterstützt Jugendliche und junge Erwachsene mit Präventionsangeboten zur psychischen Gesundheit. Frau Ministerin Klepsch, Sie sind eine der Schirmherrinnen dieses Vereins. Daher wissen Sie auch, dass psychische Erkrankungen in drei Viertel aller Fälle vor dem 24. Lebensjahr beginnen. Ihr Ministerium sollte auch darauf reagieren und nicht nur die Politik aus dem Landtag heraus.

Drittens. Die Bedarfsplanung vor allem in der ambulanten Versorgung muss gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung kritisch hinterfragt werden. Psychische Erkrankungen werden immer häufiger auch bei jungen Menschen diagnostiziert. Das heißt, wir müssen dafür sorgen, dass der Versorgungsschlüssel dahin gehend angepasst wird.

Der Antrag wurde nicht im Ausschuss behandelt. Eine Anhörung von Expertinnen und Experten oder eine fachpolitische Debatte konnten wir nicht durchführen. Wir unterstützen den Antrag der Koalition, werden aber genau hinsehen, ob dann tatsächlich konkrete Schritte folgen. Die Not der betroffenen jungen Menschen ist viel zu groß und die Aufgabe ist viel zu ernst, um sich mit Berichtsanträgen zufriedener zu geben, die zunächst einmal in der Realität keine Wirkung entfalten können. Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Das war in der Aussprache die erste Runde. Gibt es Redebedarf vonseiten der Fraktionen für eine weitere Runde? Das kann ich nicht feststellen. Ich frage die Staatsregierung. – Frau Staatsministerin Klepsch, Sie haben nun das Wort.

Barbara Klepsch, Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Psychische Auffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland sind eigentlich rückläufig. Das zeigen zumindest die Ergebnisse der Welle 2 der Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen für den Zeitraum von 2014 bis 2017. Diese Studie wird übrigens auch in der Begründung dieses Antrages zitiert.

Dennoch stellen wir in der Praxis einen Anstieg der Zahl der Minderjährigen mit psychosozialen Auffälligkeiten fest. So nahmen beispielsweise Eingliederungshilfemaßnahmen für Kinder und Jugendliche für seelisch behinderte junge Menschen in Sachsen zwischen 2011 und 2016 um 64 % zu.

Die Problemlagen der Betroffenen und ihrer Familien sind meist so umfassend und vielschichtig, die Störungen oder Auffälligkeiten der psychosozialen Entwicklung so fortgeschritten und manifestiert, dass einzelne Hilfesysteme oder Professionen diese Herausforderungen nicht allein bewältigen können.

Zu Recht weist der Antrag daher darauf hin, dass wir hier ein abgestimmtes und kooperatives Handeln der verschiedenen Hilfeanbieter benötigen. Das ist unabdingbare Voraussetzung für eine wirklich erfolgreiche Versorgung. Mein Haus, das Sozialministerium, fordert und unterstützt deshalb seit vielen Jahren die Vernetzung und multiprofessionelle Kooperation der Hilfesysteme. Ja, wir beginnen hier nicht bei null. Ich möchte dazu kurz ein Beispiel nennen.

In den Jahren 2014 bis 2017 haben wir das Modellprojekt „Optimierung der Zusammenarbeit an der Schnittstelle Kinder- und Jugendhilfe, Jugendamt und Kinder- und Jugendpsychiatrie in Dresden“ gefördert. Hier wurden neue Ideen für die fachübergreifende Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit komplexen Hilfebedarfen entwickelt. Dabei wurde die Kooperationsvereinbarung zwischen Jugendamt, Gesundheitsamt und Kinder- und Jugendpsychiatrie an die neuen Herausforderungen angepasst. Im Ergebnis entstand unter anderem ein Konzeptentwurf für eine Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung mit niedrigschwelliger fachärztlicher Unterstützung. Dazu wurde parallel ein Curriculum entwickelt und auch durchgeführt, mit dem die Zusammenarbeit von Kinder- und Jugendpsychiatrie und Kinder- und Jugendhilfe optimiert wurde. Gefördert wurde dies durch die Friede-Springer-Stiftung.

Ziel war dabei unter anderem, ein Verständnis für die Sprache des anderen als Grundlage einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zu entwickeln. Wie dieser Ansatz in der Praxis erfolgreich ankommt und wirkt, davon konnte ich mich persönlich beim Besuch der Wohngruppe für Kinder und Jugendliche „Outlaw“ in Dresden in Begleitung der Besuchskommission überzeugen.

Ja, an die Projektergebnisse und andere Ansätze gilt es jetzt anzuknüpfen. Der Antrag liefert hier ein gutes Grundgerüst. Minderjährige mit schweren Beeinträchtigungen der psychosozialen Entwicklung benötigen in der Regel Erziehung und Therapie. Durch die intensive, auch aufsuchende ambulante Behandlung werden die positiven Effekte der Kinder- und Jugendhilfe in maßgeblicher Weise noch verstärkt. Von herausragender Bedeutung ist selbstverständlich, dass Entwicklungsverzögerungen und Verhaltensbesonderheiten von Kindern und Jugendlichen möglichst früh erkannt werden. Damit verhindern wir, dass diese chronisch werden, und beugen familiären Krisen und Fehlentwicklungen vor. Das ist deshalb besonders wichtig, weil die mit psychischen Störungen verbundenen akuten Beeinträchtigungen langfristig einen besonders negativen Einfluss haben können, wenn sie im Kindes- und Jugendalter auftreten. Sie können in diesen wichtigen Lebensphasen die persönliche, berufliche und soziale Entwicklung der Betroffenen beeinträchtigen.

Lassen Sie mich abschließend noch darauf hinweisen, dass wir auch mit dem neuen Krankenhausplan, der am 1. September in Kraft getreten ist, eine Grundlage für

innovative multiprofessionelle Intervention geschaffen haben. Zum Beispiel bietet die in den Plan aufgenommene Schaffung eines Zentrums für seelische Gesundheit am Uniklinikum in Dresden einerseits die Möglichkeit für eine überörtliche und krankenhausesübergreifende Aufgabenwahrnehmung, andererseits können individuell fokussierte Therapieansätze zu Behandlungskonzepten mit Bezugspersonen erweitert werden, und das insbesondere im Kindes- und Jugendalter. Familientherapeutische Ansätze oder auch die Mutter-Kind-Therapie unter Einbeziehung anderer Professionen bieten hier neue Chancen.

Der Antrag zeigt aus meiner Sicht sehr gut die Richtung, wie all diese Initiativen und Versorgungsansätze zum Wohl der betroffenen Kinder und Jugendlichen zusammengeführt werden können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Das Schlusswort haben die Fraktionen CDU und SPD. Herr Abg. Wehner. Sie sprechen gleich für beide Fraktionen?

Oliver Wehner, CDU: Ja, das mache ich für beide Fraktionen. Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich erst einmal für die Debatte bedanken und dafür, dass Sie in Aussicht gestellt haben, diesem Antrag zuzustimmen. Ich darf mich für das Protokoll auch noch bei Herrn Prof. Rösner, dem Direktor der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Dresden, bedanken, der in vielen Gesprächen diese Initiative begleitet hat. Ich denke, wir bekommen hier zusammen einen guten Antrag hin.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Ich stelle nun die Drucksache 6/15387 zur Abstimmung. Wer möchte zustimmen? – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen worden. Dieser Tagesordnungspunkt ist beendet.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 7

Folgen der Enteignung von Erben von Bodenreformland wiedergutmachen – Gerechtigkeit, Vertrauen in den Rechtsstaat und Rechtsfrieden herstellen!

Drucksache 6/13871, Antrag der Fraktion DIE LINKE,
mit Stellungnahme der Staatsregierung

Meine Damen und Herren! Die Fraktionen nehmen wie folgt Stellung: zunächst DIE LINKE, dann die CDU, die

SPD, die AfD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Staatsregierung, wenn das Wort gewünscht wird.

Für die Fraktion DIE LINKE eröffnet die Aussprache Herr Abg. Bartl.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von 1945 bis 1949 erfolgte in der sogenannten Sowjetischen Besatzungszone eine Bodenreform, bei der Grundbesitz von Nazis und Kriegsverbrechern bzw. Großgrundbesitz von über 100 Hektar entschädigungslos enteignet wurde. Das Land wurde an landlose und landarme Bauern, an Kleinpächter sowie an Vertriebene umverteilt. Die neuen Eigentümer mussten den ihnen zugewiesenen Grund und Boden zwingend landwirtschaftlich nutzen und durften ihn vererben, jedoch nicht verkaufen, verpachten oder in sonstiger Weise belasten.

Im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR in den 1950er- und 1960er-Jahren brachten die meisten Neueigentümer, die noch in der Landwirtschaft tätig und damit Eigentümer der Bodenreformgrundstücke waren, das Land in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften ein. Dafür erhielten sie entsprechende Anteile aus dem genossenschaftlichen Gewinn usw. Endete die landwirtschaftliche Nutzung der Grundstücke, mussten die Eigentümer noch bis in die 1970er-Jahre hinein das ihnen übertragene Eigentum wieder abgeben. Spätestens ab den 1980er-Jahren wurde diese Praxis jedoch von den DDR-Behörden nicht mehr mit letzter Konsequenz verfolgt. So konnten zum Beispiel Erben, auch wenn sie nicht mehr in der Landwirtschaft tätig bzw. nicht mehr Mitglieder einer LPG waren, das Land behalten, solange das Land selbst in die LPG eingebracht blieb. Sie wurden jedoch trotz Aufnahmeantrag nicht mehr in die betreffende LPG aufgenommen.

Kurzum – vielfach wurde mit dem geschriebenen Grundstücks- und Bodenrecht in der Rechtsförmigkeit der DDR in diesen 1980er Jahren recht lax umgegangen und Grundbucheintragungen trotz eigentlich nicht mehr bestehender rechtlicher Voraussetzungen einfach belassen.

Diese Rechtslage änderte sich prinzipiell mit der Wende und der staatlichen Wiedervereinigung in den Jahren 1989 bis 1990. Die sogenannten Modrow-Gesetze vom 6. März 1990 hoben kurz vor der Wiedervereinigung alle Verfügungsbeschränkungen bei Bodenreformland sowie die bis dahin geltenden Besitzwechselforschriften auf und stellten Eigentümer von Bodenreformland mit den von normalem Grund und Boden gleich.

(Jens Michel, CDU, meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Bodenreformigentum sollte künftig als vollwertiges Eigentum anerkannt sein.

Kaum war die deutsche Einheit vollzogen, begann das seinerzeit FDP-geführte Bundesjustizministerium offenkundig Mittel und Wege zu suchen, wie man sowohl die Modrow-Gesetze als auch die Ergebnisse des Zwei-plus-vier-Vertrages hinsichtlich der Bodenreform der Jahre 1945 bis 1949 wieder rückgängig machen könnte.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Bartl, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Klaus Bartl, DIE LINKE: Herr Präsident, gerne.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Michel, bitte.

Jens Michel, CDU: Danke, Herr Kollege. Sind Sie nicht mit mir einer Meinung, dass man zu DDR-Zeiten sowieso recht lax mit Eigentum und mit Grundeigentum umgegangen ist?

(Beifall des Abg. Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU)

Klaus Bartl, DIE LINKE: Die DDR hatte zum Eigentum in dem beschriebenen Sinne, wie es das BGB und wie das die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik sieht, ein anderes Verhältnis. Das ist korrekt.

(Staatsminister Christian Piwarz:
Das ist nett umschrieben!)

– Das gehört zum Geschäft des Politikers, Herr Minister.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:
Das hat auch keine Rolle gespielt!)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Bartl, Sie möchten weiter in Ihren Ausführungen fortfahren?

Klaus Bartl, DIE LINKE: Gern. – Ich war bis zu der Frage gekommen, dass in den frühen Neunzigerjahren begonnen wurde, diese Modrow-Gesetze rückabzuwickeln. In der öffentlichen Wahrnehmung wurde dies fast nur unter dem Aspekt der Rückgabe des in der SBZ enteigneten Großgrundbesitzes an die meist adligen Erben diskutiert.

De jure vollzogen wurde der damalige Generalangriff mit den von der damaligen CDU/CSU/FDP-Koalition verabschiedeten Bestimmungen des Artikels 233 des Einführungsgesetzes zum BGB, die für bestimmte Konstellationen eine entschädigungslose Enteignung von Neusiedler-Erben zugunsten des Fiskus vorsahen.

Bei der Verabschiedung des Zweiten Vermögensrechtsänderungsgesetzes durch Bundestag und Bundesrat begann die endgültige Rückabwicklung der Modrow-Gesetze, das Bodenreformland betreffend. Eigentumsansprüche hatten nunmehr nur noch Erben, die zum Stichtag 15. März 1990 in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft tätig waren bzw. zuvor mindestens zehn Jahre in diesem Bereich gearbeitet haben und ihre Mitgliedschaft in einer LPG zu DDR-Zeiten nachweisen konnten.

An diesen Voraussetzungen scheiterten viele Erben von Bodenreformland, da sie, wie eingangs geschildert, entweder nicht Mitglieder einer LPG gewesen waren – das waren die Eltern oder die Großeltern – oder trotz Antrags nicht aufgenommen wurden oder dies aufgrund der unklaren Aktenlage nach der Wende nicht belegen konnten. Wenn in diesen Fällen den Eigentümern des

Grund und Bodens aus der Bodenreform ihr Land deshalb nicht wiedergegeben werden konnte oder nicht wiedergegeben wurde, fiel das Land an die jeweiligen Bundesländer.

Die geschaffene Rechtslage eröffnete den Ländern die Möglichkeit, sich in einem bis zum 2. Oktober 2000 erstreckenden Fristzeitraum dieses Land anzueignen und sich dort, wo es bereits verkauft war, die Verkaufserlöse zuzueignen. Die Bodenreform-Erben wurden damit zu Tausenden de facto entschädigungslos enteignet. Insgesamt ging es bundesweit um über 100 000 Hektar, eine Fläche etwa so groß wie Berlin.

Über 5 000 Erbinnen und Erben waren allein in Sachsen davon betroffen. Ausweislich der von Rico Gebhardt und mir im April dieses Jahres gestellten Kleinen Anfrage, Drucksache 6/12886, befanden sich zum Stichtag 1. März 2018 über 5 000 Hektar ehemaligen Bodenreformlands im Wert von rund 28 Millionen Euro im Eigentum und in der Verfügungsgewalt des Freistaates Sachsen. Knapp 1 000 Hektar an Flächen von Erbinnen und Erben von Bodenreform-Land hatte dieser bis dahin schon veräußert.

Das hat zugegebenermaßen nicht die Größenordnung erreicht wie etwa in Brandenburg, wo man besonders schamlos vorging und insbesondere unter Rückgriff auf das Rechtsinstitut der Gesetzlichen Vertretung bei unbekanntem Erben etwa 8 000 handstreichartige Landnahmen zugunsten des Landesfiskus vornahm, betreffend eine Fläche von 15 000 Hektar.

Nachdem sich zumindest ein Teil der in Brandenburg staatlich geprellten Bodenreform-Erben auf dem Rechtsweg zur Wehr setzte, grätschte zum Glück der Bundesgerichtshof dazwischen. In einem am 7. Dezember 2007 verkündeten Urteil zu Aktenzeichen V ZR 65/7 rügte er die Praxis des hier beklagten Landes Brandenburg. Der BGH kennzeichnete das Vorgehen des Landes Brandenburg – das in vielerlei Hinsicht mit dem von Sachsen übereinstimmte, welches sich auf Anweisung des Finanzministeriums als Eigentümer von circa 1 000 Grundbüchern vermeintlich unbekannter Neusiedler eintragen ließ, ohne überhaupt nach den Eigentümern oder Erben gesucht zu haben – als „wegen Missbrauchs der verliehenen Vertretungsmacht sittenwidrig und nichtig“. Es sei dies ein „eines Rechtsstaates unwürdiges Verhalten“.

In Brandenburg führte das zur sogenannten Bodenreform-affäre, zu der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der gravierende Fehler im Handeln des Landes feststellte, sowie 2010 zur Einsetzung einer Enquete-kommission, die gleichermaßen diesen rechtsstaatsunwürdigen Umgang mit dem Eigentum im Transformationsprozess rügte.

Im Lichte dessen und des Umstands, dass sich der Freistaat Sachsen zwar in kleinerem, bescheidenerem Umfang, aber grundsätzlich mit gleichen rechtswidrigen Methoden beachtliche Bodenreformflächen an Land zog, erachten wir die Stellungnahme der Staatsregierung als vollkommen unverständlich und unakzeptabel.

Die Staatsregierung bzw. Herr Staatsminister Haß hat uns erklärt, er sehe für Sachsen keinen Handlungsbedarf, da es nur wenige Betroffene gebe und die Ansprüche schon lange verjährt seien. Das Problem ist: Unrecht bleibt Unrecht.

(Carsten Hütter, AfD: Da hat er recht! Verjährt!)

Herr Staatsminister Haß, egal ob das nun zehn Personen betrifft oder hundert oder tausend: Der Freistaat Sachsen hat sich ganz selbstverständlich an das Urteil des höchsten Zivilgerichts der Bundesrepublik Deutschland zu halten, auch wenn das Verfahren mehr oder weniger zufällig eine Klage gegen ein anderes Bundesland gewesen ist.

(Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU:
Welches denn?)

Es geht hier um ein Stück Nachwende-Unrecht, welches auch Frau Staatsministerin Köpping in letzter Zeit immer wieder thematisiert hat. Jetzt sind wir an einem Punkt, an dem wir auch einmal nach den Spitzen des Mundes pfeifen müssen.

Neben dem finanziellen Verlust traf das Vorgehen der neuen Bundesländer die ostdeutschen Erbinnen und Erben nämlich vor allem emotional und ganz persönlich, da es sich meist um Grundstücke handelte, die ihre Eltern oder ihre Großeltern nach dem Krieg übernommen hatten, um sich eine Perspektive aufzubauen. Der materielle Verlust ist das eine. Der ideelle, der emotionale Verlust ist eine vielleicht noch wesentlich größere Baustelle, die wir bei dieser Problematik des Unrechts zum Nachteil der Betroffenen sehen müssen. Insofern wird natürlich darauf geachtet, wie wir damit umgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU! Nehmen Sie sich beim Umgang mit unserem Antrag ein Beispiel an Ihren Parteifreundinnen und Parteifreunden in Brandenburg. In einem Entschließungsantrag vom 12. Dezember 2017 zu einer Großen Anfrage zum 10. Jahrestag der sogenannten Bodenreformaffäre, Drucksache 6/7784, forderte die brandenburgische CDU-Landtagsfraktion einen Härtefallfonds für Betroffene. Weiter forderten Ihre brandenburgischen Parteifreunde die Rückabwicklung der de facto erfolgten Enteignung des betroffenen Teils der Bodenreform-Erben und eine Eigentümersuche qua Aufruf der Landesregierung in den klassischen und neuen Medien.

Ihr dortiger Parteikollege Gliese begründete dies mit folgenden Worten: „Denn hinter den vielen Zahlen und Statistiken stehen Menschen und deren Schicksale. Für viele Betroffene sind die Grundstücke, um die sie seit Jahren kämpfen, eben kein schlichter Grundbucheintrag, sondern ein Stück Familiengeschichte.“

Da die rot-rote Landesregierung in Brandenburg – in krassem Gegensatz zu unserer hiesigen CDU – ab und an auch einmal auf die Opposition hört, hat diese Landesregierung Anfang März 2018 eine Initiative in den Bundesrat eingebracht, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf zur Änderung der Vorschriften

des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch über die Durchführung der Bodenreform vorzulegen, der zu einem Ausgleich der aus der Anwendung dieser Regelung entstandenen Härten mit dem Ziel führt, das Vertrauen der Bodenreform-Erbinnen und -Erben in den Rechtsstaat und den Rechtsfrieden zu stärken. Das ist eine Wiedergabe dieses Entschließungsantrags.

Wir fordern die Staatsregierung daher auf, unserem Antrag zu folgen, sich dieser Initiative des Landes Brandenburg anzuschließen respektive dessen Initiativantrag, der in der 965. Sitzung des Bundesrats am 2. März 2018 überwiesen wurde an den Rechtsausschuss – federführend – und an den Finanzausschuss – mitberatend –, uneingeschränkt die sächsische Unterstützung zu geben.

Machen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihren Gerechtigkeitsinn nicht an quantitativen Maßstäben von sächsischen Betroffenen fest. Helfen Sie mit, eine wesentliche Facette des auch von Kabinettsmitgliedern unserer Regierung beklagten Nachwende-Unrechts zu beheben. Sorgen Sie mit uns dafür, dass die Betroffenen aus ganz Ostdeutschland und Sachsen angemessen entschädigt werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den LINKEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Für die CDU-Fraktion spricht Herr Abg. von Breitenbuch. Sie haben das Wort. Bitte sehr.

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute Morgen über den Wald gesprochen, der seine eigene Geschichte hat. Genauso tauchen andere Ereignisse aus der Geschichte hier in unserer Parlamentsarbeit immer wieder auf. So ist auch die Bodenreform ein alter Baumriese, der immer wieder seine Schatten auf dieses Parlament wirft.

1945, Bodenreform. Sie alle kennen die geschichtlichen Hintergründe. Nach 1990 wurde alles irgendwie geregelt. Trotzdem, es taucht hier auf. Es gibt keine Stunde null. Wir müssen uns damit beschäftigen, und das ist auch richtig so.

1945, „Junkerland in Bauernhand“: 10 % Rittergüter gab es in Sachsen, die zum großen Teil an Neubauern-Stellen aufgeteilt wurden. Entschädigungslose Enteignung durch die SMAD und die deutschen Kommunisten. Die Eigentümer mussten fliehen – Kreisverweisung; Sie kennen das alles.

Dafür kamen Neubauern, die teilweise in den alten Gebäuden Ställe einrichteten oder auch neue Bauernhöfe aufbauten. Das Ganze wurde von diesen Neubauern bezahlt; das ist ein wichtiger Punkt. Das gab es eben nicht geschenkt, sondern diese Neubauern – ich habe in die Bücher geschaut – mussten das in diesen schwierigen Zeiten über zehn, 20 Jahre hinweg abstottern. Der Staat zog sofort Geld aus dem Diebesgut. Die Neubauern-Stellen mussten sogar verzinst werden, in diesen harten

Zeiten. Das war eine ganz schwierige Aufbauarbeit, die in den Familien der Neubauern geleistet wurde.

Zudem gab es Verfügungsbeschränkungen im Grundbuch, das heißt, sie waren eben nicht Eigentümer. Die Kinder mussten in der Landwirtschaft bleiben. Da sind schon interessante geschichtliche Parallelen zur Blut-und-Boden-Ideologie in der Zeit davor zu ziehen

(Zuruf: Ui!)

oder zu noch früheren Zeiten. Die Bauern an die Scholle zu binden ist gar nicht so weit weg vom alten Lehnssystem der Zeit vor 1830 in Sachsen,

(Vereinzelt Lachen bei den LINKEN)

als letztendlich ja auch das Land zu Lehen gegeben wurde und dann wieder eingezogen wurde.

Es ist interessant, was da für Parallelen durchschimmern, liebe LINKE.

(Beifall bei der CDU)

Land bedeutete in dem Falle Macht des Staates und der Machthaber und nicht Freiheit der Bürger. So wurde das Thema Bodenreform danach ausgesteuert.

Genau diese Argumentation und Rechtslage wurde in den Einigungsvertrag übernommen. Der Westen nahm Rücksicht auf den Osten, wie sich insgesamt bei dem Thema der Osten durchgesetzt hat – die DDR-Regierung, die damals verhandelte. Ich gehöre zu den sogenannten Alteigentümern, die ihr Land damals auch nicht zurückbekommen haben. Meiner Familie ging es genauso. Deswegen spreche ich zu dem Antrag, um ihm diese Spitze zu nehmen, damit man das etwas anders einordnen kann. Sie sprachen über den emotionalen Verlust von Familien etc., Herr Kollege Bartl. Ich weiß nicht, wie Sie mit meiner Familie in der Diskussion umgehen würden. Hier zeigt sich auch die Schwierigkeit, mit der Sie unterwegs sind.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Da ist klar der historische Kontext gesehen!)

Ja, ich bin hier ganz im historischen Kontext. – Ein Problem war auch, dass die DDR diese Eigentumsfortschreibung nicht mehr nachgezeichnet hat, wenn es Erben in die nächste Generation gab. Insofern war das alles nicht sortiert. Es war der Rechtsstaat Bundesrepublik, der damit umgehen musste und entsprechend diese Dinge sortiert hat.

(Zuruf des Abg. Klaus Bartl, DIE LINKE)

Genau. – Die Bundesrepublik hat dann dieses DDR-Gesetz vollzogen, wie es damals auch politisch von Ihren Vorgängern gedacht war, Herr Bartl, nämlich kein volles Eigentum.

(Klaus Bartl, DIE LINKE, steht am Mikrofon.)

Wenn man nicht mehr in der Landwirtschaft war, sollte es an den Staat zurückfallen. Das war damals die Politik Ihrer Vorgängerleute.

(Beifall bei der CDU)

Das können Sie auch hier nicht wegwischen.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr von Breitenbuch, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Sehr gern.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Bartl, bitte.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Vielen Dank, Herr Präsident. Vielen Dank, Herr Kollege. Herr Kollege, geben Sie mir darin recht, dass das, was Sie jetzt heranziehen, die vorletzte Rechtslage war, dass die neue Rechtslage nach der Wende durch die Modrow-Gesetze geschaffen worden ist und dass die Modrow-Gesetze zu einem Zeitpunkt, in dem die DDR über die Regierung, über den Ministerpräsidenten handeln konnte, eine neue Rechtslage geschaffen hat, nämlich, dass der Boden allem anderen vormaligen Bodeneigentum gleichgestellt wird? Können Sie mir jetzt bitte reflektieren, wie Sie mit der neuen Rechtslage umgehen?

(Carsten Hütter, AfD: Blenden Sie 1992 aus?)

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Lieber Herr Kollege Bartl, diese Rechtslage ist die Rechtslage dieses demokratischen Staates, und genauso wie im Fall der „Bodenreform Alteigentümer“ über Jahre und fast zwei Jahrzehnte die Dinge in der Bundesrepublik durch Gerichtsverfahren, durch Gesetzesverfahren nachvollzogen wurden, hat sich auch hier die Bundesrepublik die Sache noch einmal angeschaut. Aber das ist die aktuelle Rechtslage, nach der dieses Land Sachsen und dieser Staat handeln. Das können Sie auch nicht wegwischen. Es ist die Rechtslage, die demokratisch in Parlamenten zum Gesetz geworden ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Stephan Meyer, CDU)

Selbstverständlich ist es für die Familien, die gedacht haben, dass sie dieses Eigentum haben, ärgerlich. Sie haben nach der Wende auch Kredite auf dieses Land aufgenommen, um teilweise ihre Neubauernstelle, ihr Haus und ihren Hof zu renovieren. Als dann die Grundbucheintragung anstand, hatten sie Probleme, weil ihnen der Staat – auch in dem Fall die Länder – das wieder weggenommen haben. Es war teilweise grotesk, weil Alteigentümerfamilien gefragt wurden, ob sie auf das eigentliche Neubauernhaus verzichten, damit dort renoviert, darauf ein Kredit aufgenommen werden konnte. Das haben wir sofort gemacht, weil wir diese Rechtslage akzeptiert haben. Auf der anderen Seite hat der Staat – die neue Bundesrepublik – denen das weggenommen. Das war im Einzelfall auch schwierig und hat nicht unbedingt zum Rechtsfrieden beigetragen.

Aber der Eingriff, der damals erfolgt ist, war auch so gewaltig. Ich habe von dem großen Baum gesprochen, der seinen weiten Schatten wirft. Wir merken, das waren nicht einfache rechtliche Diskussionen.

In Sachsen – ich möchte es noch einmal betonen – ist das ordentlich abgearbeitet worden. Das Land Brandenburg – darüber haben Sie ein wenig hinweggeschaut – hat sich im Jahr 2000, als die Frist auslief, in diese ganzen Grundstücke eintragen lassen. Das war ein Riesenskandal, der dort bis heute politisch noch verarbeitet wird. Gerade die rot-rote Landesregierung in Brandenburg ist so unter Druck gekommen, dass sie dem nachgegeben hat und jetzt versucht, über den Bundesrat irgendetwas politisch noch zu retten.

(Zuruf des Abg. Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Ins Ärgernis haben sie sich damals selbst gebracht. Die Fristen sind alle abgelaufen, das heißt, dass wir hier ordentlich unterwegs sind. Der Rechtsfrieden ist schwierig. Jeder Einzelfall ist auch teilweise genau zu betrachten. Aber wir haben eine Rechtslage, die hier letztendlich vollzogen wird.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Es ist ein Treppentritt der Geschichte, wenn kommunistisches Unrecht, gepaart mit verwaltungstechnischer Schlamperei der DDR-Zeit, jetzt unserem Rechtsstaat vorgeworfen wird, Herr Bartl. Genau das machen Sie.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Gestatten Sie noch eine Frage?

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Ja.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Bitte sehr, Herr Bartl.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Herr von Breitenbuch, kennen Sie die Äußerung von Helmut Kohl von 1991 in Reflexion zu den Verhandlungen mit der Sowjetunion?

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Sie müssten bitte ins Detail gehen.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Ich kann ins Detail gehen, einen kleinen Moment bitte.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Das haben Sie jetzt provoziert, Herr von Breitenbuch! – Dr. Matthias Rößler, CDU: Macht doch eine zweite Runde!)

Zitat: „Der Fortbestand der Maßnahmen zwischen 1945 und 1949 wurde von der Sowjetunion zu einer Bedingung über die Wiedervereinigung gemacht. Ich sage klar: Die Einheit Deutschlands konnte an dieser Frage nicht scheitern.“ Ist Ihnen das bekannt?

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Diese Entscheidung prägt mein ganzes Leben. Deshalb ist sie mir bekannt, aber sie wird von mir auch akzeptiert.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Gestatten Sie noch eine Nachfrage?

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Na klar.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Herr Bartl, bitte.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Warum gibt es so gravierend unterschiedliche Sichten auf dieses kommunistische Unrecht zwischen der sächsischen CDU und der CDU in Brandenburg, die die Staatsregierung gezwungen hat, gegen das Recht vorzugehen?

(Carsten Hütter, AfD: Aber wir sind doch nicht in Brandenburg, Herr Kollege!)

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Wir sind im Sächsischen Landtag.

(Carsten Hütter, AfD: Danke!)

Insofern haben wir uns hier unsere Meinung gebildet. Wir haben über Jahre und Jahrzehnte mit diesem Thema Erfahrungen gesammelt.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe vorhin vom Treppenwitz der Geschichte gesprochen. Nach 1990 ist in einem juristisch komplizierten Verfahren – ich habe es beschrieben –, das im Einzelfall sicher zu Verletzungen und Enttäuschungen geführt hat, eine rechtsstaatliche Grundlage gelegt worden, die Rechtssicherheit geschaffen hat. Wir haben heute hier Rechtssicherheit. Es ist sehr durchsichtig, dass Sie alte Wunden aufreißen wollen, die Sie selbst damals, nach 1945, gelegt haben, und jetzt mit Unzufriedenheit unterwegs sind. Wir weisen das selbstverständlich zurück.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU –
Enrico Stange, DIE LINKE: Das war eine SPD-CDU-Regierung in Brandenburg!)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion ist an der Reihe. Für die Fraktion spricht der Abg. Herr Baumann-Hasske. – Sie haben das Wort.

Harald Baumann-Hasske, SPD: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe im Saal)

Wollen Sie erst zu Ende kommen oder darf ich weiterreden? – Jetzt darf ich? Danke.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das sind komplizierte Rechtsverhältnisse. Sie werden mir Recht geben: Das ist Übergangsrecht in mehreren Stufen: deutsche Einheit – Vorstufe der deutschen Einheit – Übergangsrecht – vorher DDR. Das alles kommt hier mehr oder weniger zum Tragen. Ich möchte versuchen, das zu sortieren.

Wir hatten eine Situation, wie Herr Bartl sie zutreffend beschrieben hat. Es gab das Eigentum innerhalb der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften; dieses Eigentum war beschränktes Eigentum. Es durfte nur vererbt, aber nicht anderweitig belastet oder verkauft werden. Dann ging es auf das Ende der DDR zu. Es kamen die Modrow-Gesetze, auf die Sie gerne zu sprechen kommen wollten. Das Modrow-Gesetz hat relativ klar festgelegt: Die Beschränkungen dieses Eigentums

werden aufgehoben. Dann kamen die deutsche Einheit und anschließend die Vermögensrechtsänderungsgesetze, in denen unter anderem auch in Artikel 232 EGBGB Regelungen eingeführt wurden, die die Regelungen der Modrow-Gesetze – zumindest in dieser Absolutheit – zurückgenommen haben. Es war nicht mehr unbeschränktes Eigentum, sondern Artikel 232 EGBGB sagt heute: Das DDR-Recht wird nachgezeichnet; es kann nur das im Eigentum bleiben, was nach DDR-Recht im Eigentum geblieben wäre, wenn die DDR-Behörden das alles ordnungsgemäß vollzogen hätten.

Jetzt kann man sich darüber streiten, ob nach der deutschen Einheit die Bundesrepublik Deutschland das Recht hatte, die Modrow-Gesetze wieder abzuändern. Dazu ist zu sagen: Das Bundesverfassungsgericht, vor dem es gelandet ist, hat gesagt, dass das Vermögensrechtszuordnungsgesetz ein Gesetz zur Ausformung von Artikel 14 Abs. 1 Grundgesetz sei, also eine Ausformung des grundsätzlich garantierten Eigentumsrechts.

Entgegen Ihrer Auffassung ist mit diesem Gesetz keine Enteignung vorgenommen worden. Worüber man sich streiten kann, ist, ob die Entscheidungen, die aufgrund dieses Gesetzes gerichtlich getroffen worden sind, Enteignungen waren und wenn keine Entschädigung erfolgt ist, ob es eine entschädigungslose Enteignung war. Ich glaube, dort wird man hinkommen müssen. Ich glaube, das Bundesverfassungsgericht hat es gehalten, dass diese Rechtslage verfassungskonform ist. Darüber kann man natürlich sehr theoretisch streiten, aber ich denke, wir müssen uns an die Rechtslage des Bundesverfassungsgerichts halten.

Was praktisch in der Umsetzung geschehen ist, ist, dass es eine Vielzahl von Verfahren gab. Sie haben mit Ihrem Antrag die Zahlen noch einmal genannt. Wir stellen fest, dass es in Sachsen über 5 000 Fälle gegeben hat, in denen das Grundstück den Antragstellern nicht zugesprochen wurde und sie demzufolge das Grundstück im Zweifel dem Freistaat Sachsen zu übertragen hatten.

Was mich ein wenig verblüfft – sowohl bei dem Antrag aus Brandenburg als auch bei dem Antrag, den Sie hier stellen – ist: Es wird eine ganze Menge ausdifferenziert, aber am Schluss kommt man eigentlich zu einer Regelung, die hier gefordert wird, die da lautet: Jeder, der einmal eingetragen war, soll Eigentümer sein oder entschädigt werden. Das ist die Regelung, die Sie eigentlich anstreben. Sie wollen im Prinzip eine Entschädigung, einen Fonds – wie auch immer – für diejenigen, die ihr Eigentum nicht mehr bekommen können. Da die Rechtskraft im Zweifel eingetreten ist, weil die Verfahren alle abgeschlossen sind, soll jetzt im Nachgang noch ein Entschädigungsfonds geschaffen werden.

Die Frage ist, ob das gerecht ist. Unter Gerechtigkeitserwägungen, wenn ich die Probleme des Einigungsvertrages weglasse und auch die Frage, warum Herr Modrow das seinerzeit getan hat. Weil er wahrscheinlich Angst hatte, dass auf einmal ganz viele aus dem Westen kommen, alles aufkaufen usw. Das mag sein. Diese Folge, die Herr

Modrow befürchtet hat, ist nicht eingetreten. Das muss man klar sagen.

Das, was hier vorgenommen wurde, ist die Differenzierung, die nach DDR-Recht vor Modrow galt. Da sind, ich sage jetzt einmal, ohne die Einzelfälle alle prüfen zu wollen, im Großen und Ganzen gerechte Entscheidungen getroffen worden. Der von Ihnen zitierte BGH, der einen hohen moralischen Anspruch funktionierte hat, hat das wesentliche Kriterium, nämlich die Mitgliedschaft in der LPG, so weit abgeschwächt, dass es nachher ausreichte, dass jemand auch nur behaupten musste, Mitglied einer LPG werden zu wollen und dieses glaubhaft machen musste.

(Zuruf des Abg. Klaus Bartl, DIE LINKE)

Wenn er das machen konnte, wenn er es irgendwie annähernd belegen konnte, dass er auch nur die Absicht hatte, zum Zeitpunkt des Stichtages Mitglied der LPG zu sein, dann reichte das aus, damit er Eigentum erhält. Das hat der BGH entschieden. Dann frage ich mich, welche Fälle übrig bleiben. – Das sind diejenigen, die offensichtlich nicht nachweisen können, keine Beziehungen dazu hatten, bei denen das Land möglicherweise schon seit Jahren oder Jahrzehnten brachgelegen hatte und eigentlich zu diesem Stichtag keine Beziehungen mehr zu diesem Land bestanden.

(Carsten Hütter, AfD: Die nicht nachweisen können!)

Ich frage Sie, ob es richtig ist, entweder denen das Eigentum zu verschaffen, oder sie nachträglich zu entschädigen. Ich meine, das wäre nicht gerecht. Deshalb bin ich gegen Ihren Antrag. Wir werden ihn deshalb ablehnen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Kollege Baumann-Hasske kam gerade zum Schluss seiner Rede. Für die AfD spricht Herr Kollege Hütter.

Carsten Hütter, AfD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Die Fraktion der AfD wird den Antrag der LINKEN ablehnen. Der Antrag kann in der vorgelegten Fassung nicht überzeugen. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit ihrem Antrag erreichen, dass die Staatsregierung einen Bundesratsantrag der Landesregierung von Brandenburg unterstützt. Der Antrag Brandenburgs im Bundesrat ist leider ziemlich unbestimmt. Der Bundesrat soll die Bundesregierung auffordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen.

(Klaus Bartl, DIE LINKE: Ja!)

Dieser soll die Vorschriften des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch über die Abwicklung der Bodenreform ändern. Es soll ein Ausgleich entstandener Härten erreicht werden. Das Vertrauen der Bodenreformerben in den Rechtsstaat und der Rechtsfrieden sollen wieder gestärkt werden.

Meine Damen und Herren! Ich frage mich, warum das Land Brandenburg nicht gleich einen Gesetzesvorschlag vorlegt. Die Regierung eines Bundeslandes verfügt im Ministerialbereich über ausreichend qualifiziertes Personal, um einen solchen Gesetzentwurf zu schreiben.

(Zuruf des Abg. Klaus Bartl, DIE LINKE)

Liegt es vielleicht daran, dass man in der brandenburgischen Landesregierung aus SPD und LINKEN selbst nicht genau weiß, welche entstandenen Härten man da genau ausgleichen will? Es ist viel leichter, einen solchen Gesetzentwurf von der Bundesregierung einzufordern.

Meine Damen und Herren! Mir drängt sich folgender Eindruck auf: LINKE und/oder SPD haben sich im Brandenburger Landeswahlkampf zu weit aus dem Fenster gelehnt. Nun möchte man ein gemachtes Versprechen einhalten und dies in Form eines unbestimmten Bundesratsantrages wieder einbringen. Auch in Brandenburg wird im nächsten Jahr gewählt. Man könnte sagen, man habe im Bundesrat eine Initiative eingebracht, aber man hätte sich nicht durchsetzen können. Seriöse Regierungsarbeit sieht wohlweislich anders aus.

Werte Kollegen! Dem Antrag der Fraktion DIE LINKE geht es offenbar nicht um die gesetzlichen Regelungen im Grundsatz. Man wendet sich gegen den Umgang mit Fällen, mit denen aufgrund nicht ordnungsgemäßen Handelns der DDR-Behörden später Nachweisschwierigkeiten für die Betroffenen bestanden. Es geht insbesondere um Menschen, die ihre Mitgliedschaft in einer LPG aufgrund mangelhafter Aktenlage der DDR-Behörden nicht mehr nachweisen konnten. Die Stellungnahme der Staatsregierung vom 19. Juli dieses Jahres weist hierzu auf eine differenzierte Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes hin. Der BGH hat keineswegs zwingend auf den Nachweis der Mitgliedschaft in einer LPG bestanden.

Hätte die Landesregierung in Brandenburg eine gerechtere Lösung parat, so hätte sie wohl einen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht. Im Übrigen sollte man einen nach Ablauf gesetzlicher Fristen

(Zuruf des Abg. Klaus Bartl, DIE LINKE)

eingetretenen Rechtsfrieden nicht völlig ohne Not wieder aufkündigen. Dem vorgeblichen Ziel des Rechtsfriedens dient dieser Antrag bestimmt nicht. Deshalb lehnen wir ihn ab.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Kollege Günther.

Wolfram Günther, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir als GRÜNE-Fraktion tun uns sehr schwer mit diesem Antrag – schon allein mit der Ausgestaltung. Wenn man sich überlegt, dass es wirklich um Fälle geht, in denen im Detail jemand etwas nachweisen muss, ob er nachweisen

konnte, dass er ein Interesse an der LPG hatte oder nicht –
– Die Aufbewahrungsfristen bei den landwirtschaftlichen Betrieben sind lange abgelaufen. Wir sind uns nicht einmal sicher, wenn man so etwas umsetzen würde, ob man jeden erreicht, der sich ungerecht behandelt fühlt. Es erscheint uns noch nicht einmal umsetzbar, selbst wenn man es wollte, vor allem vor dem Hintergrund, dass wir im 20. Jahrhundert und danach mehr erlebt haben, dass Dinge zu ungerechten Verhältnissen geführt haben.

In der ersten Tranche, etwa bei der Bodenreform nach dem Weltkrieg, wurden Leute, die etwa dem Stauffenberg-Kreis nahestanden, als sogenannte „Nazis“ enteignet, die das nie wiederbekommen haben. Auch dort mag es viele betroffen haben, bei denen man moralisch sagt, ja, das kann ich gut nachvollziehen. Aber das war in seiner Gänze nicht in Ordnung. Wir wissen, dass viele nach 1990 versucht haben, sich durch Gerichte durchzuklagen, und auch nicht befriedigt zurückgegangen sind. Unsere Rechtsordnung kennt das Instrument des Eintretens in einen Rechtsfrieden. Das kennt man schon im Kleinen im Verwaltungsrecht, dass die Verhältnisse so rechtswidrig bleiben, wie sie sind, wenn man es in einem Monat nicht schafft, Widerspruch einzulegen.

(Zuruf des Abg. Klaus Bartl, DIE LINKE)

Doch so ist es. Rechtsfrieden ist auch ein hohes Gut in dieser Rechtsordnung. Das ist ein permanenter Zielkonflikt.

Ich habe den Bogen so begonnen, dass ich gesagt habe, selbst wenn man hier mit gutem Willen herangehen würde, wäre es unmöglich, für alle 100 % Gerechtigkeit herzustellen. Am Ende würden immer noch welche übrig bleiben.

Vor dem Hintergrund dessen, was man erreichen kann, ist die große Frage, ob man solche alten Verhältnisse nach so vielen Jahren in dem Umfang wieder aufrühren sollte.

(Klaus Bartl, DIE LINKE, steht am Mikrofon.)

Daran habe ich einen großen Zweifel. Man darf nicht vergessen – darauf haben die Vorredner richtig hingewiesen –, die Rechtslage zu DDR-Zeiten war tatsächlich jene: Wenn ich es selber nicht mehr landwirtschaftlich nutzen will, muss ich es in diesen Bodenfonds der DDR zurückgeben. Dann gab es dieses kleine Zeitfenster unter Modrow, dass es auf einmal unabhängig davon vollwertiges Eigentum werden sollte. Da ist noch kein großes rechtspolitisches und gesellschaftspolitisches Vertrauen entstanden, dass das tatsächlich Eigentum ist, sondern diese Eigentumsübertragungen – angefangen von 1945 und dann wieder 1990 – waren immer politisch motiviert.

(Klaus Bartl, DIE LINKE: So wie immer!)

Das ist kein jahrzehntealtes Wachstum. Da könnte man sagen, die Enteignungen 1945 waren viel tragischer. Da hat es teilweise Jahrhunderte alte Rechtsinstitute getroffen. Wie gesagt, man kann sich Bodenreform – Die Rede gab es schon in der Weimarer Republik und länger. Es mag gute Gründe dafür gegeben haben. Aber das sind

einfach Zielkonflikte. Wir müssen sagen, sowohl der Weg als auch der Anlass, das Thema Gerechtigkeit herzustellen, überzeugt uns als GRÜNE nicht wirklich – vielleicht in dem Bereich ja. Ich selbst kenne auch viele tragische Fälle, die immer wieder kommen.

Dann möchte ich noch auf eines hinweisen –

Präsident Dr. Matthias Rößler: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Wolfram Günther, GRÜNE: Natürlich.

Präsident Dr. Matthias Rößler: Bitte.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Vielen Dank, Herr Präsident, dass Sie zwischengefragt haben. – Herr Kollege, ich habe nur eine Frage. Sie sagen: Gerechtigkeit wieder herstellen. Es geht nicht um die Frage, dass die Flächen, die den Bodenreformerben entzogen wurden, jetzt an die zurückgegeben werden sollen, die sie vor der Bodenreform hatten,

(Zuruf des Abg. Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU)

sondern es geht darum, dass sich das Land die Flächen und die Erlöse unter den Nagel gerissen hat, die vor der Bodenreform jemand anderes hatte und die die Bodenreform-Bauern und dann die Erben bekommen haben. Um die Frage geht es doch. Wo ist unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit – das ist meine Frage – für Sie die Not?

(Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Mit dem Thema kann man nicht gewinnen, Herr Bartl!)

Wolfram Günther, GRÜNE: Wir hatten ein Institut des Eigentums an Boden – sagen wir einmal bis 1945 – mit all den politischen Gründen, wie gerecht das verteilt war. Aber es war Eigentum. Dann gab es die erste Enteignungswelle – gleich unter der sowjetischen Militäradministration. Später wurde dieses Land verteilt – Bodenreform, Land, kleine Schläge. Ab 1952 gab es die Zwangskollektivierung und im Prinzip eine komplette Entwertung des Begriffs und Instituts des privaten Eigentums an Land und Boden.

(Beifall der Abg. Georg-Ludwig von Breitenbuch und Hannelore Dietzschold, CDU)

Das war auch der Grund dafür, warum die Grundbücher nicht mehr geführt wurden, weil man sagte: So what? Die wurden sogar an die Elbe – es fällt mir gerade nicht ein –

(Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU:
Nach Barby!)

nach Barby ausgelagert. Ein Teil ist dort verrottet. Es spielte keine Rolle. Deshalb gab es auch kein Bewusstsein mehr bei den LPG-Mitgliedern: Oh, wir haben Eigentum, das ist etwas wert – im Übrigen ähnlich wie Wohngebäude, die man manchmal für einen freien Taler abgegeben hat, weil die Mieten nicht einmal mehr die Unterhaltungslasten getragen haben. Das war ein Problem der DDR.

Privates Eigentum war nicht gerade der hohe Wert, sondern es ging um gesellschaftliches Eigentum. Man kann lange über die Vor- und Nachteile diskutieren, aber das war die Aussage.

Jetzt kommt ein ganz kleiner zeitlicher Moment unter Modrow, in dem man dieses – worauf eigentlich keiner vertraut hat, dass man ein solches Eigentum hätte – Eigentum kurz in ein privates überführen will, also eigentlich aus Sicht einer SED – PDS damals – ein kapitalistisches Instrument und nicht mehr gesellschaftliches Eigentum. Jetzt diesen kleinen Moment zu nehmen und zu sagen, da muss ich jetzt rückabwickeln und größte Gerechtigkeit herstellen und das sollte auch noch unbedingt einen Kapitalanspruch als Ausgleich für diese Flächen haben, bei denen vorher keiner auf die Idee gekommen ist, hier habe ich vererbbares Land, das spielte keine Rolle mehr, das sehe ich nicht als Handlungsfaden, dass wir dafür einen Anlass hätten, das zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der SPD)

Viel wichtiger – damit komme ich auf die letzte Minute meiner Redezeit zurück – haben wir auch aktuell Probleme mit dem Boden. Wir haben wegen dieser Kalamitäten, die da passiert sind, diese alten LPG-Genossenschaften, die in GmbHs umgewandelt wurden, wo man damals schon aus Sicht der Genossenschaft einzelne Mitglieder für einen Apfel und ein Ei ausgezahlt hat – Sie haben gesagt: Seht mal, unser Schweinestall mit dem asbestverseuchten Dach ist nichts wert. Seid froh, wenn ihr überhaupt einen Cent bekommt. Aus deren Sicht hat der Boden im Nachgang auf einmal einen Wert gewonnen.

Jetzt kommt es: Wir haben solche GmbHs, bei denen nach und nach, wenn einzelne Gesellschafter in Rente gegangen sind, die für einen lächerlichen Taler ausgezahlt wurden – In den Neunzigerjahren hatten wir noch die Flächenstilllegungen. Jetzt ist das Land auf einmal sehr viel wert, und jetzt haben wir die letzten GmbHs, Millionen Euro wert, bei denen noch drei Eigentümer übrig geblieben sind, ältere Herren aus dieser Zeit. Wenn dort noch einer aussteigt oder Erben kommen und das ausgezahlt haben wollen, müssten sie denen Millionen auszahlen, die keiner hat, was dazu führt, dass sie ihre gesamten Anteile an Kapitalanleger abgeben.

Das steht uns bevor, und da sehe ich einen viel größeren Handlungsbedarf, mit dem wir uns hier beschäftigen sollten, aber nicht mit diesem – so möchte ich sagen – zeitgeschichtlichen Phänomen, mit dem Sie uns hier beschäftigen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der SPD)

Wir haben wirklich lange überlegt, ob wir uns bei Ihrem Antrag enthalten, weil wir Gerechtigkeit herzustellen noch irgendwie nachvollziehen können. Aber ich muss sagen, im Lichte dieser Debatte empfehle ich meiner Fraktion jetzt Ablehnung; denn das ist kein Weg.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der SPD)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Kollege Günther war das, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Jetzt sind wir durch. Wollen Sie eine zweite Runde eröffnen? – Nein. Damit könnte die Staatsregierung das Wort ergreifen, und sie tut das auch. Bitte, Herr Staatsminister Sebastian Gemkow.

Sebastian Gemkow, Staatsminister der Justiz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es ist nicht zu bestreiten, die Bodenreform ist Ursache für viele Verwerfungen, Verwerfungen, die auch durch rechtliche Aufarbeitung durch den Gesetzgeber Anfang der Neunzigerjahre und durch die Gerichte nicht einfach ungeschehen gemacht werden konnten. Es gehört auch zur Wahrheit dazu, dass diese Verwerfungen für einige dazu geführt haben, dass sie sich vom demokratischen Gesetzgeber und den Gerichten im Stich gelassen fühlen.

Es gibt wenige Themen, die sich so gut eignen wie die Bodenreform und ihre Aufarbeitung, um darüber auch heute noch Gerechtigkeitsdebatten zu führen. Wer die menschliche Dimension erfassen will, kann als Außenstehender die Romane „Landnahme“ von Christoph Hein oder „Unterleuten“ von Juli Zeh zum Ausgangspunkt nehmen. Wer sich mit der Materie rechtlich befassen will, der muss allerdings tief in normenpraktische Handhabungen und die nach der friedlichen Revolution ergangenen Urteile einsteigen, und das ist, glaube ich, hier in einer ganz interessanten Art und Weise gerade eben passiert – mit sehr viel Sachverstand. Vielen Dank für die Debatte. Es war toll, das zu verfolgen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Der zuständige Bundesgesetzgeber hat seinerzeit mit dem Zweiten Vermögensrechtsänderungsgesetz ein ausdifferenziertes System geschaffen, mit dem die Eigentumslage an denjenigen Bodenreformgrundstücken endgültig geklärt werden sollte, die an Neubauern ausgegeben sind oder ausgegeben waren. Sich daraus ergebende Auflösungsansprüche des Freistaates Sachsen gegen Bodenreformerben sind seit dem 2. Oktober 2000 verjährt. Bei Ansprüchen der Bodenreformerben zum Beispiel auf Anfechtung einer Auflassung ist spätestens zum 31. Dezember 2012 Verjährung eingetreten.

Die Rechtsverhältnisse in Sachsen sind damit seit Jahren geklärt. Aktuell gibt es hier deshalb nur noch wenige Anfragen oder Beschwerden von Bodenreformerben und verbliebene Vollstreckungsfälle. Es gibt auch kein Defizit des Rechtsstaates. Die Gerichte haben die Regelung längst als verfassungskonform gebilligt. Zuletzt hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Jahr 2005 die Rechtmäßigkeit der zugrunde liegenden Regelung auch im Hinblick auf die Unentgeltlichkeit der Übertragung bestätigt.

Der Umstand, dass einzelne Übertragungs- und Gerichtsverfahren für die Bodenreformerben zu einem zwar ungünstigen, aber trotzdem rechtmäßigen Ergebnis geführt haben, führt zu keiner Gefährdung des Rechtsfriedens oder des Vertrauens in den Rechtsstaat. Die Rechts-

sicherheit und der Rechtsfrieden gebieten es eher, von einer neuerlichen Korrektur und einem damit verbunden möglichen Wiederaufrollen der Eigentums- und Besitzverhältnisse abzusehen. Ein Härtefallausgleich erscheint fast 30 Jahre nach der friedlichen Revolution schlicht nicht mehr erforderlich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Nach den Ausführungen des Staatsministers kommt jetzt die Fraktion DIE LINKE in den Genuss eines Schlussworts, Kollege Bartl.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Vielen Dank, Herr Präsident, für den Genuss. – Wer hat denn den Rechtsfrieden jetzt, Herr Staatsminister?

(Martin Modschiedler, CDU: Wir!)

Die Bodenreformerinnen und Bodenreformerben, die mit der Auslegung und der Rückabwicklung der Modrow-Gesetze und der dazu zeitweilig in diesem historischen Moment geschaffenen Anspruchsgrundlage geprellt wurden, die verlustig gegangen sind, sind die Unzufriedenen. Die haben es nie verstanden. Alle Entscheidungen über das Eigentum sind politisch – seitdem es Rechtsordnungen gibt. Ganz selbstverständlich.

Die Bodenreform war eine politische Entscheidung, in dem Fall der sowjetischen Militäradministration, gemeinsam mit kommunistischer und sozialdemokratischer – weiß ich jetzt nicht – – Dann war es eine Entscheidung der Modrow-Regierung, dass das anders sein soll. Dann gab es wiederum eine Entscheidung der Mehrheit im Bundestag, in dem nur ein Sechstel der Ostdeutschen saßen, dass das Vermögensrechtsänderungsgesetz wieder rückabgewickelt wird. Das sind alles politische Entscheidungen. Die Frage war letzten Endes: Wessen Entscheidung hat die Wirkung verloren?

Noch einmal: Die Äußerung von Kohl zu dem, was für das Zustandekommen des Einigungsvertrages mit Bezug zur Bodenreform konstitutiv war, habe ich vorhin vorgelesen. Die Position war, dass gesagt wurde: Wenn ihr es haben wollt, bitte schön, dann wird aber die Bodenreform nicht angerührt.

Die Frage ist ja letzten Endes, dass diejenigen, die das als Kinder, als Enkel von den Bodenreformerben verloren haben, jetzt fragen: Weshalb ist denn das Land nicht an den gegangen, der damals von der Bodenreform enteignet worden ist, sondern warum hat es denn jetzt Brandenburg? Warum hat es denn jetzt Sachsen? Warum haben denn die die Millionen?

(Zuruf des Abg. Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU)

Warum macht die Bundesrepublik Deutschland das, was der DDR gewissermaßen als Unrecht nachgesagt wird, weil sie das zurückgeholt hat in den Bodenfonds, jetzt an ihrer Stelle? Ich verstehe die Welt nicht mehr. Ich denke

einfach, ich bin hier im falschen Film. Auf den Tag ein Jahr und einen Tag ist es her, dass Ihre Schwesterfraktion, sehr geehrter Herr von Breitenbuch, im brandenburgischen Landtag die Große Anfrage 24 der Fraktion der CDU zum Thema Unrechtswiedergutmachung – Bilanz nach zehn Jahren Bodenreformaffäre – zur Behandlung aufrief und der rot-rot-grünen Koalitionsregierung, die das Problem von der Vorgängerregierung geerbt hatte, und damit der CDU zu Recht Feuer unter den Hintern machte. In der Einbringungsrede Schloss Ihr Kollege MdL Gliese von der brandenburgischen CDU den Redebeitrag zur Eröffnung der Aussprache über die Große Anfrage mit folgenden Worten: „Verehrter Herr Minister,“ – damit war der linke Minister gemeint – „liebe Kollegen, lassen Sie uns heute ein Stück Wiedergutmachung betreiben und die gravierenden Fehler der Bodenreformaffäre zumindest zum Teil abmildern. Der Landtag kann seiner Verantwortung zumindest ein Stück weit gerecht werden, spät, aber nicht zu spät. Der Entschließungsantrag der CDU bietet dazu die Möglichkeit.“ Unterstützt war der Antrag von der Fraktion der GRÜNEN und der am weitest gehende Redner in der Kritik der Links-Links-Regierung war Ihr Vertreter.

(Martin Modschiedler, CDU: Jetzt sind Sie aber hinterher! – Zurufe von den LINKEN)

– Nein, ich bin nicht hinterher, aber es ist ja jetzt mein Problem. Wir dachten, wir machen etwas Gutes, wenn wir einmal das tun, was die Thüringer, die Brandenburger –

Präsident Dr. Matthias Röbler: Kollege Bartl, die Zeit ist abgelaufen!

Klaus Bartl, DIE LINKE: – erzwungen haben, und jetzt machen wir es wieder falsch.

Ein Satz nur noch.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Ein Satz noch, das ist der letzte Genuss.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Landauf, landab wird davon gesprochen, dass der Referenzboden zwischen Politik und Bürger verloren gegangen ist, unter anderem, weil Bürgerinnen und Bürger einen Vertrauensverlust zum Rechtsstaat haben. Jetzt pfeifen wir einmal, und jetzt stoppen Sie uns schon beim Mundspitzen ab. Das ist ein Problem, das uns auf die Füße fallen wird.

(Beifall bei den LINKEN)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Meine Damen und Herren! Ich stelle nun die Drucksache 6/13871 zur Abstimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Die Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen.

(Der Abg. Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU, steht am Mikrofon.)

– Jetzt sind wir noch in der Abstimmung.

Damit ist die Drucksache 6/13871 nicht beschlossen.

Nun gibt es eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten durch Herrn Kollegen von Breitenbuch.

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Genau, Herr Präsident! Ich möchte mein Abstimmungsverhalten erklären und noch etwas ergänzen, und zwar: Wir reden hier über Föderalismus. Die Länder haben – wer sich damit genauer beschäftigt, es ist Agrargeschichte unserer Länder, gerade im Osten – 1992 ganz bewusst dieses Land an sich heranziehen wollen, um ihre Agrarbetriebe, die hier waren, zu stärken. Ganz bewusst. Es war agrarpolitisch gewollt. Das war gerade im Norden, und es ging quer durch alle Parteien. Entsprechend war das auch ein Hintergrund dessen, warum so gehandelt wurde. Auch da hat man politisch übersteuert, weil man wollte, dass hier die Ostbetriebe auch genug Substanz hatten, und die wollte man fördern. Das tut man teilweise bis heute. – Nur als Ergänzung.

Insofern waren wir ganz tief in dem Thema drin. Meine Abstimmung war klar.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Das war eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten. Jetzt – vermute ich –, Herr Kollege Bartl, erklären Sie Ihr Abstimmungsverhalten auch.

Klaus Bartl, DIE LINKE: Danke, Herr Präsident. Ich habe für den Antrag gestimmt, weil ich der festen Überzeugung bin, dass die Erwägungen, weshalb die Eigentumsituation, der Eigentumsstatus nach den Modrow-Gesetzen wieder rückabgewickelt sind, unter anderem die

gewesen sein können, wie Herr Dr. von Breitenbuch sagte.

Ich habe nur eine andere Auffassung über die Wirkung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs. Wenn der Bundesgerichtshof und diese Republik ein Urteil zu einem bestimmten Staatshandeln treffen, was in diesem Fall ein Land betrifft, beispielweise Brandenburg, dann gilt das Urteil selbstverständlich nicht nur für Brandenburg, es gilt fernerhin auch für die anderen 15 Bundesländer. Das ist ganz selbstverständlich. Wenn im Bundesrat ein Land sagt, nachdem sie einen Untersuchungsausschuss eingesetzt hatten und eine Enquete, und zwar auf Forderung der CDU, dass das Unrecht gewesen ist, wollen wir zumindest – Rückgabe geht nicht mehr, Rückgabe vor Entschädigung geht alles nicht mehr – nur noch einen Entschädigungsfonds, wir wollen Rechtsfrieden wiederherstellen. Dass wir darüber nicht reden können, dass hier gewissermaßen mit der ideologischen Keule abgestimmt werden soll, das verstehe ich nicht.

(Beifall bei den LINKEN)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Auch das war eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten. Bewusst habe ich das jetzt etwas weit ausgelegt wegen der interessanten Rechtsmaterie.

Kollege Bartl, hier werden noch Dr. h. c. verteilt: Herr Dr. von Breitenbuch.

(Heiterkeit bei der CDU)

Gut.

Der Tagesordnungspunkt ist nun beendet.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 8

Schutz von Rehkitzen bei der Grasmahd in Sachsen

Drucksache 6/15328, Antrag der Fraktion AfD, mit Stellungnahme der Staatsregierung

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Wir beginnen mit der einbringenden AfD-Fraktion. Bitte, Frau Kollegin Grimm.

Silke Grimm, AfD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir am Mittwoch in der Nacht zu einer unchristlichen Zeit schon einmal über die finanziellen Mittel für diesen Antrag gesprochen haben, möchte ich heute dazu den Sachantrag einbringen. Das Thema unseres Antrages ist „Schutz von Rehkitzen bei der Grasmahd in Sachsen“. Unser letzter Antrag in diesem Kalenderjahr greift das Thema Tier- und Naturschutz auf.

(Zurufe von der CDU)

Wir machen uns heute für die Vermeidung unnötigen Leides der heimischen Rehkitze stark. Worum geht es

überhaupt? Wer es am Mittwochabend nicht mehr ganz so vernommen hat, für den möchte ich das jetzt noch einmal ausführen.

Jedes Jahr werden in ganz Deutschland mehrere Tausend Rehkitze grausam verstümmelt oder zerknackelt, wenn der Landwirt seine Wiesen mit Hilfe von großen Mähmaschinen mäht. Die Kitze werden von den Ricken in den Feldern abgesetzt, während die Ricken auf Futtersuche gehen. Dabei haben die Kitze in den ersten Lebenswochen einen Drückinstinkt, das heißt, sie drücken sich bei drohender Gefahr flach auf den Boden, um von Fressfeinden nicht gesehen zu werden. Das habe ich schon einmal erörtert. Die Landwirte haben keine Chance, die Kitze im hohen Gras zu entdecken, wenn sie mit den Mähmaschinen über das Feld fahren.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Keinen Landwirt lässt es kalt, wenn er das einmal erlebt hat.

(Wolfram Günther, GRÜNE:
Das haben Sie wortgleich schon erzählt! –
Heiterkeit bei den GRÜNEN –
Allgemeine Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Was kann man nun zum Schutz von Rehkitzen tun? In Schleswig-Holstein und in der Schweiz gibt es bereits erfolgreiche Projekte, um das Rehkitzsterben einzudämmen. In diesen Gebieten werden zum Beispiel Drohnen mit Wärmebildkamera benutzt und mit deren Hilfe vor der Grasmahd die Wiesen nach Rehkitzen abgesucht. Werden Rehkitze aufgefunden, wird die Liegestelle großzügig abgesteckt, damit der Landwirt diese Stellen umfahren kann. So konnte beispielsweise in Schleswig-Holstein die Kreisjägerschaft Dithmarschen-Nord innerhalb von zwei Wochen 15 Drohnenflüge auf 2 300 Hektar Land durchführen und dadurch nachweislich 158 Rehkitzen das Leben retten.

Wir möchten in Sachsen nach dem obigen Vorbild ein Drohnen-Modellprojekt initiieren, um die Rehkitzrettung flächendeckend anbieten zu können. Für dieses Projekt soll die Staatsregierung mindestens 13 Drohnen mit Wärmebildkamera anschaffen und mindestens eine dieser Drohnen jeder unteren Jagdbehörde kostenlos zur Verfügung stellen. Die Drohnen können dann von den Landwirten und Jägern nach einer Einweisung in die Bedienung kostenlos geliehen werden. Das Modellprojekt soll von 2019 bis 2021 laufen, danach einer Evaluierung unterzogen werden, um es entweder weiter auszubauen oder bei Misserfolg bzw. fehlender Nachfrage wieder einzustellen.

Herr Staatsminister Schmidt hat uns bereits den Hinweis erteilt, dass – ich zitiere aus der Stellungnahme des SMUL zu unserem Antrag –: „... Drohnensysteme, die primär der Digitalisierung von Geschäftsprozessen dienen, über die Richtlinie ‚Landwirtschaft, Innovation, Wissenstransfer‘ aus dem Jahr 2014 gefördert werden können“ und die Nutzung dieser Drohnensysteme zur Wildrettung dabei nicht ausgeschlossen sei.

Vielen Dank, Herr Minister, für diesen Tipp. Sie kennen allerdings unsere Haltung zum Umgang der EU mit unserer Landwirtschaft. Diese Förderrichtlinien sind für Landwirte mehr Aufwand als Nutzen.

Allein die Antragsstellung ist ein wahres Bürokratiemonster. Das möchten wir unseren kleinen landwirtschaftlichen Betrieben nicht zumuten.

Wir befürworten bei der Umsetzung des Modellprojektes eine pragmatische Lösung und wollen diese durch die Berücksichtigung von drei Kriterien erreichen: erstens, oberste Priorität für alle Beteiligten haben wenig Aufwand und viel Nutzen, zweitens, eine unbürokratische Handhabung für Jäger und Landwirte durch direkte Zusammenarbeit im Modellprojekt mit der unteren Jagdbehörde und, drittens, keinerlei Kosten für Jäger und Landwirte, die sich freiwillig der Rehkitzrettung annehmen.

Ein Landwirt soll nicht erst eine Drohne kaufen, einen Antrag auf Förderung stellen, monatelang auf die Antwort warten und sich dann rechtfertigen und eventuell mit Sanktionen rechnen müssen. Der Landwirt soll entweder selber die Möglichkeit haben oder nach Rücksprache mit dem jeweiligen Jagdausübungsberechtigten in den Genuss der Nutzung einer Drohne kommen können.

Wenn wir diese drei Kriterien berücksichtigen und das Modellprojekt gemeinsam umsetzen, kann das verheerende Zerhackeln von Rehkitzen endlich reduziert werden.

Auch wenn Sie unseren Haushaltsänderungsantrag zu diesem Thema bereits abgelehnt haben, bitte ich hier noch einmal um Zustimmung zu unserem Antrag. Machen Sie sich bitte ausnahmsweise frei von ideologischen Beweggründen und stimmen Sie unserem Antrag zu. Die lebenden Rehkitze sollten es Ihnen wert sein.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Kollege von Breitenbuch.

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Grimm, wenn Sie gleich sagen, wir wären ideologisch, dann ist das ärgerlich, denn wir sind hier praktisch unterwegs. Wir kennen die Situation vor Ort. Ich bin selbst Jäger. Man versucht auf vielfältige Weise, die Rehkitze zu schützen.

Das liegt schon an demjenigen, der das Mähwerk fährt, dass er vorsichtig ist und sich an die Ecken herantastet, von denen er im letzten Jahr schon gewusst hat: Dort ist ein Rehkitz weggesprungen, dort ist eine Ricke weggesprungen, da könnte etwas liegen. All diese Erfahrung fließt voll mit ein.

Wir haben Jäger, die mit Hunden extra Versuche machen, ob Rehkitze im Gras liegen könnten, um genau das zu vermeiden. Niemand will, dass diesen Rehkitzen etwas passiert.

Natürlich gibt es auch Möglichkeiten des Staates. Wir haben Förderinstrumente, wie die Richtlinien „Landwirtschaft, Innovation, Wissenstransfer“, die auch den Kauf einer solchen Drohne unterstützen. Es gibt ein Forschungsvorhaben „Wildretter“, das vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft durchgeführt wurde, um hierüber Erfahrungen zu sammeln und einzubringen. Das ist auch das, was der Staat machen sollte. Diese Dinge selbst anzuschaffen halte ich nicht für richtig. Das lehnen wir ab.

Insofern lehnen wir auch Ihren Antrag ab.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Als Nächste spricht Frau Kagelmann für die Fraktion DIE LINKE.

Kathrin Kagelmann, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Es grenzt schon ein bisschen an Beschäftigungstherapie, was wir jetzt hier machen, nachdem wir uns gestern Nacht bereits mit dem Thema auseinandergesetzt und dieses bereits abgelehnt hatten.

(Dr. Stephan Meyer und
Christian Hartmann, CDU: Vorgestern!)

Reden wir nun also noch einmal zu den Rehkitzen. Es mag ja ganz nett sein vor den Feiertagen, aber nicht sachgerecht.

Ganz sachlich gesagt: Wer den Mähtod von Tieren billigend in Kauf nimmt, handelt vorsätzlich und begeht nach dem Tierschutzgesetz eine Straftat. Sie wird, wenn sie zur Anzeige kommt, mitunter sehr hart geahndet, und das ist richtig so. Gleichzeitig bergen die getöteten Wildtiere auch für die Landwirtschaft ein Risiko, wenn die Kadaverteile in das zu silierende Gras gelangen und später verfüttert werden. Insofern hat der Landwirt gleich ein mehrfaches Interesse daran, vor der Grasernte sicherzustellen, dass keine Wildtiere auf der Fläche sind.

Es gibt verschiedene Methoden nachzuschauen, was auf der Grasfläche drauf ist. Herr von Breitenbuch hat bereits dazu ausgeführt; das will ich nicht noch einmal tun. Die Bauern brauchen also nicht zwingend Drohnentechnik, und man muss auch berücksichtigen, dass deren Anwendung durchaus anspruchsvoll ist, technisch wie personell. Ich will auch gleich dazu sagen, dass 13 Drohnen im gesamten Land Sachsen dann doch ein bisschen „weng“ sein dürften.

Ich habe mich einmal schlau gemacht, wie es der regionale Oberlausitzer Bauernverband sieht. Es kann ja sein, man hat von rechter Seite besondere Informationen, dass das ein enormes Problem wäre.

(André Barth, AfD: Sie haben
hoffentlich keinen Nazi-Bauern gefragt!)

Jedenfalls habe ich die Rückmeldung bekommen, dass der Bauernverband in der Lausitz keinen Bedarf an Drohnen für den Wildschutz erkennen kann. Ich erhielt zur Antwort, dass die fahrlässige Tötung von Rehkitzen bei der Futterernte insofern kein Problem darstellt, als dass inzwischen stärker nach Inhaltsstoffen und damit teilflächenspezifisch bewirtschaftet wird und weniger nach Menge geerntet wird. Deshalb liegt der erste Schnitt in der Oberlausitz weit vor der Hauptsetzzeit der Rehe und der zweite Schnitt nach den ersten kritischen Wochen.

Vorsorge wird natürlich trotzdem betrieben und fahrlässige Tötung bleibt strafrechtlich relevant. Es bleibt dabei: Wer nichts tut, macht sich strafbar. Drohnen sind dafür nicht unbedingt erforderlich. Es reichen herkömmliche Maßnahmen. Wer allerdings eine Drohne anschaffen möchte, kann es heute schon tun.

Insofern ist der Antrag nach wie vor überflüssig. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei den LINKEN – André Barth, AfD: Oh!
– Sebastian Wippel, AfD:
Eine Enthaltung hätte es auch getan!)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Für die SPD Herr Kollege Winkler.

Volkmar Winkler, SPD: Danke, Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe mich natürlich der Kritik der Vorredner an. Wir haben nicht nur gestern Nacht im Rahmen der Haushaltsdiskussion darüber gesprochen und unsere Argumente ausgetauscht, sondern im Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft und auch im Haushalts- und Finanzausschuss ist schon darüber gesprochen worden. Ich lehne es ab, hier nur darüber zu reden, dass die Luft wackelt. Das können wir uns ersparen.

(André Barth, AfD: Eingbracht,
abgestimmt, auf Wiedersehen!)

Wir haben ausgeführt, dass es bereits Drohneneinsatz in der Landwirtschaft in Deutschland gibt. Auch in der Schweiz ist es schon der Fall. Deshalb brauchen wir hier gar nicht von einem Modellprojekt zu reden, denn es wird bereits in der Praxis angewandt. Außerdem handelt es sich hierbei um eine Aufgabe der Landwirte, die im Rahmen der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft selbst umzusetzen ist. Ich sehe nicht ein, dass sächsische Behörden zuständig gemacht werden, um Kosten zum Schutz der Rehkitze zu übernehmen.

Alles andere ist gesagt worden, und ich kann mich relativ kurz fassen. Auch die SPD-Fraktion wird den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Kollege Günther für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(André Barth, AfD: Wir hören jetzt
einen fachlich fundierten Vortrag!)

Wolfram Günther, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man das Thema wohlwollend auffassen

(André Barth, AfD: Darum bitten wir!)

und sagen würde, man möchte etwas für die Rehkitze tun, dann ist die Überlegung: Funktioniert denn das, was Sie sich da ausgedacht haben? Leider haben es mir die Vorredner schon vorweggenommen, sowohl heute als auch gestern: Mit 13 Drohnen wird man ein solches Problem nicht lösen können.

(Carsten Hütter, AfD: Wie
sieht denn Ihr Vorschlag aus?)

Ich weiß nicht, was für eine Vorstellung Sie haben, an wie vielen Stellen Landwirte mähen müssen, in der Nähe von wie vielen Wäldern, wo Rehe sein könnten. Das ist keine Lösung.

(Carsten Hütter, AfD: Was haben Sie denn für einen Vorschlag?)

– Dazu komme ich gleich. – Dieser Vorschlag würde gar nicht funktionieren, selbst wenn man sagen würde: Bräuchten wir.

Zweitens ist die Frage: Wenn es schon nicht funktioniert, brauchen wir denn so etwas? Muss man denn einen anderen Vorschlag machen? Nicht nur, dass es bereits Förderprogramme gibt. Es wurde ja genannt: LIW/2014. Es gibt bereits die Fördermöglichkeit. An diesem Programm ist also schon ein Haken dran. Sie haben es eben nur nicht gefunden bei der Antragstellung.

Es gibt eine Menge anderer Möglichkeiten. Erstens sind Jagdgenossenschaften, die Landwirte selbst schon in der Pflicht, es flächendeckend zu machen. An den Mähwerken sind Infrarotsensoren angebracht. Das ist eine ganz einfache technische Möglichkeit. Es gibt akustische Signale an den Mähwerken. Das geht flächendeckend auch ganz einfach. Ebenso kann man am Vorabend, bevor es ans Mähen geht, vergrämen. Das kann man mit Lärm machen oder man geht mit Licht vor. Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten, die bereits angewandt werden.

Wichtig ist, dass die Landwirte mit den Jagdgenossenschaften, mit den Jägern, dies gemeinsam angehen und im Blick haben. Und das machen sie auch. Es gibt sehr viele, und man kann sogar Kinder einbinden, zum Beispiel beim Programm “Kids for Kitz“, das ich aus dem Vogtland kenne. Man kann alles Mögliche tun. Das hat dann sogar noch etwas mit Umweltbildung zu tun.

Man muss ja noch nicht einmal vergrämen, sondern man kann als Landwirt seinen Schlag auch einfach selbst absuchen. Auch das wird getan. Es gibt auch Jagdgenossenschaften, die Geräte – ich habe die Infrarotgeräte angesprochen – an Landwirte verleihen. Das gibt es alles schon.

(André Barth, AfD: Man kann aber auch Drohnen dafür einsetzen!)

Dies ist dann kleinteilig in der Fläche, und es ist eine technische Lösung, da es ein flächendeckendes Problem ist. Da kann man nicht mit 13 Drohnen irgendwie etwas machen.

(André Barth, AfD: Eine Drohne ist keine Flächenlösung?)

Das heißt, Ihr Antrag funktioniert nicht, und wir brauchen ihn auch gar nicht. Ich kann Ihnen aber auch noch sagen, warum es sogar noch mehr schaden würde, als es nützt, denn das Erste ist: Wenn überall staatliche Drohnen herumfliegen, die alles Mögliche aufnehmen, dann hätten wir ein berechtigtes Datenschutzproblem, das wir erst einmal lösen müssten,

(Beifall bei den GRÜNEN –
Carsten Hütter, AfD: Wer weiß, was alles im Kornfeld liegt! – Unruhe im Saal)

und ich bin sehr skeptisch, ob wir das brauchen und wollen.

Zweitens muss man sich einmal anschauen, wie Sie das alles in Ihrem Antrag finanzieren wollen. 150 000 Euro! – Entschuldigen Sie bitte, liebe Kollegen, es gibt so laute Zurufe, deshalb bin ich etwas lauter; aber ich ignoriere sie einmal und komme zur normalen Lautstärke zurück.

Ihre Gegenfinanzierung wollen Sie aus Zuschüssen für laufende Zwecke aus Staatsbetrieben nehmen, aus dem Hochwasserschutz. Na super! Jetzt kaufen wir irgendwelche staatlichen Drohnen auf Kosten des Hochwasserschutzes! Ich kann Ihnen nur sagen: Dem Ganzen zusammengenommen kann man nicht zustimmen.

Ich möchte noch etwas sagen: Das ist genauso wie mit Ihrer Regionalmarke: Sie stellen Anträge, in deren Überschrift ein nettes Wort steht, und man sagt: Oh, ist das aber ein sachlicher Antrag! Aber der Antrag ist nicht einmal ansatzweise durchdacht, wie jener zur Regionalmarke, die die Verbände nicht wollen.

(Zuruf des Abg. Sebastian Fischer, CDU)

Sie sagen: Tut alles für die Regionalität, aber bleibt uns vom Leib mit einer weiteren neuen Marke, bei der Sie nicht ein einziges Komma dazu bringen, wie Sie sie ausgestalten und untersetzen wollen. Genauso hier: Daran, wie Sie sich das technisch vorstellen, dass mit 13 Drohnen dieses Problem flächendeckend gelöst werden könnte, ist nicht ein einziger Gedanke verschwendet worden. Das ist auch eine Missachtung dieses Hohen Hauses. Sie sollten sich bitte selbst etwas ernster nehmen. Wir GRÜNEN lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN,
den LINKEN und der SPD)

Präsident Dr. Matthias Röbeler: Das war der letzte Redner in der Rederunde. Ich sehe auch keinen Redebedarf mehr aus den Fraktionen. Somit kann nun die Staatsregierung ans Pult schreiten. Bitte, Herr Staatsminister Schmidt.

Thomas Schmidt, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich möchte sagen, dass dieser Antrag durch eine einfache Anfrage im Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft oder einen Brief an das Staatsministerium zu beantworten gewesen wäre, welche Möglichkeiten es diesbezüglich bereits gäbe und dass es dieses Modellprojektes nicht bedürfe. Auch ist es eine böswillige Unterstellung gegenüber den Landwirten, dass sie nicht verantwortungsvoll handeln würden.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN –
Carsten Hütter, AfD: Wieso das denn?
Das ist eine Unterstützung!)

Was alles bereits möglich ist und bereits gefördert wird, das können Sie meinem Redetext entnehmen, dessen Rest ich zu Protokoll gebe.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Sie setzen Maßstäbe.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir kommen nun zum Schlusswort. Dieses hat die einbringende Fraktion, Frau Kollegin Grimm.

Silke Grimm, AfD: Danke. Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem Sie alle unseren Antrag wie immer schlechtgeredet haben – „überflüssig“, „keine gute Idee“ –,

(Wolfram Günther, GRÜNE:
Hören Sie doch mal zu!)

bitte ich trotzdem noch einmal um Zustimmung. Ihnen, Herr Günther, möchte ich sagen, dass es sich um ein Pilotprojekt handeln soll, zusätzlich zu dem, was bereits gemacht wird mit dem Abstecken, das Sie erklärt haben. Das ist alles gut, aber es soll zusätzlich ein solches Modellprojekt geben.

(Lothar Bienst, CDU: Aber
wenn kein Bedarf da ist!)

Die Jäger machen das alle ehrenamtlich, und dafür soll dieses Projekt vom Staat angeschafft und bei der unteren Jagdbehörde angesiedelt werden, damit die Jäger nicht noch mehr Kosten in diesem Bereich haben. Die Landwirte tun dies außerdem nicht absichtlich, da sie die Tiere in ihren großen Maschinen nicht sehen. Ich will keinem Landwirt unterstellen, die Tiere absichtlich totzufahren. Im Gegenteil, wir wollen den Landwirten helfen.

(Beifall bei der AfD)

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass das gehauene Gras durch die Tiere verunreinigt wird, und dieses Futtermittel wird dann an Nutztiere verfüttert. Wenn sich diese verdorbenen Fleischreste in der Silage befinden, kann das vor allem bei Milchkühen zu einer Fleischvergiftung führen

(Lachen des Abg. Wolfram Günther, GRÜNE)

– da brauchen Sie nicht zu lachen, das ist so –, die zu deren Tod führen kann.

(Wolfram Günther, GRÜNE:
Dazu sage ich nichts!)

– Nein, das brauchen Sie auch nicht, denn das ist so.

(Carsten Hütter, AfD: Denken
Sie nur an die veganen Kühe!)

Deshalb sollten Sie die Jäger und Landwirte dabei unterstützen, dass die Kitze gar nicht erst getötet werden und in der Silage enden und letztlich die Rinder sterben.

Den sächsischen Jägern liegt die Hege und Pflege des einheimischen Wildes am Herzen. Dabei wollen wir sie mit unserem Modellprojekt unterstützen. Stimmen Sie unserem Antrag zu und ermöglichen Sie den Jägern, dass diese moderne Drohnentechnik auch in Sachsen angeschafft und genutzt werden kann. Unterstützen Sie also die ehrenamtliche Arbeit der Jäger. Geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie heute unserem Antrag zu!

(Beifall bei der AfD)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Meine Damen und Herren, ich stelle nun die Drucksache 6/15328 zur Abstimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. Damit ist die Drucksache 6/15328 nicht beschlossen. Der Tagesordnungspunkt ist beendet.

Erklärung zu Protokoll

Thomas Schmidt, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Auch wenn sich aus dem Naturschutz- oder Jagdrecht keine gesetzlichen Verpflichtungen für einen speziellen Schutz von Rehkitzen ergeben: Der Schutz von Rehkitzen wird sowohl im SMUL als auch von den sächsischen Landwirten ernst genommen.

Zum Thema Rehkitzschutz gibt es viele Handlungsempfehlungen für die Landwirtschaft. Sie schließen auch den Einsatz moderner Drohnentechnik ein. Anbieter von Drohnentechnik für die Landwirtschaft sind in Sachsen bereits am Markt aktiv. Über die Richtlinie „Landwirtschaft, Innovation und Wissenstransfer“ fördern wir in Sachsen die Anschaffung von Drohnensystemen. Über die gleiche Richtlinie unterstützen wir auch die Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Forschung im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaften. Hier könnten aber auch andere Projekte zum Rehkitzschutz gefördert werden.

Für den Rehkitzschutz werden ebenso frühzeitige Absprachen des Landwirtes mit dem Jagdausübungsberechtigten und Vergrämnungsmaßnahmen kurz vor Mähbeginn empfohlen. Während der Mahd können Infrarotsensoren oder Beschallungseinrichtungen, die direkt am Mähwerk bzw. an der Landmaschine angebracht sind, helfen, Rehkitze aufzuspüren. Zutraglich sind auch mehrjährig extensiv genutzte Flächen. Die Anlage solcher mehrjähriger Brach- und Blühflächen auf Ackerland sowie die späte Schnittnutzung auf Grünland sind ebenfalls förderfähig.

Wie Sie sehen, sind in den aktuellen Förderinstrumenten des Freistaates Sachsen bereits verschiedene Möglichkeiten vorhanden, Rehkitze zu schützen. Der Staatsregierung liegen auch keine Hinweise vor, dass die Landwirte ihrer Verantwortung beim Schutz von Rehkitzen nicht gerecht werden, sodass ein staatlich gestütztes Modellprojekt nicht notwendig ist.

Insofern empfehle ich, den vorliegenden Antrag abzulehnen.

Präsident Dr. Matthias Röbber: Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 9

Wildnis zulassen – Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt im sächsischen Staatswald umsetzen

Drucksache 6/13698, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, mit Stellungnahme der Staatsregierung

Für die einbringende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Kollege Günther.

Wolfram Günther, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich hoffe, dass der „Einmut“ in diesem Haus auch bis zu diesem letzten Antrag durchdringt.

(Heiterkeit der Abg. Franziska Schubert, GRÜNE)

Wir haben uns große Mühe gegeben, noch einmal einen wirklich seriösen Antrag einzubringen.

(Oh-Rufe aus den Fraktionen –

Carsten Hütter, AfD: Das wäre etwas ganz Neues!)

– Ja. – Es geht um „Wildnis zulassen – Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt im sächsischen Wald umsetzen“. Sie alle wissen: Wir haben auf nationaler Ebene seit 2007 die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. Wir haben auch auf Landes- sowie auf Bundesebene eine solche Strategie. Im Jahr 2007 haben wir uns verpflichtet, bis 2020 den Rückgang der biologischen Vielfalt aufzuhalten. Das ist nicht mehr allzu lange hin. Das konkrete Ziel unter Punkt b) 2 heißt „Nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt“.

Wir streben Folgendes an: Natürliche Entwicklung auf 10 % der Waldfläche der öffentlichen Hand bis 2020. Das ist ein bundesweites, ein nationales Ziel. Da wir wissen, dass wir als Staat beim Privatwald nicht einfach hineinreden können, können wir nur appellieren, und da wir wissen, dass in Deutschland und auch in Sachsen mindestens die Hälfte der Waldflächen in öffentlicher Hand ist, liegt genau dort der Hauptauftrag. So kommen diese 10 % des Staatswaldes zustande. Wir beantragen, dass 10 % der Staatswaldfläche Prozessschutzflächen, Wildnisgebiete werden.

Das heißt im Umkehrschluss – da uns oft vorgeworfen wird, wir GRÜNEN würden die Forstwirtschaft beenden wollen –, 90 % der staatlichen Forstflächen betrifft dieser Antrag nicht, sondern nur diese 10 %. Sie sind aber wichtig, da man zumindest in 10 % des Waldes diese Wildnis herstellen muss, in der man die Natur möglichst sich selbst überlassen soll, da es auch im und über dem Boden sehr viele Tier- und Pflanzenarten gibt, die darauf angewiesen sind, dass Bäume in verschiedenen Zerfallstadien und Altersstufen vorhanden sind. Wenn man diese Mischung, die sich erst in langen Jahren einstellt, nicht hat, dann gibt es diese Arten einfach nicht, deshalb die

Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt, die hierfür der Hintergrund ist.

Im Übrigen sind genau diese Arten, die an Totholz gebunden sind – all das, was man im richtigen Forstwald nicht will – auf den Roten Listen. Sie dominieren diese, und wir müssen dagegen angehen, deshalb unser Antrag zu den Urwäldern von morgen, die wir schaffen wollen. Neben dem Anliegen, dass wir der biologischen Vielfalt eine Chance geben wollen, geht es auch darum, dass wir in den Flächen, in die wir als Menschen nicht eingreifen, Erkenntnisse gewinnen können, etwa: Wie reagiert Wald ohne menschlichen Eingriff auf die Folgen des Klimawandels? Wie reagiert der Wald auf bestimmte Schädlinge? Wie stabilisiert er sich selbst? Wie setzen sich bestimmte Arten durch? Ich möchte nur ein Beispiel nennen: das Eschentriebsterben. Wenn man diese Bäume nicht alle „umlegt“, sondern mal welche stehen lässt, mänteln sich vielleicht welche heraus, die natürlich dagegen resistent werden. Dazu brauche ich einfach Flächen, auf denen so etwas mal zugelassen wird. Wir können daraus sehr viel lernen, was dann auch den übrigen 90 % des Waldes zugutekommt.

Ich möchte bezüglich der Stellungnahme der Staatsregierung darauf hinweisen, dass wir keine Flächen stilllegen wollen. Die Aufgaben des Waldes und besonders des staatlichen Waldes sind – wir hatten das heute schon in einem anderen Zusammenhang – neben der Nutzfunktion die Schutz- und die Erholungsfunktion. Das ist auf jeder Waldfläche nicht immer alles gleichrangig, sondern auf der einen muss man mehr Naturschutz machen, auf der anderen mehr Forstwirtschaft und wiederum auf einer anderen mehr für die Erholungsfunktion. Dabei geht es genau um diese Schutzfunktionen. Wenn beim Staatswald der Naturschutz in den Vordergrund gestellt wird und man dabei noch etwas lernen kann, dann ist das keine Stilllegung, sondern ein sehr kluger Einsatz dieser Waldressource. Deshalb ist es keine schematische Flächenstilllegung, wie es uns vorgeworfen wird.

Dann kam noch der Hinweis, dass es schon genügend mit unserer Strategie „Naturschutzkonzept des Sachsenforstes“ gebe und bereits Habitatbaumgruppen und Totholzvorräte angelegt wurden. Das ist aber alles sehr kleinräumig. Wir brauchen die Mindestgröße. Deshalb der fachliche Hintergrund, das wenigstens in einem Umfang von 20 Hektar zur Verfügung zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sonst funktioniert es fachlich einfach nicht, was wir dort wollen.

Was mich dann geärgert hat: Beim Waldumbau verteidigen Sie immer unsere Zustände. Bei unserem Antrag wird dann darauf hingewiesen, dass Sachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern den größten Anteil an instabilen Fichtenreinbeständen habe. Ja, das ist so. Deshalb wollen wir im Waldumbau endlich vorankommen. Aber als Vorwurf wird gebracht: Wozu denn jetzt Prozessschutzflächen? Da würden diese Monokulturen dann bis in alle Ewigkeiten unangetastet stehen, wir wollten doch Waldumbau machen.

Erstens: Es geht um 10 % der Flächen. Bei natürlicher Entwicklung geht es genau um Sukzession. Ich kann auch so einen Fichtenbestand einfach mal der natürlichen Sukzession anheimfallen lassen, Borkenkäfer reingehen lassen. Die Bäume fallen dann um. Dort werden die gebietsheimischen Bäume früher oder später von ganz alleine kommen.

Unser Antrag bezieht sich nicht auf die Flächen, die Förster manchmal unter hohem Aufwand schon heute mustergültig zu einem gesunden Mischwald umgebaut haben, sondern man kann auch andere Flächen herausnehmen. Das heißt, die Einwände tragen hier nicht. Ich wüsste überhaupt kein Argument, warum man dem Antrag nicht zustimmen könnte und warum man nicht diesem Anliegen, das auch auf Bundesebene an uns gestellt wird, einfach folgt. Wir wissen, dass die Artenvielfalt eine unserer Hauptbaustellen ist.

In weihnachtlicher Vorfreude hoffe ich auf Ihre geneigte weiche Stimmung und auf Zustimmung zu unserem Antrag.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Vielen Dank, Kollege Günther. Ich hoffe, dass die weihnachtliche Vorfreude unsere Reihen nicht zu arg lichtet.

(Heiterkeit)

Als Nächster hat Herr Kollege von Breitenbuch für die CDU-Fraktion das Wort.

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Urwälder von morgen auf 10 % der Landesfläche. Wir reden damit über 20 000 Hektar Wald, Staatswald. Dieser hat insgesamt 200 000 Hektar. Wir reden davon, dass wir diese 20 000 Hektar, die jetzt mit Bäumen bestanden sind, die einen Wert haben, dem Verfall preisgeben, sie nicht mehr bewirtschaften. Das heißt, wenn wir sie nicht mehr bewirtschaften, dann sind dort auch keine Menschen unterwegs, wir machen keine Gewinne, wir machen keinen Überschuss, wir wirtschaften dort nicht. Das lehnen wir in der drastischen Art ab.

Abgesehen davon: Was soll dabei herauskommen? Unser Anspruch ist ein anderer. Wir wollen versuchen – das tun

wir seit Jahren und Jahrzehnten, auch durch den Waldumbau –, auf der Fläche das Miteinander von Wirtschaft, Ökonomie und Ökologie herzustellen. Ich möchte diesbezüglich nur Prof. Heinz Lehmann zitieren:

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Aus unserer Sicht kann darauf nicht verzichtet werden, dieses Miteinander weiter – das ist anspruchsvoll, das wissen wir – zu schaffen. Es geht darum, dass man auch einmal auf einen Hohlbaum verzichtet, diesen dem Specht überlässt oder Vernässungen nicht wieder durch Gräben aufzieht. Das sind einzelne Dinge, die natürlich in jedem Wald sehr individuell passieren können.

Der Staatswald ist Volkseigentum,

(André Barth, AfD: Volkseigentum?)

es ist Eigentum, das dem Volk gehört und damit nicht unter die Räuber fallen darf. Dass wir damit jetzt so umgehen, dass wir das einfach dreingeben, das kann es nicht sein.

Das widerspricht auch der Aktuellen Debatte von vorhin. Vorhin haben wir unsere Sorge zum Ausdruck gebracht, wie auf den Flächen, die jetzt geschädigt sind, wieder neuer Wald entstehen kann. Das ist eine Herausforderung, der wir erst einmal stattgeben müssen. Das bedeutet intensive Arbeit und Entscheidung, dann aber auch Umsetzung auf diesen Flächen, was nicht einfach ist. Es tippt auch ein Thema der Vordebatte an. Es geht um Eigentum. Wie gehen wir mit dem Volkseigentum um? Mit der CDU sind in der Art Urwälder von morgen nicht zu machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Bitte, Frau Kollegin Kagelmann für die Fraktion DIE LINKE.

Kathrin Kagelmann, DIE LINKE: Vielen Dank, Herr Präsident. – Werte Damen und Herren Abgeordnete! Um es gleich vorwegzunehmen: Unsere Fraktion unterstützt das Anliegen des Antrages grundsätzlich. Wir werden trotzdem nicht zustimmen. Ich will Ihnen gleich begründen, warum.

Richtig ist, dass Sachsen mit erheblichem Abstand weniger Naturwaldzellen als die anderen Bundesländer aufweist. Bei uns sind lediglich 0,06 % der Waldfläche des Landes als Naturwaldzelle geschützt. Das ist in etwa so viel wie in Brandenburg, aber nur halb so viel wie die übrigen Bundesländer mit bereits unterdurchschnittlich wenigen Naturwaldzellen, wie etwa Hessen, Nordrhein-Westfalen oder Sachsen-Anhalt aufweisen. Was noch als Naturwaldzelle ausgewiesen werden kann, sollte auch ausgewiesen werden.

(Beifall des Abg. Wolfram Günther, GRÜNE)

– Jetzt kommt es – vorsichtig mit dem Klatschen: Anzuerkennen ist aber gleichzeitig, dass Sachsen über die im

Vergleich zu den anderen Bundesländern größten Anteile an instabilen Fichtenbeständen verfügt. Wir haben auch Probleme bei den Kieferreinbeständen. Aber dabei liegt das Land Brandenburg noch vor uns.

Angesichts eines dringend notwendigen klimawandelfesten Waldumbaus stellt das eine besondere Herausforderung dar. Aber es macht aus unserer Sicht genauso wenig Sinn, in Waldbestände vor einem vernünftigen Erntealter der Bäume in größeren Umfang einzugreifen. Daher kollidiert der Anspruch einer forcierten Ausweitung von Naturwaldzellen über die wenigen naturschutzrelevanten Flächen hinaus, die bereits als Totalreservate geschützt werden, mit dem Erfordernis auf der anderen Seite, die standortwidrig bestockten Flächen erst einmal umzubauen.

Aber es gibt auch die Wälder, die bereits naturnah bestockt sind, die sich aber zum Beispiel wegen ihrer Steillage nicht ohne Weiteres beernten lassen. In diesen Wäldern gibt es häufig die naturschutzfachlich begehrten ununterbrochenen Habitattraditionen, wie man so schön sagt, weil Generationen von Förstern vorher die eher leicht zugängliche Fläche beerntet hatten.

Auf Seite 37 ff. des Sachsenforst-Naturschutzkonzeptes ist erläutert, was mit diesen Flächen geschehen soll. Sie werden hinsichtlich ihrer naturschutzfachlichen Bedeutung bewertet, und dann sollen sie periodisch aus der Nutzung genommen werden. Das bedeutet aber im Umkehrschluss, dass diese Flächen je nach Kassenlage doch wieder beerntet werden sollen.

Was wir nicht wissen, ist, welchen Gesamtumfang derartige Flächen haben. Vielleicht macht Forstminister Schmidt danach noch einige Aussagen dazu. Sicherheits halber habe ich aber schon einmal mit einer Kleinen Anfrage nachgefragt.

(Staatsminister Thomas Schmidt: Sehr schön!)

Es kommt noch ein weiteres Problem hinzu: Der Totholzvorrat in Sachsen bewegt sich gerade einmal bei der Hälfte des Bundesdurchschnitts. Insbesondere die starken Dimensionen beim stehenden Totholz fehlen hier, weil diese Bäume bereits geerntet wurden oder werden. Die letzten Refugien im alten Baumbestand befinden sich nämlich häufig im urbanen Raum, das heißt in Parks und an Wegen und Straßenrändern. Dort fallen sie, wie wir wissen, gern Verkehrssicherungsmaßnahmen zum Opfer.

Im Wald dagegen werden die Bäume so früh gefällt, dass sich Baumhöhlen oder morsche hohle Stämme gar nicht erst ausbilden können. Die aber wären wichtig, besonders für Holz bewohnende Insektenarten. Deshalb muss jetzt für diese Habitate vorgesorgt werden, beispielsweise indem einzelne starke Bäume stehen bleiben. Nun erwarte ich nicht, dass Sachsenforst die besten Furnierholzstämmen, die Generationen von Förstern gepflegt haben, einfach mir nichts, dir nichts der Verrottung überlässt. Aber es gibt immer wieder starke Einzelexemplare von Bäumen oder bereits abgestorbene Bäume, die besser

nicht ins Brennholz gesägt und aus Gründen des Naturschutzes erhalten werden sollten.

Auf der anderen Seite diskutieren wir ganz aktuell über gefährdete Arten, zum Beispiel das Birkhuhn, das gerade durch die geänderte Waldnutzung seine Habitate verliert, weil die benötigten Offenflächen zuwuchern. Deshalb ist das Birkhuhn in Sachsen fast ausgestorben. Das heißt, unberührte Wälder sind nicht zwingend Garant für eine intakte und höhere Biodiversität. Wir haben zudem noch ein zusätzliches Problem – das haben wir auch schon besprochen –: den Borkenkäfer. Der wirkt in kränkenden Fichtenreihenbeständen eben besonders gravierend und gefährdet damit umliegende Bestände. Was in Naturschutzgebieten noch in begrenztem Umfang akzeptiert werden kann, findet kein positives Echo bei angrenzenden Privatwaldbesitzern, weil es zu Gewinneinbrüchen führt.

Genau zwischen diesen verschiedenen naturschutzfachlichen, klimapolitischen und letztlich auch betriebswirtschaftlichen Anforderungen muss sich heutzutage moderne Waldwirtschaft bewegen. Und sie ist dabei gegenwärtig noch in aktuellen Waldbaumethoden und Denkschulen gefangen. Guter Waldbau macht es möglich, Flächen dauerhaft oder zeitweilig aus der Nutzung zu nehmen, umzubauen, aber auch einzelne Biotopbäume stehen zu lassen und dem Verfall zu überlassen, wenn der übrige Bestand mit anderen Baumarten aufgeforstet wird. Das widerspricht gegebenenfalls betriebswirtschaftlichen Überlegungen, dient aber in besonderer Weise dem Naturschutz und stellt damit ein übergeordnetes Gemeinwohlinteresse dar. Das ist es auch, was im Staatswald, im Gegensatz zum Privatwald, leichter und direkter durchgesetzt werden kann, was der besonderen und gesetzlich verankerten Gemeinwohlverpflichtung des Staatsforstbetriebes entspricht und was insofern auch eingefordert werden sollte.

Deshalb erwarte ich, von Sachsenforst, dass der Totholzanteil – insbesondere bei stärkeren Bäumen – durch entsprechende Vorgaben an die Revierleiterinnen und Revierleiter deutlich erhöht wird. Und ich erwarte weiterhin, dass naturschutzrelevante Flächen nicht nur periodisch, sondern auch dauerhaft aus der Nutzung genommen werden. Was ich dagegen für weniger gut halte, sind starre Ziel- und Zeitmarken, wie sie der Antrag der GRÜNEN vorgibt. Als Linke sage ich, angesichts der ohne Zweifel miesen Ausgangsbasis von Naturwaldfläche in Sachsen unter Berufung auf Karl Marx: Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme. Oder anders: Jeder Prozentpunkt nach oben bringt in diesem Fall mehr als objektiv unerreichbare Zielmarken. Insofern wird sich DIE LINKE beim Antrag enthalten.

Danke schön.

(Beifall bei den LINKEN – Christian Hartmann, CDU: Was sagte denn eigentlich Karl May dazu? – Kathrin Kagelmann, DIE LINKE: Der gehört nicht zu unseren Klassikern! – Heiterkeit)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Jetzt spricht Frau Kollegin Lang für die SPD-Fraktion.

Simone Lang, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Aufgrund der fortgeschrittenen Stunde und des Arbeitspensums dieser Woche gebe ich meine Rede zu Protokoll.

(Zuruf: Jawohl! – Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Vielen Dank, Frau Kollegin Lang. Als Nächste spricht für die AfD-Fraktion Frau Kollegin Wilke.

Karin Wilke, AfD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Unter Ziffer 1 des Antrages fordern die GRÜNEN die Staatsregierung auf, über die Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt des sächsischen Staatswaldes zu berichten. Unter Ziffer 2 des Antrages wird die Staatsregierung aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die aus Sicht der einbringenden Fraktion zur Umsetzung der Strategie notwendig sind. Die AfD-Fraktion wird den Antrag ablehnen.

Dieses Hohe Haus stimmt sicherlich überein, dass die Umsetzung der Strategie wünschenswert ist. Der Antrag wird von diesem Grundgedanken getragen und ist daher in seinem Kern auch richtig. Leider, muss ich sagen, übertreiben es die GRÜNEN wieder einmal mit Art und Ausmaß ihrer Forderungen. Sie fordern etwa, dass 10 % der gesamten Staatswaldfläche dauerhaft aus der forstwirtschaftlichen Nutzung herausgenommen wird. Schauen wir in die Nationale Strategie, sehen wir dahingegen, dass 5 % der Wälder einer natürlichen Entwicklung überlassen werden sollen. Sachsen übertrifft mit einer Fläche von 5,9 % des Staatswaldes, die dauerhaft der forstwirtschaftlichen Nutzung entzogen ist, die Zielzahl der Strategie bereits. Wieso die einbringende Fraktion plötzlich eine Verdoppelung fordert, erschließt sich aus dem Antrag nicht.

Zudem ist es fraglich, ob die in der Strategie geforderte natürliche Entwicklung als Flächenstilllegung interpretiert werden darf oder ob es nicht auch eine naturnahe Waldbewirtschaftung beinhalten kann. Im Übrigen sollten gerade die GRÜNEN wissen, dass Holz als nachwachsender Rohstoff eine besondere Rolle im Umwelt- und Ressourcenschutz spielt. Pauschale Flächenstilllegungen, wie im Antrag gefordert, würden diesem Zweck zuwiderlaufen.

In Sachsen ist daher vorrangig der Waldumbau voranzutreiben: weg von Fichtenmonokulturen mit ihrer Anfälligkeit für Schadensereignisse, wie Windwurf oder Insektenkalamitäten, hin zu stabilen Mischwäldern. Eine pauschale Flächenstilllegung von 20 000 Hektar Staatswald, wie im Antrag gefordert, würden den dringend notwendigen Waldumbau stark beeinträchtigen. Eine sich selbst überlassene Monokultur führt nicht wie von Geisterhand zu einer standortgerechten Baumartenzusammensetzung. Wenn der Mensch nicht aktiv plant und tätig wird, bleibt sie eine Monokultur auf lange Zeit.

Grundsätzlich spricht aus Sicht der AfD-Fraktion nichts gegen eine Ausweitung der Prozessschutzflächen. Wir haben dabei aber nicht den Staatswald im Blick, sondern den im Privatbesitz. Durch finanzielle Anreize könnten Privatwaldbesitzer dazu bewegt werden, an der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt teilzunehmen. Das ist eine Maßnahme, die viel Erfolg verspricht. Denn bislang wurden erst 0,36 % des Privatwaldes dauerhaft aus der forstwirtschaftlichen Nutzung herausgenommen. Mit den genannten Anreizen könnte dieser Anteil deutlich erhöht werden. Gerade mit Blick auf die Biotopverbundplanung kann die Einbindung des Privatwaldes sinnvoll sein.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Wir sind am Ende der Rednerunde angekommen. Die Staatsregierung hat das Wort. Bitte, Herr Staatsminister Schmidt.

Thomas Schmidt, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Vielen Dank, Herr Präsident! Da die Staatsregierung bereits in ihrer Antwort zum Antrag Stellung genommen hat und die Konzentration langsam nachlässt, möchte ich Ihnen die Gelegenheit geben, in weihnachtlicher Besinnlichkeit und unter voller Konzentration meinen zu Protokoll gegebenen Redebeitrag später nachzulesen. Aber es ist der letzte Debattenbeitrag in diesem Jahr. Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen allen für die konstruktive Zusammenarbeit in diesem Jahr im Parlament, in den Ausschüssen, aber auch all unseren Mitarbeitern und nicht zuletzt den Mitarbeitern des Landtags zu danken, die gerade in dieser Woche Großes in diesen langen Sitzungen geleistet haben.

(Beifall des ganzen Hauses)

Ich wünsche Ihnen noch eine besinnliche Adventszeit, ein gesegnetes Weihnachtsfest und Glück und Gesundheit für ein möglichst gutes nächstes Jahr. – Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Wir kommen zum Schlusswort. Das hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Kollege Günther.

Wolfram Günther, GRÜNE: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte Sie auch nicht über Gebühr strapazieren. Einschlägige Einwände gegen unseren Antrag sind nicht vorgebracht worden. 10 % entsprechen nicht 100 %. Das kann man schon mal sagen. Wenn man Wald zu 10 % sich selbst überlässt, sage ich: Natur reguliert sich selbst. Da muss man nicht eingreifen. Das sind solche Binsenweisheiten. Ich erspare mir jetzt einfach, die anderen Sachen noch einmal zu wiederholen.

Ich wünsche Ihnen allen ein paar schöne erholsame Tage und würde mich freuen, wenn jetzt noch eine Zustimmung durchrutscht.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN,
den LINKEN, der SPD und vereinzelt
bei der CDU und der AfD)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Meine Damen und Herren! Ich stelle nun die Drucksache 6/13698 zur Ab-

stimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen.
– Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Einige
Stimmenthaltungen, damit ist die Drucksache 6/13698
nicht beschlossen. Der Tagesordnungspunkt ist beendet.

Erklärungen zu Protokoll

Simone Lang, SPD: Die nationale Biodiversitätsstrategie enthält zwei Ziele, die den Schutz und die Förderung von Wildnis beinhalten: erstens das Zweiprozentziel „Wildnis“ bis zum Jahr 2020 und zweitens, im Jahr 2020 soll der Flächenanteil der Wälder mit natürlicher Waldentwicklung 5 % der Waldfläche betragen, wobei die öffentliche Hand hier 10 % der Waldfläche vorhalten soll. Das sind genau die 10 %, auf die die GRÜNEN in ihrem Antrag abstellen.

In Abhängigkeit von der Flächengröße gibt es gewisse Schnittmengen zwischen dem Zweiprozentziel und dem Fünfprozentziel. Ein bekanntes Beispiel ist der alte Truppenübungsplatz Königsbrücker Heide als wohl wichtigstem sächsischen Wildnisgebiet. Mit einer Gesamtgröße von circa 7 000 Hektar hat es eine Naturentwicklungszone bzw. Prozessschutzflächen von mehr als 5 000 Hektar. Das bedeutet: Auf mehr als 75 % der Fläche findet keine Nutzung statt, und es wird auch nicht gejagt.

Es ist nicht so, dass im Freistaat Sachsen keine Aktivitäten hinsichtlich der Ausweisung von Prozessschutzflächen unternommen würden. Aktuell liegen wir bei 5,9 % im sächsischen Staatswald.

Richtig ist, dass wir weder im sächsischen Programm zur Biologischen Vielfalt noch in der „Waldstrategie 2050“ quantitative Ziele zu Wildnis- und Prozessschutzflächen ausweisen. Als qualitatives Ziel sind beide Aspekte jedoch enthalten, ebenso im Landesentwicklungsplan 2013. Dort heißt es: „Durch die Sicherung von Gebieten, auf denen dauerhaft eine natürliche Dynamik und un gelenkte Entwicklung zugelassen wird, soll langfristig ein Netz von Natur-Entwicklungsgebieten aufgebaut und in den großräumig übergreifenden Biotopverbund integriert werden.“

Wenn wir über 10 % entsprechend der Bundesstrategie reden, dann muss man bedenken, dass es in den einzelnen Ländern unterschiedliche Voraussetzungen dafür gibt. Im Vergleich zu anderen Bundesländern verfügt zum Beispiel Sachsen über den größten Anteil an instabilen Fichtenbeständen im Oberstand. Das bedeutet: Wenn wir hier nur rein quantitativ auf 10 % abzielen, dann kommen wir keinen Schritt weiter. Demnächst müssen wir erst einmal verstärkt Anstrengungen in den Waldumbau stecken. Ich meine, es müssen robustere, dem Standort angepasste Arten angepflanzt werden, um den Naturraum Wald auch zukünftig zu erhalten.

Bezogen auf den Antrag der GRÜNEN bedeutet das: Qualität geht vor Quantität. Sachsen bekennt sich zur Wildnis. Aber die qualitative Eignung der Gebiete hat

Vorrang vor einer reinen Quantifizierung. Insofern ist der Argumentation des Umweltministeriums eine Logik abzugewinnen, die den praktischen Gegebenheiten folgt: nämlich, dass die Wildnisziele der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt nicht einseitig als Flächenstilllegung ausgelegt werden, sondern dass es darum gehen muss, natürliche Entwicklungsprozesse der Wälder im Rahmen der naturnahen Bewirtschaftung zu integrieren.

Es sollte unser Ziel sein, mittel- und langfristig die 10 % Prozessschutzflächen zu ermöglichen. Doch dazu sind erst Waldumbaumaßnahmen im Rahmen einer naturgemäßen Nutzung nötig. Es müssen mehr Standortheimische Wälder entwickelt werden, die mittelfristig in den Prozessschutz überführt werden. Einen Punkt, den wir hier ebenfalls nicht vernachlässigen dürfen: Wir müssen bei Wildnisgebieten auch um die Akzeptanz der Bevölkerung werben. Sicherlich ist das Argument, dass die Ausweisung von Wildnisgebieten Kosten verursacht, richtig; ebenso der Verzicht auf einen nicht unwesentlichen Teil von Holzeinschlag. Gewisse Einschnitte gibt es zudem im Tourismusbereich.

Allerdings halte ich die Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz, die Einstellung der Bevölkerung zu Wildnis, als einen wichtigeren Faktor. Die Ausweisung von Wildnisgebieten muss mit einer ausreichenden Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation einhergehen.

Abschließend möchte ich also zusammenfassen: Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist in seinem Ansatz zwar zu begrüßen, aber allein auf das Erreichen quantitativer Ziele abzustellen, ist dem Ansinnen wenig dienlich. Daher werden wir ihren Antrag ablehnen.

Thomas Schmidt, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Naturschutz ist ein zentrales Anliegen im sächsischen Staatswald. Das schließt das dauerhafte oder zeitweise Nichtnutzen von Wald ebenso ein wie zusätzliche Bewirtschaftungsgrundsätze für Waldflächen mit besonderen Naturschutzfunktionen, einzelne Naturschutzmaßnahmen oder den Waldumbau in stabile und artenreiche Mischwälder.

Wir betrachten den Naturschutz nicht losgelöst. Naturschutz-, Wirtschafts- und Erholungswald sind nicht räumlich voneinander getrennt. Die biologische Vielfalt ist im Wald nicht durch die Waldbewirtschaftung bedroht. Vielmehr ist es neben einem partiellen Nutzungsverzicht auch möglich, natürliche Entwicklungsprozesse der Wälder in die Waldbewirtschaftung zu integrieren.

Nehmen Sie einmal Hans Carl von Carlowitz. Er führte vor gut 300 Jahren das Prinzip der „nachhaltenden Nutzung“ ein. Die daraufhin einsetzende geregelte Forstwirtschaft ermöglichte es, den damals vor allem aufgrund des Bergbaus ramponierten Wald und seine Rest-Naturreichtümer zu erhalten und später weiterzuentwickeln. Oder denken Sie an 1990 und die Wälder des Erzgebirges zurück. Wer heute in den Kammlagen zwischen Olbernhau und Altenberg, dem Fichtelberg oder zwischen Klingenthal und Johannegeorgenstadt unterwegs ist, erkennt wieder Wälder und auch Fortschritte beim Arten- und Biotopschutz – dank unserer Aufforstungen, dank der jährlichen Bodenschutzkalkungen, dank einer naturnahen Waldbewirtschaftung.

Mittlerweile sind in Sachsen 27 % unserer Wälder naturnah. Auch der Waldumbau ist eine Maßnahme im Sinne des Naturschutzes, schaffen wir doch mit vielfältigen Mischwäldern Habitate und wichtige Nischen für den Arten- und Biotopschutz im Wald. Auf jährlich 1 300 Hektar baut Sachsenforst den Staatswald in naturnahe, stabile sowie arten- und strukturreiche Mischwälder um.

Mit diesen Größenordnungen ist der Waldumbau das größte Naturschutzprojekt in Sachsen. Ich bin froh, dass der Sächsische Landtag auch im nächsten Doppelhaushalt dafür Mittel bereitgestellt hat. Wie wichtig dieser Umbau und damit auch eine forstliche Bewirtschaftung ist, haben erst kürzlich die Stürme „Herwart“, „Friederike“ und „Fabienne“ sowie die extreme Borkenkäferkalamität gezeigt. Eine undifferenzierte Ausgliederung aus der naturnahen Waldbewirtschaftung würde besonders auf den Prozessschutzflächen die Entwicklung von Wäldern mit standortgerechten, an den Klimawandel angepassten Baumarten, verzögern.

Naturschutz im Staatswald schließt auch solche Projekte wie die Redynamisierung der Spree mit ein. Damit werden ehemalige Mäanderschleifen wieder angebunden, die umliegenden Auwälder überflutet und somit ein Beitrag zur Verbesserung des landesweiten Biotopverbunds im Freistaat Sachsen geleistet.

Auch die Förderung der einheimischen Weißtanne ist Naturschutz. Sie übernimmt im ökologischen Waldumbau eine wichtige Rolle als heimische Nadelbaumart. Sachsenforst sowie den privaten und körperschaftlichen Waldbesitzern ist es zu verdanken, dass die fast verschwundene Weißtanne langsam, aber stetig wieder ihre ehemaligen Areale einnehmen kann. Insofern greift es mir zu kurz, wie von den GRÜNEN gefordert, Naturschutz nur auf das komplette und dauerhafte Stilllegen von Flächen und dafür geforderte Quoten zu reduzieren. Naturschutzfachlich besonders wertvolle Wälder aus der Nutzung herauszunehmen, ist ein Baustein unseres Naturschutzkonzeptes. Im Staatswald werden 5,9 % des Waldes nicht genutzt.

Über alle Waldeigentumsarten hinweg sind es knapp 3 %. Das entspricht in etwa einer Fläche größer als der Ausdehnung der Dresdner Heide und des Tharandter Waldes zusammen. Aber uns geht es nicht um pauschale Stillle-

gungsprozente. Wir setzen auf Qualität vor Quantität. Besonders unsere Großschutzgebiete sind geprägt von einer Vielfalt der Lebensräume sowie einer artenreichen Tier- und Pflanzenwelt. Im Nationalpark beispielsweise sind es Felsriffe, naturnahe Kiefern- und Buchenwälder sowie Moore und Fließgewässer, die Heimat für unter anderem 450 Moos- und 32 Farnarten, für Wanderfalke, Schwarzstorch und Uhu sowie spezielle Holz bewohnende Käferarten als Urwaldrelikte sind.

Bis zum Jahr 2030 wird der Ruhebereich des Nationalparks Sächsische Schweiz im Staatswald um 2 100 Hektar erweitert. Dann sind ungefähr drei Viertel der Fläche des Nationalparks aus der Nutzung entnommen. Die Stilllegungsfläche im Freistaat Sachsen entspricht dann in etwa der Größe des Wermisdorfer Waldes, der Dresdner Heide und des Tharandter Waldes.

Dem Freistaat wurden aus dem Nationalen Naturerbe bisher rund 1 500 Hektar Waldflächen zumeist in Streulage übertragen, die sobald als möglich aus der Nutzung genommen werden sollen. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt hat in Sachsen ebenso 7 300 Hektar mit der Vorgabe erhalten, sie in Prozessschutz zu überführen.

Dazu kommen Stilllegungen auf Waldflächen von Sachsenforst im Umfang von gut 2 000 Hektar, die nach innerbetrieblichen Maßgaben festgelegt werden. Damit haben wir auch im Freistaat Sachsen sehr vielfältige Maßnahmen zur Sicherung der biologischen Vielfalt ergriffen. Man muss bei dieser Diskussion auch wissen, dass Deutschland und Sachsen sich nur etwa zur Hälfte mit Holz aus einheimischen Wäldern versorgen. Dabei müsste der Einsatz von Holz in Industrie, Gewerbe und Privathaushalten noch gesteigert werden, um klimaschädliche Rohstoffe und Materialien zu substituieren. Es kann keinesfalls im Sinne der Biologischen Vielfalt sein, den nachwachsenden Rohstoff Holz aus fernen Ländern mit hohen Transport- und Klimakosten hierher zu importieren und Waldflächen mit naturnahem Waldbau schablonenhaft stillzulegen. Knappe Ressourcen sind stets dorthin zu lenken, wo sie den größten Nutzen für das Gemeinwesen erzielen. Dies gilt auch für den Erhalt der biologischen Vielfalt.

Die Forst- und Holzwirtschaft ist eine der wenigen Branchen in Sachsen, die bereits heute klimaneutral wirtschaftet. Die naturnahe Waldbewirtschaftung durch Wald besitzende Familien, Unternehmen, Kommunen, Kirchen und durch Sachsenforst sowie der geregelte Holzeinschlag sind dafür elementare Voraussetzung. Ich danke allen, die sich in diesem Sinn für den Naturschutz im Wald engagieren.

Sachsen ist mit seinem Programm und Maßnahmenplan zur Biologischen Vielfalt im Freistaat Sachsen, seiner Waldstrategie 2050 und dem Naturschutzkonzept des Staatsbetriebes Sachsenforst gut aufgestellt, um die biologische Vielfalt im sächsischen Staatswald zu sichern. Insofern erübrigt sich der vorliegende Antrag. Ich empfehle, ihn abzulehnen.

Präsident Dr. Matthias Rößler: Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 10

Fragestunde

Drucksache 6/15558

Es wurde eine mündliche Anfrage von Frau Dr. Pinka eingereicht. Diese liegt Ihnen vor und wurde schriftlich beantwortet. Der Tagesordnungspunkt ist beendet.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Die Fragen beziehen sich auf das Greenpeace-Dossier „Schwarzbuch Vattenfall-Leaks“ vom 03.12.2018, insbesondere auf den als geheim eingestuften Brief des Vattenfall-Vorstands an die schwedische Staatskanzlei vom 18.04.2016. Relevant sind insbesondere die Anstriche 5 und 7 im Abschnitt 7 auf der letzten Seite der Übersetzung (online unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/begaran_om_samordning.pdf).

Ich frage die Staatsregierung:

1. Wann und mit welchem Ergebnis im Verkaufsprozess beginnt und endet die dort genannte Fünfjahresfrist gemäß dem Umwandlungsgesetz?
2. Inwiefern müsste nach Auffassung der Staatsregierung Vattenfall finanziell eintreten, wenn mit sofortiger Wirkung und in voller Höhe Sicherheitsleistungen für die Wiedernutzbarmachung gefordert würden?

Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr: Zu Frage 1: Der Brief des Vattenfall-Vorstands bezieht sich, wie im Anschreiben erkennbar, auf einen damals in Abstimmung befindlichen Vorgang. Die tatsächlichen Inhalte von Dokumenten zur Veräußerung der Braunkohlesparte von Vattenfall sind der Staatsregierung nicht bekannt. Darüber hinaus war die Staatsregierung in die Verkaufsprozesse nicht einbezogen. Die konkreten Sachverhalte müssten bekannt sein, um geprüft werden zu können und eine Aussage zum angefragten Sachverhalt machen zu können. Insofern kann die Frage nicht beantwortet werden.

Zu Frage 2: Die zuständige Behörde kann die Zulassung eines Betriebsplanes von der Leistung einer Sicherheit abhängig machen. Diese Vorschrift des § 56 Abs. 2 des Bundesberggesetzes richtet sich an den Bergbauunternehmer. Vattenfall ist nach dem Verkauf der Braunkohlesparte kein Bergbauunternehmer mehr. Zusätzlich ist auf

die Beantwortung der ersten Frage zu verweisen. Auf eine Bewertung von über die genannten Sachverhalte hinausgehenden Spekulationen wird verzichtet.

Präsident Dr. Matthias Rößler: Nachdem schon so viele gute Wünsche geäußert wurden, steht nun Weihnachten endgültig vor der Tür. Wir haben gestern und vorgestern dafür gesorgt, dass wir eine finanzielle Grundlage für die Politik der nächsten zwei Jahre haben, und – verehrte Kolleginnen und Kollegen – auch Sie verdienen einmal Lob. Ein beschlossener Haushalt ist ein parlamentarischer Erfolg und unser eigentliches Königsrecht. Darüber wird im kommenden Jahr der Wähler sein Urteil sprechen. Ich denke, im nächsten Jahr werden wir uns – und darauf hoffe ich – einen zivilisierten demokratischen Wettbewerb liefern.

Vielen Dank noch einmal an alle, die unsere Arbeit erst möglich machen, an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

(Beifall des ganzen Hauses)

vielen Dank an unsere Familien zu Hause.

(Beifall des ganzen Hauses)

Ich wünsche Ihnen ein wunderbares, gesegnetes Weihnachtsfest, ein gesundes neues Jahr.

Die 86. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags beginnt am 30. Januar 2019 um 10 Uhr. Dann sehen wir uns wieder, und ich würde mich freuen, wenn möglichst viele von Ihnen schon zum Neujahrsempfang am 7. Januar 2019 hier im Hohen Haus wären.

Alles, alles Gute, ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr!

(Beifall des ganzen Hauses)

(Schluss der Sitzung: 17:23 Uhr)

Anlage

Namentliche Abstimmung

in der 85. Sitzung am 14. Dezember 2018

Gegenstand der Abstimmung: Drucksache 6/15521

Namensaufruf durch die Abg. Simone Lang, SPD, beginnend mit dem Buchstaben H

	Ja	Nein	Stimm-enth.	nicht teilg.		Ja	Nein	Stimm-enth.	nicht teilg.
Anton, Rico		x			Mann, Holger		x		
Barth, André		x			Markert, Jörg		x		
Bartl, Klaus	x				Meier, Katja	x			
Baum, Thomas		x			Meiwald, Uta-Verena	x			
Baumann-Hasske, Harald		x			Meyer, Dr. Stephan		x		
Beger, Mario		x			Michel, Jens		x		
Bienst, Lothar		x			Mikwusch, Aloysius		x		
Blattner, Cornelia		x			Modschiedler, Martin	x			
Böhme, Marco	x				Muster Dr., Kirsten		x		
Breitenbuch v., Georg-Ludwig		x			Nagel, Juliane	x			
Brünler, Nico	x				Neuhaus-Wartenberg, Luise	x			
Buddeberg, Sarah	x				Neukirch, Dagmar		x		
Clauß, Christine		x			Nicolaus, Kerstin		x		
Clemen, Robert		x			Nowak, Andreas				x
Colditz, Thomas		x			Otto, Gerald		x		
Dierks, Alexander		x			Pallas, Albrecht		x		
Dietzschold, Hannelore		x			Panter, Dirk		x		
Dombois, Andrea		x			Patt, Peter Wilhelm				x
Dulig, Martin				x	Pecher, Mario		x		
Falken, Cornelia	x				Petry, Dr. Frauke				x
Feiks, Antje	x				Pfau, Janina	x			
Fiedler, Aline		x			Pfeil-Zabel, Juliane		x		
Firmenich, Iris		x			Pinka, Dr. Jana	x			
Fischer, Sebastian		x			Piwarz, Christian		x		
Friedel, Sabine				x	Pohle, Ronald		x		
Fritzsche, Oliver		x			Raether-Lordieck, Iris		x		
Gasse, Holger		x			Richter, Lutz	x			
Gebhardt, Rico	x				Rohwer, Lars		x		
Gemkow, Sebastian		x			Röbler, Dr. Matthias		x		
Grimm, Silke				x	Rost, Wolf-Dietrich		x		
Günther, Wolfram	x				Saborowski, Ines		x		
Hartmann, Christian				x	Schaper, Susanne	x			
Heidan, Frank		x			Schiemann, Marko				x
Heinz, Andreas		x			Schmidt, Thomas		x		
Hippold, Jan		x			Schollbach, André	x			
Hirche, Frank		x			Schreiber, Patrick		x		
Homann, Henning		x			Schubert, Franziska	x			
Hösl, Stephan		x			Schultze, Mirko	x			
Hütter, Carsten		x			Sodann, Franz	x			
Ittershagen, Steve		x			Springer, Ines		x		
Jalaß, René	x				Stange, Enrico	x			
Junge, Marion	x				Stange, Dr. Eva-Maria				x
Kagelmann, Kathrin	x				Tiefensee, Volker		x		
Kersten, Andrea		x			Tischendorf, Klaus	x			
Kiesewetter, Jörg		x			Ulbig, Markus		x		
Kirmes, Svend-Gunnar		x			Urban, Jörg		x		
Kliese, Hanka		x			Ursu, Octavian		x		
Klotzbücher, Anja				x	Vieweg, Jörg		x		
Köditz, Kerstin	x				Voigt, Sören		x		
Köpping, Petra				x	Wähner, Ronny		x		
Kosel, Heiko	x				Wehner, Horst	x			
Krasselt, Gernot		x			Wehner, Oliver		x		
Kuge, Daniela		x			Weigand, Dr. Rolf		x		
Kupfer, Frank				x	Wendt, André		x		
Lang, Simone		x			Wild, Gunter		x		
Lauterbach, Kerstin	x				Wilke, Karin		x		
Lehmann, Heinz				x	Winkler, Volkmar		x		
Liebhauser, Sven		x			Wippel, Sebastian		x		
Lippmann, Valentin	x				Wissel, Patricia		x		
Lippold, Dr. Gerd	x				Wöller, Prof. Dr. Roland		x		
Löffler, Jan		x			Wurlitzer, Uwe				x
Mackenroth, Geert		x			Zais, Petra	x			
Maicher, Dr. Claudia	x				Zschocke, Volkmar	x			

Jastimmen: 34

Neinstimmen: 78

Stimmenthaltungen: 0

Gesamtstimmen: 112

